

# hochschule ost

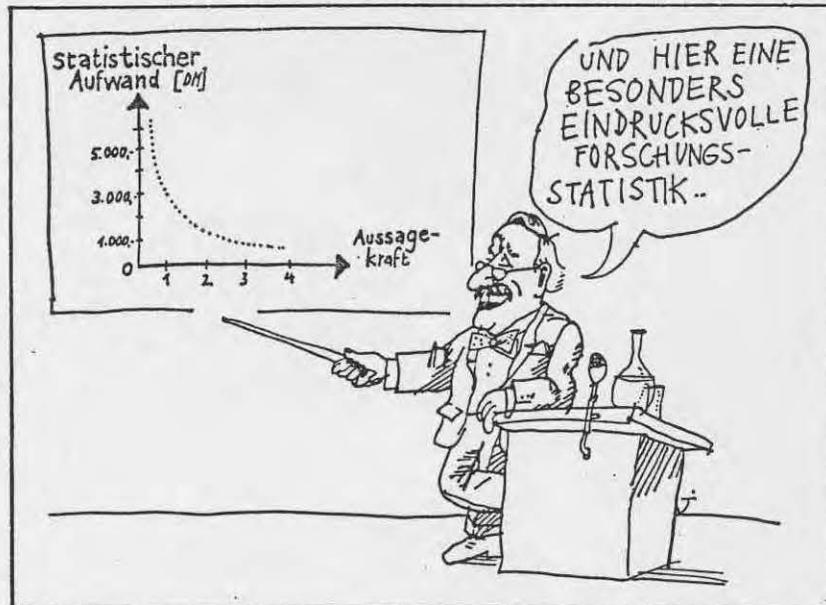
politisch-  
akademisches  
journal aus  
ostdeutschland

Leipzig September/Oktober 1994

## 5/94

4. Jahrgang

ISSN 0944-7989



Themen:

Forschung über  
Wissenschaft Ost

Dissertationen  
in der DDR

Singularitäten  
2. Folge

und andere

Mit Beiträgen von:

Gertraude Buck-Bechler  
Dieter Voigt &  
Sabine Gries  
Lothar Mertens  
Holger H. Dathe &  
Klaus Rohlfien  
Hanna Labrenz-Weiß  
Ludwig Elm

und anderen

# hochschule ost 5/94

politisch-  
akademisches  
journal aus  
ostdeutschland

**Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit**  
beim StuRa der Universität Leipzig  
Verantwortlich: Peer Pasternack  
Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas,  
Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PSF 920, 04 009 Leipzig, Tel. (0171) 614 61 64, (0341) 719 22 61, Fax (0341) 719 22 55. E-Mail: hso @ stura.uni-leipzig.d400.de  
*hso* erscheint zweimonatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Oktober bis September.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 13,50 zzgl. Versand. Jahresabonnement (6 Ausgaben) DM 80,-. PrivatabonnentInnen DM 39,-. Nichtverdienende DM 28,- (Abo-Gebühren incl. DM 9,- Versandkosten).

Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir ihren Namen und ihre Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

ISSN 0944-7989

hochschule ost sept./okt. 1994

# INHALT

Editorial .....	7
-----------------	---

## THEMA I: Forschung über Wissenschaft Ost

<i>Getraude Buck-Bechler:</i>	
Hochschulforschung in Berlin-Karlshorst .....	9
Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung .....	16
Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften .....	26
Neuerscheinungen aus dem MPI für Gesellschaftsforschung Köln .....	28
<i>Peer Pasternack:</i>	
Dokumentation: Forschungsprojekte zu Wissenschaft und Hochschul- entwicklung in der DDR und in Ostdeutschland .....	31

## THEMA II: Dissertationen in der DDR

<i>Dieter Voigt &amp; Sabine Gries:</i>	
Zur wissenschaftlichen Qualität von Doktorarbeiten (Dissertationen A) und Habilitationsschriften (Dissertationen B) in der DDR .....	46
<i>Lothar Mertens:</i>	
Forschung für den Panzerschrank - geheime DDR-Dissertationen .....	59

## THEMA III: Singularitäten 2. Folge

<i>Holger H. Dathe &amp; Klaus Rohlfien:</i>	
Das Deutsche Entomologische Institut in Eberswalde .....	68

## FORUM

<i>Hanna Labrenz-Weiß:</i>	
Die Beziehungen zwischen Staatssicherheit, SED und den akademischen Leitungsgremien an der Humboldt-Universität in Berlin .....	82
<i>Ludwig Elm:</i>	
Deutsche Hochschullehrer nach 1945 und 1989 - Analogien und Unterschiede in Situation und Verhalten .....	97

## REAKTION

<i>Ralf Preuß:</i>	
Berliner Historiker fordert Wissenschaftler der Humboldt-Universität auf, sein Leben zu erforschen. Zum Beitrag Rainer Eckerts, MfS und Hochschulen: Thesen, in: <i>hochschule ost</i> 3/94 .....	109

## BERICHTE

Soziologie in der DDR. Erfahrungen mit einer erodierten Disziplin ( <i>Hansgünter Meyer</i> ) .....	114
Wider die Kopffäger, aber für Aufarbeitung der Vergangenheit an der Universität Potsdam ( <i>Hg.</i> ) .....	122
Die Humboldt-Universität im Umbruch. Systemwechsel im Spiegel studentischer Einzugsgebiete ( <i>Bodo Freund &amp; Stephan Breuckmann</i> ) .....	125
Neugründung der Handelshochschule Leipzig ( <i>SMWK</i> ) .....	130
Frau (man) sollte sie gelesen haben. Gleichstellungsbeauftragte der TU Dresden legt Studie vor ( <i>Karin Reiche</i> ) .....	131
Sachsen-Anhalt: Reck übernahm die Geschäfte ( <i>KMSA</i> ) .....	135
Solide Grundlage für wissenschaftliche Kooperation Brandenburg-Berlin ( <i>MWFK</i> ) .....	135
Zwei weitere Innovationskollegs eingerichtet ( <i>DFG</i> ) .....	136

## DOKUMENTATION

<i>Wissenschaftsrat</i> gibt Stellungnahme zum Forschungszentrum Rossendorf ab .....	138
Weitere Bewertungen in der DDR erworbener Abschlüsse ( <i>KMK</i> ) .....	139
Vier Jahre erfolgreiche Forschungspersonal- Zuwachsförderung - Ost ( <i>BMFT</i> ) .....	140
MLU Halle-Wittenberg: Wurden unzulässige Gewissensfragen gestellt? Klärung von Vorwürfen zu den Auswahlverfahren an der Med. Fakultät .....	142

<b>PUBLIKATIONEN</b> .....	144
----------------------------	-----

## ZUM SCHLUSS

Ilmenau: Dankeschön - McDonald! .....	148
---------------------------------------	-----

"Sprachliche Mißverständnisse kommen vor. So begriff eine Studentin aus Westdeutschland erst nach mehreren Wochen, daß es sich bei dem 'Raumteiler', von dem ihr ein ostdeutscher Kommilitone immer wieder berichtete, nicht um eine Schrankwand, sondern um dessen Mitbewohner handelte."

Daniel Giese in der *F.A.Z.* vom 7.9.1994 über die Integration der ost- und westdeutschen Studierenden an der Humboldt-Universität

In den vergangenen drei Jahren hat sich *hochschule ost* unter anderem bemüht, laufend Ergebnisse der Forschung über DDR-Wissenschaft und ostdeutschen Wissenschaftsumbau zu dokumentieren. Den vierten Jahrgang beginnen wir, indem die *Forschung über Wissenschaft Ost* selbst zum Gegenstand der Betrachtung promoviert wird.

An den Schnittpunkten von Wissenschafts- und DDR-Forschung wie von Wissenschafts- und Transformationsforschung gab und gibt es zahlreiche Bemühungen, die kontroversen Debatten durch themenangemessene analytische Anstrengung zu qualifizieren. Wir geben diesbezüglich engagierten Einrichtungen Raum zur Selbstdarstellung.

Ergänzt wird das um einige Übersichten: insbesondere zu vorliegenden Forschungsergebnissen in Gestalt von Graduierungsarbeiten, die wegen (bisheriger) Nichtveröffentlichung im allgemeinen weniger bekannt sind, und zu aktuell laufenden Forschungsprojekten, die in unserem Kontext interessieren. Eine Reihe der dort aufgeführten ProjektbearbeiterInnen hat für den beginnenden Jahrgang bereits Artikel zugesagt und wird uns also demnächst genauer über Zwischen- oder Endergebnisse unterrichten.

Beginnen möchten wir damit freilich schon in diesem Heft: Eine Bochumer Forschungsgruppe hat sich in den letzten Jahren mit in der DDR abgefaßten Dissertationen beschäftigt und stellt hier einige der dabei erarbeiteten Ergebnisse vor.

\*\*\*

Die allgemeinen Teuerungen nötigen uns, mit Beginn des neuen Jahrgangs eine gewisse Anpassung der Abonnementgebühren vorzunehmen und uns im Preisniveau vergleichbaren Zeitschriften ohne kapitalkräftigen Hintergrund anzunähern. Zumindest aber ermöglichen uns eingegangene Spenden auch weiterhin, Ermäßigungsberechtigungen aufrecht zu erhalten.

p.p.

## THEMA I: Forschung über Wissenschaft Ost

Getraude Buck-Bechler (Berlin):

### Hochschulforschung in Berlin-Karlshorst,

das steht seit dem 1. Februar 1991 für eine kleine Gruppe von Sozial- und Bildungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern unter Leitung von Dr.-Ing. C.-H. Wagemann, Professor an der TU Berlin, deren Arbeit dank der Initiative und Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft ermöglicht wird. Sie wurde eingerichtet, um den historisch einmaligen und komplizierten Prozeß der Umgestaltung des Hochschulwesens in den neuen Bundesländern wissenschaftlich zu begleiten. Inzwischen ist es gelungen, für eine solche Forschungsthematik weitere Finanzierungsquellen zu erschließen.

Der Projektgruppe steht ein Wissenschaftlicher Beirat zur Seite. Ihm gehören die Damen und Herren Dr. Wolfgang MÖNIKES, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft Bonn, Gabriela LICHTENTHÄLER, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Dietrich

GOLDSCHMIDT, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin, Dr. Stefan LULLIES, Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung München, Prof. Dr. Ulrich TEICHLER, Wissenschaftszentrum für Berufs- und Hochschulforschung/Gesamthochschule Kassel, und Dr. Heinz GRIESBACH HIS Hochschul-Informations-System GmbH Hannover, an.

In den nunmehr vier Jahren der Projektförderung bestand und besteht einerseits das dringende Erfordernis, die sich z. T. überaus dynamisch entwickelnden Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern zu dokumentieren, so daß grundlegendes Material für eine Aufarbeitung des Verlaufes der Hochschulerneuerung gesichert ist und analysiert werden kann. Andererseits wächst die Notwendigkeit, die Beantwortung konkreter Einzelfragen in den Rahmen übergreifender Betrachtung zu stellen und Verallgemeinerungen zu treffen, letz-

ten Endes theoretische Ansätze für die Beschreibung des Hochschulsystems und seiner Transformation im Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse zu nutzen und zu überprüfen. Dabei implizieren die Untersuchungen der Veränderungen den Vergleich zwischen den Hochschulsystemen der alten und der neuen Bundesländer mit ihren unterschiedlichen Ausgangsbedingungen. Sie lassen darüberhinaus neue Anstöße für die Reformdiskussion in Deutschland erwarten.

Die Ergebnisse der Arbeit der Projektgruppe werden in Form von Gutachten, Berichten, Arbeitsmaterialien, Monographien und anderen Veröffentlichungen sowie im Rahmen von Tagungen und Arbeitstreffen der Hochschulöffentlichkeit, insbesondere den für Hochschulentwicklung und -planung verantwortlichen Gremien, zur Verfügung gestellt und in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht.

Einige Schwerpunkte der Arbeit der Projektgruppe sollen hier vorgestellt werden:

### **Wandel in den Ausbildungsprofilen der Hochschulen in den neuen Bundesländern**

Die Untersuchungen dokumentieren die Umstrukturierung der Hochschullandschaft und der einzelnen Hochschulen nach inhaltlich-strukturellen Merkmalen, insbesondere nach Hochschultyp, Fächerspektrum und Studienangebot, verbunden mit einer qualitativen Analyse. Dabei erfährt der Aufbau des zweiten Hochschultyps „Fachhochschule“ besondere Aufmerksamkeit. Aussagen zu ein-

getretenen Veränderungen und möglichen Entwicklungsrichtungen basieren auf der Datenerfassung von drei Zeiträumen: DDR/1989, Übergangsjahre 1990 - 1993, Zielgrößen 2000.

### **Ausbildungsprofile von Universitäten und Fachhochschulen und studentisches Nachfrageverhalten**

Der kapazitiven und inhaltlichen Erweiterung der Studienmöglichkeiten in den neuen Bundesländern liegt die Annahme zugrunde, daß die Landeskinder, nachdem sie sprunghaft die Gymnasien gefüllt haben, nicht nur in einer bedeutend größeren Zahl ein Studium aufnehmen, sondern dafür auch ein breiteres und vielfältigeres Angebot erwarten. Inwieweit diese Annahme wirklich die Intentionen von Studienanfängern trifft, ist Gegenstand der Untersuchungen. Die Ergebnisse können vor allem Hochschulen mit gegenwärtig sehr wenig nachgefragten Studiengängen helfen, gezielt ihre Ausbildungsprofilierung weiter zu entwickeln. Vorgesehen ist außerdem eine Verallgemeinerung der Untersuchungsergebnisse im Hinblick auf Einflußfaktoren für die Veränderung von Ausbildungsprofilen.

### **Quantitative und strukturelle Entwicklung des Hochschulzugangs in den neuen Bundesländern**

Mittels Fallstudien wurde die Entwicklung der Studierwilligkeit und der Studienabsichten potentieller Studienanfänger in den neuen Bundesländern analysiert. Grundlage dafür bilden Befragungen in der gymnasialen Oberstufe zu den Bildungsabsichten, Studienfachwün-

schen, Studiengründen, gewünschten Hochschulorten und -typen.

Für die Entwicklung der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen in den neuen Bundesländern bis 2010 wurden Entwicklungsszenarien erstellt und Prognoseberechnungen in unterschiedlichen Varianten vorgenommen.

### **Regionale Herkunft der Studienanfänger und Einflußfaktoren auf die Studienwahl**

Die regionale Herkunft der Studienanfänger an ausgewählten Hochschulen wird mit den Gründen für die Wahl der Hochschule verknüpft, um Erkenntnisse darüber zu erhalten, inwieweit sich an Hochschulen regionale und überregionale Funktionen in differenzierter Weise nach Studienrichtungen herausbilden bzw. nach 1990 verändert haben. Das Projekt kann Aufschluß darüber geben, welche Faktoren in der aktuellen Situation die tatsächliche Studienwahl entscheidend geprägt haben. Dabei werden besonders die erheblichen Unterschiede zwischen den bis zum Abitur relativ stabilen Studienabsichten und der tatsächlichen Studienwahl sowie die im Vergleich zwischen den neuen Bundesländern auffälligen Differenzierungen beim Hochschulzugang berücksichtigt.

### **Studienberatungs- und Studententreuungskonzepte**

Die Untersuchungen haben gezeigt, daß eine formale Übernahme von Studienberatung, wie sie an westdeutschen Hochschulen praktiziert wird, nicht ausreicht, um der spezifischen Situation in den neuen Bundesländern gerecht zu

werden. In Form von Almanachen wurden Arbeitsmittel für Studienberater an Hochschulen und für weitere, mit Beratung von Studieninteressierten und Studierenden befaßte Personen anderer Einrichtungen in den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt.

### **Studierverhalten**

In diesem Projekt werden die Auswirkungen des gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesses und der damit verbundenen Umgestaltungen im Hochschulwesen auf das Studierverhalten junger Menschen untersucht. An ausgewählten Hochschulen der neuen Länder geht es darum, Veränderungen im Verhalten Studierender zu analysieren und mit studentischen Verhaltensweisen zu vergleichen, wie sie einerseits in der DDR üblich waren bzw. andererseits an westdeutschen Hochschulen zu beobachten sind.

### **Übergangsprozesse von Hochschulabsolventen, insbesondere von Frauen**

Der Übergang der Absolventen auf den Arbeitsmarkt kann sowohl als wichtiger Gradmesser für die Bewältigung neuer Bedingungen der Arbeitsplatzsuche als auch als Indiz für die Qualität von Lehre und Studium verstanden werden. In den Untersuchungen werden zum Teil gravierende Veränderungen aufgezeigt, die sich für Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen der neuen Bundesländer der Jahrgänge 1990/91 beim Übergang in den Beruf ergeben haben. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Frage, ob und inwieweit Frauen im Prozeß der Berufsfindung benachteiligt sind.

## Prozeß des personellen Wandels an den Hochschulen der neuen Bundesländer

Gegenstand der Forschung sind ausgewählte Aspekte des personellen Umbruchprozesses an den ostdeutschen Hochschulen. Im Rahmen einer Dokumentation wird aus quantitativer und qualitativer Sicht analysiert, ob und wie es gelingt, eine zukunftsorientierte und aufgabengerechte Personalausstattung zu sichern. Dazu gehören personalrelevante Aspekte des Wandels in bezug auf bedarfsbedingte Personalbestandsveränderungen, Stellenplanung und -besetzung, fachliche Umstrukturierungen, Neugestaltung der Beschäftigtengruppenstruktur des wissenschaftlichen Personals, Länderspezifika und institutionelle Wandlung sowie Analyse der Bestandsentwicklung in der Struktur nach Ländern, Hochschularten, Hochschulen, Fächergruppen, Beschäftigtenkategorien und Geschlecht.

## Berufungsgeschehen und Nachwuchsförderung

Durch Befragung an allen Hochschulen und durch vertiefende Analyse an ausgewählten Einrichtungen wird ein Überblick über den Stand des Berufungsgeschehens gewonnen. Dabei finden Aspekte wie der Anteil von Hausberufungen, die Ost-West-Durchmischung, Altersstruktur, Listenplätze und Berufung von Frauen im Vergleich von Fachbereichen und Hochschulen Berücksichtigung. Weiterhin werden Gesamtangaben zum Stand der Nachwuchsentwicklung ermittelt und Detailuntersuchungen an ausgewählten Hochschulen geplant, von denen Aufschluß zu folgenden Aspek-

ten erwartet wird: Wege zum Erwerb der Promotion und Habilitation vor und nach der Wende, Inanspruchnahme von Förderprogrammen, Auswirkungen des Wegfalls DDR-spezifischer Qualifizierungsformen, Alter und bisheriger Bildungs- und Berufsweg der Nachwuchswissenschaftler, Dauer und Erfolgsquote der Qualifizierung, Kommunikations- und Betreuungsverhältnisse, Berufsziele von Promovenden und Habilitanden, fördernde und hemmende Faktoren der Nachwuchsentwicklung.

## Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der neuen Bundesländer mit Mittel- und Osteuropa

Zunächst standen Erfassung, Interpretation, Einordnung und Wertung der langjährig bestehenden Kooperationen des DDR-Hochschulwesens mit Hochschulen in Mittel- und Osteuropa im Mittelpunkt dieses Forschungsprojektes.

Inzwischen haben die auswärtigen Wissenschaftsbeziehungen der neuen Bundesländer eine gewisse Übergangsphase durchlaufen, der Prozeß der Umstrukturierung der entsprechenden Verwaltungseinheiten, der Fachbereiche, der Lehrstühle und des wissenschaftlichen Personals als Träger auswärtiger Wissenschaftsbeziehungen konsolidiert sich.

Nunmehr richten sich die Untersuchungen darauf, ob und wie es möglich sein wird, die langjährig gewachsenen tragfähigen Wissenschaftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa zu erhalten, weiterzuentwickeln oder auch neu aufzubauen. Quantitativ-strukturelle Analysen werden zu Aussagen über Strukturen und

Stellenwert der Wissenschaftskooperation mit Mittel- und Osteuropa unter den neuen Bedingungen zusammengeführt und qualitativ bewertet.

## Frauen an Hochschulen in den neuen Bundesländern

Grundidee dieses Projektes ist es, im Rahmen laufender Forschungsvorhaben frauenspezifische Fragestellungen als Querschnittsproblematik zu untersuchen. Damit soll dazu beigetragen werden, die Öffentlichkeit für akute Probleme von Frauen an den Hochschulen zu sensibilisieren und Informationen für hochschulpolitische Entscheidungen bereitzustellen.

\* \* \*

Einen Einblick in die Ergebnisse der Projektarbeit in Berlin-Karlshorst vermittelt eine Übersicht über ausgewählte Monographien und Projektberichte im Anschluß an diese Ausführungen.

Wie bereits erwähnt, stellt die Projektgruppe auf verschiedenen Tagungen ihre aktuellen Ergebnisse zur Diskussion. Die zuletzt durchgeführte wissenschaftliche Veranstaltung im Juni 1994 an der Universität Potsdam hatte eine Bilanz der bisherigen Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern mit Ausblick auf die weitere Entwicklung zum Gegenstand. Ein ausführlicher Tagungsband

erscheint dazu in Kürze im Deutschen Studien Verlag.

Zur Projektgruppe gehört eine wissenschaftliche **Bibliothek**.

Sie sammelt als Spezialbibliothek nationale und internationale Literatur zur Hochschulbildung und Hochschulforschung und stellt sie allen interessierten Nutzern im Leseraum zur Verfügung.

Die Bibliothek hat einen Bestand von etwa 38.000 Monographien und 251 laufend gehaltenen Periodika. Vorrangig wird Literatur aus den neuen Bundesländern und aus Osteuropa zu den Forschungsschwerpunkten der Projektgruppe erworben. Die 1991 bis 1993 eingegangenen 2.573 Monographien wurden computergestützt erfaßt. Die Bibliothek unterhält Schriftenaustausch mit rund 400 Partnern aus 32 Ländern. Sie verfügt über eine Sondersammlung von Schriften, insbesondere Forschungsliteratur, zum Hochschulwesen der DDR und der mittel- und osteuropäischen Länder. Dieser Bestand und darüber hinaus alle bis 1990 erworbene internationale Literatur werden in einer Literaturliteraturdatenbank Hochschulbildung nachgewiesen.

*Gertraude Buck-Bechler, Prof. Dr., ist Mitglied der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst*

## Übersicht:

### Ausgewählte Publikationen der Projektgruppe Hochschulforschung

#### Monographien

WAGEMANN, Carl-Hellmut u. a.: Projektgruppe Hochschulforschung. *Beiträge zur Hochschulforschung*. Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung. München, 3-1991

AULERICH, Gudrun/DÖBBELING, Karin: Almanach zur Studienberatung '91: Aufgaben, Stand und Perspektiven der Studienberatung in den neuen Ländern und im Land Berlin. Berlin, 1991

AULERICH, Gudrun/DÖBBELING, Karin (Redaktion): Wissenschaftliche Tagung Studienberatung - Hilfe zur Selbsthilfe, Rostock, 6. und 7. 9. 1991. Tagungsbericht. Berlin, 1991

AULERICH, Gudrun/DÖBBELING, Karin: Almanach zur Studienberatung '92: Grundzüge des Wandels, aktueller Stand und weiterer Ausbau von Studienberatung an Hochschulen der neuen Bundesländer und im Land Berlin. Berlin, 1992

BUCK-BECHLER, Gertraude/JAHN, Heidrun (Herausgeber): Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern - Situationsbericht. Berlin, 1992

BUCK-BECHLER, Gertraude/JAHN, Heidrun (Bearbeitung): Anhörung zum EG-Hochschulmemorandum - Gemeinsame Veranstaltung des BMBW und der KMK über das Memorandum zur Hochschulbildung in der EG am 23. und 24. Juli in Bonn - Dokumentation. Berlin, 1992

BUCK-BECHLER, Gertraude/JAHN, Heidrun/LEWIN, Dirk/SCHREIBER, Gerhard: Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern: Inhaltlich-strukturelle Entwicklungen. Berlin, 1993

BUCK-BECHLER, Gertraude/JAHN, Heidrun/LEWIN, Dirk/SCHREIBER, Gerhard: Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern: Inhaltlich-strukturelle Entwicklungen; Teil 2. Berlin, 1993

BURKHARDT, Anke/STEIN, Ruth Heidi/AULERICH, Gudrun/DÖBBELING, Karin/FRITSCH, Rainer/LAST, Bärbel/LISCHKA, Irene: Frauen im Prozeß der Hochschulerneuerung. *Beiträge zur Hochschulforschung*; Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung. München 3-1993

LAST, Bärbel/SCHAEFER, Hans-Dieter/GRALKI, Renate: Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der ehemaligen DDR mit Osteuropa - Compendium. Berlin, 1992

LAST, Bärbel/SCHAEFER, Hans-Dieter (Herausgeber): Attraktivität durch Internationalität: Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der neuen Bundesländer mit Osteuropa auf dem Prüfstand - Beiträge einer gemeinsamen Tagung am 10. November 1992 an der Universität Potsdam. Potsdam, 1993

LAST, Bärbel/SCHAEFER, Hans-Dieter (Bearbeitung): Aktuelle Fragen der Wissenschafts- und Forschungsstrukturen - Dokumentation eines deutsch-ungarischen Seminars. Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bonn; *Bildung - Wissenschaft - international* 1/1993. Bonn, 1993

#### Projektberichte

ADLER, Henri/LISCHKA, Irene: Erste Prognose der Studienberechtigten und Studienanfänger aus den neuen Bundesländern bis 2010. Projektbericht 2/1991

ADLER, Henri/LISCHKA, Irene: Entwicklung der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen in den neuen Bundesländern - Vorausschätzung. 2/1993

BURKHARDT, Anke/SCHERER, Doris/ERDNER, Sabine: Personalbestand an Hochschulen der ehemaligen DDR - 1989 und 1990. 3/1991

BURKHARDT, Anke/SCHERER, Doris: Habilitierte Wissenschaftlerinnen in Ostdeutschland - ein Berufungsreservoir? 6/1993

BURKHARDT, Anke/SCHERER, Doris: Wissenschaftliches Personal und Nachwuchsförderung an ostdeutschen Hochschulen. Stand der Erneuerung. 7/1993

LAST, Bärbel/GRALKI, Renate (Mitarbeit): Frauen im internationalen Austausch der Hochschulen in der DDR. 3/1993

LAST, Bärbel/SCHAEFER, Hans-Dieter: Die internationale Dimension der Hochschullandschaft: Ausländer- und Auslandsstudium unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftsbeziehungen zu Osteuropa - Ausgangspunkte, Tendenzen und Erfordernisse in den neuen Bundesländern. 4/1991

LAST, Bärbel/SCHAEFER, Hans-Dieter: Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Hochschulen in der CSFR, Polen und Ungarn: Befragung unter ostdeutschen Wissenschaftlern an Hochschulen der neuen Bundesländer im Frühjahr/Sommer 1992. 4/1993

LAST, Bärbel/SCHAEFER, Hans-Dieter: Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen in den neuen Bundesländern mit Mittel-/Osteuropa im Zeitraum 1989 bis 1993 - Zwischenbericht. 2/1994

LISCHKA, Irene: Potentielle Studienberechtigte in den neuen Bundesländern. 2/1992

LISCHKA, Irene: Studienanfänger an Hochschulen der neuen Bundesländer: Entwicklungen in der Übergangsphase. 5/1993

LISCHKA, Irene: Studienabsichten von Schülern in 9. und 11. Klassen an Gymnasien der neuen Bundesländer. 1/1994

STEIN, Ruth Heidi/FRITSCH, Rainer/ERDNER, Sabine: Studierende der Wirtschaftswissenschaften 1991 in den neuen Bundesländern vor dem Übergang von der Hochschule in den Beruf - Problemstudie. 3/1992

STEIN, Ruth Heidi: Absolventen von Hochschulen in der DDR 1970 bis 1990: Statistische Analyse. 1/1993

STEIN, Ruth Heidi: Berufsübergänge von Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus den neuen Bundesländern zu Beginn der 90er Jahre. 3/1994

# Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung<sup>1</sup>

## Grundlagen

Die Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik wurde zum 1. Januar 1992 auf Empfehlung des Wissenschaftsrates für fünf Jahre in das WZB eingegliedert. Sie besteht aus Mitarbeitern des früheren Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW). Ihr Leiter ist Prof. Dr. sc. Werner Meske; weitere Wissenschaftler sind Dr. sc. Charles Melis, Prof. Dr. habil. Hansgünter Meyer, Dr. Alexander Nadiraschwili, Dr. Gerd Redies sowie auf Drittmittelstellen eines DFG-Projekts Dr. Jochen Gläser (bis 30. Juni 93) und Dr. habil. Gabriele Groß (bis 31. Dezember 93). Alle Mitglieder der Forschungsgruppe verfügen über langjährige Erfahrung in der Wissenschaftsforschung. Durch unterschiedliche disziplinäre Herkunft (Ökonomie, Soziologie, Physik, Mathematik) und vorangegangene Arbeiten in verschiedenen Forschungsfeldern (Wissenschaftsökonomie, -organisation, -politik; internationale Forschungskooperation; Anwendung mathematischer Methoden) ist dies eine interdisziplinär zusammengesetzte Gruppe.

Die Wende in der DDR, die deutsche Vereinigung und die dann folgenden Veränderungen im ostdeutschen Wissenschaftssystem sowie nicht zuletzt die Überleitung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an das WZB haben erhebliche

Veränderungen der Arbeitsbedingungen und Anforderungen mit sich gebracht. Frühere Forschungsgegenstände waren vor allem Struktur und Dynamik der Wissenschaft in der DDR sowie im Rahmen vergleichender Untersuchungen auch die Wissenschaftssysteme anderer europäischer und außereuropäischer RGW-Länder (Vietnam, Kuba, Mongolei) sowie einiger OECD-Länder gewesen.

Da der Gegenstand bislang zentralistische Wissenschaftssysteme (der DDR und Osteuropas) mit einer geringen strukturellen Dynamik und weitgehend zentral gelenkten Ressourcenströmen war, konzentrierten sich die Untersuchungen auf makrostrukturelle Veränderungen im Wissenschaftspotential eines Landes sowie im internationalen Vergleich. Der Wegfall zentralistischer Strukturen und die mit den Transformationsprozessen in Mittel- und Osteuropa neu entstehenden Fragen machten deutlich, daß solche Untersuchungen makrostruktureller Ressourcenströme durch die Analyse ihrer wissenschaftsexternen wie -internen Beeinflussung sowie ihrer Wirkungen auf die Dynamik interner Strukturen des Wissenschaftssystems ergänzt werden müssen. Die Wissenschaftsforschung verfügt bislang aber nicht über konsistente theoretische Konzepte, die eine solche Analyse leiten könnten.

Diese Problematik bildete deshalb den Schwerpunkt der Diskussion anlässlich einer Präsentation der Forschungsgruppe im WZB im Dezember 1992. Sie spielte bereits auf der Konferenz „Ein Blick auf die neue Wissenschaftslandschaft“ eine Rolle, die im November 1992 von der Forschungsgruppe gemeinsam mit der Sektion Wissenschafts- und Technikforschung der Deutschen Ge-

sellschaft für Soziologie am WZB mit mehr als 70 Teilnehmern aus neuen und alten Bundesländern organisiert worden war.<sup>2</sup> Bei der Vorstellung des Konzepts der „Selbstorganisation der Wissenschaft“ durch Dr. G. Küppers von der Universität Bielefeld im August 1993 in der Forschungsgruppe wurde diese Diskussion weitergeführt.

## Ansatz

Die Veränderungen des bisherigen Gegenstandes (Wegfall zentralistischer und Entstehung pluralistischer Gesellschafts- und Wissenschaftsstrukturen) einerseits und die sich aus der Untersuchung der Transformationsprozesse ergebenden generellen theoretisch-konzeptionellen Probleme andererseits erfordern erhebliche Veränderungen in der thematischen Ausrichtung und bei den Fragestellungen der Gruppe. Das Anliegen besteht darin, den Zusammenhängen zwischen den Veränderungen der Ressourcenströme als wichtigem Instrument der Fremd- und Selbststeuerung von Wissenschaft einerseits und der strukturellen Dynamik des Wissenschaftssystems auf der Makro-, Meso- und Mikroebene andererseits nachzugehen.

Dies soll in erster Linie am Prozeß der Herausbildung eines einheitlichen deutschen Wissenschaftssystems untersucht werden, weil sich hier die beiden aktuellen Grundvarianten einer Neugestaltung der Beziehungen der Gesellschaft zur Wissenschaft in einmaliger Art und Weise überlagern. Darüber hinaus soll vergleichend die Entwicklung der Wissenschaftssysteme ausgewählter osteuro-

päischer Länder analysiert werden, um die Zusammenhänge zwischen der radikalen Umgestaltung der gesellschaftlichen Umwelt, den Einbrüchen in der Ressourcenbereitstellung und der internen Transformation des Wissenschaftssystems aufzuklären.

Anwendungsaspekte dieser Untersuchungen sind mit der Diskussion von Szenarien künftiger Wissenschaftsentwicklung in Deutschland und Osteuropa sowie der Diskussion von Konsequenzen für die Wissenschaftskooperation Deutschlands mit Osteuropa gegeben. Für die thematische Ausrichtung der Gruppe und die Erarbeitung eines mittelfristigen Forschungsprogramms scheint eine Synthese wissenschaftssoziologischer, organisationssoziologischer und transformationstheoretischer Konzepte erforderlich zu sein. Damit wurde ebenso begonnen wie mit Projekten zur empirischen Analyse von Veränderungen in den zentral- und osteuropäischen Wissenschaftssystemen. Die weitere Präzisierung des Forschungsprogramms sowie die theoretische Fundierung der bislang vorrangig empirisch angelegten Projekte bleibt eine vordringliche Aufgabe.

## Projekte

Der empirischen Erfassung der sich in Ostdeutschland vollziehenden Veränderungen der Wissenschaft wurde im Berichtszeitraum angesichts von Tempo und Ausmaß des gesellschaftlichen Wandels in dieser Region zunächst Vorrang eingeräumt. Ausgehend von der Frage, ob bzw. inwieweit es sich hierbei um einen Präzedenzfall für die in Osteuropa anstehenden Veränderungen handelt, wurden parallel dazu vergleichende Untersuchungen mit Partnern in osteuropäischen Ländern aufgenommen.

### (1) Veränderungen des Wissenschaftspotentials in Ostdeutschland

Hauptanliegen war die Erfassung der Umgestaltung des gesamten Wissenschaftssystems, d. h. der Transformation der sozialen Institution Wissenschaft in Ostdeutschland. Ausgehend von den bereits 1989 vorgelegten Analysen zum Wissenschaftspotential in der DDR und den 1990 erfolgten Umrechnungen der DDR-Wissenschaftsstatistik nach OECD-Methodik konnte bereits frühzeitig gezeigt werden, daß in der DDR weniger der Gesamtumfang des tatsächlich für FuE eingesetzten Personals als vielmehr dessen Struktur nach Sektoren und Institutionen sowie die Arbeitsziele und -bedingungen sich wesentlich von denen in den alten Bundesländern unterschieden.

Die mit dem Vereinigungsprozeß in den drei Sektoren (universitäre, außeruniversitäre und Industrieforschung) eingeleiteten Prozesse variierten sowohl hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen als

auch hinsichtlich der Steuerungsprozesse. Sie verlaufen sowohl zwischen als auch innerhalb der einzelnen Sektoren (hier mit Ausnahme der außeruniversitären Forschung) weitgehend unkoordiniert. Die Forschungsgruppe hat die inzwischen erfolgten Veränderungen insbesondere unter zwei Bezugspunkten analysiert:

a) die quantitativen und strukturellen Veränderungen des 1989 in der DDR vorhandenen Wissenschaftspotentials unter besonderer Berücksichtigung des Verbleibs des damals ausgewiesenen Personals;

b) Konsequenzen für die Strukturen der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft, die aus den Veränderungen der Ost-West-Relation innerhalb des deutschen Wissenschaftspotentials und aus den veränderten Proportionen und Strukturen im außeruniversitären Sektor resultieren.

Eine erste Zwischenbilanz<sup>3</sup> zeigt, daß die Transformationsprozesse (Institutionentransfer im staatlich finanzierten Sektor, Privatisierung durch die Treuhandanstalt und ihre Konsequenzen für die Industrieforschung; Umgestaltung der Universitäts- und Hochschullandschaft auf Länderebene) nicht zu einer regionalen Forschungslandschaft in Ostdeutschland geführt haben, die in ihren Ressourcen und organisatorischen Strukturen der in den alten Bundesländern adäquat ist:

- Im Bereich der außeruniversitären Forschung wurden die Auswirkungen des in Artikel 38 des Einigungsvertrages festgelegten Institutionentransfers analysiert.

1992 wies der außeruniversitäre Bereich der neuen Bundesländer nur noch weniger als ein Drittel des ursprünglich in diesem Bereich in der DDR insgesamt vorhandenen Personals aus. Die damit verbundenen personalstrukturellen Veränderungen sollen auf der Grundlage entsprechender Voruntersuchungen<sup>4</sup> insbesondere hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Profilierung der neugebildeten Institute analysiert werden.

Nach den inzwischen erfolgten Veränderungen ist dieser Sektor in den neuen Bundesländern insgesamt relativ etwas kleiner als in den alten Bundesländern, jedoch wesentlich anders strukturiert. Einem relativ niedrigen Anteil an Einrichtungen der Großforschung und der Max-Planck-Institute stehen relativ hohe Anteile an Einrichtungen der „Blauen Liste“ und von Fraunhofer-Instituten gegenüber.

Das wirft die Frage auf, inwieweit funktionelle und konzeptionelle Asymmetrien zwischen den beiden Wissenschaftssystemen die Strategiebildung und die Handlungen der westdeutschen forschungspolitischen Akteure beeinflussen. Die meisten AdW-Institute realisierten unter den forschungspolitischen Bedingungen der DDR eine Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung (vgl. (2)), was den Transfer funktionell ausdifferenzierter Institutionen erschwerte. Die sich daraus ergebenden Fragen hinsichtlich der Profilierung der neugebildeten Institute und ihrer Perspektive werden am Beispiel ostdeutscher „Blaue-Liste-Institute“ weiter verfolgt (vgl. (3)).

- Auf „Forschung und Entwicklung (FuE) in der Wirtschaft“ entfällt in den ent-

wickelten Ländern der höchste und tendenziell wachsende Anteil an FuE-Aufwendungen. 1989 waren in den alten Bundesländern etwa 70 Prozent, in der DDR nur etwa 60 Prozent des eingesetzten FuE-Personals in diesem Sektor beschäftigt. In Ostdeutschland erfolgte hier inzwischen der stärkste Abbau von FuE-Personal, auf inzwischen weniger als 20 Prozent gegenüber 1989. Der Anteil Ostdeutschlands am FuE-Personal der deutschen Wirtschaft beträgt damit 1993 weniger als acht Prozent, 1989 waren es 22 Prozent.

Diese Veränderungen sind das Ergebnis mehrerer untereinander nicht koordinierter, sich jedoch gegenseitig beeinflussender Prozesse. Durch den Verzicht auf staatliche Steuerung, insbesondere auf eine Strukturpolitik, wurden die Veränderungen in diesem Sektor weitgehend den einzelnen Betrieben und ihren Überlebensstrategien sowie dem Einfluß westdeutscher Konzerne überlassen. Die Anpassung der Betriebe an die Marktwirtschaft war wegen des Wegfalls der bisherigen Märkte und bei dem dadurch bedingten Produktionsrückgang vor allem auf Kostensenkung ausgerichtet. Beschleunigt wurde der Abbau von FuE immer dann, wenn Unternehmen privatisiert worden sind.

- In den Jahren 1992 und 1993 wurde durch Mitarbeiter der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik (C. Melis, W. Meske) gemeinsam mit der Prognos AG eine begleitende Evaluation und Wirkungsanalyse der für die ostdeutschen Wirtschaft aufgelegten Fördermaßnahmen des BMFT „Forschungs- und Entwicklungs-Personal-Zuwachsförderung Ost (ZFO)“ und „Förderung der Auftragsforschung und -entwicklung Ost (AFO)“

durchgeführt.<sup>5</sup> Im Ergebnis der Evaluation wurde festgestellt, daß die Weiterführung solcher Programme zur Erhaltung einer Mindestkapazität im FuE-Sektor notwendig ist; zugleich wurden Vorschläge zu Modifizierungen der instrumentellen Ausgestaltung und der Konditionen beider Programme für ihre künftige Weiterführung unterbreitet.

Die Forschungsgruppe will die empirischen Ergebnisse der Evaluation für Sekundäranalysen zu den Auswirkungen der Veränderungen in der ostdeutschen Wirtschaft auf FuE und hinsichtlich der Transformation von Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Produktion nutzen. Die Beteiligung an Evaluationsprojekten wird fortgesetzt, um intendierte und nichtintendierte Wirkungen politischer Forschungsförderung auf die Struktur und Dynamik der industriellen FuE zu analysieren.

- Ohne die Betrachtung der „Universitäten und Hochschulen“ bleibt der Gesamtzusammenhang des Wissenschaftssystems unvollständig. Als berufliche Ausbildungsstätte für fünfundzwanzig bis dreißig Prozent eines jeden Jahrgangs, als Forschungspotential für Wirtschaft und Gesellschaft, als Stätte der Ausbildung und Ausprägung gesellschaftlicher Eliten wie als Arbeitsstätte von fast 500.000 Beschäftigten in Gesamtdeutschland wirkt dieser Sektor folgenreich in sensible gesellschaftliche Zusammenhänge hinein. In der Forschungsgruppe wird die derzeitige Hochschulerneruerung untersucht (H. Meyer), insbesondere hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die Veränderungen der verschiedenen Personalgruppen des Hochschulwesens bis zum Ende der 90er Jahre. Die ostdeutsche Hochschulerner-

uerung ist - obgleich sie von den zuständigen Länderministerien als im wesentlichen abgeschlossen bezeichnet wird - ein kompliziertes, weiter andauerndes Geschehen. Es ist stark mit der Weiterentwicklung und Neuprofilierung des Hochschulsystems in den alten Bundesländern verflochten.

Die begonnenen institutionellen und personellen Umbildungen sowie Kapazitätsreduzierungen haben in Ostdeutschland eine bislang unübersichtliche Situation geschaffen. Politische und wirtschaftliche Gegebenheiten der deutschen Vereinigung und der Neugestaltung der ostdeutschen Länder, die zunehmende Ressourcen-Überanspannung der Wissenschaft, aber auch die föderale Struktur des Hochschulwesens haben in Deutschland neue Probleme der regionalen Ausgestaltung von Hochschulbildung und -forschung auf die Tagesordnung gesetzt.

Bisher wurde vor allem der durch Personalstrukturen gesetzte Rahmen für eine der Hochschullandschaft der westdeutschen Länder konkordante Hochschulneugestaltung in den ostdeutschen Ländern analysiert; statistische und andere Unterlagen wurden dabei durch Gespräche mit Mitarbeitern der zuständigen Ressort-Ministerien sowie ostdeutscher Hochschulen ergänzt. Zwischenergebnisse der Untersuchung wurden in einem WZB-Kolloquium 1993 sowie in der Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe<sup>6</sup> und anderen Publikationen vorgestellt. Diese Forschungsarbeiten werden durch eine Untersuchung der Hochschulforschung in Ostdeutschland ergänzt und 1994 mit einer Buchpublikation abgeschlossen.

Die Herausbildung einer integrierten

deutschen Forschungslandschaft wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Nachdem die makrostrukturellen Veränderungen weitgehend abgeschlossen sind, verändert sich auch die Schwerpunktsetzung der Forschungsgruppe. Hinsichtlich des Forschungsgegenstandes erfolgt eine Konzentration auf die außeruniversitäre Forschung und die FuE in der Wirtschaft (hier insbesondere auf die Schnittstelle Industrieforschung - außeruniversitäre Forschung). Für die außeruniversitäre Forschung verlagert sich der Schwerpunkt der Untersuchung zugleich auf die Meso- und Mikroebene; makrostrukturelle Untersuchungen bleiben aber unter dem Aspekt der Rahmenbedingungen für die Entwicklung einzelner Institute (vgl. (3)) unverzichtbar.

## **(2) Struktur und Funktionsweise der industrieorientierten Forschung der früheren Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR**

Um das Verständnis der Ausgangsbedingungen und Funktionsweisen der ostdeutschen Forschung auf makro-, meso- und mikrostruktureller Ebene zu vertiefen, wurde seit 1991 in dem DFG-Projekt „Struktur und Funktionsweise der industrieorientierten Forschung an der Akademie der Wissenschaften unter den forschungspolitischen Bedingungen in der DDR“ in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) Köln eine retrospektive Analyse der Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung in der industrieorientierten Forschung der AdW der DDR durchgeführt (Leitung: W. Meske; Prof. Dr. Renate Mayntz/MPIfG; Bearbeiter: J. Gläser und G. Groß; Dr.

C. Otto/MPIfG). Die empirischen Arbeiten wurden 1993 abgeschlossen, erste Ergebnisse auf einem WZB-Kolloquium vorgestellt und in einem Workshop mit Wissenschaftlern aus früheren AdW-Instituten sowie aus Trägerorganisationen der Forschung diskutiert.<sup>7</sup>

Die Ergebnisse dieses Projekts zeigen, daß es in der industrieorientierten Forschung der AdW eine solche Integration gab, die aber nicht durchgängig realisiert und auch nicht in allen Fällen erfolgreich war.

Das Leitmotiv einer internen „Integration von Grundlagenforschung und Anwendungsforschung“ war letztlich die Folge des starken politischen Drucks auf die AdW hinsichtlich einer Anwendungsorientierung ihrer Forschung. Zustandekommen und Erfolg der Integration von Grundlagenforschung und Anwendungsforschung waren jedoch nicht das Ergebnis einer unmittelbar darauf gerichteten (und also erfolgreichen) Steuerungstätigkeit der AdW-Leitung. Die Integration von Grundlagenforschung und Anwendungsforschung in den Instituten der AdW entstand vielmehr durch eine Vielzahl unterschiedlicher Einflüsse auf die Forschungstätigkeit und die Forschungsorganisation. Die wichtigsten Einflußfaktoren waren einerseits der fachliche Hintergrund (kognitive Strukturen und Größe des jeweiligen Fachgebietes) und andererseits die Interaktionen der Forscher, ihrer Industriepartner und der forschungspolitischen Akteure (insbesondere der Instituts- und Akademieleitung) im Prozeß der Konzipierung und Bearbeitung von Forschungsprojekten.

Die Auswertung dieses Projekts wird 1994 weitergeführt. Es deutet sich be-

reits an, daß die aufgegriffenen Fragen und die gewonnene Sichtweise für die Analyse der deutschen Forschungslandschaft von Bedeutung bleiben (vgl. (3)).

### **(3) Integration von ostdeutschen „Blaue-Liste“-Instituten in die deutsche Wissenschaftslandschaft**

Nachdem bisher makrostrukturelle und institutionelle Veränderungen in Ostdeutschland dominierend waren, ist künftig von besonderem Interesse, wie sich die neugebildeten Institute in die regionale und gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft integrieren können. Am Beispiel von acht im Forschungsverbund Berlin e. V. zusammengeschlossenen neuen Instituten der „Blauen Liste“ sollen diese Prozesse und die dabei auftretenden Probleme begleitend untersucht werden (W. Meske: DFG-Antrag 1993). In dieses Projekt sind Untersuchungen zum Umfang und zu den Veränderungen der Forschungsförderung (C. Melis) und der internationalen Kooperationsbeziehungen dieser Institute (A. Nadiraschwili) integriert.

Das Ziel ist es herauszufinden, wie die Integration neuer Institute in die Wissenschaftslandschaft durch intra- wie interorganisatorische Prozesse der Generierung und Nutzung von Handlungsfähigkeit erfolgt. In diesem Projekt verbindet sich die organisationssoziologische Fragestellung nach den Bedingungen und dem Verlauf der Formierung eines Instituts als eigenständiger Akteur mit der wissenschaftssoziologischen Frage nach den Wechselwirkungen von Organisationsentwicklung und Herausbildung inhaltlicher und funktioneller For-

schungsprofile unter Berücksichtigung von Umfang und Quellen der Ressourcenbereitstellung. Das Projekt schließt damit inhaltlich an die bisherigen Untersuchungen (vgl. (1) und (2)) an. Zugleich sollen im Zusammenhang mit diesem Projekt die theoretischen Grundlagen der Forschungsarbeit vertieft und die konzeptionelle Arbeit der Gruppe verstärkt werden.

### **(4) Vergleichende Untersuchungen zum „Umbruch“ der Wissenschaft in Osteuropa**

Die Untersuchungen zur Dynamik osteuropäischer Wissenschaftssysteme (A. Nadiraschwili, W. Meske) konzentrierten sich im Berichtszeitraum auf die Analyse makrostruktureller Rahmenbedingungen und die Konzipierung von Projekten mit Partnern in der Ukraine, in Rußland und in Belorußland.

Die Analyse der makrostrukturellen Veränderungen ergab, daß nach dem Zerfall des Wissenschaftssystems in der UdSSR in fünfzehn ihrer Größe und Bedeutung nach sehr ungleiche Teile die Finanzierung der Wissenschaft in den einzelnen Ländern um ca. 70 Prozent und die Anzahl der Wissenschaftler um ca. 20 Prozent zurückgegangen ist. Die stärkste Reduzierung erfolgte in der Wirtschaft. Ein großer Teil der wissenschaftlichen Elite ist emigriert. Es erfolgte eine rasche „Alterung“ des Personalbestandes, da vor allem jüngere Wissenschaftler abwandern. Wegen des Fehlens von Valutamitteln sind insgesamt die internationalen Kontakte eher geringer und der Rückstand in den Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler noch größer geworden. Zwischenergeb-

nisse der Untersuchung wurden in einem Beitrag zu diesem Thema im WZB-Jahrbuch 1994, in Zeitschriftenbeiträgen sowie auf Konferenzen vorgestellt.<sup>8</sup>

Mit dem nunmehr konzipierten Projekt „Institutionelle und strukturelle Veränderungen im außeruniversitären Sektor der Wissenschaft in der Ukraine“ (A. Nadiraschwili in Kooperation mit Wissenschaftlern des Forschungszentrums für Wissenschaftspotential und -geschichte in Kiew) beteiligt sich die Forschungsgruppe an einem vom BMFT geförderten internationalen Vorhaben zur Untersuchung der „Veränderungen der mittel- und osteuropäischen Wissenschaftssysteme“, das gemeinsam mit Wissenschaftlern aus sechs Ländern der ehemaligen UdSSR sowie aus sechs anderen osteuropäischen Ländern durchgeführt wird. Im Zentrum dieses Projektes wird der Prozeß der Reformierung des sowjetischen „Akademiemodells“ stehen.

Die makrostrukturelle Analyse der AdW der Ukraine als Wissenschaftsorganisation bildet dabei die Grundlage für Fallstudien zu einzelnen Akademie-Instituten, mit denen analog zu den Analysen ostdeutscher „Blaue-Liste-Institute“ (vgl. (3)) eine Untersuchung der Zusammenhänge zwischen intraorganisatorischen Prozessen und der Veränderung der Position der Institute in der sich wandelnden Wissenschaftslandschaft erfolgen soll. Die Fallstudien in den Instituten werden sich konzeptionell und methodisch an dem in (3) genannten Projekt orientieren. Zum Vergleich werden insbesondere die makrostrukturellen Veränderungen in den Akademien der Wissenschaften Rußlands und Belorußlands beobachtet und ausgewertet.

Die für dieses Projekt notwendige langfristige Kooperation ist mit Partnern in der Ukraine (Forschungszentrum für Wissenschaftspotential und -geschichte der Ukrainischen AdW in Kiew/Prof. B. Malitski), in Rußland (Zentrum für Wissenschaftsforschung und -statistik in Moskau/Prof. L. Mindeli) und in Belorußland (Institut für Soziologie in Minsk/Prof. G. Nesvetailov) abgestimmt.

Die Ergebnisse der Untersuchungen zur Geschichte (3) und aktuellen Entwicklung (1) der Beziehungen von Wissenschaft und Industrie werden auch im Rahmen des internationalen Forschungsprojektes „Academy-Industry-Relations und ihre Veränderungen“ (W. Meske) ausgewertet, an dem 1993 und 1994 Wissenschaftler aus allen ehemaligen RGW-Ländern Osteuropas (außer UdSSR) sowie aus Kroatien und Slowenien teilnehmen. Dieses Projekt ist mit weiteren regionalen Forschungsnetzen zur gleichen Thematik in Westeuropa, in Nordamerika und Südamerika verbunden.

Als Gäste der Forschungsgruppe weilten Professor B. Malitski, Direktor des Forschungszentrums für Wissenschaftspotential und -geschichte der AdW der Ukraine in Kiew sowie Dr. K. Müller vom Institut für Wissenschaftstheorie und -geschichte der Tschechischen AdW in Prag im Berichtszeitraum in Berlin; auf WZB-Kolloquien informierten sie über die aktuelle Situation und die Perspektiven der Wissenschaft in ihren Ländern.

Im Ergebnis der Zusammenarbeit wurde A. Nadiraschwili im Mai 1992 zum wissenschaftlichen Berater des Forschungszentrums für Wissenschaftspotential und -geschichte der AdW der

Ukraine berufen. Außerdem unterstützen W. Meske als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates und A. Nadiraschwili als Mitglied des Redaktionskollegiums die Herausgabe der neuen Zeitschrift „Nauka i Naukovedenie“ (Wissenschaft und Wissenschaftsforschung) in Kiew.

Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik bei der Analyse von Transformationsprozessen der Wissenschaft äußerten auch Prof. Vu Cao Dam, Direktor des Instituts für Wissenschaftsmanagement in Hanoi/Vietnam anlässlich eines Arbeitsaufenthaltes in Berlin sowie Dr. D. Suhbaatar vom Institut für Wissenschaftsforschung und -information der AdW der Mongolei in Ulan-Bator. Letzterer nutzte einen vom DAAD finanzierten Arbeitsaufenthalt, um sich insbesondere in der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik mit deutschen Erfahrungen auf dem Gebiet Wissenschaftstransformation und -forschung vertraut zu machen.

#### **(5) Methodisch-instrumentelle Arbeiten**

Im Mittelpunkt der methodisch-instrumentellen Arbeiten der Forschungsgruppe

steht das Projekt „Fakten-Daten-Bank zum Wissenschaftspotential“ (G. Redies), das sich noch in der Phase der Problemanalyse und Anforderungsdefinition befindet. Mit ihm soll die Vielzahl qualitativer und unstrukturierter Daten, die in den empirischen Arbeiten anfallen und bisher nicht oder nur in bezug auf die jeweiligen speziellen Untersuchungen ausgewertet wurden, einer rechnergestützten Auswertung zugänglich gemacht werden. Durch die Anlage des Systems in verschiedenen Ebenen wird die Anpassungsmöglichkeit an neue, moderne Software-Produkte angestrebt. Die erste Ebene bildet ein Archivierungssystem, während die zweite Systemebene verschiedene Dateien einschließlich spezieller Anwendungsprogramme umfaßt.

Gegenwärtig wird an der Beschaffung eines geeigneten Archivierungssystems gearbeitet. Weitere Arbeiten betreffen die Installation, Einarbeitung und Testung, insbesondere des Zusammenspiels der verschiedenen Ebenen. Der Aufbau der zweiten Ebene erfolgt zunächst mit bereits vorhandenen Komponenten. Für 1994 ist eine Erweiterung vorgesehen, insbesondere durch Installation eines leistungsfähigen Text-Retrieval-Systems sowie von Statistik-Software.

#### **Anmerkungen:**

<sup>1</sup> Der Beitrag ist zuerst erschienen in: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Bericht 1992-1993. Berlin 1994.

<sup>2</sup> Vgl. Werner Meske/Werner Rammert (Hg.): Ein Blick auf die neue Wissenschaftslandschaft. Zur Lage der sozialwissenschaftlichen Wissenschafts- und Technikforschung in Ostdeutschland. 2 Bde. Berlin 1993. (WZB-Paper 93-403)

<sup>3</sup> Vgl. Werner Meske: Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1993. (WZB-Paper 93-401)

<sup>4</sup> Vgl. Dieter Dohnke/Gebriele Groß/Charles Melis/Gerd Redies: Ausgewählte Ergebnisse einer soziologischen Begleitanalyse zur Auflösung und Umstrukturierung der Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften. In: *hochschule ost* 5/1992, S. 59 - 64.

<sup>5</sup> Vgl. Prognos-AG: Wirkungsanalyse der FuE-Personal-Zuwachsförderung und Förderung der Auftragsforschung und -entwicklung in den neuen Bundesländern. Berlin/Basel 1993; dies.: Ergebnisse der Wirkungsanalyse der „FuE-Personal-Zuwachsförderung“ und „Förderung der Auftragsforschung und -entwicklung“ in den neuen Bundesländern. In: *hochschule ost* 10-11/1993, S. 134 - 142.

<sup>6</sup> Vgl. H. Meyer: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien - Friktionen - Optionen - Statistik. Berlin 1993. (WZB-Paper 93-402)

<sup>7</sup> Vgl. Struktur und Funktionsweise der industrieorientierten Forschung an der AdW unter den forschungspolitischen Bedingungen in der DDR. In: *hochschule ost* 12/1993, S. 83 - 85.

<sup>8</sup> Vgl. Werner Meske/ Alexander Nadiraschwili: Umbruch der Wissenschaft in Mittel- und Osteuropa. In: Wolfgang Zapf/ Meinolf Dierkes (Hg.): Institutionenvergleich und Institutionendynamik. WZB-Jahrbuch 1994. Berlin 1994, S. 349 - 376; Alexander Nadiraschwili: Die Transformation der Wissenschaft in den Ländern der ehemaligen UdSSR. Berlin 1994. (WZB-Paper 94-401)

## Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

**Sprecher:** Prof. Dr. Dieter Simon (Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte Frankfurt a.M., ehem. Wissenschaftsratsvorsitzender)

**stv. Sprecher:** Prof. Dr. Wolfgang Fratzscher (MLU Halle-Wittenberg, Standort Merseburg, FB Verfahrenstechnik)

**Mitglieder:** Prof. Dres. Heinz Bielka, Manfred Bierwisch (Leiter der MPG-Arbeitsgruppe Strukturelle Grammatik Berlin), Volker Erdmann (FU Berlin, Institut für Biochemie), Wolfram Fischer (FU Berlin, Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte), Detlev Ganten (FU Berlin, Institut für Klinische Pharmakologie am Universitätsklinikum Steglitz), Gottfried Geiler (Universität Leipzig, Institut für Pathologie, Dekan der Medizinischen Fakultät, Vizepräsident der Leopoldina), Helmut Koch (Universität Münster), Jürgen Kocka (FU Berlin, Seminar für Neuere Geschichte, Leiter des Forschungsschwerpunktes Zeithistorische Studien Potsdam), Renate Mayntz (Direktorin des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln), Jürgen Mittelstrass (Universität Konstanz, Philosophische Fakultät), Frieder Scheller, Klaus Zernack (Osteuropahistoriker, FU Berlin)

**Laufzeit:** 1994 - 1997

Die Vereinigung der beiden deutschen Wissenschaftssysteme seit 1990 hat neue Gestaltungschancen aber auch, in den neuen Bundesländern, krisenhafte Störungen hervorgebracht. Im Zuge der Übertragung der westdeutschen Struktur- und Organisationsmuster ist im Osten vieles abgebrochen, teils notwendig oder erwünscht, teils vermeidbar und unbeabsichtigt. Rückwirkungen auf den Bereich der alten Bundesrepublik zeichnen sich bereits ab.

Die Arbeitsgruppe will der Frage nach dem Schicksal wissenschaftlichen Wis-

sens unter der Bedingung des abrupten politischen Wandels in Deutschland in ausgewählten Disziplinen bzw. Disziplinfeldern nachgehen. Insbesondere für die Biomedizin, die Ingenieurwissenschaften mit Konzentration auf die Verfahrenstechnik, die Kulturwissenschaften mit Schwerpunkt Asien- und Afrikawissenschaften sowie die Sozialwissenschaften sollen historisch-empirische Analysen und Bestandsaufnahmen erstellt werden, die in einer neuen und alten Bundesländer vergleichenden Perspektive wissenschaftliche Verluste und Zugewinne, Umstrukturierungen, Innovatio-

nen und Entwicklungstendenzen darstellen.

Diese Forschungen werden zugleich mit dem Ziel betrieben, Möglichkeitsbewußtsein und institutionelle Phantasie anzuregen und den Grund für zukunftsgerichtete Handlungsempfehlungen zu legen. Mehr als bisher der Fall, sollte die Verei-

nigungskrise zum Anlaß genommen werden, über die Weiterentwicklung des verbesserungsbedürftigen deutschen Wissenschaftssystem in seinen internationalen Zusammenhängen nachzudenken. Hierzu will die Arbeitsgruppe durch Forschungsvorhaben, wissenschaftliche Tagungen und öffentliche Diskussionsveranstaltungen einen Beitrag leisten.

Zwei größere Untersuchungen zu übergreifenden Fragen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus sind am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln zum Abschluß gebracht worden und ihre Ergebnisse in diesem Herbst auf den Buchmarkt gekommen. Fragestellungen, Systematik und Resultate der beiden Untersuchungen legen es nahe, deren Publikationen hier ausführlicher als üblich anzuzeigen. (Red.)

**Renate Mayntz**  
(unter Mitarbeit von Hans-Georg Wolf):

**Deutsche Forschung im Einigungsprozeß:  
Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989  
bis 1992**

(Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln Bd. 17)

Campus Verlag • Frankfurt am Main • 301 Seiten

ISBN 3-593-35180-3 DM 68,-/ öS 531/ sFr 68,-

Oberflächlich gesehen mag die deutsche Vereinigung in allen Bereichen - ob Wirtschaft oder Wissenschaft, Gesundheitswesen oder Telekommunikation - nach dem Muster eines schlichten Institutionentransfers von West nach Ost abgelaufen sein. Genauer betrachtet gab es jedoch erhebliche Unterschiede im Prozeßverlauf, z. B. in Art und Grad seiner Steuerung, in der Konfliktintensität, im Ausmaß der bewirkten Strukturbrüche im Osten und in den Rückwirkungen auf den institutionellen Status quo im Westen. Die Transformation der im wesentlichen in Akademien organisierten außeruniversitären Forschung der DDR zeichnete sich durch relativ klare Zielvorstellungen, ein systematisches Herangehen an die Umgestaltungsaufgabe und eine hochgradig konforme Implementation der entwickelten Vorschläge aus.

Die empirische Studie analysiert die Bedingungen, unter denen ein derart gezielter Institutionenwandel stattfinden kann, und versucht, eine Bewertung der Transformationsergebnisse vorzunehmen.

**Inhalt**

**1. Institutioneller Wandel und politische Steuerung im Vereinigungsprozeß**

Das theoretische Problem • Die empirische Untersuchung • Die Phasen des Prozesses

**2. Die »Wende« und die Forschung in Ost und West**

Die Ausgangssituation • Deutsch-deutsche Kooperation • Reformbemühungen in der AdW

**3. Der Umschlag von »Kooperation« zu »Vereinigung«**

Bundesrepublik: Ein Problem gewinnt Kontur • Fortsetzung der Reformen in der AdW

**4. Problemdefinition und Rahmenentscheidung: Die Verhandlungen zum Einigungsvertrag**

Die Konstitution eines Verhandlungssystems • Das forschungspolitische Verhandlungssystem • Die Zukunft der AdW: Optionen und Positionen • Die Position

der Verbände, Parteien und Bundesländer • Die Wissenschaftsorganisationen und der Einigungsvertrag • Voraussetzungen der Umstrukturierung: Evaluation und Moratorium

**5. Umgestaltung als Aufgabe**

Der Wissenschaftsrat als zentraler Akteur • Die Organisation der Evaluation • Vorgaben für die Evaluation • Die Zukunftsvorstellungen der Institute • Die Begutachtung • Der mehrstufige Entscheidungsprozeß • Institutionelle Zuordnungsentscheidungen: Interessenkonflikte mit Trägern • Die Reaktionen der Betroffenen

**6. Das Ergebnis der Evaluation: Umriss einer neuen Forschungslandschaft**

Personeller Erhaltungsgrad • Erhaltung

und Auflösung von Instituten • Das institutionelle Profil • Der Innovationsgehalt der Empfehlungen

**7. Die Umsetzung der Empfehlungen**

Implementationsprobleme • Die Sicherung der Akzeptanz • Eine Implementationsstruktur entsteht • Die KAI-AdW • Flankierende Maßnahmen: WIP und ABM • Finanzielle Probleme der Umsetzung • Probleme bei der Umsetzung institutioneller Empfehlungen • Die Reaktionen der Betroffenen in der Umsetzungsphase • Das Ergebnis der Umsetzung

**3. Institutionenwandel als Problemlösungsprozeß**

Das Ergebnis der Transformation • Die Transformation der AdW als Problemlösung? • Prozeßprägende Faktoren

**Renate Mayntz (Hg.):**

**Aufbruch und Reform von oben:  
Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß**

(Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln Bd. 19)

Campus Verlag • Frankfurt am Main • 312 Seiten

ISBN 3-593-35179-X. DM 58,-/ öS 453/ sFr 58,-

In diesem Buch, das von der Herausgeberin als gemeinsames Forschungsvorhaben geplant wurde, wird der Reformprozeß an ostdeutschen Universitäten in der Zeit zwischen 1989 und Anfang 1993 analysiert. Das zentrale Interesse gilt dabei dem Mit- und Gegeneinander endogener und exogener Reformen. In fünf Kapiteln werden die Vorgänge an einzelnen Universitäten (HU Berlin, Halle, Jena, Leipzig, Rostock) rekonstruiert. Fünf weitere Kapitel sind den wichtigsten externen Akteuren in diesem Reformprozeß gewidmet: Wissenschaftsrat, Länderregierungen, Rektorenkonferenz, Kultusministerkonferenz und Hochschulstrukturkom-

missionen. Die meisten Autoren waren - z. B. als Gründungsbeauftragte, Rektor, Landesbeamter oder Gremienmitglied - aktiv an den geschilderten Vorgängen beteiligt. Am Ende unternimmt die Herausgeberin den Versuch, diese einzelnen Bausteine zu einem Gesamtbild des komplexen Reformprozesses zusammenzusetzen.

**Inhalt**

1. Das Hochschulwesen der DDR Ende der 80er Jahre  
*Gertraude Buck-Bechler*

2. Konflikte und Balancen. Die Umwand-

2. Konflikte und Balancen. Die Umwand-

lung der Humboldt-Universität zu Berlin  
1990-1993

*Friedhelm Neidhardt*

3. Die Erneuerung der Friedrich-Schiller-Universität Jena

*Wolf Rosenbaum*

4. Hochschulerneuerung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1990 bis 1993: Ein Zwischenbericht

*Hans-Hermann Hartwich*

5. Der Um- und Neubau der Universität Leipzig

*Wolfgang Schluchter*

6. Die Universität Rostock auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland

*Gerhard Maeß*

7. Die Hochschulgesetzgebung der neuen Länder als Rahmenbedingung der Neustrukturierung

*Karl-Heinrich Hall*

8. Die Rolle der Kultusministerkonferenz im Zuge des Einigungsprozesses

*Peter Kreyenberg*

9. Im Osten wie im Westen - nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR

*Wilhelm Krull*

10. Zur Rolle der Hochschulstrukturkommissionen der Länder im Transformationsprozeß

*Ulrich Teichler*

11. Die Rolle der Westdeutschen Rektorenkonferenz/Hochschulrektorenkonferenz bei der Umgestaltung der ostdeutschen Hochschulen

*Uwe Schimank*

12. Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention

*Renate Mayntz*

**Peer Pasternack (Leipzig):**

## **Dokumentation: Forschungsprojekte zu Wissenschaft und Hochschulentwicklung in der DDR und in Ostdeutschland**

Über die in den voranstehenden Artikeln beschriebenen Forschungsprojekte zum ostdeutschen Wissenschaftsumbau hinaus liefern und laufen an zahlreichen Einrichtungen weitere Arbeiten zu diesem Thema. Desweiteren wurden und werden eine Vielzahl von Projekten zur Wissenschaftsgeschichte der DDR durchgeführt. Der Überblick fällt zunehmend schwer.

Um diesen zu ermöglichen, veröffentlichen wir im folgenden zum ersten eine Übersicht der **seit 1990 abgeschlossenen Graduierungsarbeiten** zu Themen, die in unserem Kontext interessieren. Diese Arbeiten sind in jedem Falle an den jeweiligen Instituten einzusehen. Manche können auch über Fernleihe beschafft werden. Auf die Verzeichnung bereits publizierter Graduierungsarbeiten wird dabei verzichtet und statt dessen auf die annotierte Bibliographie „DDR-Wissenschaftsgeschichte & Umbau von Hochschule und Wissenschaft in Ostdeutschland. Selbständige Veröffentlichungen incl. Graue Literatur 1989 - 1993“ (Peer Pasternack; Leipziger Universitätsverlag 1994; Bezug über Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig) verwiesen.

Zum zweiten veröffentlichen wir eine Zusammenstellung **aktuell laufender Forschungsprojekte** zu DDR-Wissenschaftsgeschichte und ostdeutschem Wissenschafts- und Hochschulumbau.

Quellen dieser beiden Zusammenstellungen sind neben eigenen Recherchen die im Auftrag der Bundestags-Enquete-Kommission vom Arbeitsbereich DDR-Geschichte an der Universität Mannheim erarbeitete Publikation „Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte 1994“ sowie die Veröffentlichungen des InformationsZentrum Sozialwissenschaften Bonn/Berlin und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Außerhalb von Graduierungsverfahren seit 1990 durchgeführte und bereits abgeschlossene Forschungsprojekte sind in ihren Ergebnissen meist durch Veröffentlichungen dokumentiert. Diesbezüglich sei ebenfalls auf die o.g. Bibliographie sowie die fortlaufenden Annotationen in *hochschule ost* verwiesen.

Desweiteren gibt es einige **Einrichtungen**, die mit einer gewissen Konstanz im Zuge von auf unmittelbare Politikberatung orientierten **empirischen Begleitforschungsstudien** Einzelaspekte des

ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftsumbaus untersuchen. Diese Analysen sind in der Regel kurzfristig zu erstellen. Die Themen wechseln entsprechend häufig. Zur Erleichterung der Anforderung aktueller Projekt- und Publikationslisten sind in einem dritten Teil die Anschriften dieser Einrichtungen zusammengestellt.

Abschließend werden bislang erschie-

nene **Bibliographien** zu den in unserem Kontext interessierenden Themen verzeichnet.

Die Redaktion bekundet nachhaltiges Interesse an der Mitteilung hier nicht enthaltener Arbeiten und Projekte, um in einer Ergänzungsübersicht auch diese anzeigen zu können. Mitteilungen an Red. *hochschule ost*, Universität Leipzig, Postfach 920, 04009 Leipzig.

### **1. Seit 1990 abgeschlossene Graduiierungsarbeiten zu Themen der DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte sowie des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus**

*Straube, Peter-Paul: Katholische Studentengemeinde in der SBZ/DDR als Ort eines außeruniversitären Studium Generale 1945 - 1989.* Dissertation. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, Institut für Erziehungswissenschaften I. Oldenburg 1994.

Die Arbeit erscheint voraussichtlich Anfang 1995 im St. Benno Verlag Leipzig.

*Connelly, John: Die Hochschulpolitik der kommunistischen Parteien in Polen, der Tschechoslowakei und der SBZ/DDR 1945 - 1956.* Dissertation. Harvard University, Department of History, Center für European Studies. Cambridge 1994.

*Thüsing, Andreas: Hochschulpolitik in der Zeit der „antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung“. Die Universität Leipzig 1945 - 1949.* Magisterarbeit. Universität Leipzig, Historisches Seminar. Leipzig 1993. 146 S.

Die Arbeit stellt die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen an der Leipziger Universität zwischen Kriegsende und DDR-Gründung dar. Sie basiert im wesentlichen auf Aktenstudium um Leipziger Universitätsarchiv. Schwerpunkte der Darstellung sind die Auseinandersetzungen innerhalb der Studentenschaft, d. h. vornehmlich die Konflikte zwischen der FDJ-Hochschulgruppe und dem (bürgerlich dominierten) Studentenrat.

*Janitz, Dörte: Die Planungsstufen des Leipziger Universitätsneubaus von 1945 bis zum Jahr 1968.* Diplomarbeit. Universität Leipzig, Institut für Kunstgeschichte. Leipzig 1991. 96 S.

Zunächst Darstellung der Kriegsschäden am gesamten Gebäudebestand der Universität. Ablauf der ersten Planungen zum Neubau kurz darauf und Beziehung zu schon vor dem Krieg existierenden Entwürfen. Dann Darstellung des Wettbewerbs zur Gestaltung des Komplexes am Augustusplatz 1968, der künstlerischen und administrativen Vorgänge, des Abrisses und Neubaus mit Beachtung des Schicksals der Universitätskirche. Nachweis des Verbleibs wichtiger Kunstwerke. Für die Arbeit wurden Akten aus dem Universitätsarchiv, dem Stadtarchiv Leipzig und Zeitungen genutzt.

*Wien, Johannes: Die Ur- und Frühgeschichtsforschung in der DDR. Aspekte und Probleme der Vergangenheitsbewältigung.* Diplomarbeit. Institut für Prähistorische Archäologie des Fachbereichs Kunst- und Altertumswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle/S. 1992. 118 S. + 100 gez. S. Dokumentenanhang.

*Berger, Sirgit: Der Hochschullehrer Basil Spiru. Eine biographische Skizze.* Diplomarbeit. Universität Leipzig, Fachbereich Geschichte. Leipzig 1991. 74 S. + 30 gez. S. Anh.

Spiru kam 1954 aus dem sowjetischen Exil nach Leipzig, wo er an der Journalistischen und der Philosophischen Fakultät „vor allem als politischer Führungskader“ benötigt worden sei. Er baute das 1955 gegründete Institut für Geschichte der europäischen Volksdemokratie auf. Seine Verdienste seien vornehmlich wissenschaftsorganisatorischer Art gewesen. In diesem Sinne wird er als „Pionier der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR“ bezeichnet. Dagegen hätten sich seine Forschungs- und Publikationstätigkeit in Grenzen gehalten und sein Verständnis von der Rolle der Partei und der Wissenschaft stalinistische Züge getragen.

*Didczuneit, Veit: Geschichtswissenschaft an der Universität Leipzig. Zur Entwicklung des Faches Geschichte von der Hochschulreform 1951 bis zur 'sozialistischen Umgestaltung' 1959.* Dissertation. Fakultät für Philosophie und Geschichtswissenschaft der Universität Leipzig. Leipzig o.J. (1993). 3 Teile. 183 + 149 + 215 S.

Die Dissertation vermittelt einen Überblick zum im Titel genannten Thema und beantwortet die Frage, wie sich der Wechsel von bürgerlicher zu marxistischer Historiographie an der Universität Leipzig vollzog. Sie gelangt dabei zu begründeten Aussagen und Bewertungen der personellen, institutionellen, inhaltlichen und funktionellen Entwicklung des Faches Geschichte, die es ermöglichen, die Etablierung des Marxismus-Leninismus als forschungsleitender Ideologie an den Leipziger historischen Instituten 1958 festzustellen.

*Zaunstöck, Holger: Friedrich Ebert und Konrad Adenauer in der Schulbuch- und Hochschulbuchliteratur der DDR.* Magisterarbeit. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, FB Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften. Halle/S. 1992.

*Heide, Rüdiger: Das Stalin-Bild in der Geschichtspublizistik der sowjetischen Besatzungszone und der DDR zur Zeit der Ulbricht-Ära (1945 - 1971).* Magisterarbeit. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, FB Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften. Halle/S. 1992.

*Zilch, Dorle: Die Anfänge der Heimatgeschichtsschreibung im Kulturbund. Unter Berücksichtigung des Beginns regionaler Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte.* Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin, FB Wirtschaftswissenschaften. Berlin 1991. 2 Bde. 250 + 84 + 16 S.

Die Autorin skizziert zum einen die bislang weitgehend unbearbeitete Geschichte der Heimatgeschichtsschreibung in der DDR und fragt zum anderen nach Ursachen und Wurzeln der Deformierung der vornehmlich vom Kulturbund getragenen regionalen Ge-

schaftsforschung. Herausgearbeitet wird, daß sich einerseits ab Mitte der 50er Jahre bei den übergeordneten Kulturbundleitungen „weitgehend der Alleinvertretungsanspruch der marxistischen Geschichtsschreibung und die Prädominanz von Parteilichkeit vor Wissenschaftlichkeit“ durchgesetzt hätten, daß es andererseits „eine Reihe von vorwärtstreibenden, die Geschichtswissenschaft und deren Popularisierung fördernde Entwicklungsmomente“ gegeben habe.

**Herrmann, Karl-Friedrich: Empirische Rezeptionsanalyse zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik - dargestellt am Werk von Peter Ruben 1966 - 1988.** Magisterarbeit. Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Hannover 1991. 139 S.

Gegenstand dieser in einer rezeptionsanalytischen Perspektive geschriebenen Arbeit ist das Werk des DDR-Philosophen Peter Ruben, dessen Werk international Beachtung fand. Der zweimal aus der SED ausgeschlossene Ruben zog 1980/81 den Vorwurf des Revisionismus auf sich. Der damit losgetretenen Ruben-Debatte widmet sich der Autor vornehmlich. Nach der Entwicklung der Indikatoren seines rezeptionsanalytischen Ansatzes im ersten Teil seiner Arbeit entfaltet der Autor im zweiten Teil sein EDV-aufbereitetes empirisches Material mit einer Fülle von Tabellen und Grafiken zu Rezeptionshäufigkeit, Rezeptionsverhalten und Rezeptionsintensität. Der dritte Teil arbeitet Grunderkenntnisse aus der Analyse des empirischen Materials heraus. Ein achtzigseitiger Anhang enthält eine vollständige Ruben-Bibliographie, ein annotiertes Quellenverzeichnis zur Ruben-Debatte sowie ein Quellenverzeichnis zur Ruben-Rezeption in der BRD.

**Trampe, Andreas: Die DDR-Philosophie in den achtziger Jahren. Zur strukturellen Organisation funktionalisierter Wissenschaft.** Magisterarbeit. Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Philosophie. Berlin 1993. 81 S.

Am Modell der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* - die eine zentrale Stellung innerhalb der wenigen philosophischen DDR-Periodika einnahm - untersucht der Autor strukturelle Mechanismen der ideologischen Beeinflussung philosophischer Wissenschaftsentwicklung in der DDR. Themensetzungen, Artikelzulassungen, Autorenprotektion und dergleichen werden anhand detaillierter Aufbereitung des Materials analysiert und die Redaktionspolitik zugleich verglichen mit derjenigen in den 50er und 60er Jahren.

**Füller, Christian: Die Rolle der Studierenden beim Umbruch in den DDR-Universitäten 1989-1990.** Diplomarbeit. FU Berlin, FB Politische Wissenschaft. Berlin 1991. 130 S.

Der Autor untersucht am Beispiel der Humboldt-Universität zu Berlin und der Karl-Marx-Universität die Rolle der Studierenden in den Ereignissen des und nach dem Herbst 1989. Die Studie basiert u. a. auf umfangreichen Gruppeninterviews mit beteiligten Akteuren.

**Eckert, Joachim: Personelle und inhaltliche Transformationsprozesse nach Systemwechsel. Eine vergleichende Untersuchung zwischen der Restitution der Göttinger Universität nach 1945 und der Abwicklung an der Humboldt-Universität zu Berlin im Zuge der deutschen Vereinigung.** Diplomarbeit. FU Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft. Berlin 1991. 87 S.

Ausgehend vom Begriff der Modernisierung als „schöpferischer Zerstörung“ (Zapf) kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß die westdeutschen Hochschulen nach 1945 nicht modernisiert worden seien, dagegen die Humboldt-Universität im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses gründlich modernisiert werde. Insofern könne die Resitution der westdeut-

schen Hochschulen nach 1945 nicht als Maßstab für die Erneuerung der ehemaligen DDR-Hochschulen herangezogen werden.

**Pasternack, Peer: Hochschule in die Demokratie. Fallstudie: Die demokratische Qualität des internen Umbauprozesses der (Karl-Marx-)Universität Leipzig 1989 - 1993.** Diplomarbeit. Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft. Leipzig 1994. 142 S.

Die Arbeit untersucht - ausgehend von der den ostdeutschen Hochschulumbau verbal dominierenden Begriffsfigur der *demokratischen Erneuerung* -, inwieweit der formulierte demokratische Anspruch der verschiedenen internen Akteure des Leipziger Universitätsumbaus den aktuellen Prozeß tatsächlich prägte. Im einzelnen werden dazu die „Phase des romantischen Aufbruchs“ vom Herbst 1989 bis zum März 1990 sowie - als „demokratische Bewährungsproben“ - die universitäre Vergangenheitsaufarbeitung und der Personalumbau analysiert.

**Heinze, Stefanie: Hochschulpolitik im neuen Bundesland Sachsen.** Magisterarbeit. Ludwig-Maximilians-Universität München, Gechw.-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft. München 1994. 250 S. + Anhangsband 32 S.

Empirische Studie frei von theoretischer Grundlegung und Einordnung (Betreuung: Kurt Sontheimer). Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, daß in Sachsen ein demokratischer Weg der Hochschulerneuerung gefunden worden sei.

**Haarbeck, Siegfried: Restrukturierung und Modernisierungspolitiken in den neuen Bundesländern.** Diplomarbeit. FU Berlin, FB Politische Wissenschaften Otto-Suhr-Institut. Berlin 1993. 97 S.

Ausgehend von der These, daß die Entwicklung von hochindustrialisierten Ländern zu bedeutenden Teilen auf Erkenntnissen aus Forschung und Wissenschaft basiere, behandelt die Arbeit vorrangig - neben industriepolitischen Fragestellungen und im Zusammenhang mit diesen - die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungs- und Wissenschaftssystems. Der Autor konzentriert sich dabei auf Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt und behandelt die wissenschaftspolitischen Fragestellungen primär unter den Aspekten von Technologieentwicklung und Innovation. Ein Kapitel widmet sich dabei auch allein den Universitäten Jena, Ilmenau, Leipzig und Halle.

## 2. Aktuell laufende Forschungsprojekte zu Themen der DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte sowie des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus

Anmerkung: Soweit im folgenden Qualifizierungsprojekte aufgeführt sind, legen die jeweiligen AutorInnen meist Wert auf die Feststellung, daß es sich um Arbeitstitel handelt.

**Manfred Heinemann/ A. Nikitin/ A. Haritonow/ P. Nötzoldt,** Universität Hannover, Forschungsschwerpunkt Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft, Luerstr. 3, 30175 Hannover:

**Hochschul- und Wissenschaftspolitik in der SBZ/DDR 1944 - 1953.** Seit 1989.

*Siegfried Prokop*, Märkische Alle 44, 12681 Berlin:  
**Sozialgeschichte der ostdeutschen intellektuellen Elite 1945 - 1961.**  
Seit 1992.

*Waldemar Krönig/ Klaus-Dieter Müller/ Hans-Heinrich Nolte*, Universität Hannover,  
Historisches Seminar, Schneiderberg 50, 30167 Hannover:  
**Studieren in der SBZ und den Anfangsjahren der DDR 1945 - 1961.**  
Seit 1990, Abschluß voraussichtlich 1994.

*Eberhart Schulz*, Tieckstr. 54, 07747 Jena:  
**Zwischen Identifikation und Opposition. Künstler und Wissenschaftler der  
DDR und ihre Organisationen 1949 - 1962.**  
Abschluß voraussichtlich 1994.

*Ralph Jessen*, FU Berlin, FB Geschichtswissenschaften, Habelschwerdter Allee 45,  
14195 Berlin:  
**Professoren im Sozialismus. Zur Sozialgeschichte der Hochschullehrer-  
schaft in der DDR 1945 - 1971.**  
Habitationsprojekt. Seit 1991, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Rainer Land/ Ralf Possekel*, Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Forschung  
und Publizistik mbH, Oderbergerstr. 44, 10412 Berlin:  
**Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR 1945 - 1993.**  
Seit 1993, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Volker Erdmann*, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Geschichts-  
wissenschaft, Postfach 8, 06099 Halle/S.:  
**Die Universität Halle 1945 - 1958.**  
Dissertationsprojekt.

*Jörg Valtin*, Stadtarchiv Jena, Löbdergraben 19, 07743 Jena:  
**Die Rolle der Universitäts-Parteileitung der SED an der Friedrich-Schiller-  
Universität in Jena 1946 - 1990.**  
Seit 1990, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Patrice Poutrus*, Humboldt-Universität, Lehrstuhl für Zeitgeschichte, Unter den  
Linden 6, 10099 Berlin:  
**Die Berliner Humboldt-Universität und ihre Beziehungen zu Partei und  
Staat in der Frühphase der DDR 1945 - 1959.**

*Bernd Rabehl/ Mechthild Günther/ Carlo Jordan/ Siegwald Lönnendonker*, FU  
Berlin, Forschungsverbund SED-Staat, Ihnestr. 53, 14195 Berlin:  
**Der Streit um die Humboldt-Universität (1948 - 1989).**  
Seit 1992, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Siegfried Hoyer*, Universität Leipzig, Historisches Seminar, PF 920, 04009 Leipzig:  
**Geschichte der Leipziger Universität von 1909 - 1989.**  
Seit 1993, für 1995 Monografie geplant.

*Ulrike Schuster*, Institut für zeitgeschichtliche Jugendfragen e.V., Chausseestr. 8,  
10115 Berlin:  
**Ziele, Strategien, Funktionsstrukturen und Praxis der Hochschulpolitik der  
Freien Deutschen Jugend 1961 - 1965.**  
Abschluß voraussichtlich 1996.

*Irmhild Rudolph*, FU Berlin, Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung,  
Malteserstr. 74-100, 12249 Berlin:  
**Zwischen Innovationsnotwendigkeit und Machterhalt. Die Hochschulpoli-  
tik der SED 1976 - 1985.**  
Seit 1993, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Bernhard Baule*, Universität Göttingen, Seminar für Politikwissenschaft, Platz der  
Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen:  
**Ideologieproduktion und -reproduktion des Ministeriums für Staatssicher-  
heit der ehemaligen DDR am Beispiel der Juristischen Hochschule Potsdam  
1950 - 1989.**

*Günter Förster*, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdien-  
stes der ehemaligen DDR, Abt. Bildung und Forschung, PF 108, 10106 Berlin:  
**Das Ministerium für Staatssicherheit - Struktur und Funktion der Juristi-  
schen Hochschule Potsdam 1950 - 1989.**  
Seit 1993, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Sabine Gries/ Gerhard Klussmann/ Ulrich Spiekerkötter/ Dieter Voigt*, Ruhr-  
Universität Bochum, Institut für Deutschlandforschung, Postfach, 44780 Bochum:  
**Die Pflichtberichte der Reisekader der DDR an das Ministerium für Staats-  
sicherheit 1950 - 1989.**

*Gerhard Barkleit*, Hannah-Ahrendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU  
Dresden, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden:  
**Die Rolle der SED und des MfS bei der Formulierung von Zielstellungen und  
bei der Strategiebildung im Bereich von Forschung und Entwicklung in der  
Mikroelektronik der DDR 1975 - 1989.**  
Seit 1993, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Wolfgang Mühlfriedel*, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Wirtschaftswissenschaft-  
liche Fakultät, Fürstengraben 11, 07743 Jena:  
**Die Geschichte der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik in der  
DDR 1949 - 1970.**  
Seit 1990, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Rudolf Fisch*, Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer:

**Einfluß ideologischer Reglementierung auf Forschungsstandards, Forschungsthemen und Kommunikationsformen in der Wissenschaft der ehemaligen DDR 1945 - 1989.**

Ab 1994, Abschluß voraussichtlich 1998.

*Gert-Joachim Glaßner/ Irmhild Rudolf/ Vera Sparschuh*, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Politikwissenschaft, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

**Wissenschaftspolitik der SED - Anleitung und Steuerung der Gesellschaftswissenschaften 1955 - 1989.**

Seit 1992.

*Norbert Kapferer*, FU Berlin, FB Politische Wissenschaft, Ihnestr. 22, 14195 Berlin:

**Philosophie in Deutschland 1945 - 1990.**

Habilitationsprojekt. Seit 1990, Abschluß voraussichtlich 1996.

*Achim Trebeß*, Humboldt-Universität, FB Kulturwissenschaften, Briefpost, 10099 Berlin:

**Entfremdungsbegriff, Entfremdungsphänomene und Ästhetik in der DDR. Am Beispiel der Arbeiten von Wolfgang Heise (und unter Einbeziehung von Literaturanalysen zur Belletristik in der DDR).**

Habilitationsprojekt.

*Andreas Trampe*, Humboldt-Universität, Institut für Ästhetik, Briefpost, 10099 Berlin:

**Philosophisches Denken innerhalb funktionaler Zwänge. Zum theoretischen Potential philosophischer Ästhetik der DDR.**

Dissertationsprojekt. Seit 1994, Abschluß voraussichtlich 1996.

*Joachim Petzold*, Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam:

**Der Werte-Wandel am Beispiel des Geschichtsunterrichts und der Geschichtsforschung in der SBZ und der frühen DDR 1945 - 1955.**

*Heike Mätzing*, TU Braunschweig, FB Erziehungswissenschaften, Seminar für Geschichte, Konstantin-Uhde-Str. 16, 38106 Braunschweig:

**Geschichte im politischen Legitimierungszwang. Untersuchungen zum Beziehungsgefüge von Bildungspolitik, Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR (1990 - 1989).**

Dissertationsprojekt. Seit 1990, Abschluß voraussichtlich 1995..

*Hartmut Mehls*, KAI e.V., Prenzlauer Promenade 149-152, 13189 Berlin:

**Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in**

**der DDR, dargestellt am Gründungsprozeß des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften 1951 - 1956.**

Seit 1992.

*Horst Haun*, Hannah-Ahrendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden:

**Die forcierte Durchsetzung der Konzeption „Wissenschaft im Sozialismus“ in der Historiographie der DDR seit 1958 bis 1965.**

Seit 1994, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Werner Tschannerl*, Hannah-Ahrendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden:

**Konzeptions- und Entstehungsgeschichte des Grundrisses der Geschichte des deutschen Volkes „Klassenkampf - Tradition - Sozialismus“ - Umsetzung der politisch-ideologischen Vorgaben der SED-Führung (1968 - 1974).**

Seit 1994, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Matthias Kehl*, Hannah-Ahrendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden:

**Politisierung und marxistisch-leninistische Historisierung der Volkskunde an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und die Rolle der Kulturgeschichte bei Differenzierungen des Geschichtsbildes 1965 - 1974.**

Seit 1993, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Rüdiger Schroeder*, Hannah-Ahrendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden:

**Die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED und die historischen Einrichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Untersuchungen zum Forschungsalltag von Geisteswissenschaftlern 1959 - 1971.**

Seit 1994, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Ilko-Sascha Kowalczyk*, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Geschichtswissenschaft, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

**Der Umbau der bürgerlichen Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR zur marxistisch-leninistischen Disziplin.**

*Martin Sabrow*, Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam:

**Außeruniversitäre Forschung am (Zentral-)Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR 1956 - 1990.**

Habilitationsprojekt. Seit 1993, Abschluß voraussichtlich 1996.

*Matthias Middell*, Universität Leipzig, Historisches Seminar, PF 920, 04009 Leipzig:

**Die Entwicklung der Leipziger Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhun-**

**dert: Das Institut für Kultur- und Universalgeschichte und seine Nachfolgeeinrichtungen 1909 - 1992.**

Habilitationsprojekt.

*Harald Pfeiffer*, Universität Tübingen, Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde, Wilhelmstr. 36, 72074 Tübingen:

**Studien zur vergleichenden Revolutionsforschung in der DDR-Historiographie 1979 - 1990.**

Dissertationsprojekt. Seit 1990.

*Alexander Fischer/ Günther Heydemann*, Hannah-Ahrendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden bzw. Universität Leipzig, Historisches Seminar, PF 920, 04009 Leipzig:

**Geschichtswissenschaft in der DDR, Bd. 3: Zeitgeschichte** [Fortsetzung der mit Bd. 1, Berlin 1988, und Bd. 2, Berlin 1990, begonnenen Gesamtdarstellung]. Seit 1992.

*Irmhild Rudolph/ Gert-Joachim Glaesner*, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Politikwissenschaft, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

**Auseinandersetzungen mit dem ideologischen Gegner - Beobachtung und Interpretation der Politik- und Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik durch die DDR 1950 - 1989.**

Seit 1992.

*Hans Döbert/ Gert Geißler/ Christiane Griese/ Bernd John/ Ulrich Wiegmann*, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt a.M., Forschungsstelle Berlin, Neue Grünstr. 25/26, 10179 Berlin:

**Beiträge zur Geschichte des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR.**

Seit 1992, Abschluß voraussichtlich 1995.

*dies.:*

**Die Disziplingeschichte der Auslandspädagogik bzw. der Vergleichenden Pädagogik der DDR einschließlich des Vergleichs mit der Entwicklung in anderen sozialistischen Ländern.**

Seit 1992, Abschluß voraussichtlich 1995.

*dies.:*

**Kommentierte Werkausgabe der Schriften Heinrich Deiters.**

Seit 1992, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Ernst Cloer*, Universität Hildesheim, Lehrstuhl Allgemeine Pädagogik, Marienburger Platz 22, 31141 Hildesheim:

**Bilanzierungsversuch von außen: Studien zur Entwicklung der Erziehungswissenschaft und des pädagogischen Denkens in der SBZ und DDR.**

*Gustav-Wilhelm Bathke*, Gesellschaft für Jugend- und Sexualforschung e.V., Plovdiver Str. 18, 04205 Leipzig:

**Lehrerstudenten, Lehrerstudium und Schulrealität am Ende der 80er Jahre in der DDR.**

*Lilli Haag*, Universität der Bundeswehr München, Fakultät für Pädagogik, Werner-Heisenberg-Weg 39, 85579 Neubiberg:

**Rezeption der pädagogischen Konzeption von A.S. Makarenko in der ehemaligen DDR 1947 - 1957.**

Seit 1993.

*Peter Menck*, Universität-GHS Siegen, FB 2 Erziehungswissenschaft, Psychologie und Sportwissenschaft, Adolf-Reichwein-Str. 57076 Siegen/ *Jan-Hendrik Olbertz*, Martin-Luther-Universität, FB Erziehungswissenschaft, PF. 8, 06099 Halle/S.:

**Wissen von „Erziehung“ und „Pädagogik“ im erziehungswissenschaftlichen und pädagogischen Diskurs in Deutschland 1945 - 1989.**

*Peter Menck*, Universität-GHS Siegen, FB 2 Erziehungswissenschaft, Psychologie und Sportwissenschaft, Adolf-Reichwein-Str. 57076 Siegen:

**Referenzen des erziehungswissenschaftlichen Diskurses in Deutschland Ost und West.**

*Dorit Litt*, Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein, PF 200252, 06003 Halle/S.:

**Die Entwicklung der Malerei und Grafik in Halle/S. nach 1945, insbesondere an der Kunstschule Burg Giebichenstein. Ein Beitrag zur Geschichtsaufarbeitung der Formalismus-Realismus-Diskussion und ihren Folgen.**

Seit 1989.

*Jörn Eckert*, Universität Potsdam, Juristische Fakultät, August-Bebel-Str. 89, 14439 Potsdam:

**Geschichte der Deutschen Akademie für Staatsrecht „Walter Ulbricht“ 1950 - 1989.**

Seit 1993, Abschluß voraussichtlich 1994.

*Günther Kaiser/ Christian Rode*, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Güntertalstr. 73, 79100 Freiburg i.Br.:

**Kriminologie in der DDR - Wissenschaft und Macht?**

Seit 1993, Abschluß voraussichtlich 1994.

*Stefan Güpping*, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrstuhl für Staatsrecht und Staatslehre, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67324 Speyer:

**Die staats- und rechtswissenschaftliche Konferenz in Babelsberg am 2. und 3. April 1958 (Babelsberger Konferenz).**

Dissertationsprojekt.

*Ulrich Heublein*, Gesellschaft für Jugend- und Sexualforschung e.V., Plovdiver Str. 18, 04205 Leipzig:

**Gesellschaftsbild und gesellschaftlich-politische Einstellungen ostdeutscher Studierender zur Zeit der Wende.**

*Sonja Brentjes/ Werner Bramke u.a.*, Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig:  
**Universität im Umbruch. Die (Karl-Marx-)Universität Leipzig 1987 - 1993.**  
Seit 1993.

*Karl Friedrich Reimers*, Hochschule für Fernsehen und Film München, Frankenthaler Str. 23, 81539 München:

**Umbruch in Leipzig 1989 - 1993: Von der DDR-Journalistik zum neuen Profilverbund der Kommunikations- und Medienwissenschaften.**

Seit 1994, Abschluß voraussichtlich 1997.

*Hans-Werner Fuchs*, Universität der Bundeswehr Hamburg, FB Pädagogik, PF 70 08 22, 22039 Hamburg:

**Transformationsprozesse im Bildungswesen der neuen Bundesländer.**  
Dissertationsprojekt. Seit 1991, Abschluß voraussichtlich 1995.

*Lothar Birk*, Hochschul-Informationssystem, Goseriende 9, 30159 Hannover:  
**Prognosemodell für länderspezifische Vorausschätzungen der Studienanfänger- und Studentenzahlen.**

Seit 1991.

*Peer Pasternack*, Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig:  
**Die demokratische Qualität des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus.**  
Dissertationsprojekt. Seit 1994, Abschluß voraussichtlich 1996.

*Wolfgang Engler*, Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“, Schnellerstr. 104, 12439 Berlin:

**Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR und ihre Transformation seit 1989. Rekonstruktion durch Führung und Interpretation narrativer Interviews und lebensgeschichtlicher Texte.**

*Kati Albert/ Tatjana Böttcher-Ilal*, Humboldt-Universität zu Berlin, FB Psychologie, Oranienburger Str. 18, 10178 Berlin:

**Identitäten im Umbruch. Eine kommunikationspsychologische Untersuchung über den Umgang von Ost und West an der Humboldt-Universität.**  
Dissertationsprojekte. Seit 1994, Abschluß voraussichtlich 1996.

*Reinhold Sackmann/ Ansgar Weymann/ Matthias Wingers*, Universität Bremen, Sonderforschungsbereich 186, PF 330440, 28334 Bremen:

**Risikopassage Berufseintritt. Hochschulabsolventen-Kohorten in den neuen Bundesländern im Vergleich (1980 - 1994).**

*Siegfried Haarbeck*, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft, Fürstengraben 1, 07743 Jena:

**Forschung & Entwicklung und Technologietransfer in Ostdeutschland und Osteuropa.**

Dissertationsprojekt. Seit 1994, Abschluß voraussichtlich 1997.

### **3. Einrichtungen, die laufende Begleitforschungsstudien zum ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftsumbau durchführen:**

**Hochschul-Informationssystem:** Goseriende 9, 30159 Hannover.

Unter anderem Untersuchungen zu zahlreichen Aspekten der ostdeutschen Hochschulentwicklung.

**Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V.:** Hoffmannstr. 1-5, 12435 Berlin.

Unter anderem Untersuchungen insbesondere zu Europa-Aspekten ostdeutscher Bildungspolitik.

**Forschungsagentur Berlin GmbH:** Köpenicker Str. 325, 10079 Berlin.

Unter anderem Untersuchungen zu vornehmlich außeruniversitärer Forschung in Ostdeutschland.

**Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V.:** Badener Ring 17, 12101 Berlin.

Unter anderem Untersuchungen zu Strukturentwicklungen der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft.

**Netzwerk Wissenschaft e.V.:** Eichendorffstr. 16, 10115 Berlin.

Insbesondere Vernetzungskaktivitäten für freischwebende Wissenschaftsstrukturen in Ostdeutschland.

**Zentrum interdisziplinäre Frauenforschung ZiF:** Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Unter anderem Untersuchungen zum Verbleib ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und zu Frauenforschung in Ostdeutschland.

**Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover GmbH:** Georgsplatz 17, 30159 Hannover.

Unter anderem Untersuchungen zu Strukturentwicklungen der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft.

**Arbeitsgruppe Hochschulforschung Konstanz:** Universität Konstanz, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Postfach 5560, 78434 Konstanz.

Unter anderem Untersuchungen zu ostdeutschen Studierenden.

**SV-Gemeinnützige Gesellschaft für Wissenschaftsstatistik mbH** im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Postfach 164 460, 45224 Essen.

Unter anderem statistische Erfassung vornehmlich außeruniversitärer bzw. wirtschaftsnaher Forschungspotentiale in Ostdeutschland.

**PROGNOS AG, Europäisches Zentrum für Wirtschaftsforschung und Strategieberatung:** Büro Berlin, Lützowallee 33-36, 10785 Berlin

Unter anderem Untersuchungen zu Struktur- und Potentialentwicklungen wirtschaftsnaher und Industrieforschung in Ostdeutschland.

#### 4. Bibliographien zu DDR-Hochschul- und -Wissenschaftsgeschichte sowie ostdeutschem Wissenschaftsumbau

*Friedrichs, Jürgen: Sozialwissenschaftliche Dissertationen und Habilitationen in der DDR 1951 - 1991. Eine Dokumentation* (Gesellschaften im Wandel). Unter Mitarb. von Vera Sparschuh und Iris Wrede. de Gruyter, Berlin/New York 1993. 475 + XII S.

Verzeichnet ca. 1.500 Titel aus Soziologie bzw. mit soziologienahen Themen in alphabetischer und - getrennt davon - systematischer Sortierung.

*Informationszentrum Sozialwissenschaften, Abt. Berlin in der Außenstelle der Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. GE-SIS (Hrsg.): Sozialforschung in der DDR. Dokumentation unveröffentlichter Forschungsarbeiten.*

Bd. 1: bearb. von Erika Schwefel und Ute Koch. Berlin 1992. 229 S.

Bd. 2: bearb. von Erika Schwefel und Christina Otto. Berlin 1992. 231 S.

Bd. 3: bearbeitet von Erika Schwefel und Wolfgang Mallock. Berlin 1992. 225 S.

Bd. 4: bearbeitet von Ute Koch und Erika Schwefel. Berlin 1993. 224 S.

Bd. 5: bearbeitet von Ute Koch. Berlin 1993. 248 S.

Annotierte Bibliographie mit Standortnachweisen. Mit Autoren-, Sach- und Institutionenregister. Geplant sind insgesamt 8 bis 10 Bde.

*Informationszentrum Sozialwissenschaften, Abt. Berlin in der Außenstelle der Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. GE-SIS und Vaskovics, Laszlo A./Silbereisen, Rainer K. (Hrsg.): Sozialforschung in der DDR. Sonderband. Forschungsprojektdokumentation „Familie und Jugend“.* Bonn/Berlin 1993. 158 S.

Annotierte Bibliographie mit Standortnachweisen.

Bleek, Wilhelm/ Mertens, Lothar: *Bibliographie der geheimen DDR-Dissertationen. Bd. 1: Bibliographie. Bd. 2: Register.* K. G. Saur, München/ New Providence/ London/ Paris 1994. 9794 + 315 S.

Die Bibliographie verzeichnet AutorIn, Titel, Seitenzahl, Ort und Institution, Charakter der

Arbeit (Diss. A bzw. B), Jahr sowie Geheimhaltungsstufe (VD, NfD, VS, VVS, GVS). Eine 12seitige Einleitung informiert über die Praxis der Geheimhaltung von Dissertationen in der DDR, die empirischen Strukturen der Geheimhaltung und das Ende der Geheimhaltung. Erfaßt sind ca. 8.600 Arbeiten. Mit Geographischem, Personen-, Sachwort- und Verfasserregister.

*Gruhn, Werner: Die Transformation des ostdeutschen Wissenschaftssystems. Eine annotierte Bibliographie zum Zeitraum 1990/91* (Analysen und Berichte abg 1/1992, hrsg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft IGW Erlangen). Unter Mitarb. von Achim Beyer und Rosalinde Kiepfer. Verlag Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen, Erlangen 1992. 124 S.

Annotierte Bibliographie von vornehmlich Zeitschriften- und Zeitungsartikeln. Chronologisch-systematisch geordnet. Mit Personenregister.

*Pasternack, Peer: DDR-Wissenschaftsgeschichte & Umbau von Hochschule und Wissenschaft in Ostdeutschland. Bibliographie 1989 - 1993. Selbständige Veröffentlichungen incl. Graue Literatur* (Leipziger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1994. 234 S.

Annotierte Bibliographie. Verzeichnet 621 Titel. Mit Personenregister.

## THEMA II: Dissertationen in der DDR

Dieter Voigt & Sabine Gries (Bochum):

### Zur wissenschaftlichen Qualität von Doktorarbeiten (Dissertationen A) und Habilitationsschriften (Dissertationen B) in der DDR

#### I. Einleitung

Die Geschichte wissenschaftlichen Denkens und Tuns war von Anbeginn auch eine Geschichte der Konfrontation von Wissenschaft und Ideologie. Die Art der Auseinandersetzung folgt letztlich aus den jeweiligen Machtverhältnissen. Bis heute gilt das besonders für die Gesellschaftswissenschaften, deren Befreiung von Ideologie die wichtigste Voraussetzung für wissenschaftliches Denken und Arbeiten darstellt. Reifegrad und Qualität von Wissenschaft messen sich am Stand ihrer systematischen Theorie, am erreichten Niveau der von ihr angewendeten und erarbeiteten Begriffe, Methoden und Hypothesen sowie an ihrer Bedeutung für die Praxis.

Promotionen und Habilitationen setzen eine von der scientific community aner-

kannte und von ihr kontrollierte und stets nachprüfbare wissenschaftliche Leistung voraus; zumindest gilt dieser Anspruch für die westeuropäischen Industriestaaten, die Vereinigten Staaten und Kanada. In der DDR galten andere Vorgaben: Wissenschaft war dort immer auch ein Instrument der SED-Führer zur Aufrechterhaltung ihres Machtmonopols. Wissenschaft erlaubte die SED nur dort, wo sie ihr erkennbaren Nutzen versprach, z.B. als unmittelbare Produktivkraft, als Impuls der Technisierung und als Mittel der ideologischen Ausrichtung, als Instrument zur Beschaffung von Information, ökonomischem Gewinn und außenpolitischem Prestige. Innerhalb dieser Grenzen kamen Wissenschaftler dann durchaus auch zu außerhalb der DDR wissenschaftlich anzuerkennenden

Ergebnissen. Strenge Parteilichkeit auf der Linie der SED war jedoch im Wissenschaftsbetrieb oberste Maxime, der die objektive Forschungsleistung je nach Lage der Dinge untergeordnet wurde oder weichen mußte.

Dokortitel, Habilitationen und Berufungen zum Professor benutzte die SED als Instrumente zur Steuerung der sozialen Mobilität (Auf- und Abstieg, Belohnungen, Besetzung der Führungsstellen mit zuverlässigen Genossen). Vor allem in den Rechts- und Gesellschaftswissenschaften wurde weniger Wissenschaft als vielmehr kommunistische Ideologie hinter der Maske von "Wissenschaft" produziert und verbreitet.

Um Mißverständnissen entgegenzuwirken, möchten wir allerdings mit Nachdruck darauf hinweisen, daß keinesfalls ein Pauschalurteil über alle A- und B-Promotionen in der DDR gefällt werden soll. Natürlich wurden auch an ostdeutschen Universitäten und Hochschulen fachlich ausgezeichnete Arbeiten geschrieben, allerdings hatten sich auch diese Dissertationen dem ideologisch vorgegebenen Rahmen einzufügen.

#### II. Anzahl der A- und B-Dissertationen in der DDR

Zunächst stellt sich die Frage nach dem Akademikerpotential in der DDR. Wieviel A- und B-Promotionen gab es in der DDR in welchen Fächern und zu welcher Zeit? Wie hoch ist der Anteil der geheimen, also von der DDR nicht ausgewiesenen Doktorarbeiten und Habilitationsschriften? Wieviele von den deklarierten Arbeiten hielt die SED vom internationalen Leihverkehr fern? Genau können diese Fragen selbst heute noch nicht

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Marxismus und seinem Welt- und Wissenschaftsbild war z.B. nicht möglich, auch nicht das Publizieren von Ergebnissen, die den ideologischen Vorgaben widersprachen. Ein Urteil in dieser Sache setzt immer eine genaue Prüfung des Einzelfalls voraus. Auch in der Bundesrepublik Deutschland gab und gibt es einen gewissen Prozentsatz von Hochschulschriften, die elementaren Wissenschaftsstandards nicht genügen. Allerdings werden die Dissertationen der westdeutschen Hochschulen nur in Ausnahmefällen geheimgehalten und stehen einem interessierten Publikum zu Lektüre und Kritik in einer ausreichenden Anzahl zur Verfügung. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß in der DDR keine Dissertation gegen den Willen der SED und ihrer Organisationen geschrieben werden konnte, sich hier also ein politischer Einfluß auf die wissenschaftliche Arbeit findet, der in demokratischen Gesellschaften keine Parallelen hat. Die SED bestimmte nicht nur, wer promovieren durfte, sie schrieb auch vor, welche Art von "Wissenschaft" zu praktizieren war und welches Thema bearbeitet werden durfte.

beantwortet werden. Die SED hatte überall ihre Staatsgeheimnisse - Promotionen und Habilitationen bilden dabei ein besonderes Kapitel. Um die Zahl der abgeschlossenen A- und B-Promotionen zu ermitteln, vergleichen wir deshalb verschiedene Quellen.

Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt/M. erhielt aus der DDR in den Jahren 1945 bis 1982 71.379 A- und B-Dissertationen.

nen (das sind im Jahresdurchschnitt 1.929); hierbei handelt es sich schätzungsweise um 70 % des Bestandes der Deutschen Bibliothek in Leipzig. Rechnen wir die von uns unterstellten Geheimdissertationen (sie waren in Leipzig nicht erfaßt) und die 30 % von Leipzig nicht gelieferten Schriften hinzu, so ergeben sich für diese 37 Jahre etwa 107.000 Arbeiten, das sind im Jahresdurchschnitt 2.900 A- und B-Promotionen.

Das "Jahresverzeichnis der deutschen Hochschulschriften" (Leipzig) weist für die DDR von 1950 bis 1982 74.977 A-Promotionen aus. Daraus errechnet sich ein Durchschnitt von 2.343 angenommenen Dissertationen pro Jahr.

Folgen wir GÜNTHER et al. (1989, S. 172/189), so verzeichnet die DDR im Zeitraum von 1951 bis 1985 700.104 Hochschulabsolventen. Gehen wir weiter davon aus, daß etwa 12 % von ihnen promovierten, so errechnen sich für diese 35 Jahre 84.012 A-Promotionen - das entspricht einer Jahresquote von durchschnittlich 2.400 angenommenen Dissertationen.

### III. Zur Repräsentanz

Im Untersuchungszeitraum von 1950 bis 1990 - also in 41 Jahren - wurden in der DDR etwa 123.000 A- und 20.500 B-Dissertationen angenommen. Das ergibt eine Proportion von 1:6,1 (B zu A). Rund 60 % dieser Hochschulschriften entfallen dabei auf den von uns analysierten bzw. sich in Arbeit befindlichen gesellschaftswissenschaftlichen Bereich; das sind rund 73.800 A- und 12.000 B-Dissertationen. Von diesen Arbeiten wurden bisher von uns mehr als 50 %

Rechnen wir nun die von uns unterstellten 30 % Geheimerarbeiten bei den Gesellschaftswissenschaften und die 10 % bei den Naturwissenschaften hinzu, so kommen wir auf 101.654 Arbeiten, das sind im Durchschnitt pro Jahr 2.904 A-Promotionen.

Bei einer Proportionen von 1 : 5,92 B-zu A-Promotionen ergibt sich ein Wert von durchschnittlich jährlich 491 B-Promotionen (in den 80er Jahren erhöhte sich diese Zahl auf rund 750 B-Dissertationen jährlich; dabei ist zu berücksichtigen, daß die Promotion B nicht automatisch mit der Habilitation gleichgesetzt werden darf). Mit diesen Werten dürften wir der Wirklichkeit schon recht nahe sein.

FRIEDRICHS et al. (1993) kommen in ihrem Band "Sozialwissenschaftliche Dissertationen und Habilitationen in der DDR 1951-1991" auf 1.566 Schriften: 1.223 A- und 343 B-Dissertationen (B zu A = 1 : 3,6). Die bezeichnete Dokumentation ist so lückenhaft, daß sie kaum Anhaltspunkte für die Zahl der wirklich angenommenen Arbeiten geben kann.

erfaßt. Zu 80 % analysiert wurden die Fachgebiete Soziologie (einschließlich der Zweigsoziologien); Marxismus-Leninismus/ Gesellschaftswissenschaft, Politische Ökonomie etc.; Sozialmedizin, Arbeitswissenschaft und Jura. Das sind zusammen etwa 20.000 Schriften.

Vorliegende Studie ist damit repräsentativ für die o.g. Fachgebiete. Verallgemeinerungen darüber hinaus bedürfen noch weiterer Prüfung.

Die intersubjektive Prüfung wurde und wird durch das Urteil dreier auf dem jeweiligen Fachgebiet ausgewiesener Wissenschaftler garantiert.

Trotz ihrer doch sehr lückenhaften Bestandsaufnahme können wir auf Grund unserer angestrebten Totalerhebung FRIEDRICHS et al. (1993) im folgenden zustimmen:

*"Auffällig an den Arbeiten sind drei Punkte:*

*1. Fast alle Arbeiten müssen sich in ihren ersten Teilen auf Zitate sozialistischer Klassiker, häufig zusätzlich auch auf Parteitagebeschlüsse stützen. Bis in die Mitte der 80er Jahre hinein kommt eine Abgrenzung gegen die 'bürgerliche' Soziologie in der BRD, seltener die in den USA hinzu. Diese Teile sind schlicht unlesbar, weil die Argumente nicht nachvollziehbar sind.*

*2. Die empirischen Arbeiten haben in der überwiegenden Zahl keine klar formulierten Hypothesen, selten klare Angaben zum methodischen Vorgehen, z.B. zu Ausfallquoten, zumeist eine einfache statistische Auswertung in Form bivariater Tabellen.*

*3. Als Folge der beiden genannten Punkte sind die Arbeiten nicht darauf gerichtet, wissenschaftliche Erkenntnisse zu erlangen und Sachverhalte zu erklären. Sie sind vielmehr sozialtechnologisch, weil Abweichungen der Wirklichkeit von parteipolitischen Zielen behandelt werden, um hieraus Aussagen für eine verbesserte politische Praxis zu gewinnen" (ebd., S. VIII).*

Wir fügen als vierten Punkt hinzu:

Die in den Dissertationen angegebene Literatur wurde beim weitaus größten Teil der Arbeiten nicht nach wissenschaft-

lichen Grundsätzen herangezogen; dies geschah vielmehr fast immer nach den Vorgaben der SED (wissenschaftliche Standards waren außer Kraft gesetzt). Es war zu beweisen, was die Parteiführer für wahr erklärten.

Ziel unserer Arbeit ist die Prüfung der wissenschaftlichen Qualität der genannten Schriften - ihre Einteilung in zwei Gruppen: "Bestanden nach dem übereinstimmenden Verständnis der scientific community" versus "wissenschaftliche Leistung nicht erkennbar".

Dabei soll als Kriterium der Mindeststandard von Wissenschaft in dem jeweiligen Fachgebiet gelten. Gemessen werden die untersuchten Arbeiten daran, was nach internationalem Minimalkonsens als wissenschaftliche Leistung in einem fachlichen Feld anzusehen ist. Darüber hinaus geht es um eine grundsätzliche Durchleuchtung von Leistungen und Karrieren im Wissenschaftsbereich bei Titelträgern, bei denen sich neben dem Mangel an erkennbarer Wissenschaftlichkeit noch andere Auffälligkeiten zeigen: so etwa nicht greifbare und nicht auffindbare Schriften, unkenntlich gemachte Autorenschaft, Kollektivarbeiten, Gleichartigkeit von A- und B-Arbeiten und aus dem fachlichen Rahmen fallende Themen.

Unverzichtbare Kriterien von Wissenschaft sind für uns u.a.:

- Nachvollziehbarkeit;
- Offenlegen der Methoden, aller Forschungsschritte und Quellen;
- anzustrebende Wertfreiheit (strenge Scheidung von Erfahrungswissen und Werturteil);
- ständig garantierte intersubjektive Über-

prüfbarkeit (Kontrolle durch andere Wissenschaftler);

- Kritikoffenheit; Berücksichtigung sämtlicher themenrelevanter Quellen (keinesfalls "unpassende" Literatur bzw. Textstellen unterdrücken bzw. weglassen);
- Anwendung der jeweils neuen und bewährten Forschungsmethoden;
- Methoden- und Meinungspluralismus; Theorieorientiertheit; Zusammenarbeit mit anderen Fachgebieten.

Falsifikationsmöglichkeiten und intersubjektive Prüfbarkeit (= Nachprüfbarkeit wissenschaftlicher Befunde und Methoden durch andere Personen unter den angegebenen Bedingungen) erstrecken sich gleichermaßen auf Ergebnisse empirischer Forschung wie auf die angewendeten Methoden.

Formuliert wurden in den Prüfungsordnungen der DDR höchste Ansprüche; schließlich wollte man Prestige gewinnen. Die Wirklichkeit war von den dargestellten Forderungen weit entfernt. In der Regel benutzten die Doktoranden und Habilitanden, deren Arbeiten wir untersuchten, weder die themenrelevante westliche Literatur in wissenschaftlichem Sinne, noch waren sie erkennbar über den internationalen Forschungsstand ihres Fachgebietes informiert. Das ist nicht als Vorwurf gegen den einzelnen Doktoranden zu verstehen, sondern gegen ein politisches System, das den eigenen Wissenschaftlern den Zugang zu diesen Quellen willentlich vorenthielt oder zuteilte (die westliche Literatur stand in der DDR prinzipiell durchaus zur Verfügung, etwa in den "Giftschränken" wissenschaftlicher Bibliotheken).

Als "bestanden" klassifizierten wir Doktorarbeiten und Habilitationsschriften, die

im wesentlichen folgende Bedingungen erfüllten:

1. Die Schrift muß sich durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse ausweisen, die zum Zeitpunkt der Abgabe auf ihrem engeren Gebiet international wissenschaftlichen Höchststand verkörpern. Oder anders ausgedrückt: Die Leistungen dürfen in keinem Fall unter dem gegenwärtigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand liegen.

2. Die angewendeten Methoden, Techniken und Prüfverfahren müssen begründet sowie lückenlos und stets nachvollziehbar offengelegt sein und sollten wenigstens angenähert den jeweiligen Mindeststandards entsprechen. Bei empirischer Forschung müssen die vier Hauptgütekriterien der Messung - Validität (Gültigkeit), Reliabilität (Zuverlässigkeit, Verlässlichkeit), Objektivität (intersubjektive Prüfung) und Repräsentanz (Geltungsbereich) - nachgewiesen sein bzw. problematisiert werden.

3. Die gesamte themenrelevante Literatur - also nicht nur die der DDR - muß wissenschaftlich angemessen verarbeitet werden. Willkürliche Auswahl und/oder "Unterdrücken" mißliebiger themenrelevanter Autoren/Textstellen bedeutet "durchgefallen". Viele Doktoranden der DDR benutzten durchaus westliche Quellen, ohne aber deren wissenschaftliche oder sonstige Relevanz anzugeben. Völlig randständige Darstellungen erscheinen so als zentrale Aussagen westlicher Wissenschaftler, Politiker etc. und vermitteln ein nicht nur wissenschaftlich falsches Bild.

4. Alle verwendeten Quellen müssen nachprüfbar offengelegt werden.

5. Falsifikationsmöglichkeit und intersubjektive Prüfbarkeit (= stets mögliche Nachprüfbarkeit der wissenschaftli-

chen Befunde und Methoden durch andere Personen unter den gegebenen Bedingungen) ist unabdingbar. Zwingend ist auch die strenge Scheidung von Erfahrungswissen und ideologischer Vorgabe.

6. Die Dissertation bzw. die Habili-

#### IV. A- und B-Promotionen - Anspruch und Wirklichkeit in der DDR

Während die Fakultäten der Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik jeweils über eine eigene Promotionsordnung verfügen, wurde in der DDR eine einheitliche Regelung getroffen. Nach der "Verordnung über die akademischen Grade" vom 6. November 1968 erfolgte neben dem "Doktor ehrenhalber" eine Differenzierung zwischen dem "Doktor eines Wissenschaftszweiges" (Promotionsordnung A) und dem "Doktor der Wissenschaften" (Promotionsordnung B = Habilitation).

Das nach diesen Promotionsordnungen (21. Januar 1969) benannte "Promotionsrecht A" bzw. "Promotionsrecht B" wurde den Wissenschaftlichen Räten der Hochschulen erteilt.

*"Der Doktor eines Wissenschaftszweiges*

*1. Voraussetzung für die Verleihung des akademischen Grades Doktor eines Wissenschaftszweiges (Promotion A) sind:*

*a) in der Regel der Besitz des akademischen Grades Diplom bzw. die an einer Universität oder Hochschule der Deutschen Demokratischen Republik bestandene Hauptprüfung*

*b) die systematische Vertiefung der Kenntnisse in den theoretischen Grundlagen des betreffenden Wissenschafts-*

*tationsschrift muß der scientific community und darüber hinaus jedem interessierten Bibliotheksbenutzer zugänglich sein (z.B. durch Fernleihe).*

*7. Es muß sich um eine selbständige, einer bestimmten Person zuzuordnende Forschungsleistung handeln.*

*zweiges und auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus*

*c) die aktive Mitarbeit bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft.*

*2. Grundlage für die Verleihung des Doktors eines Wissenschaftszweiges sind Forschungsergebnisse, die beitragen, das wissenschaftliche Höchstniveau zu entwickeln. ...*

*Der Doktor der Wissenschaften*

*1. Voraussetzung für die Verleihung des akademischen Grades Doktor der Wissenschaft sind:*

*a) in der Regel der Besitz des akademischen Grades Doktor eines Wissenschaftszweiges*

*b) eine erfolgreiche Tätigkeit als Leiter von wissenschaftlichen Kollektiven*

*c) die Weiterbildung auf Gebieten des Marxismus-Leninismus*

*d) die hervorragende Mitarbeit bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus.*

*2. Grundlage für die Verleihung des Doktors der Wissenschaften sind Forschungsergebnisse, die das Höchstniveau der Wissenschaft bestimmen." ("Verordnung über die akademischen Grade" 1968, S. 112 ff.).*

An diesen ihren eigenen Vorgaben muß sich die wissenschaftliche Forschung der DDR messen lassen. Das gilt auch für die folgende Bestimmung:

*„Der Kandidat hat mit der Arbeit den Nachweis zu erbringen, daß er wissenschaftliche Aufgaben, die den Erfordernissen der Entwicklung von Gesellschaft und Wissenschaft entsprechen, erfolgreich bearbeitet und mit hohem theoretischen Niveau gelöst hat sowie Wege für die praktische Anwendung der Ergebnisse bzw. ihre weitere wissenschaftliche Bearbeitung weisen kann. Die mit der Arbeit vorgelegten Forschungsergebnisse müssen dem neuesten Stand des Wissenschaftsgebietes entsprechen und die entscheidende in- und ausländische Literatur berücksichtigen“* (ebd.).

Die Ausbildung der promovierten Intelligenz wurde in der DDR angesichts der exponierten Bedeutung der Wissenschaft für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu einer „Schlüselfrage“ erklärt. Wissenschaft konnte in der DDR nur dann existieren, wenn die Machtelite glaubte, daß sie ihren eigenen politischen und ideologischen Zielen diene; außerhalb dieses engen Teilbereichs gab es in der DDR praktisch nur kommunistische Ideologie unter dem Deckmantel von „Wissenschaft“. Auch die durch Promotionsarbeiten (A+B) gewonnenen Forschungsergebnisse dienten ja, wie die Promotionsordnung fest schrieb, in erster Linie dem gesellschaftlichen Fortschritt, erst in zweiter dem wissenschaftlichen. Die Einführung in die „Verordnung über die akademischen Grade“ läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

*„Die weitere allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus erfordern zielgerichtete wissenschaftli-*

*che Höchstleistungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens als Voraussetzung für die Bestimmung des Weltstandes von Wissenschaft und Technik in den strukturbestimmenden Zweigen. Die Heranbildung einer hochqualifizierten sozialistischen Intelligenz ist deshalb eine vorrangige Aufgabe“* (ebd.).

Es kam also bei der wissenschaftlichen Forschung in der DDR ausschließlich darauf an, aus ihr den größtmöglichen Nutzen für die SED-Führer zu ziehen. Das Streben des einzelnen Doktoranden wurde allein unter diesem Gesichtspunkt beurteilt, Forschungswege, deren anwendbarer „gesellschaftlicher“ Nutzen nicht offensichtlich erschien, durften gar nicht erst beschritten werden. Diese Einstellung führte zu einer Leistungsminde rung und zwangsläufig zu einer Leistungsverarmung.

Ein Beispiel mag das illustrieren. Es handelt sich hier um die Doktorarbeit von Siegfried Melchert „Staatspolitische Erziehung der westdeutschen Turn- und Sportjugend (1949-1965)“, Universität Jena 1965.

Diese Arbeit erweist sich als eine fleißige und umfangreiche Leistung, aber sie ist nicht wissenschaftlich im gemeinten Sinne, weil sie ausschließlich etwas zu beweisen hat, was für Themensteller und Doktoranden aus ideologischen Gründen von vornherein feststeht. Die in der Dissertation beklagte „Ausnutzung“ des westdeutschen Sports durch reaktionäre Politiker für deren mediokre Ziele wird nicht etwa auf dem Wege empirischer Analyse herausgefunden - sie ist für Melchert schon vor Beginn seiner Untersuchung eine zweifelsfreie Tatsa-

che und muß deshalb nicht mehr überprüft, sondern nur noch dargestellt und „belegt“ werden.

*„Diese Untersuchung soll dazu beitragen, die Bestrebungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur politisch-ideologischen und moralischen Beeinflussung der westdeutschen Turn- und Sportjugend aufzudecken und somit ein kleiner Beitrag zur marxistischen Erforschung der Zeitgeschichte und eine aktuelle Hilfe für die Orientierung der demokratischen und friedliebenden Kräfte im deutschen Sport sein“* (S. 1).

*„Unsere Ergebnisse helfen nachzuweisen, wer den Frieden in Deutschland und der Welt und das Leben der Jugend und des Volkes gefährdet. Sie können dazu beitragen, der Jugend und allen friedliebenden Kräften in ihrem Bemühen, ihre Zukunft und den Frieden zu sichern, eine Orientierung zu geben“* (S. 8).

Die „Ergebnisse“ der Untersuchung, die für den westdeutschen Jugendsport durchweg negativ und belastend sind, hat der Doktorand nicht etwa auf dem Wege empirischer Forschung und wissenschaftlicher Analyse herausgefunden, sondern sie sind bereits für die Planung und Durchführung seiner Arbeit ein *conditio sine qua non*. Um es noch einmal deutlich zu machen: Wären Melcherts Darstellungen das Ergebnis objektiver wissenschaftlicher Forschung, so wären sie als wahr zu akzeptieren (jedenfalls für den Zeitpunkt ihrer Erstellung), so wenig sie dem westlichen Leser auch gefallen mögen. Aber eben diese wissenschaftlich international anerkannte Arbeitsweise fehlt.

Allerdings war Wissenschaftlichkeit im

objektiven Sinne auch nicht die Aufgabe eines Doktoranden in der DDR. Melchert sagt es selbst:

*„Sie (gemeint sind wissenschaftliche Untersuchungen; d. Vf.) erfordern von den Historikern ein Höchstmaß an wissenschaftlicher Selbstdisziplin und objektiver Parteilichkeit (was immer bedeutete: im Sinne der SED; d.Vf.)“* (S. 13).

Die geisteswissenschaftlichen Fächer und hier vor allem die Gesellschaftswissenschaften hatten für die DDR-Führung eine ganz besondere Funktion; wissenschaftliche Forschung war durchaus nicht ihre Hauptaufgabe. Vielmehr war diesem Wissenschaftsbereich die Rolle einer „Sinngabungsdisziplin“ (Anweiler 1989, S. 383) zugeschrieben worden, was bedeutete:

1. enge ideologische Bindung an die SED und deren Weisungen;
2. enge organisatorische Bindung an die SED;
3. direkte Steuerung und Kontrolle durch die SED.

Alle Meinungen, alle wissenschaftlichen Fragestellungen und Forschungsergebnisse, die der staatstragenden Ideologie des Marxismus-Leninismus in irgendeiner Weise widersprachen, waren unerwünscht und damit verboten. Dabei galt der Marxismus-Leninismus selbst als sakrosankt; seine Prämissen durften nicht einmal versuchsweise in Zweifel gezogen, geschweige denn widerlegt werden. Andere geistige Strömungen dagegen hatten so weit wie möglich ausgeschaltet zu werden; von klein auf hatte der Bürger der DDR zu lernen, das es nur eine wahre „wissenschaftliche Weltanschauung“ gab, den Marxismus,

und alle Lehrenden bis hin zum Hochschuldozenten und Universitätsprofessor hatten sich dieser Vorgabe zu beugen und sie kompromißlos durchzusetzen.

Dabei leitete die SED die Legitimation ihres absoluten Führungsanspruchs - das Recht, festzulegen, was als wahr zu gelten hat, und die Unduldsamkeit gegenüber jeder Art von Nonkonformisten - von der einfachen Behauptung ab, sie sei die Partei, die Vorhut der Arbeiterklasse, deren Bedürfnisse mit der auf "objektiven Gesetzen" beruhenden Entwicklung der Gesellschaft übereinstimmen. Weil die SED die Weltanschauung der Arbeiterklasse besitze, habe sie aufgrund der objektiv historischen Lage immer recht, habe alles zu bestimmen und könne niemals irren. Dabei war die Fiktion, daß zwischen den herrschenden Parteikadern und den "Volksmassen" eine Interessenidentität bestände, für die Rechtfertigung der bestehenden Machtverhältnisse unerlässlich.

Dabei taten sich vor allem die geisteswissenschaftlichen Forschungsbereiche als ideologische Steigbügelhalter hervor: Gesellschaftswissenschaften, Pädagogik, Soziologie, Philosophie, Staats-, Rechts- und Verwaltungswissenschaften, Arbeits- und Medienwissenschaften und Ökonomie, in weiten Bereichen auch Sportwissenschaft, Psychologie, Wirtschaftsgeographie und teilweise auch die im allgemeinen (für DDR-Verhältnisse) recht selbstbewußte und relativ eigenständige Medizin.

Da sich die Familie dem Einfluß der SED weitgehend entzog, mußte die Pädagogik etwa "belegen", daß Kinder und Jugendliche sich besser in Krippen, Kin-

dergärten, Horten und Kinderhotels entwickelten als im häuslichen Milieu. Obwohl es auch in der DDR Untersuchungen gab, die das genaue Gegenteil nachwiesen, durften ihre Ergebnisse nicht veröffentlicht werden (Voigt 1986).

Soziologen waren in der DDR gleich den Pädagogen, Gesellschaftswissenschaftlern etc. - von Ausnahmen abgesehen - keine Wissenschaftler, sondern Parteiarbeiter. Den Terminus "Wissenschaft" benutzten sie, um den von den SED-Führern gewünschten Befunden und Aussagen nach innen und außen Gewicht zu verleihen, und um ihr persönliches Prestige zu erhöhen.

Die SED-Institutionen, das Politbüro und das ZK benötigten allerdings auch objektive Daten und Prognosen (dann diente die westliche Forschung als Vorbild); erstrangig bestand die Aufgabe dieser Berufe in der Bereitstellung SED-gewünschter Befunde und Interpretationen, in der Aufklärung von Problemlagen und Vorschlägen zu deren Lösung, in der Bereitstellung von Führungs- und Herrschaftswissen, in der Beobachtung und Beseitigung von Konfliktfeldern, in der Verbreitung und methodischen Verbesserung von SED-Ideologie, in der parteigewünschten Manipulation von Menschen, in der Beeinflussung von Einstellungen und Verhaltensweisen.

Die positive Bewertung der Dissertation und erfolgreich verteidigte Forschungsergebnisse waren in der Regel Voraussetzungen für die Verleihung des Doktorgrades in der Promotion A (die Verteidigung konnte auch erlassen werden). Die Dissertationen wurden nach ihrem "theoretischen Gehalt und ihrem gesellschaftlichen Nutzen" (Schulz et al. 1980,

S. 200) beurteilt, das heißt, daß sie nicht nur der Fachwissenschaft verpflichtet waren. Der "gesellschaftliche Nutzen" der wissenschaftlichen Arbeit ergab sich einerseits aus dem unterstellten Beitrag für die Fortentwicklung des Marxismus-Leninismus. Vor allem dieser letzte Punkt blieb auf Inhalte und Aussagen der meisten DDR-Dissertationen nicht ohne Einfluß. Kaum eine Arbeit ist zu finden, in der ein obligatorisches Kapitel über die "Wissenschaftlichkeit" des Marxismus-Leninismus, die Vorteile des Sozialismus gegenüber allen anderen Gesellschaftsformen und die positiven Besonderheiten des Staates DDR fehlt. Bisweilen liegen diese Sentenzen wie ein störender Block inmitten von Aussagen und Ergebnissen, die auch ein westlicher Wissenschaftler dargelegt haben könnte, und haben mit dem eigentlichen Inhalt der Dissertation nichts zu schaffen; diese Arbeiten stammen häufig aus dem naturwissenschaftlichen Bereich oder der Medizin und enthalten - unter Berücksichtigung spezieller Probleme, denen alle Forschung in der DDR unterworfen war - durchaus brauchbare Aussagen. Doch ist generell davon auszugehen, daß in der DDR von der Wissenschaft keine Ergebnisse gefunden werden durften, die der offiziellen Ideologie widersprachen.

So schrieb im Jahre 1955 Heinz Perleberg die Untersuchung "Über die soziale Schichtung der Sporttreibenden in einzelnen Sportarten", die von der Pädagogischen Fakultät der Universität Greifswald als Dissertation angenommen wurde. Die Ergebnisse dieser Erhebung widersprachen offiziellen Verlautbarungen über den "Nachweis" weitgehender sozialer Gleichheit in der DDR so sehr,

daß sie totgeschwiegen oder, wo das nicht ging, verleumdet wurden. Perleberg mußte in den Westen fliehen, und seine - wissenschaftlich überzeugende - Arbeit (sie markiert den Beginn der Sportsoziologie in der DDR) wurde nicht gedruckt. Forschungsantrieb und wissenschaftliche Höchstleistungen wurden auf diese Art und Weise in der DDR über Jahrzehnte hinweg geradezu planmäßig unterbunden.

Bisweilen wurde auch - von den Promovenden oder vom Doktorvater - der Untersuchungsansatz so gewählt, daß für die DDR positive Ergebnisse zwangsläufig zu Tage treten mußten. Im Jahre 1969 reichte beispielsweise Randi Stock ihre Dissertation "Leistungsfähigkeit von Kindern berufstätiger und nicht berufstätiger Mütter" an der medizinischen Fakultät der Universität Magdeburg ein. Die ideologischen Aussagen dieser Arbeit sind dezent, der Untersuchungsansatz ist brauchbar. Kritisch wird es allerdings, wenn man berücksichtigt, daß der Begriff "berufstätige Mütter" vielerlei bedeuten kann und die Doktorandin bewußt nur Kinder von solchen Müttern in ihre Untersuchung einbezog, die nicht in Schichtarbeit standen; viele Mütter arbeiteten sogar "verkürzt" (ebd., S. 24), waren also teilzeitbeschäftigt und daher für die Kinder während deren häuslicher Anwesenheit durchaus "vorhanden". Bewußt verzichtete die Doktorandin auf die Einbeziehung von Kindern aus unvollständigen Familien, von Kindern solcher Mütter, die im Schichtdienst arbeiteten, und von solchen Kindern, die wegen der Berufstätigkeit der Mutter unter der Woche in einem Heim untergebracht waren; angeblich waren die Fallzahlen zu klein (ebd.). Die Ergebnisse der Un-

tersuchung ergaben im großen und ganzen, daß die meisten Kinder - unabhängig von der Berufstätigkeit der Mutter - gute oder annehmbare Schulleistungen zeigten, wobei ein Notendurchschnitt von 2,6 schon als "leistungsschwach" galt (ebd., S. 35). Die Ergebnisse der Untersuchung Stocks unterstützten auf jeden Fall die von der DDR propagierte Ansicht, daß im Sozialismus die Berufstätigkeit beider Eltern den Kindern nur förderlich sein könne.

Promovierte Assistenten oder Oberassistenten, die in der DDR den Hochschullehrerberuf anstrebten, hatten, wenn die SED dies unterstützte, die Möglichkeit, den höchsten akademischen Grad eines Doktors der Wissenschaften (Promotion B = Habilitation) zu erwerben.

Die Promotion zum "Doktor der Wissenschaften" setzte in der Regel die Promotion zum "Doktor eines Wissenschaftszweiges" voraus und trat somit an die Stelle der früheren Habilitation. Weitere Bedingungen waren u.a. eine erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus und hervorragende Mitarbeit bei der Gestaltung des Sozialismus.

Der häufige Hinweis auf die "moralische Verpflichtung" der A-Promovierten, auch die B-Promotion anzustreben, zeigt deut-

lich, wie knapp die DDR Zeit ihres Bestehens an wirklich fähigen Wissenschaftlern war. Diese selbstverschuldete Situation ("Entfernung" nichtsozialistischer Wissenschaftler, Vertreibung oder Kaltstellung unkonventioneller Köpfe und selbständig Denkender) führte zu Berufungen, bei denen leistungsmäßige Auswahlgesichtspunkte nicht mehr zur Geltung kamen. Hierdurch auftretende Probleme ließen sich allerdings recht einfach durch eine Senkung des wissenschaftlichen Anspruchsniveaus lösen, was in der DDR auch geschah. Für die Auswahl zur Promotion B kamen noch weitere außerwissenschaftliche Aspekte zum Tragen. An die zukünftigen Hochschullehrer wurden besonders strenge ideologische Anforderungen gestellt, da Hochschullehrer in der DDR in erster Linie Ideologievermittler und nicht Forscher waren.

Daneben trat als weiteres leistungsminderndes Faktum noch die "räumliche Kontinuität", die darin bestand, daß in der Regel weder Studenten noch Assistenten während ihrer Ausbildung die Universität bzw. Hochschule wechselten. Auch Professoren verließen "ihre" Hochschulen nur kurzfristig zu Delegationen in die Praxis oder zu Fortbildungszwecken ins sozialistische Ausland.

## V. Fazit

Viele DDR Dissertationen (A und B) konnten nicht wissenschaftlich unabhängig abgefaßt werden, da schon die jeweilige Themenstellung bestimmten Postulaten des Sozialismus unterworfen war. Forschungsergebnisse hatten sich diesen Vorgaben anzupassen, selbst da, wo

die empirischen Daten den gezogenen Schlüssen offensichtlich widersprachen.

Zu diesen grundsätzlichen Postulaten gehörten die Überlegenheit des Marxismus-Leninismus, die Humanität der sozialistischen Gesellschaft und des neu-

en sozialistischen Menschen, das Verschwinden von Kriminalität, Asozialität, Verwahrlosung und sozialen Problemen insgesamt im Sozialismus, der ständig zu beobachtende Fortschritt des sozialistischen Systems, die wissenschaftliche Führungsrolle der Sowjetunion und natürlich die Fäulnis des dekadenten Kapitalismus. Auf die eine oder andere Art finden sich Aussagen zu diesen Themenbereichen in jeder der hier untersuchten Dissertationen - und zwar ohne auch nur den Versuch einer Beweisführung oder eines Belegs.

Die zu beantwortende Grundfrage der Dissertationen war nicht: Ist eine Aussage oder Annahme (wissenschaftlich) falsch oder richtig? sondern: Inwieweit nutzen die gefundenen Ergebnisse dem Fortschritt des Sozialismus (auch im Sinne der Verunglimpfung des Kapitalismus)? Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß vielen Doktorarbeiten aus der DDR ein Kapitel zur Hypothesenbildung fehlt.

Die angeführte Literatur ist häufig nicht auf dem vorauszusetzenden wissenschaftlichen Stand, läßt grundlegende Arbeiten vermissen und ist teilweise, da als unveröffentlicht oder nicht zugänglich ausgewiesen, für einen Vergleich

nicht greifbar. Wichtiger als die Auszählung und Durchleuchtung der beigefügten Literaturlisten erscheint aber die Tatsache, daß die meisten der angeführten Titel im laufenden Text gar nicht oder nur randständig auftauchen (in einer pädagogischen Dissertation wird einer westlichen Studie etwa die Prozentzahl von Bettnässern in einem bestimmten Alter entnommen), statt dessen aber eifrig Marx und Lenin zitiert werden, die sich augenscheinlich zu jedem auch zukünftigen Problem der Weltgeschichte und jeder nur denkbaren wissenschaftlichen Frage passend geäußert haben.

Viele Arbeiten führen, durchweg auf Grund der hier ausgewiesenen Mängel, nicht zu einem wissenschaftlichen Fortschritt. Einige von ihnen mögen brauchbare Praxisberichte ergeben und so ihren eigentlichen gesellschaftlichen Zweck im Sinne der SED durchaus erfüllt haben. Die "theoretischen" Grundlagen, die die Arbeiten erst als Dissertationen ausweisen würden, sind aber unbrauchbar oder nicht vorhanden.

*Dieter Voigt, Prof. Dr. phil., und  
Sabine Gries, wissenschaftliche  
Mitarbeiterin, sind an der Sektion  
Soziologie der Ruhr-Universität  
Bochum tätig*

## Literatur

Anweiler, Oskar: Bildung und Wissenschaft in der DDR. In: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, München 1989, S. 370-388.

Belitz-Demiriz, Hannelore/Dieter Voigt/Sabine Gries: Die Sozialstruktur der promovierten Intelligenz in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1982, 2 Bde. Bochum 1990.

Friedrichs, Jürgen et al.: Sozialwissenschaftliche Dissertationen und Habilitationen in der DDR 1951-1991, Berlin/New York 1993.

Günther, K.-H. et al.: Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin Ost 1983, 2. Aufl.

Meichert, Siegfried: Staatspolitische Erziehung der westdeutschen Turn- und Sportjugend (1949-1965), Diss. Jena 1965.

Schulz, H.-J. et al: Das Hochschulwesen der DDR. Ein Überblick, Berlin Ost 1980, 2. Aufl.

Stock, Randi: Leistungsfähigkeit von Kindern berufstätiger und nicht berufstätiger Mütter, Diss. Magdeburg 1969.

Voigt, D.: Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Untersuchung. Köln 1975.

Voigt, D.: Schichtarbeit und Sozialsystem. Zur Darstellung, Entwicklung und Bewertung der Arbeitszeitorganisation in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Bochum 1986.

**Lothar Mertens (Bochum):**

## **Forschung für den Panzerschrank - geheime DDR-Dissertationen**

### **1. Vorbemerkung**

Bisher konnten über Umfang und Inhalte geheimer Dissertationen nur Vermutungen angestellt werden.<sup>1</sup> Nach der Wende im Herbst 1989 und der deutschen Vereinigung im Oktober 1990 konnte auch dieser Geheimnisbereich erschlossen werden. Im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützten Projektes konnte untersucht werden, welche Dissertationen vom SED-Regime als geheimhaltungswürdig eingestuft wurden.<sup>2</sup> Dabei interessierten insbesondere die Themen und Promo-

tionsinstitutionen, aber auch die unterschiedlichen Geheimhaltungsstufen und ihre eventuellen Löschungen. Materialgrundlage waren die Karteikarten der Dienstkataloge im »Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur« der Deutschen Bücherei Leipzig und in der Hochschulschriftenstelle der Ost-Berliner Universitätsbibliothek. Darüberhinaus wurden durch persönliche Besuche und schriftliche Anfragen die Bestände der übrigen ostdeutschen Hochschulbibliotheken und Hochschularchive einbezogen.<sup>3</sup>

### **2. Rechtsgrundlage**

In der DDR wurden bereits seit Anfang der sechziger Jahre einzelne Dissertationen separiert und der normalen Benutzung entzogen. Durch die »Anordnung zum Schutz der Dienstgeheimnisse vom 6. 12. 1971« des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen wurde diese Praxis zu Beginn der siebziger Jahre kodifiziert. Die »Anweisung über die Archivierung von Hoch- und Fachschulschriften mit Dienstgeheimnissen vom 4. Oktober 1977« verfügte schließlich eine zentrale Sammlung und Aufbewahrung dieser Dissertationen in der Deutschen Bücherei Leipzig. Die Benutzung dieser Doktorarbeiten war selbst für wissenschaft-

liche Zwecke nur sehr bedingt möglich, da aufgrund einer internen Weisung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen an die Deutsche Bücherei vom 4. Oktober 1977 eine Aufnahme in die normalen Bibliothekskataloge und Bibliographien der Deutschen Bücherei unterbleiben mußte, d.h. diese Dissertationen durften nicht in der »Deutschen Nationalbibliographie, Reihe C: Dissertationen und Habilitationen« (DN, C) sowie den »Jahresverzeichnissen der Hochschulschriften« (JVH) angezeigt werden. Die zu archivierenden Hochschulschriften mußten deshalb in gesonderten Katalogen erfaßt werden. Interes-

Tabelle 1: Geheimgehaltene Dissertationen nach Promotionsgrad

Jahr	Diss. A abs.	Diss. B abs.	Diss. A/B abs.
60erJ.	341	25	366
1970	116	6	122
1971	178	13	191
1972	186	14	200
1973	198	14	212
1974	209	11	220
1975	241	15	256
1976	268	38	306
1977	291	33	324
1978	316	38	354
1979	385	75	460
1980	391	83	474
1981	384	69	453
1982	431	93	524
1983	523	101	624
1984	609	112	721
1985	662	154	816
1986	632	141	773
1987	438	93	531
1988	184	55	239
1989	172	65	237
1990	148	16	164
Insges.	7.303	1.264	8.567

sierten Benutzern durfte immer nur derjenige Teil des Kataloges zur Einsichtnahme zugänglich gemacht werden, der für das zu bearbeitende Thema relevant war. DDR-Bürger mußten für die Nutzung eine Genehmigung beim Generaldirektor der Deutschen Bücherei Leipzig beantragen, Bürger anderer Staaten (einschließlich der Bundesrepublik Deutschland) eine Benutzungserlaubnis durch den Minister für Hoch- und Fachschulwesen erlangen.<sup>4</sup> Die Zugangsbücher der Deutschen Bücherei, in der die

als »Vertrauliche Dienstsache« (VD) eingestuft Dissertationen inventarisiert wurden, mußten ihrerseits als »VD«<sup>5</sup> behandelt werden.<sup>6</sup>

Ungeachtet der in der »Anweisung über die Archivierung von Hoch- und Fachschulchriften mit Dienstgeheimnissen vom 4. Oktober 1977« ministeriell festgelegten Abgabepflicht<sup>7</sup> der Hochschulchriften „spätestens 4 Wochen nach Herstellung“ dauerte es häufig mehrere Jahre, bis die Hochschulen der DDR

diese Dissertationen an die zentrale Sammelstelle »Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur« der Deutschen Bücherei Leipzig weitergeleitet hatten. Diese nachlässige und zögerliche Abgabe produzierte auch Kuriosa. Energische Rückfragen und nachdrückliche Erinnerungen an ihre Abgabeverpflichtung durch die Leipziger Sammelstelle lösten die verschiedenen Hochschulbibliotheken häufig unfreiwillig selbst aus, wenn sie in Briefen an die Deutsche Bücherei für zahlreiche Dissertationen eine Löschung bzw. Absenkung der VD- oder NfD-Vermerke verfügten und sich dann herausstellte, daß diese Doktorarbeiten entgegen den Richtlinien noch immer nicht nach Leipzig abgegeben worden waren.<sup>8</sup>

Durch einen Beschluß des Ministerrates der DDR vom 15. Januar 1987 über die »Grundsätze zum Schutz der Staatsgeheimnisse der DDR« wurde eine Pflichtüberprüfung des Geheimhaltungsgrades bei allen noch gesperrten Dissertationen angeordnet. Infolge dieses Beschlusses wurden bis September 1988 zahlreiche

zuvor sekretierte Dissertationen wieder öffentlich zugänglich, außerdem reduzierte sich drastisch die Zahl von neuen Dissertationen, die eine Klassifizierung erhielten.

Die über den Geheimhaltungsstufen »NfD« und »VD« rangierenden Einordnungsgruppen führten dazu, daß diese Dissertationen nicht einmal mehr in den Sondermagazinen der Hochschulbibliotheken verwahrt und auch nicht an die Deutsche Bücherei nach Leipzig verschickt werden durften,<sup>9</sup> sondern in den Panzerschränken der zentralen Verschlusssachen-Dienststellen der Promotionsinstitutionen aufbewahrt werden mußten. Bei der Stufe »Vertrauliche Verschlusssache« (VVS) hatte lediglich ein überaus eingeschränkter Kreis von Sektionsdirektoren und ausgewählten Professoren das Recht zur Einsichtnahme, während die »Geheimen Verschlusssachen« (GVS) nur von einigen, wenigen auserwählten Führungskadern eingesehen werden durften. Derart hoch klassifizierte Dissertationen durften gleichfalls nicht in den Bibliographien angezeigt werden.

### 3. Anteil der gesperrten Dissertationen an der Gesamtzahl

In den »Jahresverzeichnissen der Hochschulschriften« (JVH) wurden für die Jahre 1978 bis 1987 insgesamt 34.383 Arbeiten angezeigt, die an den Akademien, Universitäten und Hochschulen in der DDR als Dissertationen (A und B) angenommen worden waren. Mindestens weitere 7.409 Dissertationen durften im gleichen Zeitraum aus Geheim-

haltungsgründen nicht in der »Deutschen Nationalbibliographie, Reihe C« bzw. der JVH aufgeführt werden.<sup>10</sup> Daraus folgt, daß in den Jahren 1978 bis 1987 insgesamt 41.792 Doktorarbeiten in der DDR angefertigt wurden. Der prozentuale Anteil der sekretierten Doktorarbeiten betrug 17,7 %, d.h. jede sechste Dissertation in diesem Zeitraum.

Tabelle 2: Anteil der geheimen DDR-Dissertationen A und B an der Gesamtzahl der an den Universitäten und wiss. Hochschulen der DDR verteidigten Promotionen in den Jahren 1978-1987

Jahr	DDR-Diss. Gesamt abs.	davon in JVH angezeigt abs.	Geheime NfD/VD abs.	Geheime VVS/GVS abs.	Geheime Diss. insges. in %
1978	3.397	2.961	408	28	12,8
1979	3.817	3.031	736	50	20,6
1980	3.662	2.981	625	56	18,6
1981	3.835	3.224	549	62	15,9
1982	3.913	3.095	768	50	20,9
1983	4.357	3.757	553	47	13,8
1984	4.447	3.669	714	64	17,5
1985	4.912	4.199	662	51	14,5
1986	5.121	3.922	1.146	53	23,4
1987	4.331	3.544	703	84	18,2
Insges.	41.792	34.383	6.864	545	17,7

#### 4. Geheimhaltungsgefälle zwischen Promotionsorten

Eine Zuordnung der geheimgehaltenen Dissertationen zu den Promotionsinstitutionen zeigt beträchtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Akademien, Universitäten und Hochschulen auf. Dies gilt sowohl für die absolute Ziffer der geheimen Dissertationen an den einzelnen Institutionen als auch für deren prozentualen Anteil an der Gesamtzahl der Promotionen der jeweiligen Einrichtung. Bei 2.778 von 2.869 als »Vertrauliche Dienstsache« eingestuft Dissertationen (= 96,8 %) ist im Zugangsbuch der Deutschen Bücherei der Promotionsort mit ver-

zeichnet. Die Gesamtzahl der VD-Klassifikationen für die einzelnen Institutionen in den Jahren 1978 bis 1987 wird in der folgenden Übersicht in Relation zur Zahl der in den »Jahresverzeichnissen der Hochschulschriften« angezeigten Arbeiten gestellt.

Tabelle 3: Zahl der Promovenden nach Promotionsort an Universitäten u. wiss. Hochschulen

Zahl der Promovenden	Diss. A in %	Diss. B in %
1	85,8	92,2
2	12,5	7,2
3	1,4	0,6
4	0,3	-
Insgesamt	100	100

#### 5. Geheimhaltungsmotive

Offensichtlich kamen in den unterschiedlichen Geheimhaltungspraktiken der verschiedenen Promotionsinstitutionen der DDR neben individuellen und institutionellen Gründen vor allem Befürchtungen im Hinblick auf die staatsrechtliche Relevanz von Dissertationen zum Tragen. Es soll daher versucht werden, diese verschiedenen Motive nach einzelnen Fallgruppen zu typisieren.

Für den Betrachter von außerhalb des real sozialistischen Systems sind noch jene Klassifizierungen am ehesten nachvollziehbar, durch welche Dissertationen mit militärrelevanten Themen aus dem Umfeld der »Nationalen Volksarmee« (NVA) gesperrt wurden. Wenn es sich um Tatbestände handelte, die der Ideologie zufolge dem real existierenden Sozialismus der DDR eigentlich »wesensfremd« waren, wie die Kriminalität gegen sozialistisches Eigentum, dann wurde eine derartige Promotionschrift als »Vertrauliche Verschlusssache« sekretiert.<sup>11</sup>

Selbstverständlich ist auch der hohe Anteil von geheimen Dissertationen in der Sportwissenschaft verständlich, da hier die trainingswissenschaftlichen, sportmedizinisch-biomechanischen und psychologisch-mental Ergebnisse dieser Promotionschriften ebenso wie die materialtechnischen Erkenntnisse vor der interessierten (westlichen) Öffentlichkeit geschützt werden sollten. Mit der Erforschung des Dopings<sup>12</sup> und seinem gezielten Einsatz verband sich ein Vorsprung der DDR-Sportler, der unter allen Umständen gewahrt werden mußte, da die ostdeutschen Athleten und Athletinnen nach dem fortbestehenden Dik-

tum Walter Ulbrichts als »Diplomaten im Trainingsanzug« die Überlegenheit des Sozialismus auch in der internationalen Sportarena dokumentieren sollten; auch wenn dieser Vorsprung nur auf anabolen Steroiden beruhte.

Auch wenn der Inhalt von Dissertationen noch so banal erscheint, allein der Zusammenhang des von ihnen behandelten Lebensbereiches mit einer Staatsinstitution konnte zur Sekretierung führen. Beispielhaft für diese Konsequenz waren die stomatologischen Dissertationen eines Mediziner-Ehepaares über die spezifischen Berufsprobleme von Blasinstrumentalisten im Bereich des DDR-Innenministeriums.<sup>13</sup>

Doch bei manchen Dissertationen scheint sich ihre Sekretierung kaum auf Thema und Inhalt, sondern auf die beteiligten Personen zurückzuführen. Motive für die Sperrung von DDR-Dissertationen können aber nicht nur in den Personen der Betreuer, sondern auch in der Persönlichkeit der Autoren vermutet werden. Die Dissertationen von Staats- und insbesondere Parteifunktionären wurden in aller Regel mit Rücksichtnahme auf die öffentliche Funktion des Autors sekretiert. Ebenfalls die Doktorarbeiten zahlreicher hochrangiger Mitarbeiter im ZK-Apparat der SED, die eine wichtige Schaltfunktion im Herrschaftssystem der DDR hatten, waren sekretiert worden.

Schließlich sind in der DDR auch Dissertationen sekretiert worden, bei denen weder mit noch so großer Phantasie eine Sicherheitssensibilität des Themas noch eine Prominenz des Autors festgestellt werden kann. Zur Erklärung dieses

Phänomens hilft der Hinweis von ost-deutschen Hochschullehrern weiter, daß Arbeiten auch und gerade wegen fachlicher und formaler Mängel sekretiert worden sind. Manche nur als »rite« (genügend) benotete Dissertation wurde deshalb sekretiert, um ein »non sufficit« (nicht bestanden) bei der Beurteilung zu

vermeiden. So war die Geheimhaltung gelegentlich ein auch „Mantel der Barmherzigkeit“, hinter dem nicht nur die inhaltliche Schwäche einer Dissertation sowie die intellektuellen Defizite des Kandidaten, sondern auch das Entgegenkommen seiner Gutachter verborgen werden konnte.

## 6. Löschungen

Der Beschluß des DDR-Ministerrates vom 15. Januar 1987 über die »Grundsätze zum Schutz der Staatsgeheimnisse der DDR« führte zu einer Pflichtüberprüfung des Geheimhaltungsgrades bei allen noch gesperrten Dissertationen. Nachdem die Universitäten und Hochschulen von sich aus auf die ministerielle Anordnung vom 15. Januar 1987 zur Überprüfung der Freigabe kaum reagiert hatten, wurden sie im Frühsommer 1988 von der Deutschen Bücherei angeschrieben und zur Stellungnahme aufgefordert. Diese Aktion hatte zum Teil erstaunliche Konsequenzen. Als Resultat dieses Rundschreiben kam es schließlich zu einer großen Löschaktion unter den meisten NfD- und vielen VD-Arbeiten, die alle unter dem Stempeldatum des 2. September 1988 als „gelöscht“ vermerkt wurden. So erklärte der Rektor der Ingenieurhochschule Zwickau in einem an den Generaldirektor der Deutschen Bücherei Leipzig gerichteten Schreiben vom 16. März 1988, „daß alle NfD-Dissertationen der Ingenieurhochschule Zwickau mit sofortiger Wirkung als 'frei' eingestuft und dementsprechend behandelt werden können.“ In einem Brief vom 8. Juni 1988 teilte auch der Prorektor der Ingenieurhochschule Wismar mit, alle an die Deutsche Bücherei abgegebenen Dissertationen mit NfD-Vermerken seien „ab sofort freige-

geben“. Den NfD-Zugangsbüchern der Deutschen Bücherei ist zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres 1988 insgesamt 642 Promotionsschriften von den verschiedenen Einrichtungen freigegeben wurden: 257 Dissertationen von der Universität Halle laut Schreiben vom 22.2.1988; 87 von der Ingenieurhochschule Zwickau (16.3.1988); 63 von der Universität Greifswald (15.4.1988); 43 von der Ingenieurhochschule Wismar (8.6.1988); 144 von der Universität Rostock (4.7.1988) und schließlich 48 von der TH Ilmenau (16.9.1988). Außerdem gab die Akademie der Wissenschaften im August 1988 noch 83 mit VD gekennzeichnete Arbeiten frei (1.8.1988). Auf diese Weise wurden in nur sieben Monaten aufgrund des Beschlusses des Ministerrates bei über 700 Dissertationen der Sperrvermerk gelöscht.

Die große Zahl an Löschungen von Sperrvermerken kam sicherlich auch durch die früher extrem extensive Auslegung der Geheimhaltungsvorschriften zustande. Zwar war im § 4 der »Anweisung über die Archivierung von Hoch- und Fachschulschriften mit Dienstgeheimnissen vom 4. Oktober 1977« festgelegt worden, daß in „angemessenen Zeiträumen“ eine Überprüfung „über den weiteren Fortbestand bzw. die Aufhebung des Geheimhaltungsgrades“ zu erfol-

gen ha-be. Doch die Lösungspraxis der Universitäten und Hochschulen belegt, daß diese sich mit der Überprüfung und Löschung viel Zeit ließen, wahrscheinlich wegen des damit verbundenen erheblichen Aufwandes. Ganz selten waren Dissertationen, wie etwa eine Hallenser Doktorarbeit aus dem Jahre 1987,<sup>14</sup> bereits im voraus mit einer Zeitfrist für die Sperrung belegt worden. Bestätigt wird diese Vermutung einer unkritisch fortbestehenden Geheimhal-

tungsklassifizierung durch die Reaktionen auf die vereinzelt Anfragen der Deutschen Bücherei über den Fortbestand von langjährigen Sperrvermerken. Sehr häufig wurden erst in den Antwortschreiben auf diese Leipziger Nachfragen die betreffenden Arbeiten als „freigegeben“ deklariert.

Alle übrigen Arbeiten, vor allem jene mit VD-Vermerk, waren formell noch bis zum 3. Oktober 1990 gesperrt, obwohl

Tabelle 4: Löschungen von VD-Vermerken im Verhältnis zur Gesamtzahl der klassifizierten Dissertationen an ausgewählten Institutionen bis September 1988

Institution	Dissertationen		
	VD eingestuft abs.	davon VD-Vermerk gelöscht abs.	in %
Akademie d. Wissensch.	105	90	85,7
Akademie d. Landwirt.	220	112	50,9
Bauakademie	30	3	10,0
Akad. f. Ärztl. Fortb.	44	-	-
Bergakad. Freiberg	152	12	7,9
Humboldt-Univ. Berlin	402	18	4,5
Univ. Greifswald	79	7	8,9
Univ. Halle	241	10	4,2
Univ. Jena	99	-	-
Univ. Leipzig	200	15	7,5
Univ. Rostock	115	25	21,7
Hochschule für Ökonomie	286	44	15,4
Handelshoch. Leipzig	67	33	49,3
TH Ilmenau	95	37	39,0
TH Karl-Marx-Stadt	221	8	3,6
TH Leuna-Merseburg	127	14	11,0
TU Magdeburg	38	5	13,2
IH Wismar	8	4	50,0
IH Zittau	41	4	9,8
Insgesamt	2.869	460	16,0

in der Benutzung den Lesern seit dem November 1989 faktisch eine Zugriffsmöglichkeit eingeräumt wurde. Die letzten offiziellen Löschungen durch die Hochschulbibliotheken an die Deutsche Bücherei Leipzig erfolgten im März<sup>15</sup> und April<sup>16</sup> 1990 für zwei Dissertationen der Ingenieurhochschule Zittau.

An der Spitze der Löschungen von Geheimhaltungsvermerken für Dissertationen standen die Akademie der Wissenschaften und die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, die bis zum September 1988 fünf Sechstel bzw. die Hälfte aller früheren Einstufungen löschten. Die Universitäten hielten sich mit Ausnahme der Universität Rostock bei den Löschungen sehr zurück. Konträr zur hohen Vergabehäufigkeit war die niedrige Zahl von Löschungen an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. Die Handelshochschule Leipzig behandelte die VD-Kategorisierung oft als einen befristeten Vorgang. Ganz im Gegensatz dazu stand die Hochschule

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Siehe Wilhelm Bleek: Dissertationen aus der DDR - Verborgene Quellen der DDR-Forschung? In: Die Gesellschaft der DDR. Hrsg. von Dieter Voigt. Berlin 1984, S. 117-145; S. 125 ff.

<sup>2</sup> Siehe ausführlich: Wilhelm Bleek/Lothar Mertens: DDR-Dissertationen. Promotionspraxis und Geheimhaltung von Doktorarbeiten im SED-Staat. Opladen 1994 (Westdeutscher Vlg.).

<sup>3</sup> Bibliographie der geheimen DDR-Dissertationen/Bibliography of Secret Dissertations in the German Democratic Republic. München 1994 (K.G. Saur Vlg.).

<sup>4</sup> § 5 der Anweisung über die Archivierung vom 4. 10.1977.

<sup>5</sup> Zugangsbuch, Nr. 1, Jgg. 1978-1982; VD IA-191/78/1/1-96; Zugangsbuch, Nr. 2, Jgg. 1982-1987; VD IA-191/78/1/97-193; Zugangsbuch, Nr. 3, Jgg. 1987-1988; VD IA-191/78/1/194-214.

<sup>6</sup> Punkt 3 der „Weisung des Ministers an die Deutsche Bücherei“ vom 4.10.1977.

für Ökonomie in Berlin (Ost), die nicht nur als VD klassifizierte Dissertationsteile, wie etwa die Thesen und Anlagen, oft mit bis zu zehnjähriger Verspätung an die Deutsche Bücherei Leipzig abgab, sondern auch kaum Löschungen durchführte.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß die überwiegende Zahl<sup>17</sup> der über 8.600 sekretierten Dissertationen, dank der umsichtigen Tätigkeit zahlloser Bibliothekare und Archivare, erhalten blieb und in den Bibliotheken und Archiven zur Benutzung bereitliegt. Eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den geheimgehaltenen Dissertationen steht in den meisten Wissenschaftsbereichen noch aus, obgleich diese Doktorarbeiten in einzelnen Forschungsdiskussionen bereits beginnen, eine Rolle zu spielen.<sup>18</sup>

*Lothar Mertens, Dr. rer.soc., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum*

<sup>7</sup> § 3 der Anweisung über die Archivierung vom 4. 10.1977.

<sup>8</sup> Vgl. die Schreiben der Hochschulbibliothek der TH Ilmenau vom 9.10.86, vom 23.12.86 und 28.9.87; der TH Leipzig vom 25.9.86 und der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften vom 2.9.87.

<sup>9</sup> Siehe dazu ausführlich: Wilhelm Bleek/Lothar Mertens: Geheimgehaltene Dissertationen in der DDR. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 39. Jg. (1992), H. 4, Frankfurt/M., S. 315-326; S. 315 f.

<sup>10</sup> Bei beiden Angaben ist zu berücksichtigen, daß Jahr der Registrierung ist nicht identisch mit dem Promotionsjahr der einzelnen Arbeit. Für die Jahresverzeichnisse der Hochschulschriften als auch für die VD-Zugangsbücher der Deutschen Bücherei Leipzig ist eine 12-18monatige Verzögerung in der Verzeichnung zu beachten, die zumeist durch die verspätete Titelnennung/Pflichtexemplarabgabe der jeweiligen Hochschule verursacht wurde.

<sup>11</sup> Detzner, Paul: Die Kriminalität gegen das sozialistische Eigentum im Bereich Binnenhandel der Kreise Altenburg und Schmölln, ihre Ursachen und begünstigenden Bedingungen sowie Maßnahmen zur Verhütung durch die sozialistischen Handelsorganisationen. Diss. A Karl-Marx-Univ. Leipzig 1976.

<sup>12</sup> Riedel, Hartmut: Zur Wirkung anaboler Steroide auf die sportliche Leistungsentwicklung in den leichtathletischen Sprungdisziplinen. Diss. B Militärmedizinische Akademie, Bad Saarow 1986.

Clausnitzer, Claus: Optimierung des Nachweisverfahrens für anabole Steroide im Urin unter spezieller Berücksichtigung des Testosterons. Diss. A Karl-Marx-Univ. Leipzig 1984.

<sup>13</sup> Weise, Dietmar: Zur Bedeutung der Einschleiftherapie als präventive Maßnahme in der Betreuungskonzeption für Blasinstrumentalisten im Ministerium des Innern. Diss. A Akademie für Ärztliche Fortbildung, Berlin (Ost) 1986;

Weise, Gisela: Beitrag zur Entwicklung einer stomatologischen Betreuungskonzeption für Blasinstrumentalisten im Bereich des Ministerium des Innern. Diss. A Akademie für Ärztliche Fortbildung, Berlin (Ost) 1986.

<sup>14</sup> Henkel, Lutz: Beiträge zur Synthese neuer potentieller Wirkstoffe durch Derivatisierung war laut Schreiben vom 3.8.87 bis zum 31.12.88 als VD gesperrt; VD-Zugangsbuch, Nr. 3, S. 211, Nr. 21/88.

<sup>15</sup> Bittner, Helmar: Elektronischer Energiezähler für Haushaltsabnehmer, IH Zittau 1986; VD-Zugangsbuch, Nr. 3, S. 209, Nr. 246/87.

<sup>16</sup> Domschke, Hubertus: Die statistische Analyse. Beitrag zur Intensivierung von Schmelzverfahren, IH Zittau 1985; VD-Zugangsbuch, Nr. 3, S. 190, Nr. 6/87.

<sup>17</sup> Nur einige Arbeiten aus der Juristischen Hochschule des MfS, speziell von Mitarbeitern der „Hauptverwaltung Aufklärung“, wurden in der Wendezeit vernichtet.

<sup>18</sup> Siehe Mertens, Lothar: Eine stolze Bilanz oder vielleicht doch „Leichen im Keller“? Ein kritischer Beitrag zur Sektion Kriminalistik der Berliner Humboldt-Universität. In: Kriminalistik, 48. Jg. (1994), H. 2, Heidelberg, S. 120-122.

## THEMA III: Singularitäten 2. Folge

Holger H. Dathe & Klaus Rohlfien (Eberswalde):

### Das Deutsche Entomologische Institut in Eberswalde

An der Fachhochschule Eberswalde (Land Brandenburg) existiert derzeit eine "Projektgruppe Entomologie", die ihre Restitution als "Deutsches Entomologisches Institut" (DEI) der Blauen Liste erwartet. Das DEI ist das einzige rein insektenkundliche Institut Deutschlands, sein Ursprung liegt nunmehr 108 Jahre zurück. Es besitzt Kulturgüter des höchsten internationalen Schutzstatus: Typen-, Sammlungs-, Bibliotheks- und wissenschaftliche Archivbestände. Nicht wenige seiner Mitarbeiter hatten und haben in der internationalen Fachwelt einen Namen, am bekanntesten ist vielleicht Willi Hennig (1913-1976) geworden, der Begründer der Theorie und Methodik der Phylogenetischen Systematik.

In der unmittelbaren Nachwendzeit hatten die ihrer Historie und der daraus erwachsenden Verpflichtungen gewärtigen Mitarbeiter der Institution den alten Status wiederhergestellt, soweit es ihre

Kräfte vermochten. Insbesondere setzten sie den guten Namen wieder ein, unter dem die Einrichtung seit 1920 ihre Weltgeltung im Fach begründet und erhalten hatte. Nach der Evaluierung des ehemaligen Instituts der Landwirtschafts-Akademie im Jahre 1991 äußerte sich der Wissenschaftsrat in folgender Weise zu Wert und Zukunft des Deutschen Entomologischen Instituts:

*"Dieses Institut verfügt über eine bedeutende Insektensammlung und Fachbibliothek und ist auf dem Gebiet der Taxonomie führend. Deshalb gilt es, diese Einrichtung zu erhalten ... Es wird empfohlen, das DEI als weiteres selbständiges Institut dem Naturkundemuseum Berlin anzugliedern ..."* [1]

Diese wenigen, vielleicht lapidar erscheinenden Worte sind inzwischen zum wichtigsten Fixpunkt für das Fortbestehen eines Traditionsinstitutes der Naturwissenschaften in Deutschland geworden.

## 1. Vom Wert entomologischer Forschungen

Zur Verdeutlichung der wissenschaftlichen und kulturellen Bedeutung des DEI muß hier ein wenig weiter ausgeholt werden.

Der Entomologie haftet gelegentlich die Aura einer Freizeitbeschäftigung etwas skurriler Persönlichkeiten an. Tatsächlich trägt sich die Entomologie auch als Fachwissenschaft in wesentlichen Teilen durch die engagierte Tätigkeit von nebenberuflichen Forschern, die man schon auf Grund ihres z.T. enormen Spezialwissens nicht als "Laien" den "Profis" gegenüberstellen kann. Bestimmte naturkundlich vorgebildete Berufsgruppen wie Lehrer und Ärzte, aber auch Pfarrer, Ingenieure und Juristen, denen man gewiß a priori keinen Hang zu Spielereien unterstellen wird, scheinen für diese Art sinnvoller Freizeitgestaltung prädestiniert zu sein. Tatsächlich ist ihre Forschung seit Generationen eine Hauptsäule der wissenschaftlichen Insektenkunde.

Was wir ihnen zu verdanken haben, stellen wir gerade heute im Zusammenhang mit Bestandsaufnahmen an unserer Umwelt fest. Wir wünschen, wir wüßten noch weitaus mehr über ökologische Zustände, natürliche Arteninventare, Populationsschwankungen und deren Ursachen im Zeitenwandel, etwa der letzten 100 Jahre - dies gäbe uns die Chance, heute sicherer an unserer Lebenswelt zu reparieren, zu planen und zu gestalten, als es real möglich ist.

Immerhin haben die alten Entomologen etliches an Grundlagen geschaffen und

in Form von Beobachtungsdaten und Belegansammlungen hinterlassen, die heute wertvoller sind als jemals zuvor, und zwar nicht nur als Kulturgut, sondern vor allem als Arbeitsmittel der Umweltwissenschaften. Hier hat die Entomologie einen herausgehobenen Platz zu beanspruchen, denn Insekten sind die mit weitem Abstand artenreichste einheimische Wildtiergruppe. Über 80% der Organismenformen gehören dazu. Ihr Einfluß auf unsere Umwelt ist bestimmend, zumal die Masse dieser Tiere an der Basis der Nahrungspyramiden steht. Im Gegensatz dazu ist unsere Kenntnis über die Formenvielfalt, die Lebensweise und die ökologische Rolle dieser vielen Organismen verschwindend gering, was nur gelegentlich, etwa im Zusammenhang mit Kalamitäten in der Land- und Forstwirtschaft, auch ins öffentliche Bewußtsein dringt.

Der Wert des DEI als ein einzigartiges, die Bemühungen von vielen Generationen von Freizeitforschern bündelndes Institut für die Lösung von Gegenwartsproblemen in allen Teilen der Welt, ist ohne den skizzierten Hintergrund nicht völlig zu ermessen.

Eines sollte noch deutlich werden: man kann eine solche Institution voller gegenwartsbezogener Historie nicht mit gleicher Konsequenz gründen oder auch schließen wie manche modernen Forschungsinstitute. Das Haus hat Geschichte, die zu seinem Verständnis dazugehört. Der Wissenschaftsrat hat diesem Sachverhalt mit seiner Empfehlung zweifellos Rechnung tragen wollen.

## 2. Kurze Historie des DEI

### 2.1. Die Kraatzsche Stiftung (1886-1911)

Im Jahre 1870 äußert der Berliner Entomologe Prof. Dr. Gustav Kraatz (1831-1909) in der "Berliner Entomologischen Zeitschrift" erstmals die Absicht, aus Privatmitteln deutscher Entomologen nach französischem Vorbild ein rein entomologisches Museum zu schaffen. In erster Linie sollte es wissenschaftlichen Arbeiten dienen. Als "Deutsches Entomologisches National-Museum" müsste es - anders als die großen und eher elitären Museen der Universitäten - allgemein zugänglich sein. [2]

1886 schließen Kraatz und das Direktorium des "Märkischen Provinzial-Museums" von Berlin eine Vereinbarung ab, wonach Kraatz Sammlungen und wissenschaftliche Bibliothek unentgeltlich diesem Museum übereignet. Er vermacht der Kommune zusätzlich 60.000 Mark, wovon 40.000 Mark bei dem geplanten Museumsneubau für Räume zur Unterbringung der Entomologischen Abteilungen eingesetzt werden sollen. 1887 erteilt der König von Preußen der Stadt Berlin die Allerhöchste Genehmigung zur Annahme dieser "schenkungswaisen Zuwendung". Dieses Arrangement war unter Mitwirkung von Prof. Rudolf Virchow vorbereitet worden [3].

1902 schreibt Kraatz sein Testament, demzufolge hauptsächlich die an das Märkische Provinzial-Museum angeschlossene "Dr. Kraatzsche Stiftung (Deutsches Entomologisches National-Museum)" sein nachgelassenes Vermögen, rund 800.000 Goldmark, erben soll. Als Kraatz erkennen muß, daß im Neubau des Märkischen Museums von 1904

nun doch kein Platz für seine Stiftung bleibt, kauft er dafür ein Mietshaus, worin er eine Wohnung zweckentfremdet [4]. Als er 1909 stirbt, hinterläßt er die Stiftung, das Deutsche Entomologische National-Museum mit Sammlungen und Bibliothek, ein Grundstück für die Errichtung eines Gebäudes in Dahlem sowie Kapital, dessen Zinsen den Unterhalt des Museums absichern sollen. An der Gosslerstraße 20/Ehrenbergstraße 26-28 entsteht ein Institutsgebäude, in das das Museum 1911 übersiedeln kann.

### 2.2. Zweckvermögen der Stadt Berlin (1911-1922)

Sein designierter Nachfolger Dr. med. Walther Horn (1871-1939) hat neben dem Museumsbau und -umzug schwierige Verhandlungen mit der Stadt Berlin zu führen. Ergebnis ist ein Statut, das zunächst die neue Bezeichnung "Deutsches Entomologisches Museum" festlegt. Die Namensänderung berücksichtigt Bedenken musealer Institutionen, die aus dem "National-Museum" einen (nie vertretenen) Anspruch auf eine Rangfolge ableiteten.

Die Stadt Berlin erklärt sich schließlich zur Annahme der Erbschaft in der 1886 genannten Zweckbestimmung bereit, jedoch mit der Einschränkung, daß über die Verwendung der Vermögenserträge ausschließlich ein zu bildendes Kuratorium bestimmen soll. Mit der offiziellen Einweihung des Museumsgebäudes am 2. November 1912 ist gleichzeitig die Gründung eines "Vereins zur Förderung des Deutschen Entomologischen Museums" verbunden.

Mehr noch als Kraatz sieht Horn die

Aufgabe, die Sammlungen wissenschaftlich zu erschließen. Zu diesem Zweck begründet er 1912 die beiden Zeitschriften "Entomologische Mitteilungen" und "Supplementa Entomologica". Parallel dazu verlaufen die Ordnungsarbeiten und die Aufstellung der Sammlung. Welch gewaltige Arbeit er und seine Mitarbeiter leisten, wird an Zahlen aus dem Jahre 1920 deutlich. Dort ist der Bestand an Insekten auf 1 150 000 Exemplare angegeben, darunter 6000 Typen.

Mit dem I. Weltkrieg, dem zeitweisen Abbruch der internationalen Beziehungen und den inflationären Tendenzen nach dem Kriege kommt auch das Museum in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der Wertverlust der Aktien setzt der bisherigen Finanzierung ein Ende. Da die Stadt Berlin keine Geldmittel zuschießen kann, bemüht sich Horn um die Übernahme des Museums durch öffentliche Forschungsträger. De facto war die Einrichtung zu diesem Zeitpunkt bereits ein "Forschungsinstitut und Museum", in dem Sammlungen und Bibliothek ausschließlich als Mittel für entomologische Forschungen dienen. Um dies auch nach außen sichtbar zu machen, bewirkt Horn 1920 bei der Stadt Berlin die Namensänderung in "Deutsches Entomologisches Institut".

### 2.3. Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (1922-1946)

Damit ist auch formal der Zugang zur Gemeinschaft der deutschen Forschungsinstitute geschaffen. 1922 übernimmt die damals in Berlin-Dahlem ansässige Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (KWG)

die Einrichtung als "Stiftung Deutsches Entomologisches Museum", welche sie ab 1926 inoffiziell und ab 1929/30 offiziell als "Institut" führt. [5]

Neben dem weiteren Ausbau der Sammlungen und Bibliothek und deren Erschließung steht von nun an die Wandlung des Instituts zu einem Verbindungsglied zwischen systematischer und angewandter Entomologie im Vordergrund. Dabei entwickelt es sich zu einem international anerkannten entomologischen Auskunfts-institut. Vor allem aber nutzen Mitarbeiter der in der Nachbarschaft ansässigen Biologischen Reichsanstalt intensiv diese entomologische Einrichtung. In dieser Zeit entsteht der "Index Litteraturae Entomologicae", Serie I (Horn & Schenkling 1928-29) und der "Sammlungsverbleib" (Horn 1926), zwei grundlegende Katalogwerke, die international hohe Anerkennung finden und die vom Institut später in erweiterter Form bzw. in einer zweiten Serie fortgesetzt und neu aufgelegt werden.

Die finanzielle Situation des Instituts bleibt dennoch angespannt. 1933 gibt es erneut Bestrebungen, das DEI aufzulösen und die attraktiven Bestände an das Museum Alexander Koenig nach Bonn zu geben. Horn kann dies schließlich abwehren, als eine Vereinbarung über eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem DEI und der Biologischen Reichsanstalt bezüglich bestimmter Dienstleistungen für angewandte Zwecke zustandekommt. Damit wird eine kontinuierliche Teilfinanzierung durch das Reichsernährungsministerium gesichert. Die Reichsanstalt ordnet mit Dr. Hans Sachtleben einen ihrer Mitarbeiter ins DEI ab, der schließlich die Leitung des Instituts übernimmt, als Horn 1939 stirbt.

Wegen der Bombenangriffe auf Berlin wird das Inventar des DEI 1943 nach Schloß Blücherhof bei Waren (Müritz) ausgelagert. Hier überdauern Sammlungen und Bibliothek ohne Schaden. Nach dem Krieg stellt sich wieder einmal die Schicksalsfrage der selbständigen Existenz, und diesmal macht sich das Deutsche Zoologische Museum der Universität in Berlin in der Person seines kommissarischen Direktors Prof. Hans Bischoff für die Einvernahme von Sammlung und Bibliothek stark. Sachtleben kann jedoch deutlich machen, daß sich die Zweckbestimmung beider Institutionen grundlegend unterscheidet und eine Vereinigung den Fortfall bestimmter wesentlicher, vor allem angewandter Leistungen nach sich zöge. Das DEI wird schließlich der Biologischen Zentralanstalt unterstellt. Im Jahre 1950 kehrt es nach Berlin zurück, allerdings nicht nach Dahlem. Das Institutsgebäude ist von der amerikanischen Militäradministration requiriert, außerdem wirkt sich bereits die Spaltung Berlins aus. So bezieht es eine Villa in Berlin-Friedrichshagen im Ostteil der Stadt.

#### **2.4. Institut der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (1952-1990)**

Ab 1952 gehört das Institut zur neugegründeten Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (AdL). Die Herausgabe der "Beiträge zur Entomologie" wird ermöglicht, der Forschungsanteil kann verstärkt werden. Es entstehen die Abteilungen für Systematische und für Angewandte Entomologie. Trotz mehrfacher struktureller Veränderungen, die schließlich sogar zum Verlust der institutionellen Selbständig-

keit und Abtrennung der Bibliothek führen, wird die wissenschaftliche Arbeit nach dem traditionellen Grundkonzept weiter entwickelt und ausgebaut.

Die systematische Forschungsarbeit konzentriert sich auf Grundlagenforschung an Insektengruppen mit hoher land- und forstwirtschaftlicher Relevanz bzw. auf solche, die von der systematischen Forschung her vernachlässigt waren. Eine Sammelexpedition nach Albanien im Jahre 1961 hat eine Erweiterung der Sammlungen und wissenschaftlichen Kompetenz zur Folge. In dieser Zeit erfolgt auch ein Generationswechsel, denn führende Köpfe wie Sachtleben (Emeritierung) und Hennig (politische Situation nach dem Mauerbau) verlassen das Haus. Als die Räumlichkeiten in Berlin-Friedrichshagen nicht mehr ausreichen, zieht das DEI 1964 nach Eberswalde. Zuletzt führt es die subordinierende Bezeichnung „Abteilung Taxonomie der Insekten im Bereich Eberswalde des Instituts für Pflanzenschutzforschung Kleinmachnow“.

#### **2.5. Wiedegründung und Projektgruppe Entomologie (seit 1990)**

Nach der politischen Wende 1989/90 wird das Deutsche Entomologische Institut wiedergegründet. Zum amtierenden Direktor wählt die Belegschaft Joachim Oehlke. Das DEI wird als Bestandteil der kurzzeitig installierten, nur bis Ende 1991 bestehenden Biologischen Zentralanstalt durch den Wissenschaftsrat evaluiert. Die positive Evaluierung hat aber weder die Festlegung einer Organisationsstruktur noch die finanzielle Sicherung zur Folge, zumal die bisherige Trägereinrichtung abgewickelt

wird und sich nicht weiter um die Entomologie kümmert. So ist das DEI völlig auf die eigene Initiative gestellt.

Uneigennütziger Rat und Hilfe kommen in dieser kritischen Situation von manchen Kollegen aus den alten Bundesländern, insbesondere von Prof. Dr. Clas Naumann, dem Direktor des Forschungsinstitutes und Museums Alexander Koenig in Bonn, der sehr schnell reagiert und einen Patenschaftsvertrag abschließt, aber auch von einigen Behörden des Bundes und des Landes. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) sichert der Bibliothek eine Bestandslückenergänzung, das Bundesministerium des Innern stellt befristet Mittel zur Unterhaltssicherung sowie für Verwaltungs- und Bibliothekspersonal zur Verfügung. Das Landwirtschaftsministerium des Bundes ermöglicht umfangreiche Instandsetzungen und Denkmalpflegemaßnahmen am Institutsgebäude, während das Brandenburger Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zunächst weitere Finanzierungslücken ergänzt. Erstmals kann eine öffentliche Ausstellung über eine ABM aufgebaut werden. Auch das Landesministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung unterstützt das Institut über Projekte, die jeweils mit höchstem Einsatz von Dr. Oehlke und seinen Mitarbeitern

erwirkt werden und dennoch nur kurzfristige Überbrückungen schaffen können.

In dieser Zeit ist in der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft viel Bewegung, und es gibt durchaus eine Reihe von Varianten, das Institut neu zu arrangieren. Kaum eine Möglichkeit bleibt ungeprüft, aber erst in letzter Minute gelingt es Oehlke, wenigstens die vom Wissenschaftsrat direkt benannten Personen als „Projektgruppe“ im Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) zu verankern. Damit besteht das DEI nicht mehr als Institut. Die Finanzierung der Projektgruppe ist so bis Ende 1993 gesichert, und die Differenz kann aus kurzfristig beantragten Projekten beglichen werden, die das Landesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) trägt.

Als die Berliner Dachorganisation des WIP Ende 1993 ihre Tätigkeit beendet, muß aber erneut ein Rechtsträger gefunden werden. Mit Unterstützung des MWFK kommt es schließlich zur befristeten Eingliederung in die gerade neugegründete Fachhochschule Eberswalde, an der J. Oehlke gleichzeitig eine Professur übernimmt. Die neuen Arbeitsverträge für die übrigen Mitglieder der Projektgruppe laufen bis Ende 1996, in welchem Zeitraum es eine dauerhafte Lösung zu finden gilt.

### **3. Bestände**

Zu den Beständen rechnen die Insekten-sammlung, die Entomologische Fachbibliothek und ein Wissenschaftliches Archiv mit verschiedenen Bestandteilen, die im folgenden kurz charakterisiert werden.

#### **3.1. Sammlungen**

Die entomologischen Sammlungen des DEI gehören mit ca. 3 Millionen Exemplaren in etwa 275000 Arten und den Typen von rund 25000 Arten zu den

bedeutendsten in Europa. Sie sind als Forschungsgrundlage aufgebaut und streben in diesem Sinne keine Vollständigkeit an. Um auch für die angewandte Entomologie auskunftsfähig zu sein, wird seit langem großer Wert auf die Dokumentation biologischer Objekte (Fraßspuren, Entwicklungsstadien, Nester etc.) gelegt. Beim Zuerwerb sind stets solche Gruppen berücksichtigt worden, zu denen Bearbeiter im Institut tätig waren. Außer den Ergebnissen lokaler Sammeltätigkeit erwarb man auch Sammlungen aus wenig erforschten Gebieten (Kollektion Formosa von W. Sauter, Kollektion der Albanien-Expedition des DEI).

Das technische Konzept, das auf Horn zurückgeht, orientiert auf die umfassende Nutzbarkeit bei minimalem Betreuungsaufwand. Für jede Insektenordnung gibt es beispielsweise nur eine Gesamtsammlung, das Schrank- und Kastenformat ist einheitlich, für alle Gattungen, den Großteil der Arten und die Typen sind gesonderte Karteien vorhanden. Der Ordnungszustand ist beispielgebend für derartige Einrichtungen.

Einige Zahlen aus dem Jahre 1993 mögen den Zusammenhang von Sammlung und Forschung belegen: Durch gezielte Aufsammlungen der Mitarbeiter sowie durch Kauf und Tausch wuchs die Kollektion um 50000 Exemplare. Über 11000 Exemplare wurden weltweit zu Forschungszwecken an Bearbeiter ausgeliehen, und mehr als 100 Wissenschaftler arbeiteten in diesem Jahr in der Sammlung selbst [7, 8]. Die Insekten-sammlung ist in einzelne Kustodiate untergliedert:

*Kustodiat "Hemimetabola"* (Wanzen, Zikaden, Heuschrecken, Libellen u.a.)

Zur Nutzung sind die Bestände der Apterygota, Thysanoptera und Aphidina als langfristige Leihgaben an Spezialisten in Görlitz, Rostock und Halle übergeben worden. Der Bestand enthält Typen von etwa 2200 Arten.

*Kustodiat "Lepidoptera, Trichoptera, Neuropteroidea"* (Schmetterlinge, Köcherfliegen, Netzflüglerartige) Schwerpunkt sind die sogenannten Kleinschmetterlinge, schwierige, wenig untersuchte und geklärte, aber für die Praxis bedeutungsvolle Familien. Der Bestand enthält Typen von etwa 850 Schmetterlings- und 165 Trichopteren- und Netzflüglerarten.

*Kustodiat "Diptera"* (Fliegen und Mücken) Die wissenschaftliche Bearbeitung dieses drittgrößten Sammlungsteils begann mit Hennig (1937-1961), gegenwärtig werden die praktisch bedeutsamen Raupenfliegen (Tachinidae) und Trauermücken (Sciaridae) betreut. Der Bestand enthält Typen von etwa 1300 Arten.

*Kustodiat "Hymenoptera, Strepsiptera, Aphaniptera"* (Hautflügler, Fächerflügler, Flöhe) Schwerpunkt dieser zweitgrößten Kollektion sind Blattwespen (Tenthredinidae), daneben Schlupfwespen (Ichneumonidae) und regionale Aufsammlungen, beginnend mit Konow. Aber es werden auch zahlreiche Fraßspuren, Gallen und Nistbauten verwahrt. Der Bestand enthält Typen von etwa 2400 Hautflüglerarten.

*Kustodiat "Coleoptera"* (Käfer) Bestimmte Käferfamilien wie Kurzflügler (Staphylinidae), Laufkäfer (Carabidae), Bunt- (Cleridae) und Rüsselkäfer (Curculionidae) befanden sich durch den Gründer Kraatz und die bedeutenden Entomologen Horn, Schenkling, Wag-

ner und Dieckmann stets im Zentrum der Forschungen und der Sammeltätigkeit. Die Käfer umfassen als größte Kollektion rund die Hälfte der Bestände und enthalten Typen von etwa 14000 Arten.

### 3.2. Bibliothek

Die Bibliothek des DEI ist eine selbständige Einrichtung mit dem Bibliothekssigel B 15. Ihre Primäraufgaben sind:

- Erwerbung und Erschließung der gesamten entomologischen Literatur einschließlich nichtkonventioneller Schriften,
- Vermittlung für die eigene Forschung am Institut sowie Bereitstellung für die überregionale Literaturversorgung in Deutschland und im Ausland.

Kraatz hat bereit als Primaner Werke aus dem Nachlaß des Berliner Entomologen Erichson erworben und diesen Grundstock mit der fast vollständigen alten Literatur, bis in die Mitte des 16. Jh. zurückreichend, laufend ausgebaut. So sind zahlreiche Rara und Rarissima vorhanden sowie Handschriften, die einen außerordentlichen kulturgeschichtlichen Wert darstellen. Es versteht sich, daß mehrere Originalbände der berühmten "Surinamesischen Insecten" der Maria Sybilla Merian aufbewahrt werden, um nur ein Beispiel zu nennen. Horn begann mit dem systematischen Erwerb der Fachperiodika aus aller Welt im Tausch gegen die eigenen Zeitschriften. Viele davon, zum Teil seit Anfang des 19. Jahrhunderts, sind vom ersten Jahrgang an lückenlos vorhanden, dazu eine große Zahl früher entomologischer Privatdrucke, Zeitschriften insektenkundlicher Gesellschaften, Dissertationen und andere "graue" Literatur.

Die Bibliothek des DEI ist die einzige in Deutschland, die das Sammelgebiet systematischer und angewandter Entomologie in dieser Vollständigkeit und Tradition pflegt. Sie beteiligt sich an der Dokumentation in der zentralen Zeitschriften-Datenbank und in Monographien-Verbundkatalogen, und sie versieht mit Vorrang allgemeine Versorgungsaufgaben. Wegen ihrer Bedeutung erhält sie seit 1991 eine Sonderförderung der DFG.

Derzeit besitzt die Bibliothek 65000 Bände, davon etwa 22000 Monographien und 43000 Zeitschriftenbände, sowie über 100000 Sonderdrucke, zahlreiche Dissertationen, Hochschulschriften und mehr. Sie bezieht laufend 800 Zeitschriften (4000 Stücke), davon 702 im Rahmen des Schriftentausches. Die eigene Zeitschrift wird an über 400 Partner in 60 Länder versandt. Der jährliche Wertzuwachs beträgt rund 100000 Mark. [7, 8]

Die Bibliothek wird durch alphabetische Kataloge für Monographien, Separata, Periodika und Serien erschlossen. Ein Sachkatalog für die Einzel- und Serienwerke befindet sich im Aufbau. Ein biographischer Katalog erfaßt bisher die Literaturangaben von 9500 Entomologen.

### 3.3. Wissenschaftliches Archiv

Das wissenschaftliche Archiv ist mit dem Institut entstanden und hat sich mit ihm entwickelt. In den letzten Jahren sind einige seiner Teile erschlossen worden und stehen als Fundus für wissenschaftshistorische Untersuchungen zur Verfügung. Das gesamte Archiv ist in den kommenden Jahren in eine Datenbank einzugeben und als Auskunftssystem zur

Nutzung anzubieten. Es setzt sich zusammen aus:

(1) dem Institutsarchiv mit den Teilen 1.1. Historisches Archiv, 1.2. Lebendes Archiv, 1.3. Wissenschaftskorrespondenz und

(2) den Archivalischen Sammlungen. Dazu gehören die Teile: 2.1. Nachlässe und Konvolute [100 Nachlässe und Konvolute mit 85000 Briefen und Karten von 4500 Korrespondenten. Die Veröffentlichung der Repertorien erfolgte in der Zeitschrift "Beiträge zur Entomologie",

#### 4. Organisationsstruktur

Juristisch firmiert das DEI derzeit als "Projektgruppe" des Wissenschaftler-Integrationsprogramms in der Fachhochschule Eberswalde. Die in der Empfehlung des Wissenschaftsrates genannte Personalstärke von 8 wissenschaftlichen und 8 wissenschaftlich-technischen Mitarbeitern bezieht sich nur auf das durch das WIP geförderte Forschungspersonal; nicht berücksichtigt sind dabei die Teile einer Infrastruktur, die mit dem Betrieb eines separat stehenden Institutes unabweisbar verbunden sind wie Verwaltung, Haustechnik und Bibliotheksbetrieb. Die WIP-Förderung ist zum Ende des Jahres 1996 befristet.

Damit stehen Entscheidungen an, die eine erneute Institutionalisierung unter seinem Traditionsnamen "Deutsches Entomologisches Institut" zum Ziel haben. Ohne diese vorwegnehmen zu können, ist hier nur ganz allgemein auf einige Grundzüge hinzuweisen, die sich in der Vorbereitung abzeichnen. Danach sollte das DEI als Forschungsinstitut der Entomologie geführt werden, das als Grundlage für seine Untersuchungen

das Gesamtregister erschien in den "Nova Supplementa Entomologica", 2.2. Bildarchiv [enthält 4780 Einzelbilder von 2900 Entomologen, 1115 Gruppenbilder von 195 Körperschaften. Das Namensregister ist in den "Nova Supplementa Entomologica" erschienen; erschlossen wird die Sammlung durch eine alphabetische Kartei], 2.3. Kuriositäten [Kulturgüter aller Art mit Insekten Darstellungen: Postkarten, Werbeschriften, Gegenstände zur Insektenhaltung, Medaillen, Bilderbögen, Kinderspielzeug u.v.a.].

naturwissenschaftliche Sammlungen und Laboratorien, eine Tierhaltung und eine Bibliothek einschließlich Archiven unterhält. Sammlung, Tierhaltung und Fachbibliothek werden darüber hinaus gemäß dem Umweltbildungsauftrag in einer Ausstellung auch öffentlich gemacht. Für Lehrzwecke und Examensarbeiten werden Hoch- und Fachschul Leistungen angeboten.

Das DEI gibt eigene Publikationsorgane heraus, die Zeitschrift "Beiträge zur Entomologie" und die Reihe "Nova Supplementa Entomologica", und es organisiert - gemeinsam mit weiteren Trägern - regelmäßig Vortragstagungen. Es bemüht sich insbesondere, die traditionelle Wanderversammlung Deutscher Entomologen neu zu etablieren. [6]

Ausgehend von den gegenwärtig erprobten Strukturen und im Bezug zu vergleichbaren Einrichtungen ist folgende organisatorische Gliederung anzustreben:

1. *Forschungsabteilung* mit den Arbeitsgruppen AG Parasitoide und Prädato-

ren, AG Phytophage, AG Entomohistorie und Bibliographie (10 Wissenschaftler, 8 technische Mitarbeiter).

2. *Dienstleistungen* mit den Arbeitsgruppen AG Entomologische Bibliothek, AG Ausstellung (öffentliche Ausstellung zur Insektenbiologie unter dem Titel "Insek-

ten - Faszination in Natur, Sammlung und Buchkunst") (2 Wissenschaftler, 7 technische Mitarbeiter).

3. *Verwaltung* (4 Mitarbeiter).

Ein entsprechender Wirtschaftsplan wurde der Landesregierung vorgelegt.

#### 5. Gegenwärtige Aufgaben

Die neuen Aufgaben des DEI ergeben sich aus überregionalen Anforderungen und aus Traditionen - dem aktuellen Kenntnisstand in der Insektenkunde und der über einhundertjährigen Geschichte des Instituts. Diese Aufgaben sind heute um so dringlicher, als Insekten immer mehr in direkte Beziehung zum Menschen als Nützling, Schädling oder Parasit oder in indirekte als Parasitoid, Vektor, Glied einer Nahrungskette oder als Genreservoir treten. Verständnis, Zugänglichkeit und Beherrschung der mit Insekten verbundenen biologischen Prozesse werden vom Grad ihrer wissenschaftlichen Bearbeitung bestimmt.

Das Forschungsprofil ist ständig weiterentwickelt worden. In der schwierigen Übergangsphase der letzten Jahre stellte sich die Wissenschaftlergruppe auf neue Aufgaben ein, die ihr bereits die Mitwirkung in Forschungsprogrammen von regionaler, nationaler und internationaler Bedeutung gesichert haben. Das hier Skizzierte ist bereits fest in der Tätigkeit der "Projektgruppe Entomologie" verankert, auch wenn zwangsläufig noch manche Voraussetzung fehlt.

Die Basis bilden die spezialisierte Artenkenntnis und Grundlagenforschung zu phylogenetisch-systematischen, evolutionsbiologischen und zoogeographischen Problemen. Bevorzugte Objekte

sind Insekten aus wenig bearbeiteten Gruppen der Hautflügler, Zweiflügler, Käfer und Kleinschmetterlinge. Einen Schwerpunkt bildet die Untersuchung parasitoid lebender Insekten, die als Regulatoren anderer Gliederfüßer von ökologischer Bedeutung sind. Mit Vorrang werden die europäische Fauna und die direkt damit zusammenhängenden Regionen Asiens bearbeitet, wobei die Artbildungszentren besondere Aufmerksamkeit erfahren. Langfristige Projekte (Insektenfauna von Formosa, von Albanien, Fauna Ostdeutschlands) werden weiterverfolgt.

Insgesamt wird die Zuständigkeit für das Gesamtgebiet der Entomologie und seine wissenschaftliche Weiterentwicklung, auch hinsichtlich angewandter Aspekte, gesehen und wahrgenommen. Der entsprechenden Wirkung des Instituts dient die verantwortliche Mitarbeit in Projekten zur analytischen Biozönoseforschung und Inventarerkundung in naturnahen Schutzgebieten (Biosphärenreservate, Nationalparke), in geschädigten Agrarräumen und Waldlandschaften des Landes Brandenburg mit Beiträgen zur Entscheidungsfindung in Landschaftspflege und Naturschutz. Neben Daten aus den eigenen historischen Beständen werden dafür auch die wertvollen Aktivitäten von Freizeitentomologen einbezo-

gen. Von überregionaler Bedeutung ist schließlich die federführende Mitwirkung an der Dokumentation der nationalen Naturressourcen (Datenerfassung, Datenbank und Datenverbundsysteme).

Das DEI nimmt die beschriebenen überregionalen Aufgaben gemeinsam mit den wenigen anderen Instituten in der BRD war, in die meist nur einzelne professionelle Entomologen integriert sind. Es arbeitet eng mit den bedeutendsten entomologischen Einrichtungen des Auslandes zusammen, mit denen seit Jahrzehnten eine Arbeitsteilung besteht.

Die entomohistorische Forschung und eine sehr fruchtbare Tradition in der Erarbeitung umfangreicher, das gesamte entomologische Schrifttum umfassender Bibliographien sind weitere eigenständige Elemente des DEI. Heute liegt

der Schwerpunkt der historischen Forschung bei Untersuchungen zur Entwicklung der entomologischen Wissenschaft an Forschungsinstituten und Museen in Deutschland. Die bibliographische Arbeit erweitert sich im Zeitalter der Informations- und Managementsysteme auf Spezialbibliographien (Bestimmungsliteratur, Schädlinge, faunistische Literatur) und ist mit dem Informationszentrum Biologie beim Forschungsinstitut und Museum Senckenberg in Frankfurt (Main) abgesprochen. Für die Vermittlung und Erschließung wichtiger biologischer Fakten befindet sich ein Datenverbundsystem im Aufbau.

Daneben sind die Wissenschaftler in Lehrveranstaltungen aller Art sowie in die Betreuung von Graduiierungsarbeiten eingebunden, derzeit vor allem an der Fachhochschule Eberswalde.

## 6. Probleme

Die eingangs zitierten Empfehlungen des Wissenschaftsrates sind ausgesprochen wohlmeinend. Wie der seinerzeitige Präsident des Rates, der Münchener Zoologe Prof. Dr. G. Neuweiler, erst kürzlich gesprächsweise darlegte, war die Evaluierungskommission vom fachwissenschaftlichen Niveau und den Beständen des DEI beeindruckt, so daß sie den Fortbestand unbedingt unterstützte. Sie sah gleichzeitig die Notwendigkeit, die Einrichtung in ein geeignetes wissenschaftliches Umfeld einzubinden, wie es nur eine Universität bieten kann: mit fachlichem Austausch und Lehrbeteiligung, Zugang zu Laboren und der Möglichkeit zu promovieren. Für eine selbständige Existenz als Institut der Blauen Liste sei des DEI zu klein. Die Absichten sind, wie gesagt, unbestreitbar gut und sinnreich,

dennoch bargen sie in der Praxis Implikationen, die das durchaus wieder aufzuheben vermochten. Wir nennen hier vor allem:

- (1) den Status des DEI nach der Evaluierung als WIP-Gruppe - weil dieser nicht auf die Situation eines Institutes paßt, als das das DEI de facto verblieben ist;
- (2) die vorgesehene Bindung an das Naturkundemuseum Berlin - weil daraus ernste Probleme zeitlicher, administrativer und konzeptioneller Art entstanden sind, die bei anderen möglichen Konstellationen vermieden worden wären.

Seiner Satzung entsprechend, unterstützt das WIP forschendes Personal bis zur Eingliederung in eine Trägerein-

richtung. Ganz formal angewendet, bedeutete dies für das "DEI" lediglich die Finanzierung der benannten 16 Personen als "Projektgruppe". Aus dieser Logik ergibt sich gleichermaßen, daß die übrigen, für das Funktionieren ebenso notwendigen Bestandteile wie Bibliotheksbetrieb, Sammlungspflege und eine minimale Verwaltung ("Infrastruktur") nicht mit finanziert werden - obwohl sie in der Empfehlung des Wissenschaftsrates ausdrücklich erwähnt sind. Diese Lücke ist so offenkundig, daß sie mit Sonderförderungen ausgeglichen wurde. Daneben bemühte sich die Projektgruppe um zusätzliche Projekte, um die Arbeitsfähigkeit als Institut zu erreichen.

Wie jedoch bei allen Zuwendungen, auf die kein irgendwie verankerter Rechtsanspruch besteht, wirken sich darauf Sparmaßnahmen, organisatorische und politische Rearrangements in den gewährenden Gremien zuallererst aus. Jährlich entstand von neuem Antrags- und Begründungsbedarf (nebst Einsparungszwang), damit - und das vor allem - erhebliche Unsicherheit unter den abhängigen Personen. Auch wenn es bisher am Ende der Bittgänge noch immer zu einer Regelung kam, bedeuten solche Prozeduren letztlich einen nicht zu verantwortenden Verschleiß an Arbeit, Zeit und Motivation, die unsere ohnedies unter Erfolgszwang stehende Gruppe an anderer Stelle wesentlich sinnvoller einzusetzen gehabt hätte. Seit einiger Zeit bemüht sich das MWFK Brandenburg um eine "institutionelle Förderung" der Projektgruppe, aber für 1995 ist dies jetzt, am 24. Oktober 1994, noch nicht geklärt.

Bis dato besteht der weitere wesentliche Nachteil, daß das DEI als WIP-Gruppe

nicht selbst Rechtsträger sein kann und damit z. B. von DFG-Projekten ausgeschlossen bleibt. Eine Entspannung brachte die Bereitschaft der Fachhochschule Eberswalde, die Gruppe zumindest zeitweise aufzunehmen. Hier zeigte sich auch, daß der Zeitfaktor für eine nicht institutionalisierte Gruppe eine völlig andere Bedeutung hat als für eine Einrichtung, die im Bestand der Universität durchaus zu überdauern vermag. Die gehandhabte Anwendung der WIP-Vorschriften auf das DEI bedeutet das Kunststück, eine Struktur, die physisch nur als Institut existenzfähig ist, unter der juristischen Existenzschwelle zu halten, ohne sie ganz eingehen zu lassen. Im Grunde wird damit nur die Konsequenz - in welche Richtung auch immer - hinausgeschoben.

In diesem Zusammenhang machte sich die angeratene Allianz mit dem Berliner Naturkundemuseum sehr nachteilig bemerkbar. Die Berliner betrachten das DEI zwar als Außenstelle in spe ihres Museums, machen aber gleichzeitig das "Belegenheitsprinzip" geltend, wonach das Sitzland die Finanzierung übernehmen muß. Geklärt ist die Frage zwar immer noch nicht, aber es ist schon zu begrüßen, wenn sich ein Ressort auch bei unklarer Rechtslage schließlich einlenkend auf seine eigentliche Aufgabe besinnt, nämlich die ihm anvertrauten Kulturgüter zu schützen ("im Zweifel für die Sache"), zumal das Land Brandenburg nur ganz wenige naturwissenschaftliche Forschungseinrichtungen besitzt. Jedenfalls erwies sich die Mehrländer-Konstellation mit ihren juristischen Fallen bisher eher als Hürde, die nichts mit den Intentionen des Wissenschaftsrates zu tun hat.

Es ist keine Frage, daß sich das neu zu bildende DEI auch in seiner Aufgabenstellung erneuern und den Erfordernissen der Zeit stellen muß. Dieser Prozeß ist seit längerem in Gang, und trotz aller Widrigkeiten dürfte inzwischen eine Basis gefunden sein, welche Wirkungen von der Region bis in den Bereich der Fach-Welt erwarten läßt, ohne das historische Selbstverständnis auszuschließen. Unsere Projektarbeiten belegen das.

Zu diesem sachlich begründeten Zwang entsteht ein weniger sachlicher allein aus dem Umstand, daß eine kleinere Einrichtung, das DEI, in eine große, das Museum für Naturkunde, überführt wird, in dem Fachleute ähnlichen Profils mit ähnlichen Methoden an ähnlichen Objekten arbeiten. Da gerät stets der Kleinere in erheblichen Rechtfertigungszwang, daß hier nicht eigentlich Doppelarbeit getan und unnötige Kosten verursacht werden. Dem nichtfachlichen Publikum, das naturgemäß vor allem die formalen Umstände sieht, ist dann sehr schwer zu erklären, daß beide Einrichtungen mit ganz unterschiedlichen Zielsetzungen arbeiten.

Schon seit einiger Zeit ist das Forschungsprofil zu den Schwerpunkten mit dem Berliner Museum abgestimmt, aber vollkommen eigenständig. Sammlungen

und Bibliothek sind gleichfalls nach eigenen, voneinander erheblich abweichenden Prinzipien aufgebaut. Es ist letztlich eine Frage der konkreten Ausgestaltung der Angliederung, daß eine sinnvolle Arbeitsteilung zustandekommt und jede Majorisierung unterbleibt; aber die Gefahr, daß hierbei künstlich Reibungsflächen geschaffen werden, kann nicht übersehen werden.

Das Deutsche Entomologische Institut besteht über 100 Jahre neben dem Museum für Naturkunde, die meiste Zeit sogar in der gleichen Stadt; es ist über zwei Weltkriege, die Inflation und die Wissenschaftspolitik der DDR hinweggekommen. Es sollte auch im vereinten Deutschland seinen Platz finden, wobei vielleicht eher die Intention als der strikte Wortlaut des Empfehlung des Wissenschaftsrates beachtet werden muß. Es ist an der Zeit, daß in dieser Angelegenheit, bei der das Grundsätzliche, das Ziel und auch der Weg dahin bei allen Beteiligten unstrittig erscheinen, eine entsprechende und sofort umsetzbare Lösung gefunden wird.

*Holger Heinrich Dathe, Prof. Dr.sc.nat., Dipl.Biol., ist Leiter der Projektgruppe Entomologie in der Fachhochschule Eberswalde; Klaus Rohlfien, Dr.phil., ist Mitarbeiter für Wissenschaftshistorie*

#### Anmerkungen:

[1] Stellungnahme des Wissenschaftsrates zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Bereich Agrarwissenschaften, Teil III.1: 98. - Köln, 27.09.1991.

[2] Kraatz, G. (1970): Vereinsangelegenheiten. - In: Berl. Ent. Z. 14: 11.

[3] Horn, W. (1912): Skizzen aus der Geschichte des "Deutschen Entomologischen Museums". - In: Ent. Mitt. 11: 1-12, Taf. 1.

[4] Ebert, W., Rohlfien, K., Petersen, G., & Friese, G. (1986): Einhundert Jahre Deutsches Entomologisches Institut. - In: Beitr. Ent. 36 (1): 5-52.

[5] Henning, E., & Kazemi, M.: Chronik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. - In: Arch. Gesch. Max-Planck-Gesell., Berlin 1988: 39. - (Veröff. Arch. Gesch. Max-Planck-Gesell. 1)

[6] Oehlke, J., & Petersen, G. (1993): Zur Tradition der Wanderversammlungen deutscher Entomologen. Geschichte, Zielstellungen, Ergebnisse, Perspektive. - In: Mitt. Dtsch. Ges. allg. angew. Ent. 8: 875-878.

[7] Oehlke, J. (Hrsg.) (1993): Jahresbericht 1992 der Projektgruppe Entomologie (ehem. Deutsches Entomologisches Institut). - Eberswalde, 44 S.

[8] Oehlke, J. (Hrsg.) (1994): Jahresbericht 1993. Projektgruppe Entomologie (ehem. Deutsches Entomologisches Institut). - Eberswalde, 40 S.

Hanna Labrenz-Weiß (Berlin):

## Die Beziehungen zwischen Staatssicherheit, SED und den akademischen Leitungsgremien an der Humboldt-Universität in Berlin \*

Alle bisherigen Diskussionen um die „Stasi“, vor allem die in diesem Zusammenhang öffentlich mit Erschrecken registrierte Aufdeckung einer Reihe von Verbindungen von bekannten, auch international geschätzten Persönlichkeiten der ehemaligen DDR zum Ministerium für Staatssicherheit, mehr noch aber die nicht enden wollende Flut von Enthüllungen nach der Einsicht tausender Betroffener in „ihre“ Stasi-Unterlagen - das vielfach damit verbundene Leid der Opfer, die Erfahrung von Vertrauensbruch, Verrat, persönlicher Beleidigung und Denunziation - alle diese Erfahrungen mußten (und müssen) durchlebt und auch angenommen werden, denn: „Um den Alptraum der Geschichte loszuwerden, muß man zuerst die Geschichte anerkennen. Man muß die Geschichte kennen. Sie könnte sonst auf die altmodische Weise wiedererstehen, (eben) als ein Alptraum... Man muß sie erst analysieren, dann kann man sie denunzieren, sie loswerden“. [1]

Das heißt: es ist eine Arbeit zu leisten, die nichts und niemanden ausklammern darf, die getan werden muß - im Interesse der Menschen, der Wahrung ihrer Würde und ihres Rechts. Dabei sollte jede Tendenz der Mystifikation der „Kra-ke“ Staatssicherheit möglichst zurückgedrängt werden; über den Schauder des einzelnen, besonderen Vorgangs darf das Wesen des Ganzen nicht in Vergessenheit oder auch nur in die zweite Reihe gedrängt werden.

Ich will versuchen, in diesem Sinne zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen: als Entmystifikation einer Erfahrung.

Am Beispiel der Berliner Humboldt-Universität (HUB) geht es mir um die Demonstration und Dokumentation der Beziehungen zwischen der Staatssicherheit, der SED und den offiziellen staatlichen Organisationsformen an einer der führenden Universitäten der DDR.

Mein Beitrag basiert auf dem Quellenmaterial des MfS-Schriftguts, das sowohl der Ehrenkommission [2] als auch den HUB-Forschungsgruppen [3] noch in der Aufbauphase der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik [4] zur Verfügung gestellt wurde. Auch Aussagen betroffener HUB-Wissenschaftler zur Aufarbeitung der wechselseitigen Verstickungen an dieser Universität wurden herangezogen. [5]

Die IM-Akten, die das MfS über Inoffizielle Mitarbeiter unter den Wissenschaftlern der HUB führte, waren sowohl qualitativ als auch quantitativ von sehr unterschiedlicher Aussagekraft. So sagen diese Akten wenig über die Strukturen der

Einflußnahme an der HUB aus; sie geben vielmehr Aufschluß über die Kategorie der Mitarbeit, über Decknamen, über Führungsoffiziere, über die zuständigen Dienstseinheiten sowie über die Dauer der Zusammenarbeit mit dem MfS. Soweit massenhaft Informationen gesammelt wurden, betreffen diese meistens fachspezifische Mitteilungen aus den einzelnen Fachbereichen sowie Personeneinschätzungen. Operative Materialien der Abteilung XX/3 der Bezirksverwaltung (BV) Berlin, die durch das Bürgerkomitee sichergestellt wurden [6], geben zusätzlich Informationen über die Tätigkeit der universitären Leitungsgänge und der Kreisleitung der SED in der HUB. Auch Arbeitspläne und Vorlagen der für die Hochschulen in Berlin zuständigen Abteilungen der Bezirksverwaltung konnten analysiert werden.

### Strukturen und Organisationsformen

Die Hauptabteilung (HA) XX/8 war „operativ“ u.a. für das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und seine zentralen Einrichtungen und Objekte zuständig. [7] Die einzelnen Universitäten und Hochschulen hingegen fielen in den Zuständigkeitsbereich der Bezirksverwaltungen. Die Anzahl der Dienstseinheiten im MfS, die die Wissenschaftler der HUB geführt haben, muß auf über 40 geschätzt werden. [8]

Die direkte wie auch die indirekte Einflußnahme auf die HUB wurde überwiegend durch eine speziell dafür geschaffene Struktureinheit, das Referat XX/3, in der BV Berlin geplant und von dieser auch durchgeführt. Ende 1989 waren im Referat XX/3 noch 12 Mitarbeiter für die HUB zuständig. [9]

Die operative Bearbeitung der Universität durch das MfS stützte sich auf das Potential der hauptamtlichen Mitarbeiter, der Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) sowie der Inoffiziellen Mitarbeiter. Ihre Aufgabe bestand wesentlich darin, „politische Diversion“ und „Infiltration“ zu verhindern. Unter Infiltration verstand das MfS „das Eindringen von fremdem Gedankengut in das Bewußtsein von Bürgern sozialistischer Staaten, um die subversiven Zielstellungen der politisch-ideologischen Diversion (PiD) zu verwirklichen“. [10] Kritisches Gedankengut wurde grundsätzlich als von außen gesteuerter Revisionismus angesehen.

Nach dem Verständnis des MfS war die politisch-ideologische Diversion ein we-

sentlicher Bestandteil der von außen gegen die Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichteten subversiven Angriffe westlicher Geheimdienste und anderer Einrichtungen der NATO-Staaten auf ideologischem Gebiet. Danach wurde mit der PiD angeblich die Zersetzung des sozialistischen Bewußtseins breiter Bevölkerungskreise und darauf basierend die Entwicklung einer politischen Untergrundtätigkeit im Innern der DDR verfolgt.

Damit sollte zugleich auch der enge Zusammenhang zwischen PiD und PUT (politische Untergrundtätigkeit) verdeutlicht werden, d.h. auf eine Formel gebracht - die in der Tat auch so gebraucht wurde - lautete das „Feindverständnis“ des MfS: Ohne PiD kein PUT, ohne politisch ideologische Diversion keine politische Untergrundtätigkeit. Hier scheint ein Widerspruchsverständnis auf, das in seiner mechanischen Konstruktion nahezu unüberbietbar anmutet, in seinem Kern letztlich aber als konstitutiv für das ideologisch offizielle Selbstverständnis einer ganzen Gesellschaft zu gelten hat. Ohne PiD kein PUT entspricht einem Erklärungsmuster der Welt, das auf ein einfaches Freund-Feind-Schema nach innen und außen hinauslief - und gerade in dieser Platttheit seine außerordentliche Gefährlichkeit besaß.

Die Staatssicherheit beeinflusste vielfach Entscheidungen der Leitung der HUB; so arbeitete der jeweilige Rektor der Universität grundsätzlich ohne Konspiration, d.h. *offiziell* mit dem MfS zusammen; gleiches galt für die gesamte erste Leitungsebene der Universität, d.h. auch für die nachgeordneten Prorektorate und Direktorate. [11]

Zum Beispiel wurde die Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen vom Direktorat für internationale Beziehungen (DiB) kontrolliert.

Dieses Direktorat bereitete den Einsatz von Gastlehrkräften an ausländischen Universitäten bzw. von ausländischen Wissenschaftlern an der HUB vor; es sicherte die Ein- und Ausreisen (auch in finanzieller Hinsicht), es erteilte Publikationsgenehmigungen für Veröffentlichungen in ausländischen Zeitschriften, kontrollierte die gesamte Auslandspost und regelte Besuchsangelegenheiten für ausländische Gäste sowie Grundsatzenfragen des Auslandsstudiums.

Die HUB unterhielt mit Dutzenden ausländischer Universitäten vertragliche Beziehungen, deren Intensivierung im Vordergrund der Arbeit des Direktorats stand. Die HUB war im Hinblick auf die Hochschulbeziehungen zu vielen Ländern eine Leiteinrichtung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen. [12]

Das besondere Interesse bei der Vorbereitung der Auslandseinsätze von Wissenschaftlern der HUB galt seitens der HV A [13] der westlichen Technologie, Wissenschaft und Politik, in Gestalt vor allem folgender Personengruppen und Institutionen:

- in Westeuropa ständig oder zeitweise lebende USA-Bürger,
- Biotechnologen, Mikrobiologen, Physiker, Chemiker, Informatiker, Mathematiker und Journalisten,
- Sekretärinnen, selbständige Steuer-, Wirtschafts- und Unternehmensberater,
- Studenten, insbesondere der Elektronik, Elektrotechnik, Nachrichtentechnik und Feinwerktechnik,

- Armeeangehörige und Zivilangestellte der Armeen,
- Angehörige berufsorientierter Friedensbewegungen,
- Dolmetscher sowie
- Beschäftigte öffentlicher Verwaltungseinrichtungen in Westdeutschland. [14]

Zu den „operativ interessanten Objekten“ zählten unter anderem:

- die Forschungsgemeinschaft für angewandte Naturwissenschaften e.V.,
- die Elektronik-System-Gesellschaft München,
- die Flugelektronik GmbH München,
- die Fraunhofergesellschaft für Festkörperphysik Stuttgart,
- das Max-Planck-Institut für Festkörperphysik Stuttgart,
- die AEG Telefunken Heidelberg, Backnang, Heilbronn, Wedel und Ulm,
- die Siemens AG München, Erlangen, Bad Hersfeld, Braunschweig und Berlin (West),
- die SELAG Stuttgart, Pforzheim, Mannheim und Berlin (West),
- die Philips AG Kiel und Hamburg,
- die IBM Deutschland Böblingen und Sindelfingen sowie
- die Carl Zeiss AG Oberkochen. [15]

Grundsätzlich mußten alle Auslandsreisen durch das MfS genehmigt werden und es ist nachweisbar, daß das MfS Zugang auch zu allen offiziellen Reiseberichten hatte. Gemäß „Anordnung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vom 13.1.1982 über die Auswahl, Bestätigung und Vorbereitung von Reise- und Auslandskadern und die Durchführung ihrer dienstlichen Reisen“ [16] waren die antragsberechtigten Leiter (u.a. Minister, Kombinatdirektoren, Rektoren von Universitäten und Hochschulen, Vorsitzende von Bundesvorständen, Lei-

ter von staatlichen Organen) verpflichtet, die ihrerseits vorgesehenen Reise- und Auslandskader (bei einem Aufenthalt von mehr als sechs Monaten) beim MfS auf besondere „sicherheitspolitische Eignung“ [17] hin überprüfen zu lassen.

MfS-intern war das nach der 1. Durchführungsbestimmung zur „DA Nr. 4/85 über die politisch-operative Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin“ geregelt. [18]

Reiseberichte, die nach Einschätzung der BV „operative“ Hinweise beinhalten, wurden an die HV A weitergeleitet; die HV A wiederum schickte nicht selten eine Kopie an das „befreundete Organ“, worunter der sowjetische Geheimdienst KGB [19] zu verstehen war. Zu solch einem Schritt war die HV A nicht grundsätzlich verpflichtet. Das MfS differenzierte sehr wohl, worüber der KGB informiert werden konnte und worüber nicht.

Noch enger als die Kontakte der staatlichen Leitung der HUB zum MfS waren die Verflechtung und Kooperation der Parteiorganisation (SED-Kreisleitung der HUB) mit den Diensteinheiten des MfS. [20] Da die Zusammenarbeit zwischen SED-Kreisleitung (SED-KL) und dem MfS nur offiziell stattfinden durfte, hatte diese (mit wenigen Ausnahmen) keine Inoffiziellen Mitarbeiter in ihren Reihen. [21] Sofern ein hauptamtlicher Parteifunktionär (vorher) ein Inoffizieller Mitarbeiter war, mußte dieser als Vorgang archiviert werden (d.h. abgeschlossen werden). Hauptamtliche Parteifunktionäre nicht als Inoffizielle Mitarbeiter zu werben, ergab sich aus dem Verständnis heraus, das MfS sei „Schild und Schwert“ der Partei, also ein Organ,

welches die Macht der SED zu sichern und zu stützen hatte. [22]

Die Partei (SED) unterstützte das MfS hauptsächlich bei der Freistellung und Abdeckung von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM); die Umsetzung erfolgte - wie aus den MfS-Unterlagen ersichtlich - über den Parteisekretär oder einen Stellvertreter. Anforderungen betrafen alle Fachbereiche und Personengruppen. [23]

Es sind Fälle bekannt, in denen sich die HVA und die Bezirksverwaltung des MfS gegenseitig blockierten. So wurden Inoffizielle Mitarbeiter, die von der HV A zeitweise im „Operationsgebiet“ [24] eingesetzt wurden und dort aufgefallen waren, durch eine Reisesperre indirekt geschützt; dies war jedoch nicht immer im Sinne der Bezirksverwaltung. [25] Eine solche Sperrung wurde seitens der HV A beispielweise nach der Flucht von HV A-Oberleutnant Werner Stiller vorgenommen. [26]

Üblicherweise wurde die SED-Kreisleitung durch die Bezirksverwaltung des MfS bei vielen Aktivitäten unterstützt, so z.B. bei der Belieferung mit Propagandamaterial von der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), bei der Bereitstellung eines Sicherheitsbeauftragten [27] und bei der Absicherung von Forschungsvorhaben. [28]

Eine Sonderstellung hatte der Sicherheitsbeauftragte, der über alle Vorkommnisse außergewöhnlicher Art in Kenntnis gesetzt wurde, umgekehrt aber auch die SED-Kreisleitung, das MfS und den Rektor über seine Erkenntnisse informierte. Zu den erwähnten außergewöhnlichen Vorkommnissen zählten u.a. die Flucht von Professoren, Grenzverletzungen, Kontaktaufnahmen von westlichen

Bürgern mit DDR-Wissenschaftlern und Diebstahl sowie im Bereich der Charité [29] Informationen über gefährliche Körperverletzungen, Ausfall von technischen Anlagen etc.

Die Erarbeitung von Informationen über „Störfaktoren“ bei der Durchsetzung der Linie der SED - und das nicht nur im Hochschulbereich - war eine der wichtigsten Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes. Als Hauptmittel diente dabei der IM-Einsatz. Diese als Bekämpfung „politisch-ideologischer Diversion“ (PiD) und „politischer Untergrundtätigkeit“ (PUT) qualifizierten Tätigkeiten müssen im einzelnen noch erforscht werden. Erschreckend ist, daß - wie aus Arbeitsplänen operativer Mitarbeiter ersichtlich [30] - noch bis Ende 1989 in 32 Fällen „Operative Personenkontrollen“ (OPK) [31] und in 10 Fällen „Operative Vorgänge“ (OV) [32] weitergeführt wurden.

Den Kontakten und Verbindungen zu Ausländern - hauptsächlich aus dem nichtsozialistischen Ausland -, die sich zeitweilig in der DDR aufhielten, wurde eine besondere Bedeutung beigemessen, wenn abzusehen war, daß diese aufgrund ihrer Qualifikation, ihrer sozialen Herkunft und entsprechender Verbindungen nach Rückkehr in ihr Heimatland dort einflußreiche Positionen einnehmen würden. Sofern diese Personen Inoffizielle Mitarbeiter der „Abwehr“ waren (dazu zählten alle Linien des MfS außer der HV A) informierten die betreffenden Dienststellen die HV A oder die ihr nachgeordneten Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen [33] darüber, wenn diese Personen die DDR verließen. Die HVA entschied in eigener Verantwortung, ob eine Zusammenarbeit im Ausland in Frage kam.

Im Jahre 1992 wurden etwa 780 Hochschullehrer auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS überprüft. [34] Bei 155 von ihnen wurde eine inoffizielle Tätigkeit für das MfS festgestellt; lediglich 67 von ihnen waren jedoch am Ende des Jahres 1989 nachweislich noch aktiv. In drei Fachbereichen wurden, nach heutigem Erkenntnisstand, 10 und mehr Inoffizielle Mitarbeiter unter dem Lehrkörper identifiziert, und zwar in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften (von insgesamt 61 Professoren), Physik (von 40) und Asienwissenschaften (von 33).

Weniger als 10 Inoffizielle Mitarbeiter waren jeweils in Fachbereichen wie Lebensmitteltechnologie, Chemie und Landwirtschaft/Gartenbau plazierte worden. Eine Anzahl von 4 bis 6 IM gab es in den Sektionen Veterinärmedizin, Sozialwissenschaften, Philologie, Geschichte und Bibliothekswissenschaften.

Die beschriebenen Proportionen deuten darauf hin, daß in den geisteswissenschaftlichen Bereichen die Möglichkeiten einer direkten Beeinflussung und Kontrolle durch die SED groß waren. [35] Die Zusammenarbeit fand hier in größerem Umfang offiziell statt. Technische und naturwissenschaftliche Berei-

#### Status und Motivation der Inoffiziellen Mitarbeiter

Die Kategorie „GMS“ (Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit) umfaßte ca. 8 Prozent der bisher an der HUB ermittelten Inoffiziellen Mitarbeiter. [38] Die GMS zeichneten sich i.a. durch eine besonders staatsstreuere Einstellung und Haltung aus. Sie wurden als eine wertvolle und nützliche Ergänzung der operativen Basis gesehen, als ein Reservoir für die Gewinnung von IM sowie für die

che waren bekanntlich nicht so stark politisiert, so daß man auf eine breitere inoffizielle Basis nicht verzichten konnte. In diesen Fachbereichen ging es nicht nur um die Bekämpfung der sogenannten politischen Untergrundtätigkeit, sondern darüber hinaus auch um wichtige Forschungsvorhaben, die mit der HUB verbunden waren und als Staatsgeheimnisse behandelt wurden.

Der Fachbereich Rechtswissenschaften wurde vom MfS mit besonderer Aufmerksamkeit überwacht. [36] Ausgehend davon, daß Absolventen dieses Fachbereiches vielfach in den MfS- und Polizeidienst übernommen wurden, kam ihrer „Aufklärung“ vor Studienaufnahme sowie während des Studiums besondere Bedeutung zu. Während die Sektion Rechtswissenschaften eine Vielzahl von Personen ausbildete, die später als Rechtsanwälte, Richter, Staatsanwälte, Justitiare usw. arbeiteten, wurden die Studenten an der Sektion Kriminalistik fast ausschließlich vom MfS, dem Ministerium des Innern (Mdi) und von der Zollverwaltung zu diesem Studium delegiert. Damit sicherten sich die künftigen Arbeitgeber von vornherein die Entscheidung darüber, welche Personen sie beschäftigen wollten. [37]

Schaffung und Entwicklung von Kadern für das MfS.

Den Status „IMS“ (Inoffizieller Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches) hatten über 53 Prozent [39] der vom BStU beauftragten Inoffiziellen Mitarbeiter an der HUB. Die IMS sollten Auffassungen, die von der durch

die Partei- und Staatsführung vorgegebenen Linie abwichen, aufklären und verhindern helfen. Die IMS sind als wesentlicher Faktor bei der umfassenden Überwachung der Universität zu sehen.

In die Kategorie „IMB“ (IM der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen) fielen 9 Prozent der beauskunfteten HUB-Mitarbeiter. [40] Die meisten von ihnen waren vorher längere Zeit als IMS tätig und gehörten zu den besonders sorgfältig ausgewählten Inoffiziellen Mitarbeitern. Sie waren mit sogenannten Dissidenten befreundet oder hatten Beziehungen ins „Operationsgebiet“.

Knapp 12 Prozent der als Inoffizielle Mitarbeiter ermittelten Wissenschaftler waren IMK, das heißt „IM zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens“. Sie stellten entweder ihre Wohnung, ihre Adresse oder ihre Telefonnummer dem MfS zur Verfügung. Dieser Personenkreis war ständig oder zeitweilig bei der Realisierung politisch-operativer Aufgaben zur Sicherung der Konspiration einbezogen und hatte meistens eine schriftliche Verpflichtungserklärung [41] abgegeben.

Einen relativ kleinen Anteil stellten die „HIM“ (Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter), die „IME“ (IM für besonderen Einsatz) sowie die „IMV“ (IM mit besonderem Vertrauensverhältnis) dar.

Die IMV waren die „Vorläufer“ der IMB. Ab 1979 wurden alle IMV als IMB geführt.

Von den als Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes vom BStU identifizierten Wissenschaftlern waren die meisten

ordentliche Professoren (44 Prozent), Dozenten (37 Prozent) sowie Oberassistenten und Wissenschaftliche Sekretäre (7 Prozent). [42]

Die Zusammenarbeit dieser Wissenschaftler mit dem MfS erstreckte sich i.a. über einen Zeitraum von 1 bis 5 Jahren, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Auflösung des MfS diese Zusammenarbeit bei den 1989 noch aktiven IM vorzeitig beendet hat; es gab jedoch auch Fälle einer bis zu 30jährigen IM-Tätigkeit. [43] Es sind nur wenige echte „Aussteiger“ zu erkennen, die ihre Zusammenarbeit mit dem MfS aus eigener Initiative aufgekündigt haben; die zur Archivierung führende Beendigung der Zusammenarbeit ging nahezu immer von der Staatssicherheit selbst aus; mögliche Gründe für eine Beendigung der Zusammenarbeit seitens der Staatssicherheit waren etwa die beabsichtigte oder unbeabsichtigte Dekonspiration des IM (nur in wenigen Fällen aufgetreten) oder die „Perspektivlosigkeit“ der weiteren Aufgabenstellung.

Von den IM unter den Wissenschaftlern wurden mehr als zwei Drittel in den siebziger und achtziger Jahren angeworben. [44] Die Intensität der Werbungen in den siebziger Jahren war eng verknüpft mit der internationalen Anerkennung der DDR und dem daraus resultierenden Austausch von Diplomaten und Wissenschaftlern.

Versucht man die Gründe für die inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS anhand der IM-Akten nachzuvollziehen, so stößt man in der überwiegenden Zahl der Fälle auf die Grundlage: „politische Überzeugung“. [45] Ausgehend davon,

daß ca. 85 Prozent der Hochschullehrer an der HUB der SED angehörten, war es nur natürlich, daß die für das MfS „operativ“ interessanten Werbungskandidaten aus diesem Personenkreis kamen. Darin liegt auch der Grund, daß die meisten dieser IM keine finanziellen Zuwendungen vom MfS erhielten, von kleinen Aufmerksamkeiten einmal abgesehen. Lediglich in wenigen Fällen waren offensichtlich auch materielle Gründe

### Schlußfolgerungen

Die Staatssicherheit maß der Humboldt-Universität als der größten Universität in der DDR eine herausragende Bedeutung zu und strebte deshalb eine möglichst flächendeckende Präsenz, Kontrolle und Einflußnahme an. [48]

Dies wird auch durch die Tatsache gestützt, daß das für die HUB zuständige Referat XX/3 (bzw. ab 1989 XX/8) der BV Berlin - bezogen auf die Personalstärke - das größte in der ganzen Abteilung XX war. [49]

Die Einflußnahme des MfS erfolgte auf offiziellen wie auch auf inoffiziellen Wegen. Der Rektor, der Erste Prorektor, die SED-KL und der Sicherheitsbeauftragte der SED-Kreisleitung waren offizielle Ansprechpartner des MfS. Über die Universitätsleitung und die KL der SED konnte das MfS die Einstellung von MfS-Angehörigen und Inoffiziellen Mitarbeitern, die Freistellung von IM [50], die Herauslösung von Perspektivkadern des MfS, die Unterstützung der HVA und letztlich auch die Zulassung oder Exmatrikulation von Studenten steuern und beeinflussen.

Einen breiteren Rahmen nahm jedoch die inoffizielle Mitarbeit dadurch ein, daß

mit ausschlaggebend für die Zusammenarbeit. „Spitzenverdiener“ waren ein Regionalwissenschaftler mit Gesamtzuwendungen in Höhe von 100.000 M, ein Wirtschaftswissenschaftler mit ca. 50.000 M, ein weiterer Regionalwissenschaftler mit ca. 10.000 M sowie ein Naturwissenschaftler mit einer Zuwendung von ca. 9.000 M. [46] In 10 bekannten Fällen wurde die Zusammenarbeit mit Ordensverleihungen honoriert. [47]

es dem MfS gelungen war, in den Schlüsselpositionen der HUB mindestens je einen Inoffiziellen Mitarbeiter zu plazieren. [51] So war es schließlich möglich, wichtige zentrale Bereiche zu beeinflussen, wie das Direktorat für Kader und Qualifizierung, das Direktorat Weiterbildung, das Direktorat Internationale Beziehungen oder die Arbeiter- und Bauern-Inspektion. [52] Die Intensität und Wirksamkeit der inoffiziellen Zusammenarbeit konnte nur durch Einhaltung der Konspiration gewährleistet werden; schon die Gefahr der Dekonspiration reichte aus, um seitens des MfS diese Zusammenarbeit sofort zu beenden.

Durch das festgefügte IM-Netz unter den Hochschullehrern wurden die beiden Wege der Einflußnahme auf die staatliche und politische Leitung der HUB unterstützt. Ein besonders starker Ausbau des IM-Netzes erfolgte in Bereichen, die in wichtige Forschungsvorhaben involviert waren oder die für die internationale Anerkennung der DDR eine wichtige Rolle spielen sollten.

Sowohl für das MfS als auch für die Universitätsleitung waren die Beschlüsse der SED-Führung eine verbindliche

Arbeitsgrundlage. Die daraus resultierenden übereinstimmenden politisch-ideologischen Positionen ließen das Zusammenwirken beider Partner in der Regel komplikationslos verlaufen. Der Rektor, der Erste Prorektor, die Direktoren der wichtigen zentralen Einrichtungen sowie die meisten Dekane waren Mitglieder der SED.

Daß die Unterstützung durch das MfS sowohl der Universitätsleitung als auch vielen Hochschullehrern willkommen war, ist aus den Akten ersichtlich. [53] Ohne diese aus politischer Überzeugung erfolgte Unterstützung durch die Universitätsleitung und nahezu aller Inoffiziellen Mitarbeiter [54] hätte die Staatssicherheit diese Position an der HUB nicht einnehmen können. Beispiele von Hochschullehrern der HUB, die eine IM-Tätigkeit ablehnten, zeigen, daß diese nachweislich nicht benachteiligt, kriminalisiert oder verfolgt wurden. Im übrigen war das MfS - entgegen einer weit verbreiteten Ansicht - durchaus nicht für alle beruflichen Schwierigkeiten, Hemmnisse oder Mißerfolge in der Karriere an der HUB verantwortlich. Hier muß noch die

#### Anmerkungen:

\* Der Beitrag ist zuerst erschienen im September d.J. in der amerikanischen Zeitschrift *German Studies Review*, Sonderheft 1994 „Totalitäre Herrschaft, totalitäres System“.

[1] Heiner Müller, Wall/Mauer, in: Heiner Müller, Rotwelsch (Berlin: Merve, 1982), S. 85.

[2] Der Ehreणाusschuß der Humboldt-Universität Berlin entwickelte nach seiner Konstituierung im November 1990 u.a. folgende Aufgabenfelder: 1. Abbau des Mißtrauens zwischen Kollegen; 2. Wertung der Vorwürfe „Zusammenarbeit mit dem MfS“, „dienstliche Vorteile aufgrund politischer Einflußnahme“, „Amtsmißbrauch und Korruption“, 3. Behandeln von Anliegen nur mit dem Einverständnis der Betroffenen. Vgl. Geschäftsordnung des Ehreणाusschusses des Akademischen Senats der HUB, Archiv der Verfasserin.

Rolle der SED-KL an der HUB erforscht werden.

Es läßt sich konstatieren, daß die Humboldt-Universität in intensiver und extensiver Weise von der Staatssicherheit überwacht wurde und sich eine Reihe von Wissenschaftlern als Inoffizielle Mitarbeiter in diese Arbeit einbeziehen ließen. Der nach 1989 zunächst aus eigener Kraft (im wesentlichen mit denselben Wissenschaftlern) erfolgte Erneuerungsversuch der Humboldt-Universität mußte solange unglaubwürdig und oberflächlich bleiben, wie die Notwendigkeit personeller Erneuerungen, die durch das Ergebnis der Überprüfungen der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik offenkundig wurde, nicht auch in Taten umgesetzt wurde.

*Hanna Labrenz-Weiß, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abt. Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR*

[3] HUB-Forschungsgruppen waren die ersten Antragsteller, welche MfS-Unterlagen, die zur HUB geführt wurden, noch in dem Aufbaustab Bildung und Forschung der „Gauck-Behörde“ einsehen konnten. Es handelte sich hier um das Material der ehemaligen Bezirksverwaltung Berlin des MfS, das heute in der Außenstelle Berlin des Archivs des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (BStU) in den Kartons der Reihe A (Kartonnummer 1 bis 200) aufbewahrt wird. Vgl. zur Tätigkeit dieser Gruppen: Christine Richter: „Humboldt-Universität war fest im Griff der Stasi. Studenten erforschen in der Gauck-Behörde die MfS-Strukturen“, *Berliner Zeitung* (Berlin, 31. Oktober 1992), Christian Füller: „Der rigorose Blick zurück“, *Süddeutsche Zeitung* (München, 16. November 1992), Ada Sasse/ Markus Obstück: „Zwischenbilanz beim Aktenlesen. Zur Arbeit der 'Unabhängigen Studentischen Arbeitsgruppe an der Humboldt-Universität', *hochschule ost* (Leipzig, 3/1993).

[4] Die Aufbauphase der „Gauck-Behörde“ dauerte praktisch bis zum Sommer 1992. Vom Oktober 1990 (Entstehung der Behörde) bis zum Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) am 29. Dezember 1991 nannte sich die Behörde „Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes“, seit Januar 1992 „Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“.

[5] Während der Überprüfungsphase der HUB-Wissenschaftler suchten mehrere von ihnen ein persönliches Gespräch mit der Verfasserin. Sie berichteten ihre Erlebnisse an der HUB, die zum Verständnis der strukturellen Beziehungen an dieser Universität beitragen.

[6] Im Gegensatz zu allen anderen Bezirksverwaltungen (BV) des MfS wurde die BV Berlin nicht „gestürmt“. In Auswertung der Erfahrungen über die „Erstürmung“ der anderen Bezirksverwaltungen (diese waren ab Mitte Dezember 1989 praktisch nicht mehr arbeitsfähig) beschlossen die Vertreter der Bürgerrechtsbewegung in „Sicherheitspartnerschaft“ mit den für die BV Berlin zuständigen Vertretern der von Modrow eingesetzten Regierungskommission, am 17.12.1989 die BV Berlin zu reorganisieren. Die Grundidee bestand darin, bestimmte Bereiche der BV zu eliminieren (z.B. Abt. XX), andere dagegen weiter arbeitsfähig zu halten (z.B. Abt. XV und II). Parallel zur Absicht, bestimmte Bereiche der BV weiter aufrechtzuerhalten, wurden Räume der Abteilung XX geöffnet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es kam zur ersten Einsichtnahme in Operative Vorgänge (OV) und Operative Personenkontrollen (OPK). An der Tagung am 17.12.1989 nahmen u.a. teil: Ibrahim Böhme, Dr. Wolfgang Ullmann, Reinhart Schult, Dr. Kummer, Hr. Erdmann und Wolfgang Wolf. In Verbindung mit Presse, Funk und Fernsehen wurde öffentlich über den zur BV Berlin erreichten „Konsens“ berichtet. Außerdem wurde an der BV Berlin ein Plakat mit folgender Aussage angebracht: „In diesem Gebäude arbeitet (kontrolliert) ein Bürgerkomitee“.

[7] Vgl. die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 (Berlin: BStU, 1993), S. 112. BStU, Reihe A, Nr. 2/93.

[8] Im Rahmen der Überprüfung von Kontakten der HUB-Wissenschaftler zum MfS wurde in den Unterlagen des BStU immer die Diensteinheit des MfS (soweit sie bekannt war) angegeben. Aufgrund dieser Unterlagen sind 42 Diensteinheiten festgestellt

worden. Deren Zahl ist ohne Zweifel viel größer; die Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) wurden vernichtet und sind weder für die Überprüfung der Kontakte noch für die Überprüfung der Kontakte noch für die wissenschaftliche Forschung zugänglich.

[9] Vgl. die Telefonliste der Mitarbeiter der Abteilung XX von 1989. Zusätzlich zum Namen jedes Mitarbeiters wurde auch sein Aufgabenbereich vermerkt. BStU, Archiv der Außenstelle (ASt.) Berlin, Karton A 107-109, Nr. 2.

[10] Vgl. Das Wörterbuch der Staatssicherheit (Berlin: BStU, 1993), S. 171. BStU, Reihe A, Nr. 1/93.

[11] Aus dem Aufgabenplan der MfS-Mitarbeiter der Abt. XX/3 der BV Berlin geht hervor, daß mindestens der stellvertretende Referatsleiter Major Simonis der offizielle Repräsentant der Staatssicherheit in der HUB war. Er führte offizielle Gespräche mit dem Rektor, den Prorektoren und den Vertretern von anderen wichtigen Einrichtungen an der HUB wie Direktoraten, SED-KL usw.

[12] Vgl. Sekretariat der SED-Kreisleitung der Humboldt-Universität Berlin: Die politisch-ideologische Situation im Direktorat für Internationale Beziehungen. Schlußfolgerungen zur Verbesserung der Arbeitsweise der Mitarbeiter des Direktorates, 1.11.1983, BStU, Archiv der ASt. Berlin, Karton Nr. A 107-109, Nr. 01.

[13] HVA - Hauptverwaltung Aufklärung - Bezeichnung des für die Auslandsspionage zuständigen Bereichs des MfS.

[14] Städteübersicht BRD - Schwerpunkte für die Aufklärung, BStU, Archiv der ASt. Berlin, Karton 107-109, Nr. 03.

[15] Ebenda.

[16] Vgl. VVS B2-1034/81 (Signatur des MfS), BStU, Zentralarchiv (ZA).

[17] Ebenda.

[18] Vgl. VVS MfS 0008/-59/85 (Signatur des MfS), BStU, Zentralarchiv (ZA).

[19] Die Übergabe einer Kopie an den KGB ist aus dem Verteiler von zahlreichen MfS-Dokumenten ersichtlich. KGB = Komitee für Staatssicherheit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

[20] Ein Beispiel dafür ist der Sicherheitsbeauftragte der SED-Kreisleitung, der immer dem MfS hauptamtlich angehörte und bedeutend größere Kompetenzen als „normale“ Sicherheitsbeauftragte der HUB hatte.

[21] Vgl. dazu ein Schreiben der HVA, Abt. IX/AG vom 16.7.1982: „Auszug aus dem Abschlußbericht“ zu einem leitenden HUB-Wissenschaftler: „Mit der Übernahme einer hauptamtlichen Parteifunktion in der Kreisleitung der HUB im Jahre 1976 wurde eine weitere Zusammenarbeit gegenstandslos. Nach einem Abschlußgespräch wurde die Zusammenarbeit beendet und die Unterlagen im Archiv abgelegt.“ BStU, Archiv der ASt. Berlin, Karton A 107-109, Nr. 04.

[22] Hier werden die Grundfragen des Verhältnisses SED - MfS berührt, die bisher nicht

genug erforscht wurden. Ein Beispiel dafür ist die Vorbereitung zur Konstituierung des ABI-Komitees („gründliche Kaderauswahl“), die im Zusammenwirken zwischen dem MfS und der SED erfolgte. Die SED schlug die Kandidaten vor und das MfS überprüfte deren politische Zuverlässigkeit. In einem Schreiben der Abt. XX der Bezirksverwaltung vom 30.6.75 heißt es: „... Infolge des hohen Anteils an positiv erfaßten Personen (60 %) machen sich keine Neuerwerbungen erforderlich“. D.h. 60 Prozent der Kandidaten für die Arbeiter- und Bauern-Inspektion waren IM des MfS. Vgl. Dienstweisung Nr. 1/75 des Leiters der Verwaltung Groß-Berlin vom 18.3.75, BStU, Archiv der ASt., Berlin, Karton A 107-109, Nr. 09.

[23] Vgl. z.B. Schreiben der HVA (Abt. I/1) an die BV Berlin (Abt. XX) vom 8.2.1983, Freistellung eines IM unserer Dienstseinheit (über den 1. Kreissekretär der HUB), BStU, Archiv der ASt. Berlin, Karton A 107-109, Nr. 09.

[24] Operationsgebiet: „Imperialistische und andere nichtsozialistische Staaten oder Territorien, gegen die bzw. von denen aus politisch-operative Maßnahmen durch das MfS zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR und der sozialistischen Staatengemeinschaft durchgeführt werden.“ Vgl. Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 277.

[25] Vgl. Schreiben der BV Berlin, Abt. XX an den Leiter der HVA II vom 27.10.87 zu einer Ausreisesperre eines für die HVA aktiv erfaßten Professors der HUB. Die BV Berlin war bemüht, die Reisesperre, die mit der Flucht von Werner Stiller verbunden war, von der HVA aufheben zu lassen, um dem Wissenschaftler die Teilnahme an Konferenzen zu ermöglichen. Die Aussprachen fanden bei der SED-Kreisleitung statt. BStU, Archiv der ASt. Berlin, Karton A 107-109, Nr. 09.

[26] Stiller hatte vor seiner Flucht mehrere „F-10“-Überprüfungen durchgeführt, aus denen zu ersehen war, welche Wissenschaftler für das MfS tätig waren. Das „F-10“ bedeutet ein MfS-Überprüfungsformular, aus dem die Erfassungsform für das MfS ersichtlich war. Vgl. Beurteilung eines IMS der Abt. XX/3 (IMB-Kandidat für 1988) vom 30.10.87 von Major Schneider, BStU, Archiv der ASt. Berlin, Karton A 107-109, Nr. 07. Zu der Flucht von Stiller vgl.: Werner Stiller, „Im Zentrum der Spionage“ (Mainz: Hase & Koehler 1986), 5. Aufl.

[27] Der Sicherheitsbeauftragte der SED-Kreisleitung war ein künftiger operativer Mitarbeiter der Abteilung XX/3 der BV Berlin. In dieser Funktion gab es auch zurückgekehrte Agenten der HVA. Der Kandidat für diese Funktion sollte aus der Sektion Kriminalistik ausgewählt werden und nach dem Studium für 3 bis 5 Jahre als Sicherheitsbeauftragter eingesetzt werden. Nach dieser Bewährungszeit, in der er sich umfassende Kenntnisse und Autorität aneignen sollte, wurde er als operativer Mitarbeiter der Abt. XX/3 der BV Berlin vorgesehen. Seine „tschekistische“ Aufgabe wurde in der Sicherung der HUB gesehen.

[28] „Alle Maßnahmen zur politisch-operativen Sicherung der Forschungsentwicklung und Produktionsvorhaben für moderne strategisch bedeutsame Waffensysteme laufen unter der Bezeichnung 'Präzision'“. Vgl. Befehl 11/84, S. 2 (MfS-Signatur), BStU, ZA.

[29] Charité: Medizinische Fakultät an der HUB.

[30] Vgl. Arbeitsplan der Abteilung XX der BV Berlin für das Jahr 1989, BStU, ASt. Berlin, Karton A 80.

[31] Operative Personenkontrolle (OPK): „Operativer Prozeß zur Klärung operativ bedeutsamer Anhaltspunkte. Politisch-operative Zielstellungen der OPK sind:

- die Erarbeitung des Verdachts der Begehung von Verbrechen gemäß erstem oder zweitem Kapitel des StGB...,
- Erkennen von Personen mit feindlich-negativer Einstellung...
- vorbeugende Sicherung von Personen, die in sicherheitspolitisch besonders bedeutsamen Positionen oder Bereichen tätig sind oder tätig werden sollen... Entsprechend dieser Zielstellung ist die OPK ein wesentlicher Bestandteil der Klärung der Frage 'Wer ist wer?'. In der OPK sind alle notwendigen vorbeugenden, schadensverhütenden Maßnahmen... zu realisieren. Die Ergebnisse der OPK sind ständig zu analysieren..., um rechtzeitig die Kontrollziele zu präzisieren und die erforderlichen... Maßnahmen einleiten oder die OPK abschließen zu können". Vgl. Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 286.

[32] Operativer Vorgang (OV): „Bezeichnung für 1. den einzelnen Prozeß der Vorgangsbearbeitung, in dem der Verdacht strafbarer Handlungen... einer oder mehrerer, bekannter oder unbekannter Person(en) geklärt wird. Das Anlegen, die Bearbeitung und der Abschluß des OV erfolgt nach den Grundsätzen der Vorgangsbearbeitung und entsprechend den für jeden OV festzulegenden Zielen der Bearbeitung. OV können sein Zentrale Operative Vorgänge (ZOV), Teilvorgänge (TV) und einzelne Vorgänge (OV). Der OV sowie die in ihm genannten Verdächtigen, Feindorganisationen, feindlichen Kräfte sowie andere operativ relevante Personen sind entsprechend den dienstlichen Bestimmungen und Weisungen in der Abt. XII in dafür festgelegter Weise registriert". Vgl. Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 287.

[33] Die Abteilung XV der BV Berlin hatte - auf Bezirksebene - die gleichen Aufgaben wie die HVA. Vgl. David Gill/ Ulrich Schröter, „Das Ministerium für Staatssicherheit, Anatomie des Mielke-Imperiums" (Berlin: Rowohlt, 1991), S. 55.

[34] Diese Zahlen stimmen sowohl mit den Überprüfungsergebnisse des BStU als auch des Ehreणाusschusses der HUB überein.

[35] Die Interviews der Verfasserin mit einigen Wissenschaftlern aus diesen Bereichen bestätigen diese Erkenntnis.

[36] Dem Vorsitzenden des Ehreणाusschusses der HUB, Dr. Bert Flemming, liegen entsprechende mündliche Erklärungen der ehemaligen „OIBE" aus dem Fachbereich Rechtswissenschaften vor.

[37] Vgl. dazu Rainer Eckert, „Die Berliner Humboldt-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit", in *Deutschland Archiv* (Köln 1993,7), S. 776, und ein Vermerk der Abt. XX/3 der BV Berlin vom 18.2.85 über ein Gespräch zwischen dem Referatsleiter Major Mentschke und dem Sektionsdirektor der Kriminalistik der HUB, Prof. Dr. Stelzer. BStU, Archiv der ASt. Berlin, Karton A 107-109, Nr. 10.

[38] Diese Zahl betrifft nur diejenigen Wissenschaftler, die vor 1990 Kontakte zum MfS hatten, entspricht jedoch nicht dem tatsächlichen Stand, da die Unterlagen der HVA fast vollständig vernichtet wurden.

[39] Diese Zahl betrifft nur diejenigen Wissenschaftler, die vor 1990 *konspirative* Kontakte zum MfS hatten. Ebenso wie bei den GMS ist die Zahl tatsächlich viel höher gewesen, da die IMS der HVA nicht berücksichtigt werden konnten.

[40] Vgl. Anm. 39.

[41] Inoffizieller Mitarbeiter; Verpflichtung: „in der Regel die schriftliche, in Ausnahmefällen auch mündliche Willenserklärung eines neugeworbenen IM, in der er verbindlich seine Entscheidung bekundet, inoffiziell mit dem MfS zusammenzuarbeiten, und in der zugleich in konzentrierter Form die prinzipiellen Forderungen an sein künftiges inoffizielles Handeln und die damit verbundenen Pflichten zum Ausdruck gebracht werden. Bestandteil der V. sind außerdem: die Belehrung der IM über Geheimhaltungserfordernisse und -pflichten, Vereinbarungen über die Aufrechterhaltung der Verbindung, die Festlegung des Decknamens". Vgl. das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 190-191.

[42] Als Inoffizielle Mitarbeiter identifiziert gelten Personen, die nachweislich eine schriftliche Verpflichtungserklärung unterschrieben haben, wissentlich eine konspirative Wohnung (Objekt) aufsuchten und/oder Berichte für das MfS (mündlich oder schriftlich) lieferten.

[43] Es sind 7 Fälle bekannt, bei denen es sich um eine mindestens 30jährige Tätigkeit für das MfS handelt.

[44] Das Jahr der Anwerbung eines Wissenschaftlers als IM des MfS ist für die HUB aufgrund der Auskunft des BStU ersichtlich.

[45] Inoffizieller Mitarbeiter; Überzeugungsmotive: „Werbungsgrundlagen, die als weltanschauliche, moralische und politische Überzeugungen ermöglichen, die persönliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem MfS zu entwickeln. Sind bereits beim IM-Kandidaten derartige Überzeugungen vorhanden, wirken sie als Handlungsantrieb für die Zusammenarbeit und deren Realisierung. Durch die Zusammenarbeit können beim IM Überzeugungen wie z.B. zur Konspiration, über die Gefährlichkeit des Feindes u.a. herausgebildet und entwickelt werden, die immer wieder als Handlungsantrieb für die Lösung operativer Aufgaben wirken". Vgl. Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 190.

[46] Diese Beträge wurden vom MfS meistens für die Finanzierung „operativer Aufgaben" den IM zur Verfügung gestellt. In bezug auf konspirative Wohnungen übernahm das MfS in der Regel die Miete und die Innenausstattung. Vgl. Anweisung des Leiters der Abt. XX der BV Berlin (Oberst Habler) vom 22.2.1983 über „Planung, Verwendung, Nachweis, Abrechnung und Kontrolle finanzieller Mittel für die Einrichtung von konspirativen Wohnungen und Basen", BStU, Archiv der ASt. Berlin, Karton Nr. A 107-109, Nr. 11.

[47] Um die Konspiration zu wahren, wurden die Auszeichnungen des MfS dem IM nur mündlich mitgeteilt. Die Auszeichnungsurkunde blieb normalerweise in der IM-Akte. Ausnahmen stellten IM dar, die zusammen mit dem Partner für das MfS gearbeitet haben.

[48] Vgl. u.a. Durchführungsanweisung Nr. 1 zur Dienstanweisung Nr. 4/68 des Mi-

nisters für Staatssicherheit vom 10. Januar 1968, VVS MfS 008-63/68 (MfS-Signatur), BStU, Archiv der ASt. Berlin, Karton A 107-109, Nr. 11, Bericht nach den Unterlagen des Unabhängigen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Staatssicherheitsdienstes in Rostock, in: Jan von Flocken/ Erwin Jurtschitsch, „Mielkes Argusaugen an der Universität“, in: *Der Morgen* (Berlin, 6. November 1990), die Arbeitspläne der Abteilung XX der BV von 1980 bis 1989, BStU, Archiv der ASt. Berlin, Karton 80.

[49] Vgl. Rosemarie Stein, „Die Charité 1945 . 1992“ (Berlin: Argon, 1992), S. 220. R. Stein bezieht sich in den Fakten weitgehend auf Informationen der Verfasserin.

[50] Die Freistellung von IM bedeutete im Klartext, daß man unter einer Legende Wissenschaftler von ihren dienstlichen Aufgaben befreite, damit sie „operative“ Aufgaben des MfS erfüllen konnten.

[51] Die Analyse der IM-Akten, die über die HUB-Wissenschaftler vom MfS geführt wurden, belegt diese Erkenntnis.

[52] „Die ABI wird verstanden als eine Form der Volkskontrolle, deren Ziel die Erfüllung der Aufgaben der sozialistischen Gesellschaft, die Festigung der Staatsmacht, die Förderung der Aktivität der Massen und die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins ist“, DDR-Handbuch (3. Aufl., Köln: Wissenschaft und Politik, 1985), Band I, S. 53.

[53] Vgl. u.a. Jürgen Fuchs, „Der Abschied von der Diktatur“, in: Aktenkundig. Hrsg. von Hans Joachim Schädlich (Berlin: Rowohlt 1992).

[54] Es gab auch Fälle, in denen die als IM angeworbenen Wissenschaftler keine Unterstützung für das MfS darstellten, da sie die Zusammenarbeit mit dem MfS entgegen innerer Überzeugung eingegangen sind. Das MfS beendete grundsätzlich eine derartige Zusammenarbeit mit der Begründung „Nichteignung“ oder „Perspektivlosigkeit“.

Ludwig Elm (Jena):

## Deutsche Hochschullehrer nach 1945 und 1989 - Analogien und Unterschiede in Situation und Verhalten \*

Das Thema wäre ausreichend für mehrere Forschungsprojekte und Dutzende Dissertationen, nicht diezuletzt, wenn es auch bezüglich einzelner Universitäten und Hochschulen oder innerhalb des weiten und heterogenen Spektrums der wissenschaftlichen Disziplinen und Arbeitsgebiete untersucht werden sollte. Es sei zunächst dahingehend eingeschränkt und präzisiert, daß Westdeutschland nach 1945 und Ostdeutschland nach 1989/90 im Mittelpunkt vergleichender Betrachtungen stehen. Diese Eingrenzung ergibt sich wesentlich aus dem eigenen Zugang, da hierbei auf frühere Arbeitsgebiete bzw. auf das unmittelbare Beobachten und Miterleben in den letzten Jahren zurückgegriffen werden kann. Für ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte nach 1945 fehlt die eine wie die andere Voraussetzung. Unbestreitbar liegt für deren Erforschung und Darstellung im Rahmen der Vorgeschichte und Geschichte der DDR heute ein neues dringliches Interesse vor, nicht zuletzt in Form historisch und international vergleichender Betrachtungen.

Im Sommer 1964 war in Jena eine Broschüre über den ehemaligen exponierten nationalsozialistischen Staats- und Rechtslehrer Theodor Maunz erschienen.<sup>1</sup> Zu diesem Zeitpunkt trat er ange-

sichts neuer Angriffe vom Amt des bayerischen Staatsministers für Wissenschaft und Kultus zurück, das er seit 1957 innegehabt hatte. Er blieb jedoch unangefochten Hochschullehrer an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Der Mitverfasser des maßgeblichen rechtswissenschaftlichen Grundgesetzkommentars verstarb 92jährig am 10. September 1993. Wenige Wochen später überraschte der Herausgeber der nazistischen *Nationalzeitung*, München, und Vorsitzende der Deutschen Volksunion (DVU), Gerhard Frey, die Öffentlichkeit mit der Mitteilung, daß Maunz ihm ein Vierteljahrhundert lang als Berater, Gutachter in Rechtsfragen und anonymer Autor ein „wunderbarer Wegbegleiter“ war.<sup>2</sup>

Überschwenglich hatte Rupert Scholz zwei Jahre zuvor Werk und Persönlichkeit von Maunz gewürdigt, der „1933 seine große wissenschaftliche Karriere begründete“ und „zu den wahrhaftig einzigartigen Glücksfällen der deutschen Staatsrechtslehre“ gehöre.<sup>3</sup> Nach den kompromittierenden Mitteilungen von Frey blieb Scholz wortkarg wie Roman Herzog, der bei Maunz studiert, promoviert und habilitiert hatte. Jedenfalls war von ihnen wie vom Gros der westdeutschen Rechtswissenschaftler auch nichts zu vernehmen gewesen, als Maunz noch

im Juli 1964 - angesichts des erzwungenen Rücktritts als Kultusminister - sein profaschistisches Wirken bis 1945 mit den Worten zu rechtfertigen versuchte: „Als Hochschullehrer habe ich mich seinerzeit bemüht, die in Geltung gewesenen Rechtssätze und die damals bestandenen Ansichten zu beschreiben, wie es meiner Berufsaufgabe entsprach.“

Seit 1960 auf den Fall Maunz aufmerksam und beim Nachforschen zur Kontinuität an den Hochschulen der Bundesrepublik zunehmend fündig geworden, entstand die 1971 verteidigte Dissertation B „Hochschule und Neofaschismus. Zur Kritik der Voraussetzungen und des Verhaltens der Universitäten und Hochschulen der BRD in der Auseinandersetzung um Faschismus und Neonazismus“.<sup>4</sup> Die damaligen Studien erhielten neue Aktualität, als ab 1990 zunehmend und intensiv sich die Kontroversen um die zweifache Vergangenheitsbewältigung nach 1945 und 1989 entwickelten.

#### **Einige Bemerkungen zu Analogien der Situationen und Verhaltensweisen damals und heute**

Der massive politisch-ideologische Druck zugunsten weitreichender Analogien oder gar kurzschlüssiger Gleichsetzungen zwischen Faschismus und Kommunismus, Nationalsozialismus und Realsozialismus, Drittem Reich und DDR, NSDAP und SED, Gestapo und Stasi usf. nimmt gegenwärtig offensichtlich noch zu. Er ist in Rechnung zu stellen und zu erwidern. Das sollte nicht durch Verweigerung der historischen Vergleiche als legitime Arbeitsprinzipien und -methoden erfolgen, wohl aber durch Herausarbeitung des rationellen Kerns, der Unterschiede und Grenzen sowie

Die folgenden Betrachtungen ordnen sich in diese Debatte ein.

Es ist davon auszugehen, daß Universitäten und Hochschulen - und darin speziell die Professoren - generell und nicht zuletzt in Deutschland eine wesentliche soziale, politische und geistig-kulturelle Gruppierung innerhalb historisch-politischer Umbrüche darstellen. Das ergibt sich u.a. aus

- der Schlüsselstellung, die sie - weithin monopolartig - in der Heranbildung der Eliten in Staat, Wirtschaft, Justiz, Bildungs- und Gesundheitswesen, Medien und Kulturpolitik u.a. Bereichen haben;
- der maßgeblichen Rolle für Sinnstiftung und Identitätsbewußtsein in politischen Systemen und Hierarchien sowie für die Artikulation und Deutung von Werten, Normen und Orientierungen;
- dem gesamtgesellschaftlichen Rang von Wissenschaft, von Forschung und Entwicklung und damit auch höherer Bildung in entwickelten Ländern von heute und morgen.

der häufig unverkennbaren politisch-ideologischen Instrumentalisierung solcher Vergleiche. In diesem Sinn seien einige Ähnlichkeiten und Paralleltäten übersichtsartig skizziert.

Da sind zunächst objektive Gemeinsamkeiten zu nennen wie der plötzliche und radikale Zusammenbruch des bisherigen Herrschaftssystems, seiner Strukturen, Repräsentanten, Institutionen und Legitimationen - welchen Charakter und Wert sie auch jeweils gehabt haben mögen. Er geht einher mit dem raschen Verlust der Massenbasis und dem gleich-

zeitigen Zusammenbruch der äußeren überkommenen Bündnisse und Kräfteverhältnisse.

Die vor allem in Deutschland traditionelle und prinzipielle Staatsnähe der Hochschullehrer und ihre darin gründende politische Inpflichtnahme wirkt bis in die Schlußphase und akute Krise des jeweiligen alten Systems. Sie ist stärker ausgeprägt als bei der technischen, medizinischen und künstlerischen Intelligenz. Daraus folgt: Im Widerspruch zur tatsächlichen Kompetenz und des darauf basierenden eigenen Anspruchs stellen Hochschullehrer in Umbruchzeiten mehrheitlich keine nennenswerte Kraft zur Vorbereitung und zum Vollzug eines gesellschaftlich-politischen Wandels dar. Sie spielen - von Ausnahmen abgesehen - keine maßgebliche orientierende oder mobilisierende Rolle beim einzuleitenden Neubeginn in der Gesellschaft, insbesondere nicht in der ersten, vielfach entscheidenden und schwierigen Phase nach dem Zusammenbruch des Alten. Es sind höchstens einzelne Personen, die in anderen als akademischen Strukturen - wie Parteien, Verbände, Bewegungen, Vereine, Medien - wirksam werden und dabei mit ihrem Wissen und Können mehr oder weniger großen Einfluß zu erlangen imstande sind.

Insgesamt stärker als in anderen sozialen und Berufsgruppen und wiederum konträr zu sozialem Rang, fachlicher Kompetenz und Anspruch dominieren Bewältigungsstrategien und Verhaltensweisen, die wesentlich individualistisch, subjektiv, an Kriterien der Opportunität und der eigenen Position und Karriere orientiert sind. Diese bestimmen den Wechsel der Freund-Feind-Bilder und die Wandlungen des entsprechenden

Verhaltens sowohl im beruflichen Wirkungsfeld als auch auf politischer Ebene. Was gelegentlich als solidarische Bindung in einer Gruppe von Akademikern erscheinen mochte, erweist sich meist als äußerst situations- und interessengebunden und löst sich in der veränderten Situation überwiegend unvermittelt und unspektakulär auf. Die existentielle Herausforderung läßt den spießigen Egoismus erkennen - falls die Bereitschaft zur unbeschönigten Wahrnehmung überhaupt gegeben ist.

Die vorrangige Orientierung an einem humanistischen und wissenschaftlichen Ethos und gegen den jeweiligen übermächtigen Strom ist nur in Ausnahmefällen zu beobachten. Ein herausragendes Beispiel dafür bietet Karl Jaspers mit seinem aus Vorlesungen im Wintersemester 1945/46 hervorgegangenen Buch „Die Schuldfrage“. Biographisch untersetzt und dadurch umso glaubwürdiger ist diese Stellungnahme durch seine Haltung sowohl in der NS-Zeit als auch in den Kontroversen um die Verjährung der NS-Verbrechen um 1965. Jaspers steht damit prototypisch gegen Martin Heidegger und Carl Schmitt, die repräsentativ sind für die oben skizzierte vorherrschende und in diesem Sinne in Deutschland „normale“ Verhaltensweise von Hochschullehrern. Letzteres wird auch durch die Fakten und Erfahrungen im Umkreis der Zäsuren von 1914, 1918/19 und 1933 bestätigt.

Aus dem Gesagten folgt, daß in akademischen Gruppen allgemeinhin menschliche Verhaltensweisen in solchen Krisen und Umbrüchen - insbesondere im Mißverhältnis zwischen Wissen und Können einerseits und tatsächlichem individuel-

len Verhalten andererseits - umso drastischer hervortreten. Dazu gehören vor allem der persönliche Rechtfertigungs- und Entlastungsbedarf, die vielfach im Verhältnis zum vorherigen Engagement besonders bemerkenswerten Verdrängungsleistungen, die Entsolidarisierung und der Rückzug auf die persönliche Verteidigungslinie (Indifferenz oder Trotzhaltung eingeschlossen) sowie der mit konservativer Autoritätsgläubigkeit einhergehende Opportunismus. Das aus Transformationsprozessen hervorgehende politische System tendiert in der Regel dazu, solche Verhaltensweisen für die eigene Stabilisierung und Problemlösung zu nutzen, zu fördern und vielfach auch zu honorieren.

Das Bündel solcher Symptome signalisiert ein fundamentales Dilemma der Intellektuellen im allgemeinen und der jeweils in spezifische Staats- bzw. Parteidisziplin und Loyalität genommenen Gruppen wie der Hochschullehrer im

#### **Einige Betrachtungen zu Unterschieden der Situationen und des Verhaltens sowie der Versuche zu Aufarbeitung und Bewältigung von Vergangenen, nach 1945 und nach 1989/90**

Hintergrund und direkter wie vermittelter Bezugspunkt des gesamten Problemkreises muß die grundsätzliche, qualitative Unterscheidung zwischen Faschismus und Sozialismus ungeachtet der Nähe und Übereinstimmungen von Nazismus und originärem Stalinismus bleiben. Die grundlegende Unterscheidung, ja Gegensätzlichkeit, von Sozialismus und Faschismus durchdringt alle Bereiche und Ebenen. Das gilt auch für die vorliegenden Ausführungen. Sie umreißen einige hauptsächliche Unterschiede, die im öffentlichen Diskurs unter den

besonderen. Es erwächst aus den Spannungen und Diskrepanzen zwischen der Qualifikation und einer hochspezialisierten, meist gesellschaftlich unverzichtbaren Rolle auf der einen und der politischen Ohnmacht, d. h. der weitgehenden Abhängigkeit von den politisch und wirtschaftlich potenten Schichten und Gruppen, auf der anderen Seite. Der Hinweis auf diesen geschichtlich-sozialen, weitgehend systemunabhängigen Hintergrund möge auch als Warnung vor einer oberflächlichen Personalisierung der angesprochenen kritikwürdigen Phänomene verstanden werden. Ein gesellschaftlich-geschichtlicher Sachverhalt von solcher Komplexität und Tiefenwirkung bedarf auch der adäquaten Prinzipien, Motive und Methoden der Analyse und Darstellung. Ihm ist mit der Jagd nach raschen tagespolitischen Wirkungen und der vorzugsweisen Denunziation der Biographien von Persönlichkeiten nicht hinreichend beizukommen.

Prämissen eines grob antisozialistischen, weithin konservativen Totalitarismuskonzepts mehr oder weniger ignoriert oder zumindest ungenügend berücksichtigt werden:

Da **erstens** die völlig andersgeartete internationale Konstellation sowohl bei den jeweiligen Ursprüngen und Aufstiegen als auch bei Niedergang und Scheitern in je weltgeschichtlichen Dimensionen. Das schließt auch die konstitutiv gegensätzlichen außen-, rüstungs- und sicherheitspolitischen Vorstellungen,

Bündnisse, Handlungen und Resultate ein. Seit der imperial-kolonialistischen Aufteilung der Welt im ausgehenden 19. Jahrhundert und dem 1. Weltkrieg kommt diesem Politikfeld für die Beurteilung des Standorts und der Rolle von Intellektuellen eine herausragende Bedeutung zu.

**Zweitens** ist - in Annäherung an unseren spezifischen Gegenstand - die wesensgemäße Gegensätzlichkeit der ideellen Gehalte und sozialen Funktionen der Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftspolitik vor 1945 und vor 1989 festzustellen. Das sind eindeutig unterscheidbare Prämissen bezüglich des unmittelbaren Wirkungsraumes der Hochschullehrer in den verschiedenen politischen Systemen. Zugleich ist überall die Möglichkeit von Spielräumen und Nischen für Forschung und Lehre zuzugestehen und vielfach nachweisbar, was übertriebene Verallgemeinerungen und Verurteilungen ausschließen und das Recht auf jeweils individuelle Beurteilung einräumen lassen sollte.

**Drittens.** Die gesellschaftspolitische Grundsituation nach 1945 in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik wurde mittel- und langfristig bestimmt von der Kontinuität der sozioökonomischen Strukturen und der Machteliten. Sie wurde nur in einer kurzen Phase - bis etwa 1947/48 - unterbrochen, die unterschieden antifaschistische und antimonopolistische Eingriffe der Besatzungsmächte und deutscher Nazigegner einschloß.

Dagegen wurde in Ostdeutschland im Herbst 1989 ein Prozeß radikaler Reformierung eingeleitet. Er wurde mit dem Beitritt zur Bundesrepublik übergeleitet in die kompromißlose Liquidierung bisheriger Eigentums-, Macht- und Herr-

schaftsverhältnisse. Es ist ein weithin restaurativer Prozeß, in dessen Verlauf Ostdeutschland altbundesdeutsche Verhältnisse, Normen und Leitbilder übergestülpt werden. Er trägt unverkennbar kolonialistische Züge dort, wo historisch gewachsene ostdeutsche Identität einschließlich ihrer geistig-kulturellen Träger und Repräsentanten mit machtpolitischer Willkür und ideologischer Selbstgerechtigkeit unterdrückt und verdrängt wird. Massenhafte Enteignungen folgen auf dem Fuß und erweisen sich als wesentliches Motiv dieser Art „Wiedervereinigung“.

Das faktische Fortwirken des „Freundeskreises Himmler“ der deutschen Industrie nach 1945 ist auch bezüglich akademischer Gruppen die eklatanteste Äußerung jener alle gesellschaftlichen Bereiche erfassenden Kontinuität. Exemplarisch sei auf den Fall des Prof. Dr. Reinhard Höhn, geb. 1904, verwiesen. Bis 1930 im Jungdeutschen Orden und in diesem Jahr der NSDAP beitreten, wurde der Staats- und Verwaltungsrechtler sowie Heeresforscher 1934 Dozent in Heidelberg; ab 1935 ist er in Berlin Professor und Direktor des Instituts für Staatsforschung. Höhn avanciert vom SS-Standartenführer zum Generalleutnant der Waffen-SS, leitete das Amt III im Reichssicherheitshauptamt (zuständig für die Bekämpfung des inneren Feindes), gehörte zum engeren Beraterkreis von Himmler und agierte als Autor und Schriftleiter faschistischer staats- und rechtswissenschaftlicher Publikationen. Darunter finden sich auch solche mit Maunz und Himmler bzw. letzterem gewidmet, der ihn schließlich auch mit dem Ehrendegen des Reichsführers-SS auszeichnete.

Nach 1945 - nicht nur die seit 1990 in Ostdeutschland entlassenen Hochschul-lehrer und weitere Wissenschaftler, Ärzte, Ingenieure u. a. mögen es interessiert zur Kenntnis nehmen - erhält der intellektuelle SS-Täter von Rang nach bundesdeutschen Normen den Status „o. Prof. zur Wiederverwendung“. Aus verschiedenen, aber keineswegs vorwiegend antinazistischen Gründen, kehrt er nicht auf den Lehrstuhl einer Hochschule zurück. Als Vertrauensmann des Bundesverbandes der Deutschen Industrie bereite er vor und leitete ab der Gründung 1956 dessen Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg, verbunden mit der Wirtschafts-akademie für Lehrer und der Akademie für Fernstudium. Mit dem Ex-Freundeskreis Himmler als exklusive bundesrepublikanische Seilschaft im Rücken, erlangte Höhn eine Vertrauens- und Schlüsselstellung wie kaum ein zweiter Hochschullehrer der Bundesrepublik. Wiederholte antifaschistische Enthüllungen und Angriffe saß er ignorant und unbeschadet aus.

Ähnliches ergab sich für den Wirtschaftswissenschaftler Peter Heinz Seraphim, vor 1945 exponierter Ideologe der Ostexpansion und der Judenvernichtung, danach Studienleiter und später Direktor der Verwaltungs- und Wirtschafts-akademie Bochum und Leiter des Archivs für Ostwirtschaft. Auch der 1948/49 um den führenden faschistischen Staatsrechtslehrer Carl Schmitt als „Academia Moralis e.V.“ entstandene Freundeskreis fand in wirtschaftlich schwierigen Zeiten großzügige Sponsoren: „Wie sich die Einrichtung finanzierte, ist nicht eindeutig geklärt; es waren aber so viele Spenden aus Industriekreisen dabei, daß

neben dem Vortragsprogramm kleinere Unterstützungen möglich wurden: jüngere Freunde der 'Academia Moralis' wurden mit Zuschüssen für ihre Anreisen zu den Vorträgen bedacht oder mit kleineren Beiträgen in ihren Forschungen gefördert.“<sup>5</sup>

Der restaurative sozialgeschichtliche Kontext ist evident in der Wiederkehr des Verbindungsstudentums, die bei treibender Rolle der Alten Herren und einschließlich der am ärgsten kompromittierten, der schlagenden und farbentragenden, d. h. in der Regel am meisten militaristischen, antisemitischen und präfaschistischen, Verbände, erfolgte. Die Alten Herren prägten das von keiner nennenswerten Selbstkritik und Lernfähigkeit beeinträchtigte konservativ-elitäre Standes- und Selbstbewußtsein der Nachkriegsjahrzehnte, eingeschlossen die Abwehr antifaschistischer Geschichtskonzeptionen und vereinzelter selbstkritischer Ansätze in den eigenen Reihen.<sup>6</sup>

Ein vierter, mit dem eben Ausgeführten in engstem Zusammenhang und in Wechselwirkung befindlicher Aspekt: Das Staatswesen BRD offenbart sich der vergleichenden zeitgeschichtlichen Betrachtung in einem äußerlich absolut gegensätzlich erscheinenden Reagieren auf die Zäsuren von 1945 und 1989/90 einschließlich deren jeweiliger Vorgeschichte.

Seit der Gründung der Bundesrepublik im Spätsommer 1949 und mittels Art. 131 des Grundgesetzes wurde das Konzept der personellen Kontinuität, der Reintegration und der uneingeschränkten Wiederherstellung der Versorgungsansprüche der Bediensteten des öffent-

lichen Dienstes im Dritten Reich verfolgt und zielstrebig gegen alle antifaschistischen Widerstände realisiert. Das betraf vor allem die Beamten und unter ihnen die große Gruppe der Hochschullehrer. Ausgenommen wurden zwei enge Gruppen: die als Haupttäter eingestuftten Nazi- und Kriegsverbrecher und die Gestapo.

Aus eigenen Erfahrungen schilderte der Rechtswissenschaftler Ludwig Raiser, 1951-1955 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft und 1961-1965 Vorsitzender des Wissenschaftsrates, daß die Entnazifizierung bereits auf halbem Wege stecken blieb: „Im weiteren Verlauf hat das vom Bundestag 1951 zur Ausführung des Artikels 131 GG erlassene Gesetz viel zur Verwischung der Ergebnisse beigetragen. Es regelte die Pflicht zur Unterbringung der aus den Ostgebieten und aus Mitteldeutschland vertriebenen, aber auch der angeblich von ihrer Stellung 'verdrängten' Beamten, und nötigte die Fakultäten jahrelang, bei Berufungen auf vakante Lehrstühle in erster Linie die auf einer dafür aufgestellten Wartelist stehenden Hochschullehrer zu berücksichtigen.“ Der „Versorgungsgedanke“ gewann die Oberhand über das „Reinigungsprinzip“.<sup>7</sup>

Der Tübinger Rechtswissenschaftler Otto Bachof berichtete, es sei „viel zu wenig bekannt, daß noch bis vor kurzer Zeit bei jeder Berufung an Hand einer vom Bundesinnenministerium zusammengestellten Liste von noch nicht untergebrachten 131er Hochschullehrern geprüft werden mußte, welche der dort aufgeführten Personen für die Besetzung des Lehrstuhls fachlich in Frage kamen. Dem Kultusministerium gegen-

über war eingehend zu begründen, wenn und warum ein in die Liste aufgenommener Hochschullehrer etwa nicht berücksichtigt werden sollte.“<sup>8</sup>

Intentionen und Wirkungen des Artikels 131 GG bedeuteten, daß Staatsnähe in und zu der NS-Diktatur Ansprüche auf Weiterbeschäftigung, Wiedereinstellung oder Versorgung zuverlässiger und aussichtsreicher begründeten als der Status von Verfolgten und Opfern des Regimes. Letzteres erfuhren besonders politisch links stehende und gegenüber der restaurativen Entwicklung in der Bundesrepublik kritisch eingestellte Antifaschisten. Sie bildeten allerdings unter Hochschullehrern seltene Ausnahmen.

Zu ihnen gehörte beispielsweise Wolfgang Abendroth. Er äußerte zu den fünfziger Jahren rückblickend, daß man sie sich gar nicht reaktionär genug vorstellen kann: „Das Klima war erdrückend und dem McCarthy-System in den USA durchaus vergleichbar. Die schlimmste Belastung, welche man an der Universität und unter Intellektuellen jener Zeit mit sich herumtrug, war die, gegen den Faschismus gekämpft zu haben. Es wurde heimgezahlt, daß die wenigen Antifaschisten in der gerade vorangegangenen Zeit als Aushängeschilder gegenüber den Besatzungsmächten und als 'Persilschein-Schreiber im Entnazifizierungsverfahren benutzt werden mußten.“<sup>9</sup> Apropos 'Persilscheine': Jüngst wurden exemplarisch Entlastungsgutachten der Nachkriegsjahre für Arnold Gehlen veröffentlicht, der NS-Organisationen angehörte und in ihnen tätig war.<sup>10</sup> Darunter sind Schreiben von Hans Freyer, Nikolai Hartmann und Helmut Schelsky, der als Schüler Gehlens in Leipzig selbst jahrelang nazistisch aktiv war.<sup>11</sup>

Hannah Arendt sah bei ihrem Besuch in der soeben gegründeten Bundesrepublik 1949/50 das Problem an den Universitäten darin, „eine ehrliche Forschung wiederherzustellen, die Studenten mit unvoreingenommenen Berichten über das, was wirklich geschehen ist, zu konfrontieren und diejenigen Dozenten zu entfernen, die dazu unfähig sind.“<sup>12</sup> Gefährlich seien auch jene, die von Fakten und Realität nichts wissen wollen. Die meisten hängen Auffassungen an, die vor 1933 entwickelt wurden. „Das hat zum Ergebnis, daß die Menschen, während sich Deutschland äußerlich und innerlich bis zur Unkenntlichkeit verändert hat, so oberflächlich daherreden und sich benehmen, als ob seit 1932 gar nichts geschehen wäre.“<sup>13</sup>

Ingo Müller schrieb zur Rechtswissenschaft jener Jahre, daß Unbelehrbarkeit damals geradezu die Voraussetzung für eine wissenschaftliche Karriere war. „Wer bei einem der 131er-Professoren - und andere gab es kaum - promovieren, habilitieren oder sonst reüssieren wollte, mußte gegen Nürnberg zu Felde ziehen.“<sup>14</sup> Gegen das Nürnberg der Kriegsverbrecherprozesse wohl gemerkt, nicht gegen das der Reichsparteitage. Roman Herzog hat sich offensichtlich an den von Müller charakterisierten Gegebenheiten orientiert.

Der im März 1950 gegründete Hochschulverband, die ständische Interessenvertretung der Hochschullehrer, wirkte im Gleichklang mit dem restaurativen gesellschafts- und hochschulpolitischen Trend. In einer späteren Selbstdarstellung sucht man vergeblich antinazistische Motive und Ziele. Der Beitrag zur „Überwindung der Folgen des Krieges und der nationalsozialistischen Zeit“ re-

duzierte sich danach auf soziale und berufliche Probleme, wobei der Schwerpunkt bei den „131ern“ lag und das Bemühen mit fehlenden Planstellen konfrontiert wurde: „Daher sah der Hochschulverband seine Aufgabe auch darin, ihnen zunächst irgendeinen Anschluß an die Hochschule zu geben, damit sie wissenschaftlich weiterarbeiten und sich für Berufungen auf frei werdende Lehrstühle befähigen konnten.“ Und: „Man wird sagen dürfen, daß der Hochschulverband gerade im Bereich der 131er höchst segensreich gewirkt hat.“<sup>15</sup>

Die Rolle des Hochschulverbandes in Ostdeutschland seit 1990 erscheint nur äußerlich als Gegensatz zu damals. Tatsächlich ist es die recht geradlinige Fortschreibung der ideologisch-politischen Grundpositionen konservativ-elitären akademischen Selbstverständnisses unter veränderten geschichtlichen Voraussetzungen.

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ So heißt es seit Mai 1949 im Artikel 5, Abs. 3, des Grundgesetzes. Die Wahrnehmung dieser Freiheit wurde und wird bis heute durch gewisse irdische Gegebenheiten beeinflusst. So kam es dazu, daß die Universitäts- und Hochschulgeschichte 1933 bis 1945 weit über zwei Jahrzehnte nach Kriegsende kein Gegenstand der Forschung und der öffentlichen kritischen - und selbstkritischen - Darstellung war. Sie wurde auch bei den ansonsten so beliebten Selbstdarstellungen aus Anlaß akademischer Jubiläen als heißes Eisen in aller Regel ausgeklammert. Auch bei Kenntnis des oben zitierten Verfassungsgrundsatzes vermieden karrierebewußte Nachwuchswissenschaftler solche Themen. Hans Herzfeld äu-

ßerte 1966, daß bereits Jahre zuvor die Bearbeitung der Universitätsgeschichte 1933-1945 im Institut für Zeitgeschichte in München erörtert worden war. Wegen der „Konflikte einer solchen Aufgabe“ sei sie jedoch nicht in Angriff genommen worden. Im Jahr zuvor hatte Theodor Eschenburg bemerkt, daß auch die Erinnerungen von Professoren das heikle Thema mit Reserve oder überhaupt nicht behandelten. Das gilt auch für Nachrufe und biographische Aufsätze jener Zeit. Erst mit der kritischen Studentenbewegung wurden ab Anfang der sechziger Jahre schrittweise und gegen starke Widerstände solche Tabus gebrochen. Erstmals 1980 und keineswegs von der Mehrheit der medizinischen Wissenschaftler getragen, wurde der Problemkreis Medizin und Nationalsozialismus Gegenstand eines wissenschaftlichen Kongresses. Verdrängung und Apologie dauern ungeachtet der zwischenzeitlich vorgelegten Forschungsergebnisse und kritischer Darstellungen weithin bis heute an.

Es ist symbolträchtig genug, daß nicht der Humanist und Antifaschist Karl Jaspers, sondern der nazistisch belastete Martin Heidegger zur philosophischen Leitgestalt der Bundesrepublik der Nachkriegsperiode wurde. Die Kontinuität, Verdrängung und Rechtfertigung münden heute in den geschichtsrevisionistischen Strang, der die nationalsozialistische Variante ab 1933 als kleinen Lösungsversuch dieses Jahrhunderts im Vergleich zum ursprünglichen, großen Lösungsversuch von 1917 relativiert. Mit großem Nachdruck müsse unterstrichen werden, meinte Ernst Nolte in einem Essay über Heidegger, „daß die Vorkämpfer und die Sympathisanten des

‘großen Lösungsversuchs’ kein Recht haben, Heidegger grundsätzlich zu kritisieren. Der ‘große Lösungsversuch’ war die Hauptursache des ‘kleinen Lösungsversuchs’ und für Heidegger trifft nicht zu, was für Hitler zutrifft: daß das Halbe am Ende größer (gleich moralisch verwerflicher) war als das Ganze.“<sup>16</sup> Noltes historisch-politisches Konzept mündet in die Suspendierung des Prinzips der Freiheit von Forschung und Lehre - für die Linke. Es ist weder neu noch originell, aber ob der Offenheit und im konkreten Zusammenhang bemerkenswert.

**Fünftens.** Im Gegensatz zur weitgehenden gesamtgesellschaftlichen und akademischen Verdrängung nach 1945 - besonders nach 1948/49 - in den Westzonen und der BRD, entsprachen dem Charakter und den vorherrschenden Intentionen der reformerischen Wende vom Herbst 1989 die grundsätzliche Bereitschaft, die Fähigkeit und das - keineswegs bloß eigennützige - Interesse der großen Mehrheit ostdeutscher Hochschullehrer, kritisch und selbstkritisch an der Analyse der eingetretenen Situation sowie an der Erörterung von Auswegen und Folgerungen teilzunehmen. Darin äußern sich wiederum die Unterschiede fundamentaler Art, die den zu vergleichenden Zäsuren und ihrer Vorgeschiede eignen. Das betrifft insbesondere den rationalistischen und humanistischen Ursprung und Kern des kommunistischen Projekts von 1917, seine jahrhundertalten Vorläufer inbegriffen.

Diese Feststellung stößt auf den schroffen Widerspruch und die Ablehnung derjenigen, für die ‘Erneuerung’ in Ostdeutschland vor allem in der pauschalen, herabsetzenden Kritik der DDR, der

uneingeschränkten Denunziation ihrer antifaschistischen und antikapitalistisch-sozialistischen Identität und in der alles in allem kritiklosen Übernahme des Modells BRD besteht. Als 'Erneuerung' gelten dann auch die äußersten restaurativen und anachronistischen Begleitscheinungen und Folgen - von der Umkehr der Bodenreform bis zur Wiederkehr des Korporationsstudententums, von der Bevormundung und Demütigung der Frauen auf der Grundlage des Paragraphen 218 bis zur Zulässigkeit der Prügelstrafe, von der Liquidierung antifaschistischer Traditionen und Werturteile bis zur konservativ-nationalistischen Indoktrination des Geschichtsbildes.

Die Aufgeschlossenheit und das Vermögen ostdeutscher Intellektueller gegenüber der unumgänglichen Aufarbeitung des Vergangenen wurzelte in einer jahrzehntelangen kritischen Tradition, die vor allem von Schriftstellern und Künstlern getragen wurde. Mit den akuten Stagnationserscheinungen der achtziger Jahre und angesichts des Gorbatschow'schen Versuchs einer radikalen Reformierung der Sowjetgesellschaft entwickelten sich, zunächst hauptsächlich latent, auch an den Hochschulen solche Tendenzen. Mit der Auslöschung der DDR am 3. Oktober 1990 war Aufarbeitung von Vergangenen im wesentlichen bloß noch als kritiklose Akklamation und beflissene Übernahme der offiziellen altbundesdeutschen historisch-politischen Sichtweisen, Wertmaßstäbe und selbstgewissen Urteile gefragt.

Die Orientierungskrise in der ostdeutschen Intelligenz ausnutzend, konnte dieses Konzept im Dienste der Gleichschaltung für einige Zeit mit größter Einseitigkeit, rechtsstaatlicher Willkür und

weitreichenden personalpolitischen Maßnahmen kolonialen Stiles recht wirksam verfolgt werden. Gerade auch an den Hochschulen der neuen Bundesländer wurde der Weg des Ausgrenzens, der Unterwerfung und der Fortführung eingeübt, konformistischer Autoritätsgläubigkeit unter veränderten Bedingungen eingeschlagen. Die Tradition deutscher Hochschulpolitik in Situationen weitreichender politisch-sozialer Umbrüche wurde ohne nennenswerte politisch-moralische oder wissenschaftsethische Erneuerung oder Bereicherung fortgesetzt.

Schließlich sei **sechstens** resümiert, daß die altbundesdeutsche Invasion und Dominanz seit Herbst 1990 neben der Exekutive, den wirtschaftlichen Schlüsselpositionen, der Justiz und den Medien besonders rigoros im Hochschulwesen realisiert wurde. Der eklatante Unterschied zu einschlägigen Entwicklungen nach 1918/19, 1933 und 1945 ist auch aus den folgenden Besonderheiten der Lage nach dem Beitritt der DDR zur BRD zu erklären:

a) Die Abrechnung erfolgte vorrangig durch Institutionen, Gruppen und Personen, deren eigene Vergangenheit nicht einbezogen wird bzw. die durch die im Mittelpunkt der Angriffe, Enthüllungen, Verurteilungen usw. stehende Vergangenheit biographisch nicht betroffen sind. Soweit ihre Herkunft bzw. frühere Tätigkeit davon berührt wird - beispielsweise im Rahmen der seinerzeitigen Ost-West-Beziehungen -, können sie im Kontext einer ohnehin selektiven und politisch willkürlichen Vergangenheitsbewältigung in der Regel beliebig ausgeblendet oder wohlwollend umgedeutet werden.

b) Die von außen dominierte Abrechnung ist wesentlich die mit dem historisch-politischen Gegner der in der Bundesrepublik maßgeblichen Kräfte, Strömungen und gesellschaftlichen Normen. Die Ursprünge und Traditionen dieser Gegnerschaft wurzeln tief in der deutschen und europäischen Geschichte. Ihre konkreten politischen und ideologischen Profile erlangten ihre hauptsächlichen Kontrahenten in den Erschütterungen des ersten Weltkrieges, der Novemberrevolution und der Nachkriegskrise - auf beiden Seiten zunehmend beeinflusst vom Aufstieg der Sowjetmacht zu einer Weltmacht. Seit 1990 erweist sich als das beherrschende Motiv das Bestreben, die - wirkliche oder vermeintliche - Gunst der Stunde zu nutzen, um mit dem niedergeworfenen historisch-politischen Gegner nachhaltig abzurechnen, seine Identität zu demontieren und überhaupt möglichen künftigen Ansprüchen und Chancen der Linken vorbeugend entgegen zu arbeiten.

c) Die an die Wurzeln greifende, unachtsichtige Realisierung dieses Ziels bedarf eines Feindbildes, das im Verlauf und Ergebnis der Entspannungspolitik und der Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten nicht mehr gegeben war - wenn man von rechtskonservativen bis rechtsextremen Gruppierungen und Bestrebungen in der Bundesrepublik absieht. Aus diesem

#### Anmerkungen:

\* Beitrag auf der Tagung „Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schatten der Vergangenheit“, die vom Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. am 22. und 23. April 1994 in der Jugendbegegnungsstätte Weimar-Buchenwald durchgeführt wurde.

<sup>1</sup> Maunz im Dienste des Faschismus und der CSU. Initiator faschistischen Unrechts, prominenter Politiker und Hochschullehrer in Westdeutschland. Eine Dokumentation.

Grunde wird auf die Feindbilder der Kernphase des Kalten Krieges zurückgegriffen. Ein rigid antikommunistisches Bündnis alten Stils formierte sich.

Es sei mit einer Zugabe aus dem reichen Fond zeitgenössischer Realsatire abgeschlossen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung überschrieb am 28. März 1994 einen Bericht über hochschulpolitische Tagungen in Rostock und Halle mit den Worten „Universitäten im Zeichen geistiger Einheit“. Die Erneuerung der Hochschulen in den neuen Bundesländern sei über Erwarten gut gelungen; die Professoren hätten - so der Präsident des Hochschulverbandes, Schiedermaier - ein großartiges Werk vollbracht: „Nirgends sei das Zusammenwachsen zur geistigen Einheit so weit fortgeschritten wie an den vierzehn Universitäten in den neuen Ländern.“ Der eigentümliche Kontrast zu gegensätzlichen Tendenzen außerhalb des akademischen Raumes bleibt unerwähnt. Die eingangs ange deuteten Besonderheiten des Verhaltens deutscher Hochschullehrer bestätigen sich in solcher Beschreibung. Offen bleibt zunächst, ob selbstgerechte Ignoranz oder Wunschdenken oder beides zu Lagebeurteilungen führen, die schließlich unter dem Kapitel Selbsttäuschung abzulegen sind.

Ludwig Elm, Dr. sc.phil., Prof. a.D.,  
lebt in Jena

Hrsg.: Rechtswissenschaftliche Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Verfaßt von G. Haney unter Mitarbeit von L. Elm und G. Baranowski, Jena 1964

<sup>2</sup> Vgl. Michael Stölleis, Theodor Maunz - Ein Staatsrechtslehrerleben, in: Kritische Justiz, 4/1993, S. 393-396; Hanno Kühnert, Maunz raus? In: Die Zeit, 7, 11.2.1994.

<sup>3</sup> Prof. Dr. Rupert Scholz, München, Theodor Maunz zum 90. Geburtstag, in: Neue Juristische Wochenschrift, H. 36/1991, S. 2260 f. Die Würdigung enthält keine einzige kritische Anmerkung zu den zwölf Jahren rechtswissenschaftlicher Dienstleistungen von Maunz für die NS-Diktatur.

<sup>4</sup> Vgl. die daraus hervorgegangene Buchveröffentlichung: Ludwig Elm, Hochschule und Neofaschismus. Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik in der BRD, Berlin 1972

<sup>5</sup> Dirk van Laak, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, Berlin 1993, S. 55

<sup>6</sup> Vgl. Ludwig Elm, Dietrich Heither, Gerhard Schäfer (Hrsg.), Fuxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute, 2. Auflage, Köln 1993

<sup>7</sup> Ludwig Raiser, Wiedereröffnung der Hochschulen - Ansätze zum Neubeginn, in: Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966, S. 181

<sup>8</sup> Otto Bachof, Die „Entnazifizierung“, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965, S. 210

<sup>9</sup> Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt a. M. 1976, S. 216

<sup>10</sup> Aus den Archiven. Arnold Gehlen - Wiederherstellung der Demokratie? In: Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Bonn 1993, S. 131 - 147

<sup>11</sup> Vgl. Gerhard Schäfer, Soziologe und Intellektueller. Über Helmut Schelsky, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1994, S. 755-765

<sup>12</sup> Hannah Arendt, Besuch in Deutschland, o.O. 1993 (1950 by American Jewish Committee) S. 31

<sup>13</sup> Ebenda, S. 32

<sup>14</sup> Ingo Müller, Nürnberg und die deutschen Juristen, in: Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren. Hrsg. von Rainer Eisfeld und Ingo Müller, Frankfurt a. M. 1989, S. 268

<sup>15</sup> Werner Thieme, Die Entwicklung des Hochschulverbandes, in: Im Dienste der deutschen Hochschullehrer. Der Hochschulverband unter Wilhelm Felgentraeger, Göttingen 1969, S. 21 (Schriften des Hochschulverbandes, H. 22). Der Rechtswissenschaftler Felgentraeger steht selbst für die Kontinuität, von der hier gesprochen wird: 1934 Prof. und Kanzler in Freiburg, 1936-1940 Professur in Marburg, danach in Breslau. Dort amtierte er bis 1945 als Dekan, um bereits wieder ab Herbst 1945 in Hamburg einen Lehrstuhl zu besetzen. Von der Gründung des Hochschulverbandes 1950 bis 1968 war er dessen Präsident.

<sup>16</sup> Ernst Nolte, Des kranken Geistes hartes Bett. Ein Kampf um Heidegger: Der Existenz-Philosoph im Pro und Contra zum Nationalsozialismus, in: Die Welt, 22.8.1992

## REAKTION

Ralf Preuß (Berlin):

### Berliner Historiker fordert Wissenschaftler der Humboldt-Universität auf, sein Leben zu erforschen Zum Beitrag Rainer Eckerts, MfS und Hochschulen: Thesen, in: *hochschule ost* 3/94

Erneut legte Herr Dr. Eckert seiner Leserschaft einige Thesen zu seinem und seiner Kollegen an der Humboldt-Universität Dauerthema, dem MfS, vor. Er ist erstaunt darüber, „daß ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs und eine inneruniversitäre Diskussion um ethische Maßstäbe für das Verhalten von Forschern und Universitätslehrern ausblieb.“<sup>1</sup> Die Frage nach den Ursachen des „Schweigen(s) der ehemaligen Mitarbeiter des MfS“<sup>2</sup>, der „Wagenburgmentalität“<sup>3</sup> der Ost-Wissenschaftler an der Humboldt-Universität 1991/92, der sogenannten 'Parteisolidarität' bei ehemaligen SED-Mitgliedern und des „Desinteresse(s) breiter Kreise einer zunehmend entpolitisierten Studentenschaft“<sup>4</sup> stellt er sich erst gar nicht, sondern erklärt „Die Auseinandersetzung mit der Verstrickung der ostdeutschen Forschung und universitären Lehre in die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit“ für „gescheitert“<sup>5</sup>. Statt einer Analyse der Ursa-

chen schlußfolgert er: „Diese vornehme Indifferenz muß ein Ende haben.“<sup>6</sup>

Die Frage nach den Ursachen für die Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Mitglieder des Unabhängigen Historikerverbandes, die Strukturen des Unterdrückungsapparates der ehemaligen DDR und seiner Verflechtung mit der Intelligenz aufzudecken einerseits und den bisher erreichten Ergebnissen, dem Schweigen der Mitarbeiter des MfS, der Wissenschaftler usw. andererseits muß man m.E. vor allem mit der Art und Weise der Aufarbeitung dieses Themas beantworten. Jeder, der sich offen zu früheren Verstrickungen bekennen würde, über eventuelle Irrtümer und Fehlverhalten in der Vergangenheit öffentlich diskutierte, sein Verhalten in der ehemaligen DDR mit damaligen Überzeugungen zu erklären versuchte und eine ehrliche Veränderung anstrebte, beginge damit sozialen Selbstmord. Er

würde von den Opfern und einigen selbst-ernannten Moralaposteln aus den alten und neuen Bundesländern in der Luft zerrissen. Die Debatte um diesen Teil der DDR-Vergangenheit ist emotional noch so aufgeladen und wird von bestimmter Seite politisch zur Verdrängung linker intellektueller instrumentalisiert, daß mir das Schweigen der Betroffenen sehr verständlich scheint.

Außerdem stellt sich mir die Frage, wer da nach „Grundanforderungen an persönliche(...) Integrität, Glaubwürdigkeit und Redlichkeit“ fragt, wer über „moralisch angemessenes Verhalten“, über „Die grundsätzliche Bedeutung von Verrat und Denunziation für eine akademische Lehr- und Forschungsgemeinschaft“<sup>7</sup> entscheiden will. Herr Eckert gehört zu einer kleinen Gruppe Historiker, die für das Wintersemester 1972 und das Frühjahrssemester 1973 aus politischen Gründen von der Humboldt-Universität relegiert wurden, um nach einer „Umerziehung in der Praxis“ nach einjähriger Unterbrechung ihr Studium fortsetzen zu dürfen. Eine solche Verfahrensweise ist unbestritten verabscheuungswürdig und die Verantwortlichen sollten sich dafür entschuldigen bzw. ihr damaliges Verhalten erklären.

Jedoch hatte Herr Eckert genau wie sein damaliger Kommilitone und jetziger Kollege, Herr Dr. Stefan Wolle, nach dem Studium eine Anstellung an der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR erhalten, wo sie sich ausschließlich der Forschung widmen konnten und promovierten. Sie kamen auf diesem Umweg doch noch in die - auch im Vergleich zur Wissenschaftslandschaft der Bundesrepublik privilegierte -

Position, daß sie Wissenschaft auf Lebenszeit betreiben konnten.

Nach vollzogener politischer und juristischer Vereinigung beider deutscher Staaten und der damit verbundenen „Abwicklung“ (ein völlig unzutreffendes Wort, das die Entlassung Tausender Menschen offenbar nur verschleiern soll) holte der neue Direktor des Institutes für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität, der ehemals in Freiburg lehrende Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Eckert, Wolle und Herrn Dr. Armin Mitter (alle Mitglieder des nach der „Wende“ gegründeten Unabhängigen Historikerverbandes der DDR) als Assistenten zu sich.

Ihren ersten Auftritt hatten diese jungen Wissenschaftler auf der ersten Personalversammlung des Institutes, die der neue Direktor einberief. Eckert, Wolle und einige andere holten zum ersten Schlag gegen ihre damaligen Peiniger aus. Sie prangerten ihre Relegation an und machten die Verantwortlichen dafür namhaft. Einige von diesen entschuldigten sich für ihr früheres Verhalten, andere erklärten, wie Prof. Dr. Kurt Pätzold, aus damaliger Überzeugung gehandelt zu haben. Bis hierher ist mir die Sache noch völlig verständlich. Erduldetes Unrecht mußte angesprochen und nicht „unter den Teppich gekehrt“ werden.

Später wurde jedoch klar, Ziel bereits dieses Auftritts war die Entlassung dieser Ost-Professoren. Kurt Pätzold traf die Logik der neuen politischen Entwicklung als ersten. Er wurde von der Struktur- und Berufungskommission des Instituts für Geschichtswissenschaften als persönlich ungeeignet nicht zur Weiter-

beschäftigung empfohlen. Da man ihm keine fachlichen Fehler anlasten konnte, diente sein damaliges Engagement bei der Relegation von Eckert und dessen Kommilitonen als geeigneter Vorwand, ihn von der Universität zu entfernen. Andere Kollegen konnten zwar nicht auf Grund der Aussagen von Eckert und den anderen von Relegation Betroffenen entlassen werden, aber es fanden sich andere Wege.

Seitdem sitzen Eckert, Wolle, Mitter und andere über den personenbezogenen Akten zur Geschichte des Instituts für Geschichtswissenschaften sowie anderen relevanten Materialien und suchen offenbar nach Möglichkeiten, sich für ihnen früher angetanes Unrecht zu rächen. Dabei dürften sie inzwischen selbst gemerkt haben, für welche Zwecke der neuen Machthaber sie ihre berechnete Wut über früheres Unrecht haben instrumentalisiert, denn ihre jetzt viel weiter reichenden Forschungen erfolgen unter dem Deckmantel, angeblich die „Strukturen geheimdienstlicher Unterwanderung“<sup>8</sup> offenzulegen.

Diese Dinge, besonders aber die Geschichte des Widerstandes „und vor allem die Opposition verschiedener studentischer Gruppen“,<sup>9</sup> zu ihrem Forschungsgegenstand zu machen, fordert Eckert nun auch andere Kollegen der Humboldt-Universität auf, die sich darauf, „als unverzichtbaren Teil ihrer Tradition besinnen“<sup>10</sup> sollen. Es scheint mir jedoch nicht verwunderlich, daß viele neuberufene Professoren (zum überwiegenden Teil aus den alten Bundesländern) sich an dieser Art Aufklärung der „Vergangenheit der eigenen Alma mater“ nicht beteiligen wollen. Das ist nicht

„ignorantes Verhalten“<sup>11</sup>, wie Eckert ihnen vorwirft, sondern nur angemessene moralische Reaktion auf die Art, wie diese Aufarbeitung betrieben wird.

Ein interessanter Punkt bei der Bewertung „moralisch angemessenen Verhalten(s)“ ist das Erstellen von „Gutachten von Universitätsmitarbeitern (so auch der Humboldt-Universität) für die Staatsanwaltschaften der DDR in politischen Verfahren und für die Literaturzensur“<sup>12</sup>. Wieder wundert sich Eckert, daß diese bisher kaum zur Sprache gekommen seien, anstatt als Historiker die Quellen zu studieren und eine Analyse des Materials vorzulegen, über die man dann auch inhaltlich streiten könnte. Statt dessen finden sich bei Eckert und seinen Mitstreitern für die Aufarbeitung der Geschichte der Unterdrückungsorgane der ehemaligen DDR immer die gleichen langweiligen Moralappelle, wer sich an der Aufarbeitung der Geschichte der DDR nicht beteiligen dürfe usw. Das verhärtet nur die alten Feindbilder des Kalten Krieges, führt in der eigentlichen Aufarbeitung aber keinen Schritt weiter, eben weil nicht über Quellen und ihre Auswertung sachlich und wissenschaftlich diskutiert werden kann, sondern nur in der politischen Konfrontation.

Zum Thema Gutachten möchte ich Herrn Eckert, falls es ihm an Fakten mangelt, gern ein Beispiel aus eigenem Erleben liefern. Der von Erlangen an die Humboldt-Universität berufene Historiker und „profunde Kenner“ des Marxismus, Herr Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig, erstellte zu meiner „Evaluation“ ein Gutachten, das vor dem Arbeitsgericht eine entscheidende Rolle spielte. Hardtwig begutachtete vor allem meine damals sechs

Jahre alte Dissertation, eine Biographie. Neben vielen anderen falschen Behauptungen schreibt Hardtwig zur marxistischen Theorie über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte: Ansatz der „reflektierteren marxistischen Geschichtswissenschaft“ sei, „das Sein bestimme das Bewußtsein, Persönlichkeit und Handeln des Menschen erklärten sich primär aus den gesellschaftlichen (vor allem den Produktions-) Verhältnissen...“<sup>13</sup>

Eine solche Auffassung vom Marxismus geißelte Friedrich Engels schon 1890 in einem Brief an Joseph Bloch als vulgär. „Nach materialistischer Geschichtsauffassung“, schrieb Engels, „ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens... Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzig* bestimmende, so verwandelt er jeden Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase.“<sup>14</sup>

Hardtwig meinte, ich hätte die allgemeinen Lebensumstände der zu untersuchenden Persönlichkeit stärker in den Mittelpunkt rücken müssen. Dazu schrieb Ernst Engelberg, der mit seiner Bismarck-Biographie wohl zu den Vertretern der reflektierteren marxistischen Geschichtswissenschaft zu rechnen ist: „Eins steht fest: Wenn wir nicht willens oder nicht imstande sind, die historische Persönlichkeit in den Mittelpunkt der Darstellung zu stellen und viele Fragen nach dem Allgemein-Sozialen von diesem Mittelpunkt her zu sehen, dann ist eine Biographie sinnlos.“<sup>15</sup>

Ich wurde im Oktober 1992 aus dem

Institut für Geschichtswissenschaften entlassen, vermutlich unter anderem, weil ich die moralische Angemessenheit des Verhaltens der Herren Wolle, Eckert und Mitter in Zweifel zog. Herr Dr. Wolle erklärte zum Abschluß der schon erwähnten ersten Personalversammlung des Instituts für Geschichtswissenschaften unter Leitung von Herrn Prof. Dr. Heinrich August Winkler öffentlich, daß er sich durch meine Frage nach der Art des ihnen früher angetanen Unrechtes (ich hatte mein Studium erst 1977, also nach der Zeit von Eckert und Wolle an der Humboldt-Universität, begonnen) „öffentlich angepinkelt“ fühle. Wichtigstes Hilfsmittel dieser Relegation aus politischen Gründen, wie ich die Sache sehe, war das Gutachten von Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig. Leider wurde ich nicht, wie seinerzeit Eckert, Wolle u.a., nach einem Jahr wieder eingestellt oder an der Akademie beschäftigt, sondern in das soziale Abseits gedrängt. Meinen Beruf als Historiker werde ich in Zukunft wohl nie wieder ausüben können.

Das ist m.E. auch das eigentliche Ziel der Aufarbeitung der Geschichte der DDR durch den Unabhängigen Historikerverband u.a., „der wir uns gemeinsam zu stellen haben“<sup>16</sup>, wie Eckert meint. Es geht nur um einseitige Schuldzuweisungen, um das Verdrängen von Historikern und anderen Wissenschaftlern der ehemaligen DDR aus diesem Prozeß.<sup>17</sup> Da muß man sich wirklich nicht über ein Schweigen oder eine Wagenburgmentalität wundern. Eine ehrliche Aufarbeitung kann unter diesen Umständen wohl kaum geleistet werden. Eine ernsthaft wissenschaftliche und allen politischen Denkrichtungen gerecht werdende Geschichtsaufarbeitung muß von allen be-

teiligten Seiten kritisch und selbstkritisch geleistet werden. Es darf auch keine Seite vorher von dieser Aufarbeitung ausgeschlossen werden. Nur so kommen wir zum bitter nötigen, von Emotio-

nen weitgehend freien, wissenschaftlichen Meinungsstreit.

Ralf Preuß, Dr. phil., ist zur Zeit als ABM-Kraft beschäftigt

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Rainer Eckert, MfS und Hochschulen: Thesen, in: *hochschule ost* 3/94, S. 84
- <sup>2</sup> ebenda, S. 85
- <sup>3</sup> ebenda, S. 84
- <sup>4</sup> ebenda, S. 85
- <sup>5</sup> ebenda, S. 84
- <sup>6</sup> ebenda, S. 86
- <sup>7</sup> ebenda, S. 84
- <sup>8</sup> ebenda, S. 85
- <sup>9</sup> ebenda, S. 87
- <sup>10</sup> ebenda
- <sup>11</sup> ebenda, S. 85
- <sup>12</sup> ebenda, S. 84
- <sup>13</sup> zitiert nach dem Brief des Rechtsanwaltes Rüdiger Sternagel an das Arbeitsgericht Berlin vom 28.01.93, S. 14
- <sup>14</sup> Marx, Karl/ Engels, Friedrich, Werke, Bd. 37, Berlin 1974, S. 463
- <sup>15</sup> Engelberg, Ernst, Forschung und Darstellungsprobleme einer Bismarck-Biographie, in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gesellschaftswissenschaften, Berlin 1984, S. 12
- <sup>16</sup> Eckert, in *hochschule ost* 3/94, S. 86
- <sup>17</sup> Wie dieser Verdrängungsprozeß an der Humboldt-Universität abließ, zeigt besonders deutlich der Aufsatz von Marion Höppner und Gisela Petruschka, Die neugeordnete Humboldt-Universität zu Berlin. Ein Versuch der Aufklärung politischer Hintergründe, in: ebenda, S. 55-83

## Soziologie in der DDR

### Erfahrungen mit einer erodierten Disziplin

Zum Weltkongreß der Soziologen 1990 in Madrid reiste eine kleine Delegation der im Februar 1990 gegründeten "Gesellschaft für Soziologie in der DDR" an, nachdem zuvor diese Gesellschaft sich bei der International Sociological Association (ISA) vorgestellt hatte, um Mitgliedschaft warb und mitteilte, daß sie die Nachfolge des sogenannten National-Komitees für Soziologische Forschung antrete, das als eine halbstaatliche Briefkastenfirma die DDR-Soziologen seit Jahrzehnten international repräsentierte. Dieses National-Komitee gab es nur auf dem Papier, tatsächlich wurden die DDR-Soziologen von einem Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung "vertreten"; faktisch war dieser ein von der Parteiführung eingerichtetes zentrales Lenkungsorgan, in welches die Mitglieder vom Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED berufen wurden.

Im Juli 1994 fand der jüngste große ISA-Kongreß in Bielefeld statt. Auf dem Markt ist seit Mai eine Präsentation des Vorstands der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, herausgegeben von Bernhard Schäfers, Karlsruhe, mit dem Titel "Sociology in Germany". Einer der 15 Beiträge ist betitelt "Soziologie in der DDR" und kann gelesen werden als ein Nekrolog, eine unwiderrufliche Verabschiedung von den ISA-Kollegen, die indes faktisch längst vollzogen ist, denn nicht nur die besondere Art des Forschens in der ostdeutschen Gesellschaft,

wie sie sich seit etwa 1960 unter schwierigen Umständen herausgebildet hatte, gibt es nicht mehr, es gibt dieses ganze Forschungsobjekt, die DDR-Gesellschaft, nicht mehr. Und es gibt schon seit 1992 keine korporative internationale Aktivität der ostdeutschen Soziologen-Profession mehr.

Die Gesellschaft für Soziologie in Ostdeutschland, im Februar 1990 gegründet, hatte per 31. Dezember 1992 ihre Tätigkeit eingestellt. Von ihrer Klientel, die mit etwa 500 wissenschaftlich graduierten (promovierten, habilitierten) Angehörigen und weiteren etwa 500 Berufsgenossen das alles betrieben hatte, sind noch zwischen 50 und 70 als Beschäftigte in mit öffentlichen Mitteln geförderten Institutionen beschäftigt. Es mögen mehr als 300 sein, die in intermediären Verbänden, "freien" Gründungen, wissenschaftlichen Gesellschaften und Vereinen soziologischer Forschung oder soziologie-naher praktischer Tätigkeit nachgehen. "Frei" sind sie im doppelten Sinne, auch in dem, daß sie frei sind von Verpflichtungen, die sich aus einem festen Einkommen ergeben. Ihr allmähliches Ausblenden aus der deutschen Wissenschaftslandschaft ist irreversibel.

Öffentliche Förderung und Sponsoren zu gewinnen, sozialwissenschaftliche Projekte marktwirtschaftlich zu verwerten, wird schwieriger und schwieriger. Die DDR-stämmige Profession bröckelt zusammen. Es gibt also Grund genug,

mit Blick auf die deutsche Soziologenschaft und ihre Wahrnehmung in der Welt, von einer abgeschlossenen Episode in der Geschichte der deutschen Soziologie zu sprechen.

Nun hat sich unter deutschen Soziologen die Auffassung, daß man dies alles möglichst schnell weglagt und vergißt, nicht durchgesetzt. Schon auf dem 5. Soziologie-Kongreß im Februar 1990 in Ost-Berlin und auf dem 25. Deutschen Soziologentag in Frankfurt am Main im Oktober desselben Jahres konnte man deutlich folgenden Dissens ausmachen: Die einen, die mit der Erwartung die Ostdeutschen begrüßten, daß diese ihre in sicheren Schubladen liegenden, in Opposition zum DDR-Regime geschriebenen Manuskripte herausnehmen und ebenso schonungslos mit der Vergangenheit abrechnen werden, wie sie sich kreativ den Anforderungen der Zukunft zuwenden würden, und die vielen anderen, die da völlig nihilistisch gestimmt waren und fragten, was soll aus der jahrzehntelangen absurden partei-ideologischen Überfremdung anderes folgen als absurde Texte? Was wird den Leser aus dem Westen erwarten außer Peinlichkeit und Langeweile?

Der Grundton wurde jedoch allmählich bestimmt von Sichtweisen, denen nicht an Aus- und Abgrenzung gelegen war, schon gar nicht auf den Gebieten von Wissenschaft und Forschung, in welchen, verknüpft mit gründlicher Umwandlung und Erneuerung, Vereinigung und Fusion als notwendig, machbar und unerlässlich erschienen. Zudem hatten wohl die meisten der auf westlicher Seite Betroffenen das sichere Gefühl, wenig oder nichts oder nichts Zuverlässiges über Soziologie in der DDR zu wissen. So

begann eine lange Reihe von Unternehmungen, die DDR-Soziologie auf ihre Denkstruktur, ihre Entwicklungsgeschichte und auf ihre personelle wie konzeptionelle Substanz zu erkunden. Das gewissermaßen erste und letzte Wort hatte M. Rainer Lepsius, an dessen vielgelesene und zitierte Artikel in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie hier nur erinnert werden soll (Heft 2/ 1990, Heft 1/1991 und "Zum Aufbau der Soziologie in Ostdeutschland" ebenda, Heft 2/1993).

Während des 25. Deutschen Soziologentages hatte die Gesellschaft für Soziologie der DDR (GfS) zu einem Soziologentag nach Leipzig eingeladen, der im Mai 1991 stattfand. Er sollte dem besseren Kennenlernen dienen. Mit 700 Teilnehmern, paritätisch aus West und Ost zusammengesetzt, darunter 120 Professoren aus westdeutschen Ländern, wurde diese Offerte von der Profession angenommen. Das Kongreß-Protokoll liegt, als ein Zeitdokument deutscher Soziologie im Vereinigungsprozeß, 1.600 Seiten stark, vor.

Eine Art Generalprobe dieser denkwürdigen Zusammenkunft war die von der GfS und von der Theorie-Sektion der DGS im Dezember 1990 in Ost-Berlin veranstaltete Theorie-Konferenz. Wenige Wochen später nahmen die Gründungskommissionen für die Erneuerung der Soziologie in den ostdeutschen Ländern ihre Arbeit auf. Wissenschaftsrat und andere Gremien begannen mit der Evaluierung. Man trennte sich aus Gründen fachlicher Nichteignung von diesem und jenem, aber im Saldo überwog die positive Überraschung - und verbreitet war das Bedauern, nicht alle, die als Persönlichkeit und als Fachkraft eine

wissenschaftliche Zukunft hätten haben sollen, eine Stelle geben zu können. Es wurde kein Fall bekannt, daß jemandem aus politischen Gründen die persönliche Integrität hätte abgesprochen werden müssen, nicht an den Universitäten mit ihrer geringen Personalausstattung (das Soziologie-Institut der Humboldt-Universität hatte als einziges fast 30 Mitarbeiter), nicht an den großen Instituten der außeruniversitären Forschung, wo der eigentliche Schwerpunkt der DDR-Soziologie lag (was bis heute, wie neuere Veröffentlichungen zeigen, nicht genug bekannt ist). Viele aber sind, das muß der Wahrheit wegen angemerkt werden (der seinerzeitige Wissenschaftsrats-Vorsitzende Dieter Simon hatte es übrigens schon ausgeführt), an den Restriktionen der Landesregierungen gescheitert – nicht an fachlichen, nicht an politischen Gründen, sondern an Geldmangel und Vorurteilen.

Sicher wird man erwarten, daß ein Blick auf den Anfang gelenkt wird. Dies scheint um so dringlicher, als man über ihn immer noch falsch unterrichtet ist. Die DDR-Soziologie leitet sich nicht aus dem Politbürobeschuß vom Sommer 1964 ab, sondern aus einem langen Selbstverständigungsprozeß von reformorientierten Gesellschaftswissenschaftlern und Philosophen nach dem Chruschtschowschen Antistalin-Parteitag, der 1956 stattfand. Parallel zu der hartnäckigen Diskussion über Jürgen Kuczynskis Artikel "Über soziologische Gesetze", in der Moskauer Voprossi filosofii 1957 veröffentlicht, wurden zwischen 1958 und 1960 in Leipzig und Berlin die ersten empirischen Untersuchungen durchgeführt.

Es bildeten sich an beiden Universitäten

stabile soziologische Arbeitsgruppen und regionale Kommissionen für soziologische Forschung. Von Anfang an war an Expansion gedacht. Bald wurden regional übergreifende Konferenzen durchgeführt, wo sich die Pioniere der neuen Profession versammelten: in Prieros (1962), Berlin (1963) und Merseburg (1964). Das Politbüro gab grünes Licht, diese als bürgerliche Scheinwissenschaft bislang schlecht beleumdete Soziologie an allen wichtigen akademischen Orten zu etablieren. Das erschien vielen ideologischen Saubermännern als höchst bedenklich und blieb ihnen immer ein Stein des Anstoßes. Argwöhnisch gezielte Förderung und ideologische Disziplinierungen wechselten einander ab.

Blicken wir auf das Ergebnis, so müssen wir Aktiva und Defizite auflisten. Wie schon angedeutet, zählte zu den wichtigsten Aktiva ihre bloße Existenz. Sie war eine andere Art sozialwissenschaftliches Denken als die etablierten Fächer der reinen Lehre. Auch sie war auf die Sowjetwissenschaft verpflichtet, aber auch die sowjetische Soziologie war eine andere Art, wissenschaftlich zu denken, als was sonst aus der Feste des Realsozialismus die Bruderländer erreichte. Ganz zu schweigen von den Soziologen in Polen, Ungarn und der CSSR. Nein, nicht zu schweigen, es wäre höchst verdienstvoll, am historiographischen Detail darzustellen, was DDR-Soziologen dort an Verbindungen zur internationalen Szene der Profession erfahren haben – an Begegnungen, Anregungen, Ermutigungen, Horizonterweiterung.

Unter den Aktiva wären zuerst zu nennen, was als der professionelle Bestand der DDR-Soziologie zu gelten hat. Das sind vor allem die Viten von etwa 500

wissenschaftlich tätigen Forschern, Autoren, Hochschullehrern, letztere in fataler Minderzahl. Das sind sodann die umfangreichen Resultate von etwas mehr als 30 Jahren sozialwissenschaftlicher Forschung, diversifiziert in etwa 20 hauptsächliche Zweigdisziplinen und einer nicht abzählbaren Menge differierender Arbeitsrichtungen.

Jürgen Friedrichs (Köln) hat beim de Gruyter-Verlag einen Band mit der Bibliographie von 1.500 Dissertationen zu Themen der DDR-Soziologie veröffentlicht, ohne Vollständigkeit. Nicht alle Autoren übrigens bezeichneten sich als Soziologen. Man kann an dieser Literatur nachvollziehen, in welchem großem Umfang Soziologie als eine Komponente der Interdisziplinarität präsent war.

Zum Bestand der DDR-Soziologie gehörte ferner ihre institutionelle und ihre zweigdisziplinäre Struktur. Den ersten Erfolg institutioneller Festigung erzielte in den späten 50er Jahren die Gruppe an der Universität Leipzig, die Robert Schulz und Herbert Wolf gründeten. An der Humboldt-Universität zu Berlin bildeten sich in den frühen 60er Jahren zwei Gruppen: in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät unter Kurt Braunreuther mit Helmut Steiner, Manfred Puschmann, Horst Berger; bei den Philosophen an der Berliner Universität war Erich Hahn der Hauptakteur (Hahn baute danach das soziologische Institut der späteren Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) auf und leitete von dort aus von 1968 bis 1971 den "Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung".

Erst 1978 entschloß man sich an der Humboldt-Universität, diese beiden un-

terschiedlich profilierten Abteilungen zu einem leistungsfähigen Universitätsinstitut für Soziologie zu vereinigen, das zunächst Aßmann, später Arthur Meier führte. Diese Gründung war dann in den 80er Jahren sehr erfolgreich. Das (Ost-) Berliner Universitätsinstitut vertrat ein breites Fächerspektrum; in den 80er Jahren gewann es Profil durch die Rezeption zeitgenössischer "nichtmarxistischer" soziologischer Theorien.

Die Braunreuther-Gruppe – zunächst, wie erwähnt, mit Helmut Steiner und Manfred Puschmann an der Humboldt-Universität – wurde 1964 von der Akademie der Wissenschaften (AdW) übernommen. Sie wurde schnell durch größere empirische Arbeiten (zu Themen der Industrie-Soziologie – "Fluktuationsforschung", der Organisations-Soziologie und der Sozialstruktur) auch international bekannt. Nachdem von dort einige Jahre ein weitreichender Einfluß auf die Herausbildung der DDR-Soziologie ausging, geriet sie 1968/69 in einen ideologischen Hinterhalt. Steiner ging – Flucht nach vorn – für zwei Jahre nach Moskau. Braunreuther wurde auf eine hauptamtliche Gewerkschaftsfunktion an der Akademie der Wissenschaften verpflichtet.

Zur ideologischen Quarantäne wurde 1969 der Überrest der Gruppe an das Philosophische Institut der AdW angegliedert. Bis 1974 kam es danach aber doch zu einem bedeutenden kapazitiven und konzeptuellen Neuaufbau, wobei unter anderem die umfangreichsten sozialstrukturellen Untersuchungen in der DDR durchgeführt wurden. Manfred Lötsch (in Ko-Autorenschaft, er war bereits ins ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften verpflichtet worden) und der Autor konzipierten und leiteten diese

Unternehmungen. Das Ziel war ein sozialstrukturelles Porträt der DDR-Gesellschaft; offiziell, des Status ihrer sozialen Homogenität, de facto aber, in reziproker Lesart, kam eine Analyse ihrer sozialen Differenziertheit heraus.

Im Jahre 1974 fanden diese Arbeiten dann jedoch das unveröhnliche Mißfallen dogmatischer und intriganter Philosophen, die leider Unterstützung durch führende Mitglieder des "Wissenschaftlichen Rats für soziologische Forschung" erhielten. Die Abteilung Soziologie wurde aufgelöst. Erst nach 1978 konnte an der AdW unter der Leitung des über Sozialpolitik arbeitenden Professors Gunnar Winkler mit der Gründung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik (ISS) erneut eine leistungsfähige soziologische Forschung an der Akademie fortgesetzt werden. Fünf Jahre Stillstand, Irritationen, Diffamierungen.

Die Gründung unter Winkler hatte Bestand bis zur Abwicklung im Zusammenhang mit der Auflösung aller Institute der Akademie der Wissenschaften 1991. Bis zuletzt arbeiteten dort etwa 50 wissenschaftliche Mitarbeiter. Es fand eine bemerkenswerte Konzentration von erfahrenen Soziologen und begabtem Nachwuchs statt. Die Liste produktiver Autoren war lang, was beispielsweise aus den zehn Jahrbüchern für Soziologie und Sozialpolitik des Instituts und aus den ca. 30 Heften (etwa 6.000 Seiten) der Schriftenreihe "Soziologie und Sozialpolitik" leicht zu rekonstruieren ist. Es ist unmöglich, die Vielzahl der bearbeiteten Themen - auch nicht auszugsweise - hier vorzustellen.

Von der DDR-Führung seit Ende der 60er Jahre besonders gefördert wurde

der Soziologische Lehrstuhl im ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften, später Institut für Soziologie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Es profilierte sich besonders unter Erich Hahn in den frühen 70er Jahren und entwickelte sich - personell und technisch - zum bestausgestatteten Soziologie-Institut in der DDR, das trotz seiner präferenten politischen und ideologischen Einbindung produktiv und anspruchsvoll, in eine Reihe selbständiger Arbeitsrichtungen differenziert, empirisch forschte. Diese schwierige Gratwanderung durchzustehen war das Professionsverständnis des auf Hahn folgenden langjährigen Direktors Rudi Weidig. Es gab dort exzellente Leute wie Manfred Lötsch, Albrecht Kretschmar, Frank Adler, Siegfried Grundmann u. a. Man nutzte auch zielstrebig die Sonderstellung, die diesem Institut für das postgraduale Studium der Soziologie zugemessen worden war.

In Leipzig wurde 1966 das über lange Zeit größte soziologische Institut in der DDR, das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ), gegründet, Wirkungsstätte eines Teams international bekanntgewordener Jugendforscher (mit ca. 60 wissenschaftlichen Mitarbeitern) unter der Leitung seines langjährigen Direktors Walter Friedrich. Die Liste seiner erfolgreichen Autoren ist lang, am bekanntesten waren sicher Kurt Starke, Barbara Bertram und Leonhard Kasek.

Die empirischen Unternehmungen waren einzigartig in ihrem Ausmaß und ihrer Systematik, insbesondere durch langfristig durchgehaltene Zeitreihen über den Sozialstatus und das Sozialverhalten von Schülern, Lehrlingen und Studenten. Leider gelang es 1990 nicht,

diese Forschungsstätte von europäischem Rang nach ihrer äußerst rigoros betriebenen Auflösung 1990 wenigstens in ihrem Kern zu erhalten. Die vom Münchener Deutschen Jugend-Institut in Leipzig eingerichtete kleine unselbständige Nachfolgegründung kann das frühere Format weder fortsetzen noch bewahren.

Es existierten an fast allen Universitäten und Hochschulen soziologische Gruppen (in Jena das renommierte Institut für Sozialpsychologie, das Manfred Vorwerk und Hans Hiebsch geschaffen hatten), deren Bedeutung wir hier leider nicht gerecht werden können. Einen großen Raum nahm die medizinsoziologische Forschung und Lehre ein. Geforscht wurde zu Problemen der Umwelt (Horst Paucke), der Bevölkerungsentwicklung (Wulfram Speigner, Parviz Khalatbari, Kurt Lungvitz), es gab eine engagierte Frauenforschung, eine Soziologie des Bildungs- und des Hochschulwesens, Wissenschaftssoziologie, eine Agrarsoziologie, disloziert auf verschiedene Standorte, Soziologie der Stadt und des Bauwesens in Berlin und Weimar, Sportsoziologie und eine Soziolinguistik. Unmöglich, dieser Aufzählung einigermaßen Vollzähligkeit zu sichern.

Zu den Defiziten der DDR-Soziologie gehörte neben der mangelhaften Ausstattung mit internationaler und soziologiegeschichtlicher Literatur und mit renommierten Zeitschriften die äußerst schwache theoretisch-konzeptionelle Entwicklung. Versuche zu selbständigen disziplinären Paradigmen hat es, gehäuft in den 60er Jahren, in durchaus achtbarem Umfang gegeben, aber die Situation für ihr Gedeihen war durch eine lückenlose ideologische Restriktion aussichtslos.

So waren empirische Unternehmungen mit operationalen Theorien (oder Konzeptionen) ad hoc, d. h. mit kurzer oder "mittlerer Reichweite" zumeist methodenorientiert, vorherrschend. Eine der Voraussetzungen, das Wirken der DDR-Soziologen zu verstehen, besteht noch immer darin, die DDR-Gesellschaft nicht mit dem herrschenden repressiven politischen System zu identifizieren, wenn es auch enge Zusammenhänge zwischen beiden gab. Es zeigt sich jetzt, fünf Jahre nachdem der Umsturz der Gesellschaften vom sowjetischen Typus begonnen hatte, wobei die Ostdeutschen historisch vorangingen, daß es unerlässlich ist, das Wesen, das Funktionieren dieser Gesellschaften "jenseits" ihres politischen Diktatorsystems zu verstehen. "Jenseits", i.e. was diese Gesellschaften in ihrem zivilen Alltag darstellten.

Es ist ein folgenschwerer Irrtum, der aus parteipolitischen Gründen immer wieder medienträchtig erneuert wird, anzunehmen, daß der Alltag für 17, 16 Millionen Menschen hirnlöse politische Pression war. (Die DDR als alltäglicher kollektiver Gesamtknast.) Ganz zu schweigen von den mehr als 400 Millionen Bewohnern der Länder des RGW-Systems, die in analogen Verhältnissen lebten. Eine solche Optik ist für das Verständnis der "Lage im Osten" äußerst schädlich.

So wurde, "trotz alledem", in der DDR die bestehende Gesellschaft, die objektiv eine Industrie-Gesellschaft besonderer Art war, nicht mehr, aber auch nicht weniger, was immer die herrschende Ideologie darüber verkündete, zum Objekt empirischer soziologischer Forschung gemacht. Der doktrinäre Geschichts-Finalismus, der gefordert wurde

de, und die irrealen politischen Zielprojektionen der Parteiführung behinderten allerdings die normale wissenschaftsintroverse Gestaltung der Forschungsthemen und ihre Durchführung nachhaltig.

Was wirklich war für die DDR-Soziologie, das war die DDR-Gesellschaft (die für viele Jahre stabil und zukunftssträftig schien) und ihre besonderen Funktionsprinzipien. Wirklich war der Lebensalltag von 17 Millionen Deutschen, dessen Items, Fasern und Netzwerke in soziologischen Begriffen und Metriken abzubilden das Geschäft der Profession war, nicht jenseits, sondern innerhalb der herrschenden Leitbilder einer zukunftsichernden Gesellschaftsgestaltung.

Die DDR-Soziologie war durchsetzt vom sowjet-russischen sozialwissenschaftlichen Verständnis, das der Stalinzeit entstammte, majorisiert von den Dogmen des sogenannten Marxismus-Leninismus, der - bei Lichte besehen - keine wissenschaftliche Synthese von Marx und Lenin war, sondern eine Sammlung äußerst vereinfachter Postulate über einen, wie man meinte, gerade jetzt und akut sich verwirklichenden geschichtlichen Finalismus. Es wurde vorausgesetzt, daß die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus weltweit erfolgreich im Gang sei und die Grundlagen einer kommunistischen (klassenlosen, sozial homogenen) Gesellschaft sich zügig herausbilden.

Nun hätte gerade diese Geschichtsoptik, sollte man meinen, mit dem Interesse von Soziologen, den gesellschaftlichen Wandel und das Netzwerk sozialer Verhältnisse exakt abzubilden und kri-

tisch zu durchleuchten, übereingehen können. Die Crux bestand aber darin, das Fortschreiten auf dem Wege "sozialistischer Umgestaltungen" positiv darzustellen, bestehende Probleme nicht gänzlich auszuklammern, aber in immer neuen Variationen den Triumph und die Unfehlbarkeit der SED-Führung auszumalen.

Für das theoretische Denken war charakteristisch, daß Gesellschaft nicht empirisch-soziologisch erklärt werden durfte, sondern als "gesetzmäßige Entwicklung" der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen (unter der "vorausschauenden Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei") darzustellen war. Diese Verhältnisse wurden vollständig hypostasiert: Ungeachtet aller Unvollkommenheiten der Gesellschaft waren "ihre Menschen" auf umfassendste Weise im Prozeß schöpferischer Selbstverwirklichung begriffen. Arbeit im Sozialismus war als Gemeinschaftsarbeit schöpferisch per se, das Leben im Sozialismus war ein steter Zustand der Vervollkommnung und der Verwirklichung von produktiven Interessen.

Entsprechend wimmelten die Texte der Gesellschaftswissenschaftler von Formulierungen, die einen im Prinzip vollkommenen Zustand der Übereinstimmung von individuellen und gesellschaftlichen Zielen und Bedürfnissen unterstellten - und zwar als Charakterisierung der Qualität dieser Beziehungen. Lediglich in einzelnen Zusammenhängen wurden Widersprüche zwischen qualitativem Wesen und realer Erscheinung akzeptiert, allerdings als umständebedingte, vorübergehende Entwicklungsdefizite.

Das gnoseologische Paradoxon bestand darin, eine Dualität von qualitativer Vollkommenheit der Totale bei Zulassung defizitärer Zustände in Einzelphänomenen (eine pervertierende Anwendung des Marx-Hegelschen Widerspruchs zwischen Wesen und Erscheinung) zu konstruieren, die das theoretische Grundmuster in allen Auslassungen über die Beziehungen zwischen Individuum, Gemeinschaft und Gesellschaft bildeten. Die Soziologie hatte zu propagieren, was den ganzen Rechtfertigungstheorien in den poststalinistischen Systemen zugrundelag: Die Behauptung, daß hinter den teilweise erschreckenden Defiziten und Fehlentwicklungen dieser Gesellschaften auf dualistische Weise ihre qualitative Vollkommenheit gegeben war.

Dieses qualitativ Andere, Vollkommene zu erkennen, sei nichts als Gedankenarbeit, zu leisten durch eine richtige Einstellung: Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse war die Aufgabe, das im Prinzip schon gegebene vollkommene Wesen in der Realität reiner auszuprägen. Das war Hegels Dualismus von den realen Dingen und der absoluten Idee, die sich in ihnen verwirklicht und soweit es Hegel war, war die Säkularisierung eines religiösen Prinzips unverkennbar. Dieser Vorhalt wurde dem Marxismus bekanntlich oft gemacht.

Und: Nirgends war das Einpressen des Erfahrungswissens in eine säkularisierte messianische Vision so schmerzhaft spürbar wie für Soziologen, die gehalten waren, sich die Verdopplung der Welt in eine defizitäre wirkliche und eine qualitativ ideale Totalität vorzustellen damit sie ihre Objekte so beschreiben konnten, daß dies leidlich den ideologischen Vor-

gaben entsprach. Nun war im Alltag des Politikbetriebs dieser Dualismus von Matrize und Kopie bzw. reiner Lehre und Inkarnation (die gestaltete, aber noch defizitäre Wirklichkeit) auf der Ebene marx-hegelschen Denkens nicht durchzuhalten, so daß das ganze zu einem bloßen Verbalismus geriet, zur Projektion von Worthülsen oder Begriffsfetischen, deren ontologischer Bezug verlorengegangen war.

Es war aus eben den ideologischen Zwängen (Selbstblockaden) gar nicht möglich, diese platte Hegelei marxistisch-materialistisch zu hinterfragen. Was eigentlich bedeutete im prozessualen oder funktionalen Verständnis das Postulat von der "wachsenden Führungsrolle der Arbeiterklasse", von der "wachsenden Bedeutung des subjektiven Faktors", die Annahme einer "organischen Verbindung mit der wissenschaftlich-technischen Revolution", einer "zunehmenden Durchsetzung sozialistischer Inhalte" in der Lebensweise? In einem Text des Wissenschaftlichen Rats hieß es, daß die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Soziologie ständig zunehme, weil "der Sozialismus auf Grund des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln eine wissenschaftlich planmäßig gestaltete Gesellschaft ist". Großsprecherische Verkündung! In der defizitären Realität gestattete man der Soziologie nicht einmal eine eigene Zeitschrift, der Numerus clausus ließ ihr nur zwei Dutzend Studenten per Studienjahr. Ihre Universitätsprofessoren überalterten, neue wurden nicht berufen.

Die DDR-Soziologie war das Resultat einer wissenschaftlichen Reflexion der Situation der frühen 60er Jahre, als die realsozialistischen Gesellschaften sowje-

tischen Typs die offen klassenkämpferische Phase ihrer Entstehung durch Eliminierung bürgerlich-kapitalistischer Strukturen beendet hatten und sich in die Paradoxien von Industriegesellschaften mit stark reduziertem technischen und sozialen Innovationspotential verwickelten. Ihr Leben währte knapp 30 Jahre. Historisch stringent endet sie mit dem gescheiterten Versuch der Perestroika (obgleich es durch die politischen Blockaden zu keiner ausgeprägten Perestroika-Soziologie in der DDR gekommen war) und mit dem Ende der DDR-Gesellschaft und dem Beginn der Transformationsprozesse was immer diese zeitigen mögen. Die DDR-Soziologen, in die sozialwissenschaftliche Begleitung der Transformation einbezogen, hörten auf, DDR-Soziologie zu betreiben, von welcher sie in ihrer wissenschaftlichen Vita ausgegangen waren. Aber sie hören nicht auf zu arbeiten.

Für ein Resümee dieses Tuns ist es noch zu früh. Noch weiß man nicht,

welchen Ertrag an Forschungsergebnissen die Transformationsforschung seit 1989 hervorbrachte, ausgerichtet auf die ostdeutsche Gesellschaft, wie sie sich nach dem Ende des realsozialistischen Regimes heraus- und umgebildet hatte. Einen bemerkenswerten Querschnitt brachte der Soziologentag in Leipzig 1991, dessen umfangreiches Protokoll vorliegt.

Indes, die Transformation ist noch in Gang, die neue Forschungssituation, wie sie sich aus umgewandelten Personalstrukturen, neuen Ressourcen und entwickelteren Denkansätzen ergibt, ist noch in der Ausprägung. Man darf auf das Zwischenergebnis gespannt sein, das sich auf dem 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 1995 in Halle vorstellt, etwa auf die Präsentation der Forschungsergebnisse der KSPW, die Hildegard Maria Nickel dort moderieren und präsentieren wird.

*Hansgünter Meyer (Berlin)*  
(WZB-Mitteilungen 65, Sept. 1994)

## Wider die Kopffäger...

### ... aber für Aufarbeitung der Vergangenheit an der Universität Potsdam

Nicht nur für großen Medienrummel sorgte eine öffentliche Diskussion über die personelle Erneuerung, die an der Potsdamer Universität zum Ende des vergangenen Sommersemesters angesetzt war. Es zeigte sich dabei auch, daß Schuld tatsächlich immer etwas Persönliches, auf keinen anderen Übertragbares ist.

Allerdings - so das Credo - kann sich eine Universität in Anbetracht der (berechtigten) Frage nach schuldhaften Verstrickungen von übernommenen Mitarbeitern aus Institutionen der ehemaligen DDR nicht einfach auf diesen Standpunkt zurückziehen.

Bei der Frage, ob ein solcher Mitarbeiter

durch eine aktive Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) seinen Mitmenschen und vor allem seinen Mitarbeitern durch Denunziation beispielsweise geschadet hat oder nicht, ist vielmehr eine genaue Prüfung ange-sagt.

Und darum bemüht sich die Universität Potsdam, an der mittlerweile für jeden Mitarbeiter ein Antrag auf Überprüfung bei der Gauck-Behörde gestellt wurde. Insgesamt haben sich die Vertreter der Universität bei dem Prozeß der personellen Erneuerung entsprechend der brandenburgischen Leitlinie nicht auf pauschalisierende Kriterien zurückgezogen, sondern eine Überprüfung des jeweils einzelnen Falls angestrebt. Da sich jedoch nur selten ehemals Betroffene klar und deutlich zu Wort meldeten, mußten sie sich ihnen zur Verfügung stehender Mittel bedienen: als da wären das der fachlichen Evaluierung, das einer Bedarfsprüfung oder das einer Anfrage bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, kurz entsprechend des Namens des Stelleninhabers auch „Gauck-Behörde“ genannt.

Natürlich gab es da auch noch eine Überprüfung der moralischen Integrität - an der Potsdamer Universität zum Beispiel in Form von Personalfragebogen oder Anhörungen Einzelner. Doch hing und hängt diese stets von den Angaben der Betroffenen ab, die in gegebenem Falle erst einmal widerlegt werden müssen. All die Schwierigkeiten, die mit einer solchen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit verbunden sind, sind an der Universität Potsdam vorhanden - aber eben auch die Bereitschaft, sich ihnen

zu stellen und sie zu lösen. Dies vermittelten jedenfalls die Beiträge der Podiumsdiskutanten im Rahmen des öffentlichen Forums der Hochschule vor den Semesterferien.

Zu dieser Podiumsdiskussion fanden sich außer den Medienvertretern auch zahlreiche Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter, Studentinnen, Studenten und externe Interessierte am Neuen Palais ein. Und fast alle diskutierten mit - was bei dem bunt gemischten Publikum und dem ansatzweise gemischten Podium nicht schwer war. Auf diesem Podium saßen außer dem Rektor, Professor Dr. Rolf Mitzner, die Prorektoren Professor Dr. Wolfgang Loschelder und Professor Dr. Manfred Görtemaker, die Moderatorin und Dekanin der Philosophischen Fakultät I, Professor Dr. Helene Harth, die Dekanin der Philosophischen Fakultät II, Professor Dr. Bärbel Kirsch, Professor Dr. Helmut Assing aus dem Historischen Institut, Ulrich Baumann als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sportwissenschaft und der Lehramtsstudent Stefan Uhlmann.

Ihnen allen war gemeinsam, daß sie die an der Potsdamer Universität mittlerweile erreichte „Durchmischung zwischen Ost und West“ als positiv empfinden - es also beispielsweise begrüßen, daß die Hochschule bezüglich ihrer Professoren aus rund einem Viertel „Ost“- und drei Vierteln „West“-Lehrkräften besteht. Damit dies möglich wurde, fing die aus drei Hochschulen entstandene, nunmehrige Universität Potsdam bereits 1989 an, Personal aus DDR-Vorgängereinstitutionen zu überprüfen und in gegebenem Fall zu entlassen. Sie nahm diese Überprüfung in jedem einzelnen Fall vorbehaltlich der zum größten Teil noch

ausstehenden Ergebnisse der Gauck-Behörde vor, deren Einsicht in die Stasi-Akten weiterhin für Überraschungen sorgen dürfte.

So wurden von der früheren MfS-Hochschule Golm nur die Mitarbeiter der Verwaltung übernommen, wovon mittlerweile weniger als ein Drittel noch im Dienste der Universität steht. Dieses jetzt noch vorhandene Personal wurde durch Fragebogen, Anhörungen, Bedarfsrechnungen und fachliche Überprüfungen übernommen und erbringt für viele dieser Universität nützliche und gern angenommene Dienstleistungen.

Von der ehemaligen Hochschule für Recht und Verwaltung in Babelsberg wurden (wiederum nach Überprüfungen) lediglich wissenschaftliches Personal des Fachbereiches Rechtswissenschaft (darunter vier Hochschullehrer) sowie technische Mitarbeiter und Mitarbeiter der Verwaltung übernommen. Für die fachliche Qualität der meisten dieser Mitarbeiter spricht zum Beispiel, daß zunächst von der Abwicklung betroffene Sekretärinnen zwischenzeitlich wieder eingestellt wurden.

Was die Zahl der an der früheren Pädagogischen Hochschule Potsdams am 1.10.1989 beschäftigten Hochschullehrer betrifft, so ist sie von 123 auf 41 reduziert worden. In dieser Zahl nicht inbegriffen sind die gemeinsam mit außeruniversitären Forschungsinstituten erfolgten Berufungen; eine gesonderte Betrachtung wäre sicherlich auch der wissenschaftliche „Mittelbau“ wert, der von 647 im Jahre 1989 heute am Neuen Palais und in Babelsberg nur noch 553 Köpfe zählt, wovon allerdings 134 bereits wieder neu eingestellt worden sind.

Von 742 an der ehemaligen PH beschäftigten nichtwissenschaftlichen Personen sind schließlich nur noch 399 übriggeblieben - eine Zahl, die nach Aussage der Personaldezernentin Steffi Kirchner bereits so niedrig ist, daß wieder an Neueinstellungen gedacht werden müsse.

Erfolgt sind diese Reduzierungen an der Potsdamer Universität durch Kündigungen, Aufhebungsverträge und Vorruhestandsregelungen nach zweimaliger Evaluierung der Professoren durch in- und extern besetzte Kommissionen, nach einem von jedem Mitarbeiter - auch denen aus dem Westen - auszufüllenden Fragebogen, nach Bedarfs- und Qualitätsüberprüfungen. Daß unter den „Übriggebliebenen“ trotzdem noch Personen sind, die während des DDR-Regimes Schuld auf sich geladen haben, ist mit Sicherheit anzunehmen. Daß die derzeit auf vollen Touren laufende Überprüfung durch die Gauck-Behörde noch weitere Enttarnungen bringen wird, auch. Doch kann die Hochschule es ihren Mitarbeitern nur bedingt abnehmen, nach Schuldeingeständnissen, Entschuldigungen oder gar Reue zu suchen, denn „zu einem besonderen moralischen Niveau sind die universitären Gremien nicht in der Lage“, wie es die Moderatorin der Podiumsdiskussion, Professor Dr. Helene Harth, formulierte.

Insgesamt spielte sich die Diskussionsbeteiligung an diesem Forum auf sehr unterschiedlichen Ebenen ab: Während der Rektor und die Prorektoren primär das skizzierten, was organisatorisch-institutionell im Bereich der personellen Erneuerung an der Potsdamer Universität lief und läuft, forderte beispielsweise Professor Dr. Helmut Assing eine inten-

sive Aufarbeitung der Geschichte der Pädagogischen Hochschule Potsdams, rief er zur Suche nach der Wahrheit auf und nannte die Zeit „reif für Schulbekenntnisse“ (die er von ihm bekannten Mitarbeitern noch vermisse).

Als gemeinsame Basis galt sowohl diesen beiden Seiten als auch dem Vertreter der Studierenden, Stefan Uhlmann, die Überzeugung, einem Kopfjägertum keinen Raum zu geben: „Wir müssen unser Urteil stets nach klaren Fakten, nicht nach Verdächtigungen oder Vermutungen fällen“, erklärte Professor Dr. Wolfgang Loschelder. Und Uta Sändig von der „AG Mittelbau“ bekräftigte, daß „Täter und Opfer oft sehr nah beieinanderliegen, es daher kein absolutes moralisches Prinzip“ gäbe, Opportunismus dagegen sehr häufig. Stefan Uhlmann bescheinigte der Universitätsleitung schließlich, „die studentischen Ängste in

konkreten Fällen ernstgenommen“ zu haben.

Damit die notwendige Aufarbeitung der Vergangenheit vieler Mitarbeiter der Universität Potsdam jedoch nicht bloß bei den bereits getroffenen Entscheidungen haltmacht, ist an eine Fortsetzung dieser ersten Diskussionsrunde und an eine Dokumentation der personellen Erneuerung gedacht. Denn - so das Credo dieses ersten Austausches - anstelle der Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld tritt nur allzu oft die Hoffnung, daß das jeweilige Vergehen nicht justitiabel sein möge. Eventuell wird ja auch noch eine wissenschaftliche Arbeit über die grundsätzliche Bedeutung von Verrat und Denunziation für eine akademische Lehr- und Forschungsgemeinschaft geschrieben...

Hg. (Potsdam)

(Potsdamer Universitätszeitung 14/94)

## Die Humboldt-Universität im Umbruch Systemwechsel im Spiegel studentischer Einzugsgebiete

Woher kommen unsere Studentinnen und Studenten? Diese simple Sachfrage dürften sich so manche Bedienstete gestellt haben, ob sie nun neu sind an dieser Universität oder im Laufe der letzten Jahre einen deutlichen Wandel bemerkt haben, ohne ihn exakt ausdrücken zu können. Wie hat der Systemwechsel sich auf sozialräumliche Verflechtungen ausgewirkt, z.B. zwischen

Heimat- und Studienort? So mag ein Sozialgeograph fragen. Wie weit divergiert die Realentwicklung von einer einstigen Idealvorstellung? Entsteht statt einer weitausstrahlenden Metropol-Universität eine Stadtteilhochschule? Das mögen sich Hochschulpolitiker fragen. Die Antworten werden nicht ohne Auswirkungen u.a. auf hochschulpolitische Entscheidungen bleiben.

## Am Ende der DDR: eine prominente Universität mit landesweitem Rekrutierungsfeld

Die Einschreibungen von Direktstudenten des Studienjahres 1989/90 spiegeln zum letzten Mal die Studienplatzvergabe nach DDR-Richtlinien. Fast Dreiviertel der Immatrikulationen erfolgten von Personen, die nach ihrer räumlichen Herkunft über alle Landesteile streuten, und zwar etwa im Verhältnis zur Verteilung der Gesamtbevölkerung. Nur Ostberlin selbst (27% bei 8% der Gesamtbevölkerung) und das Berliner Umland hoben sich erkennbar durch überproportionale Werte ab. Man könnte geneigt sein, das relativ ausgeglichene Herkunftsmuster mit der landesweiten Ausstrahlung der berühmten Hauptstadt-Universität zu erklären. Zweifellos gab es eine starke Anziehungskraft der Humboldt-Universität, aber das war nicht der entscheidende Faktor. Die Zuordnung von Studierwilligen zu Hochschulen erfolgte nämlich nach Mechanismen, welche die Wirkung der Faktoren „Attraktivität“ und „Distanz“ stark minderten:

- Bei der Wahl der Studienplätze gab es wenig Freiheit. Sie waren nämlich gemäß berufsbezogener Bedarfsplanung kontingiert und gemessen an der Nachfrage permanent zu knapp. Das Hochschulsystem war darüber hinaus durch hohe fachliche und standörtliche Spezialisierung geprägt, so daß Studienwünsche nur an wenigen Stellen verwirklicht werden konnten. Folglich er-

hielten die Hochschulen im Zuge der Studienplatzvergabe fast automatisch ein landesweites Einzugsgebiet, selbst wenn die Planungsregion einer zuständigen Leithochschule (wie die Humboldt-Universität) überdurchschnittlich am Aufkommen beteiligt wurde. Strategien zur Erlangung eines bestimmten Studienortes (z.B. wiederholte Bewerbung oder vorläufige Akzeptanz eines eigentlich nicht gewünschten Studienganges) wurden wegen minimaler Erfolgsaussichten kaum verfolgt.

- Das Studium an einer heimatfernen Hochschule bedeutete keine Belastung durch Wohnungssuche und erhöhte Lebenshaltungskosten. Denn mit der Vergabe des Studienplatzes war schon die Unterkunft garantiert, wenn auch nur in Wohnheimen mit Mehrbettzimmern. Die allorts gleiche Miete war symbolisch gering.

- Mit größerer Entfernung zwischen Hochschul- und Heimatort entstanden keine wesentlich höheren Reisekosten, denn Studierende mußten nur 25% der ohnehin niedrigen Bahntarife zahlen.

In Anbetracht dieser Systembedingungen dürfte die landesweite Ausprägung des Einzugsbereiches der Humboldt-Universität also eher repräsentativ als außergewöhnlich für die Hochschulen der DDR gewesen sein.

### Der Übergang zum „westlichen Muster“

Im folgenden Studienjahr 1990/91 änderte sich das „Raumbild“ studentischer Herkunftsgebiete kaum: Nur der Zugang aus Berlin nahm schlagartig von 1.377

auf 2.534 Personen zu (84%), indem vor allem rund 900 Ostberliner die Chance lokaler Einschreibung wahrnahmen; dagegen bildeten die ersten 30 Neulinge

aus der alten Bundesrepublik noch eine kleine Minorität. Das Jahr der „Wende“ ist an der Universität erst 1991/92: Durch die Einführung neuer Studiengänge in anderen ostdeutschen Universitäten und wegen des sozialen Umbruchs nehmen die Einschreibungen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR schlagartig ab. Obwohl andererseits der Zugang aus den alten Bundesländern mit nur 192 Einschreibungen noch immer sehr gering ist, bewirkt die räumliche Streuung dieser Interessenten, daß sich der ehemalige Grenzverlauf nicht mehr klar abzeichnet. Ungebrochen wachsen die Meldungen aus Berlin, daß der Anteil aus dem Westen der Stadt - trotz starker absoluter Zunahme - doch gering bleibt (750 Personen = 19%).

Im folgenden Studienjahr schwindet innerhalb des vereinten Deutschland auch noch das geringe Ost-West-Gefälle der Dichtewerte, und der ehemalige Grenzverlauf wird damit vollends unsichtbar. Mit 4.750 neuen Studenten erreicht Berlin nun sein absolutes und relatives Maximum an Neuimmatrikulationen (74,1%).

Für die Übergangsjahre 1991/92 und 1992/93 war eine Studienplatzvergabe im Verhältnis 70:30 für neue und alte Länder vorgegeben; innerhalb dieser Vorgaben wiederum sollten 40% nach Wartezeit und 60% gemäß Notendurchschnitt verteilt werden. Es darf nicht verwundern, wenn in dieser Umbruchszeit nicht wenige Westdeutsche hier eine Chance sahen, nach Mehrfachablehnungen einen Platz zu bekommen oder nach andernorts verbrachten Zeiten hier einen neuen Studiengang aufzunehmen. Im Studienjahr 1993/94 erfolgte die Ver-

gabe erstmals durch die ZVS. Das sukzessive entstandene Verteilungsbild der Herkunftskreise entspricht westlichen Mustern und dürfte in seinen Grundzügen längerfristig stabil bleiben: Neben dem völlig dominierenden Berlin und dem alten Gürtel der neun Umlandkreise zeichnen sich auf gesamtdeutscher Ebene die Großstädte und Verdichtungsräume als strukturierende Elemente ab.

Dabei variiert die Anziehungskraft der Humboldt-Universität durchaus noch regional. Gliedert man die zusammengefaßten Einschreibungen der beiden letzten Studienjahre (1992/93 und 1993/94) nach Herkunfts-Bundesländern und setzt diese Daten in Beziehung zu den Personen, die als Frauen direkt vor der jeweiligen Meldefrist oder als Männer (wegen Wehr- bzw. Zivildienst) ein Jahr zuvor die Studienberechtigung erworben hatten, so lassen sich folgende Feststellungen treffen:

Die Humboldt-Universität zog - scheinbar - über 52 % aller Studienberechtigten an sich, - eine unglaublich hohe „Ausschöpfungsquote“ in Anbetracht der vielen denkbaren Alternativen in Beruf und Studium, in und außerhalb der Stadt. Diese Proportion kann nur dadurch erklärt werden, daß nun auch viele das Studium aufnahmen, die schon früher das Abitur erreicht hatten. Die hochgradige Absorption des örtlichen Potentials erscheint nur sinnvoll, wenn neben der offensichtlichen Entlastungsfunktion (für den Arbeitsmarkt und andere Berliner Hochschulen) auch die Qualifizierungsfunktion garantiert wird.

Noch immer wirkt die Anziehungskraft der Humboldt-Universität deutlich stär-

ker in den östlichen Bundesländern, wo die Ausschöpfung zwischen 6,2% in Brandenburg und 1,2% in Thüringen schwankt. Aus den alten Bundesländern entscheiden sich am ehesten die Studienberechtigten aus dem Norden (Maximum Schleswig-Holstein = 0,6%) für diese Universität. Im übrigen scheint wachsende Distanz als Widerstand zu wirken, wobei Baden-Württemberg davon in gewissem Maße ausgenommen ist.

Wie geht es weiter? Nachdem es im

#### **Der kumulative Effekt „westlicher“ und „östlicher“ Faktoren in der Hochschulwahl**

Die Entwicklung der Studierenden geht in den letzten Jahren eindeutig zu Berliner Anteilswerten um 70%. In Anbetracht des geringen Studentenanteils aus Brandenburg (ca. 13%), der tendenziell auf einen Wert um 7% sinkt, könnte man schon eher von einer Lokal- als einer Regionaluniversität sprechen. In den Hochschulen des westlichen Deutschlands kommt zumindest seit den frühen 60-er Jahren ein sehr hoher Anteil der Studierenden aus der eigenen Region. Wichtigster Faktor bei der Wahl des Studienortes ist nämlich nicht die „Qualität“ der Hochschule und ihr Fächerspektrum, sondern die Nähe, weil damit viele Vorteile verbunden sind: räumliche Vertrautheit, Kontinuität persönlicher Beziehungen, Kostenersparnis für die vielen „Elternwohner“, Aufwandsminimierung bei sukzessiven Umstellungen (z.B. Lösung aus dem Elternhaus). Von der Zentralen Studienplatzvergabe (ZVS) wird die Präferenz für die Nähe unterstützt.

Osten Berlins 1993 wegen der Einführung des 13. Schuljahres kein Abitur gegeben hat, ist ab 1995 wieder ein absoluter und relativer Aufstieg in den Einschreibungen aus der Stadt selbst zu erwarten. In den neuen Bundesländern dürfte sich der Trend zu höheren Abiturientenquoten fortsetzen, so daß selbst bei abnehmender Orientierung auf die Humboldt-Universität die Zugangsquoten etwa gleich bleiben könnten. Damit wird fraglich, ob der Prozentsatz der Zugänge aus den alten Bundesländern noch weiter steigen kann.

Nach übereinstimmenden Befunden streben in Westdeutschland viele der Studierwilligen in Großstadtuniversitäten, auch wenn diese von vornherein oder nachträglich kritisch bis ablehnend beurteilen (Überfüllung, organisatorische und materielle Mängel, Anonymität). Die Sogwirkung dieser Standorte geht nicht so sehr vom vielfältigen fachlichen Angebot aus, sondern vornehmlich von den zahlreichen Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten und Jobs sowie von der großstadtspezifischen „Atmosphäre“.

Insofern ist es kein Wunder, wenn wenig Großstädter andernorts studieren, folglich aber auch auswärtigen Interessenten relativ wenig Studienplätze verbleiben, so daß eine ausgeprägte Regionalität zustandekommt. Indem das Einzugsgebiet der Humboldt-Universität sich mehr auf Berlin einschränkt als auf das vergrößerte Staatsgebiet ausweitet, zeichnet sich eine Entwicklung nach westdeutschem Modell ab.

Darüber hinausgehend wird dieses Grundmuster allerdings durch eine spezifische Abweichung modifiziert: Der ehemalige Grenzverlauf zwischen dem Westen und dem Osten der Stadt und ihrem Umland scheint sich noch viel stärker differenzierend erhalten zu haben als der Verlauf zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern. Leider wird bei den Anmeldungen nicht mehr registriert, in welchem Teil der Stadt die Zugangsberechtigung erworben wurde. Die teilweise geschätzten Zahlen bis zum Studienjahr 1991/92 sowie nicht quantifizierbare Eindrücke deuten darauf hin, daß noch immer auffällig wenige Studienanfänger aus Westberlin kommen. Komplementär herrscht an der FU der Eindruck vor, daß nur wenige aus dem Osten kommen. Die ungewöhnliche Einengung des Einzugsgebiets könnte dazu führen, daß die Humboldt-Universität zum Extremfall einer Regionaluniversität wird.

Als Motive für die Fixierung auf die örtliche Humboldt-Universität geben Studierende aus Ostberlin soziale und ökonomische Gründe an: generelle Angst vor den Wohn-, Reise- und Lebenshaltungskosten an fernen Universitäten, unzureichende finanzielle Unterstützung trotz

des Empfangs von Bafög-Geldern, zeitliche Belastung bei einem Studium an der schlechter zugänglichen FU, bessere Beratung und intensivere Zuwendung durch Personal und Studierende der Humboldt-Universität, selbstempfundenes oder vermitteltes Unwohlsein an beiden Großuniversitäten Westberlins, allgemeine Orientierungsprobleme und Tendenz in einem vertrautem Milieu. Umgekehrt ist es zumindest für den Bafög-Empfänger aus dem „Westen“ finanziell nachteilig, sich in der Humboldt-Universität einzuschreiben, da für die Hochschulen im Osten niedrige Förderungssätze gelten. So verständlich die Gründe für die eher zunehmende sozialräumliche Absonderung der Humboldt-Universität sind, so fragwürdig mögen zugleich die Konsequenzen sein. Zumindest im weiten Bereich der sozialwissenschaftlichen Disziplinen ist der alltägliche Kontakt mit einer soziokulturell heterogenen Studentenschaft ein wichtiger Teil von Lebenserfahrung und damit durchaus praxisrelevant.

**Bodo Freund &  
Stephan Breuckmann (Berlin)**

*(Humboldt-Spektrum 1/94)*

## Neugründung der Handelshochschule Leipzig

Am 29. August 1994, überreichte der Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, der Handelshochschule Leipzig in einem feierlichen Akt im Festsaal des Alten Rathauses zu Leipzig die staatliche Anerkennung. Die Handelshochschule Leipzig hatte am 19. Januar 1994 ihre staatliche Anerkennung entsprechend dem Sächsischen Hochschulgesetz als Bildungseinrichtung in freier Trägerschaft beantragt.

In seiner Festansprache erinnert der Minister an die Tradition der Handelshochschule, die, bereits 1898 in privater Trägerschaft gegründet, „neu in ihrer Aufgabenstellung, neu aber auch in ihrer Form“ sich den zentralen Herausforderungen der Wirtschaft an die Wissenschaft stellen wolle. Heute gelte es, wieder Freiräume für miteinander konkurrierende Konzepte und Modelle zu schaffen: „Die Chance einer Hochschule in freier Trägerschaft sind ihre größeren Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Das gibt ihr im Wettbewerb mit den öffentlichen Hochschulen einen großen Vorteil, den sie freilich zum Ausgleich ihres größeren Risikos auch braucht.“ Die Handelshochschule Leipzig könne „ein Demonstrationsobjekt und eine Argumentationshilfe werden im Bemühen, wieder zu einem sinnvollen Verhältnis zwischen allgemein verbindlicher Ordnung und freiem Wettbewerb zu kommen“.

Am 10. April 1992 hatte der Sächsische Landtag das Wissenschaftsministerium ermächtigt, im Zusammenwirken mit der Universität Leipzig und Beteiligten aus Wirtschaft und Staat die Gründung der

Handelshochschule Leipzig in freier Trägerschaft vorzubereiten. Daraufhin berief Staatsminister Meyer im Juli 1992 ein Gründungskuratorium, im Oktober 1992 gründeten sich die Freunde der Handelshochschule e. V. Der Freundesverein und die Industrie- und Handelskammer zu Leipzig sind die Gesellschafter der Handelshochschule gGmbH. In der Vorbereitungsphase wurden der Gesellschaftsvertrag, Studien- und Prüfungsordnungen, Immatrikulations-, Promotions- und Habilitationsordnungen erarbeitet und dem Ministerium zur Genehmigung vorgelegt. Mit der staatlichen Anerkennung beginnt die Vorbereitung des Studienbetriebes und die Gewinnung von Lehrpersonal. Zum voraussichtlichen Lehrbeginn im Sommersemester 1996 soll der Studiengang Betriebswirtschaftslehre/Unternehmensführung angeboten werden. Zunächst wird mit etwa 30 bis 50 Studenten pro Semester gerechnet, für die Lehr- und Forschungstätigkeit sollen acht Professoren gewonnen werden. Das Studium zeichnet sich durch eine starke Orientierung auf Management und ein Pflichtsemester im Ausland aus. Von den Studierenden werden Studiengebühren erhoben, es können auch Stipendien in Anspruch genommen werden. Die Handelshochschule Leipzig, die in einem staatlichen Gebäude untergebracht wird, wird auch mit der Universität Leipzig zusammenarbeiten: Der Austausch von Lehrpersonal, die gemeinsame Nutzung der Bibliotheken und der gemeinsame Besuch von Lehrveranstaltungen sind geplant.

(Sächs. Wissenschaftsministerium)

## Frau (man) sollte sie gelesen haben Gleichstellungsbeauftragte der TU Dresden legt Studie vor

Der Senat der TU Dresden bestellte Frau Dr. Karin Reiche als Gleichstellungsbeauftragte und Doz. Dr. Barbara Hauptenbacher als deren Vertreterin für die nächsten drei Jahre. Die Neuwahl der Gleichstellungsbeauftragten in den Fakultäten, der Universitätsbibliothek und dem Fachsprachenzentrum und die Bestellung der Beauftragten für die Universität durch den Senat war Anlaß, das Resümee einer dreijährigen Arbeit an der TU Dresden zu ziehen. Das Ergebnis liegt jetzt in der faktenreichen und ausführlichen „Studie zur Gleichstellung von Mann und Frau an der TU Dresden“ vor. Eine deutliche Sprache ist besonders dort zu lesen, wo es Defizite bei der Umsetzung des Frauenförderungsprogrammes der TU gibt.

So wird festgestellt: Auch die Hochschulpolitik der TU wird von Männern gemacht. Frauen sind in den Gremien der Selbstverwaltung deutlich unterrepräsentiert.

Ein höherer Männeranteil in der Statusgruppe der Hochschullehrer an der TU zieht auch automatisch einen hohen Männeranteil in den Kommissionen nach sich.

### Lehrstuhlinhaberinnen sind selten

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß es weibliche Lehrstuhlinhaber (C4) nur ausnahmsweise gibt. Mitunter wird behauptet, daß sich keine Frauen bewerben. Das ist einfach falsch (siehe Tabelle 1)! Richtig ist, daß sich auf solche Stellen nur sehr wenige Frauen (6,3 % der Bewerbungen kommen von Frauen) bewerben. Richtig ist weiterhin, daß viel weniger Frauen (3,8 %) von den Berufungskommissionen als berufungsfähig für C4-Stellen eingeschätzt werden, und richtig ist, daß das Ministerium noch weniger C4-Berufungen für Frauen zuläßt. Bei der Berufung von C3-Stellen gaben die Berufungskommissionen den Frauen etwa die gleiche Chance wie den Männern. Das Ministerium war offensichtlich mehr dafür, Dozenturen (C2-Stellen) an Frauen zu vergeben. Dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst im Freistaat Sachsen muß vorgeworfen

werden, daß der Frauenanteil bei den Berufenen noch unter dem Frauenanteil bei den Plazierungen liegt! Das ist schlimm und beunruhigend. -

Nun könnte man vermuten, daß die Berufungskommissionen an Frauen bevorzugt dritte Listenplätze vergeben haben, und die verantwortlichen Mitarbeiter im Ministerium für Wissenschaft und Kunst im blinden Arbeitseifer ohne Ansehen der Person und ohne Beachtung des Sächsischen Hochschulgesetzes 4 (Zitat: „Die Hochschulen wirken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und auf die Beseitigung der für weibliche Hochschulmitglieder und Hochschulangehörige bestehenden Nachteile hin“) immer nur die ersten Listenplätze bedient haben. Deshalb wurde untersucht, welchen Listenplatz die Frauen und

Männer einnahmen und von welchem Platz das Ministerium Frauen berufen hat. Die Tabellen 2a und 2b zeigen das Ergebnis.

In Tabelle 2a ist zu sehen, daß die Berufungskommissionen den Frauen nicht etwa nur dritte Plätze eingeräumt haben. Im Gegenteil! 32 Akademikerinnen, d. h. 39 % aller Frauen auf den Berufslisten, erhielten den ersten Platz! Nur 19 (das sind 59 %) davon wurden berufen! Von den 22 Frauen auf dem 2. Platz- wurde nur eine (das sind 4,5%) berufen, und alle Frauen, die an der 3. Stelle standen, gingen leer aus. In der Tabelle 2b wurden zum Vergleich die Listenplätze und Berufungen für Männer zusammengestellt. Von 491 Männern, die auf dem ersten Listenplatz standen, wurden 359 (das sind 73 %) für sie annehmbare Bedingungen geboten. Vom zweiten Platz wurden dann noch 17 (das sind 5,6 %) Männer berufen, und

von den Männern auf dem dritten Listenplatz erhielten noch 3 eine Hochschul-lehrerstelle an der TU Dresden. Wie immer in solchen Fällen wird die Benachteiligung von Frauen besonders deutlich beim Vergleich der sehr gut bezahlten Stellen. In unserem Fall sind das die C4-Stellen. Sechs (6) Frauen wurden plaziert und zwei (2) wurden berufen. Das sind 33 %. 276 Männer wurden plaziert und 210 wurden berufen. Das sind 76 %. Die Zahlen lassen auf Ungleichbehandlung von Frauen und Männern durch das Ministerium schließen! Ich erinnere daran, daß der sächsische Wissenschaftsminister durch das Hochschulernerneuerungsgesetz und auch durch das Hochschulgesetz alle Macht in der Hand hatte und hat, den Frauenanteil bei der Ruferteilung noch weiter zu erhöhen. Laut Verfassung des Freistaates Sachsen, Hochschulrahmengesetz und Hochschulgesetz war und ist er sogar dazu verpflichtet.

Tabelle 1: Übersicht über das Berufungsgeschehen bis zum Sommersemester 1994 und über die Neuberufenen an der TU Dresden (einschließlich verkürzter Verfahren)

Stelle	St*	Bewerbungen **			Plazierungen**			Berufungen***		
		m	w	A <sup>w</sup>	m	w	A <sup>w</sup>	m	w	A <sup>w</sup>
C4	278	2792	189	6,3%	606	24	3,8%	223	3	1,3%
C3	183	1660	171	9,3%	366	42	10%	141	11	7,2%
C2	58	326	47	13%	88	6	6,4%	28	5	15%

Legende:

- St\* Anzahl der Professuren und Dozenturen, die im Senat behandelt wurden
- Plazierungen\*\* Summe aller Listenplätze
- A<sup>w</sup> Frauenanteil
- \*\* Die Recherche basiert auf den Berufungsunterlagen und Senatsprotokollen.
- \*\*\* Die Recherche basiert auf dem Personal- und Vorlesungsverzeichnis zum Sommersemester 1994.

### Ost-/Westverhältnis von Interesse

Interessant ist nicht nur das Frauen-/Männerverhältnis, sondern auch das Ost-/Westverhältnis auf den Listenplätzen und unter den "neuen" Professoren und Dozenten, die nicht im verkürzten Verfahren berufen wurden. Deshalb erfolgte eine Untersuchung der Listen hinsichtlich der Herkunftsländer von Frauen und Männern. Damit kann die Frage beantwortet werden, ob und inwieweit die Ost-Frauen die Verliererinnen der

deutschen Einheit sind. Die Tabelle 3 zeigt das Rechercheergebnis (ohne verkürzte Verfahren): Meistens haben sich die Berufungskommissionen zugunsten von männlichen Bewerbern aus den alten Bundesländern entschieden. Für listenfähig bei C4-Berufungen werden zuerst Männer aus den alten Ländern, dann Männer aus den neuen Ländern, und zuletzt Frauen aus den neuen Ländern

Tabelle 2a: Anzahl der Frauen auf Listenplätzen und die Berufungen durch das Ministerium

	Plazierung auf den Listen:			Berufung vom Listenplatz:		
	1. Pl.	2. Pl.	3. Pl.	1. Pl.	2. Pla.	3. Pl.
C4	6	9	9	2	1	0
C3	18	9	15	12	0	0
C2	8	4	4	5	0	0
<b>TU ges.</b>	<b>32</b>	<b>22</b>	<b>28</b>	<b>19</b>	<b>1</b>	<b>0</b>

Tabelle 2b: Anzahl der Männer auf Listenplätzen und die Berufungen durch das Ministerium

	Plazierung auf den Listen:			Berufung vom Listenplatz:		
	1. Pl.	2. Pl.	3. Pl.	1. Pl.	2. Pl.	3. Pl.
C4	276	172	158	210	8	2
C3	164	106	96	106	9	1
C2	51	28	9	20	0	0
<b>TU ges.</b>	<b>491</b>	<b>306</b>	<b>263</b>	<b>359</b>	<b>17</b>	<b>3</b>

eingeschätzt. Die Reihung ist ganz deutlich! Ost-Frauen bekamen keine C4-Stelle. Erst bei C3-Stellen erhielten die Ost-Wissenschaftlerinnen eine größere Chance. Grundsätzlich entschieden die Berufungskommissionen aber ähnlich wie bei den C4-Stellen. Dozenturen wurden endlich stärker an Osis vergeben.

Frauen in der Wissenschaft ist ein zentrales Thema der Studie. Dabei wird ein gewisser Teufelskreis deutlich. Männer sind zu 99,5 % Gutachter in den Berufungsverfahren. In ihre elitäre Runde kann nur selten eine Frau eindringen. Männer dienen als Vorbild für die nächste Wissenschaftlergeneration.

Tabelle 3: Listenplätze und Berufungen von Ost- und WestbewerberInnen (ohne Berücksichtigung der verkürzten Verfahren)

	Plazierungen				Berufungen			
	W-m	O-m	W-w	O-w	W-m	O-m	W-w	O-w
C4	410	129	18	6	97	56	3	0
C3	194	148	19	23	47	69	5	7
C2	15	73	6	8	2	18	-	5

#### Auch Probleme der Studentinnen unter der Lupe

Der Bericht beleuchtet auch die Probleme der Mitarbeiterinnen in Verwaltung und Technik sowie der Studentinnen. Thematisiert werden Studienwahlverhalten und Probleme beim Hochschulzugang, Vorlesungsangebot, Studieren mit Kind, Urlaubsregelungen, Teilzeitarbeit, Tarifangelegenheiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und anderes.

Gleichstellungsarbeit braucht einen langen Atem und viel Durchstehvermögen.

Der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der TU zeigt, das trotz eines Frauenförderungsprogrammes jeder noch so kleine Erfolg auf diesem Gebiet erkämpft werden muß.

Die Studie ist über das Referat Gleichstellung der TU Dresden (Tel. 03 51 / 462 64 23) beziehen.

**Karin Reiche (Dresden)**

(Universitätsjournal TUD 14/94)

## Sachsen-Anhalt: Reck übernimmt die Geschäfte

Kultusminister Karl-Heinz Reck (45) hat die Geschäfte des bisherigen Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung übernommen.

Ihm zur Seite stehen für die Fragen des Wissenschafts- und Kulturbereichs Staatssekretär Klaus Faber (53) und für den Bildungsbereich Staatssekretär Jürgen Wolf (52).

In einer ersten gemeinsamen Sitzung mit beiden Personalräten der ehemaligen Ministerien versprach Minister Reck kontinuierliche und offene Zusammenarbeit, vor allem bei der nun anstehenden Zusammenführung der beiden Häuser.

"Ich werde mich für ein starkes Kultusministerium im Konzert der Landesministerien und über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus einsetzen. In der Zusammenlegung der beiden Häuser sehe ich

eine große Chance, neue bildungs- und hochschulpolitische Ziele umzusetzen, dabei haben alle Bereiche des neuen Kultusministeriums - Schule, berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur - bessere Entwicklungschancen", kündigte Minister Reck vor der Belegschaft des neuen Ministeriums an.

Als inhaltliche Schwerpunkte gelten: Modellprojekte zur offenen Grundschule, Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit bis zur sechsten Klasse, die berufliche Bildung, Koordinierung der Forschungstätigkeit des Landes sowie weitere Profilierung der Hochschulen und Forschungsinstitute. Neben dem Hochschulbaustand auch der Aufbau der fünften Fachhochschule Altmark in Stendal im Mittelpunkt.

(Sachsen-anhaltinisches Kultusministerium)

## Solide Grundlage für wissenschaftliche Kooperation Brandenburg-Berlin

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Landtag bilanzierte der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Hinrich Enderlein, die wissenschaftliche Kooperation zwischen Brandenburg und Berlin.

Die Übereinkunft der beiden Länder über

die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung vom 25. 09. 92 hat sich schon in vielen Bereichen ausgewirkt. So arbeiteten bereits bei der Planung der künftigen Entwicklung die Berliner Landesstrukturkommission und die Brandenburgische Landeskommission für Hochschulen und For-

schungseinrichtungen eng zusammen. In der jetzt eingesetzten Brandenburgischen Kommission für Wissenschaft und Forschung arbeiten auch Berliner Vertreter an der langfristigen Konzeption zum Ausbau des Hochschul- und Forschungsbereichs mit.

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit von Instituten hat sich inzwischen durch zahlreiche länderübergreifende Kooperationsverträge gefestigt. So beruft z.B. das Geo-Forschungs-Zentrum gemeinsam mit der Freien Universität Berlin (FU) Professoren und führt mit dieser sowie mit der Technischen Universität (TU) Forschungsprojekte durch. Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Ernährungsforschung halten Lehrveranstaltungen an der TU ab und mit dem Universitätsklinikum Steglitz befindet sich ein Projekt zur klinischen Forschung in Vorbereitung. Etliche weitere Kooperationsvereinbarungen sind in Vorbereitung. Zur Zeit wird über eine bilaterale Trägerstruktur für die von der Max-Planck-Gesellschaft betreuten geisteswissenschaftlichen Forschungszentren verhandelt. Sechs Langzeitvorhaben der

Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sind in Brandenburg angesiedelt.

Bei der Profilierung der Hochschulen wird die Ausprägung von Doppelstrukturen mit der Berliner Hochschullandschaft vermieden. Forschungsschwerpunkte werden so eingerichtet, daß keine Konkurrenz zu Berliner Einrichtungen entsteht. Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft der Region ist somit voll kompatibel. Bis zum Jahr 2000 wird Brandenburg 34.400 Studienplätze einrichten, von denen 13.600 von Fachhochschulen angeboten werden. In Berlin ist für diesen Zeitraum ein Abbau der Ausbildungskapazitäten in Höhe von 15.000 Studienplätzen vorgesehen. Mit den verschiedenen Kooperationsprojekten der beiden Länder wird der Konzentration von Wissenschaftseinrichtungen auf den Berliner Raum nachhaltig entgegengewirkt und eine solide Grundlage für eine vielfältige und ausgewogene Struktur für Wissenschaft und Forschung in der Region geschaffen.

*(MfWFK Brandenburg)*

## Zwei weitere Innovationskollegs eingerichtet

**“Optische Informationstechnik” in Jena und  
“Kommunikationssysteme” in Dresden**

Der Hauptausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) hat in seiner Sitzung am 2. September 1994 die Einrichtung von zwei weiteren Innovationskollegs in den neuen Bundesländern beschlossen. An der Universität Jena kann das Innovationskolleg “Optische

Informationstechnik”, an der Technischen Universität Dresden das Kolleg “Kommunikationssysteme” seine Arbeit aufnehmen. Die Entscheidung des Hauptausschusses war möglich geworden, weil die Sondermittel des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

(BMFT), aus denen das neue Förderprogramm finanziert wird, nach einem Beschluß des Bundeskabinetts im Juli entsprechend erhöht werden sollen.

Innovationskollegs sollen die Strukturen für die Forschung an den Hochschulen des neuen Bundesgebietes verbessern und damit die Leistungsfähigkeit der Hochschulen stärken. Neben der Strukturerneuerung sind die interdisziplinäre Zusammenarbeit und der Anschluß an den internationalen Stand der Forschung Ziele des neuen Programms. Zudem soll die Kooperation der Hochschulen mit außeruniversitären Institutionen - einschließlich der Industrie - gefördert werden. Bereits im Juni konnte die DFG die ersten sieben von insgesamt 13 positiv begutachteten Anträgen auf Innovationskollegs bewilligen.

Im neuen Innovationskolleg “Optische Informationstechnik” an der Universität Jena werden Forschergruppen mit unterschiedlichem fachlichem Hintergrund ausgewählte Forschungsrichtungen der optischen Informationstechnik bearbeiten. Schwerpunkte bilden dabei die Untersuchung und Ausnutzung nichtlinearer Effekte für die optische Informationsverarbeitung und die Mikrooptik. Für die Bearbeitung dieses modernen For-

schungsgebiets bestehen in Jena sehr gute Voraussetzungen, nicht zuletzt auch durch den eingerichteten Sonderforschungsbereich “Physik und Chemie optischer Schichten”. Das neue Kolleg wird in den ersten drei Jahren (ab Oktober 1994) mit rund 4,5 Millionen Mark gefördert.

Die Verbindung von Mobilkommunikation und Lichtwellenleitertechnik steht im Mittelpunkt der Arbeiten des neuen Innovationskollegs “Kommunikationssysteme” an der TU Dresden. Aufgrund der Digitalübertragung und der Multimedia-Anwendungen entstehen extreme Bandbreitanforderungen, die durch die nahezu unbegrenzte Übertragungskapazität der Lichtwellenleiter erfüllt werden können. Die Entwicklung der Mobilkommunikation läßt für die nahe Zukunft erhebliche Steigerungen erwarten, sowohl quantitativ als auch qualitativ im Hinblick auf breitbandige Anwendungen. Diese erhöhten Anforderungen lassen sich nur durch Ausweichen auf höhere Frequenzen und eine größere Frequenzökonomie erfüllen. Das Dresdner Innovationskolleg wird für die ersten drei Jahre (ab September 1994) mit rund 3,8 Millionen Mark gefördert.

*(Deutsche Forschungsgemeinschaft)*

## Wissenschaftsrat gibt Stellungnahme zum Forschungszentrum Rossendorf (FZR) ab

Das aus dem Zentralinstitut für Kernforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR hervorgegangene Forschungszentrum Rossendorf wurde auf Vorschlag des Wissenschaftsrates zum 1. Januar 1992 gegründet. Das Zentrum verfügt über Institute für

- Bioanorganische und Radiopharmazeutische Chemie,
- Radiochemie,
- Ionenstrahlphysik und Materialforschung,
- Kern- und Hadronenphysik und
- Sicherheitsforschung

sowie eine leistungsfähige Infrastruktur. Mit knapp 450 Personalstellen ist es die mit Abstand größte Einrichtung der Blauen Liste, in die es zunächst befristet aufgenommen wurde.

In seiner Stellungnahme kommt der Wissenschaftsrat zu dem Ergebnis, daß das Forschungszentrum seit seiner Gründung eine positive Entwicklung durchlaufen hat. Er begrüßt die Schwerpunktsetzung in den Bereichen Biomedizin-Chemie und Materialforschung, wobei der erstgenannte Bereich wegen seines künftigen Entwicklungspotentials eines verstärkten Ausbaus bedarf. Diese thematische Fokussierung darf jedoch nicht zu einem Ausschluß kernphysikalischer Arbeiten führen, die einen dritten profilbestimmenden Forschungsschwerpunkt darstellen.

Der Wissenschaftsrat hat die Frage geprüft, ob das Forschungszentrum Rossendorf den Status einer Großforschungseinrichtung erhalten sollte. Aus dem Aufgabenspektrum und der derzeitigen Ausstattung läßt sich jedoch eine Änderung des Status einer vom Freistaat Sachsen und vom Bund zu gleichen Teilen finanzierten Forschungseinrichtung der Blauen Liste gegenwärtig nicht begründen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, die gemeinsame Förderung fortzuführen. Er bittet jedoch den Bund, alle Möglichkeiten im Bereich der Projektförderung sowie bei den Geräteinvestitionen auszuschöpfen, um das Forschungszentrum in seinem Aus- und Umbau zu stärken. Bei der nächsten Evaluation des Forschungszentrums sollte erneut

geprüft werden, ob aufgrund der bis dahin eingetretenen Entwicklung eine Änderung des Finanzierungsschlüssels empfohlen oder ob das FZR in eine Großforschungseinrichtung überführt werden kann.

Neben verschiedenen Hinweisen zur Weiterentwicklung der einzelnen Institute und des Gesamtkonzepts empfiehlt der Wissenschaftsrat, alle Möglichkeiten der Kooperation vor allem mit der Technischen Universität Dresden sowie weiteren Hochschulen in gemeinsamen Forschergruppen, Sonderforschungsbereichen, Graduiertenkollegs und Innovationskollegs zu nutzen, wofür die gemeinsamen Berufungen eine wichtige Grundlage darstellen. Darüber hinaus sollte die nationale und internationale Kooperation mit Forschungseinrichtungen in West- und Osteuropa ausgebaut werden.

(Der vollständige Text der fünfzigseitigen Stellungnahme kann bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Str. 11, 50968 Köln, angefordert werden.)

*(Wissenschaftsrat)*

## Weitere Bewertungen in der DDR erworbener Abschlüsse

### Kultusministerkonferenz bewertet die Abschlüsse: Diplompädagoge, Diplomerzieher und Diplomvorschulerzieher

Die Kultusministerkonferenz hat bei ihrer 269. Plenarsitzung am 06./07.10.1994 in Bremen in Ergänzung ihrer Beschlüsse vom 10./11. 11. 1991 sowie Januar und März 1992 eine Bewertung hinsichtlich der Gleichwertigkeit der in der ehemaligen DDR erworbenen Abschlüsse Diplompädagoge, Diplomerzieher und Diplomvorschulerzieher vorgenommen und damit die Bewertungen im Sinne von Art. 37 Abs. 1 des Einigungsvertrags im Hochschulbereich abgeschlossen. Die Bewertung der Abschlüsse "Diplompädagoge", "Diplomerzieher", "Diplomvorschulerzieher" warf besondere Schwierigkeiten auf, da die Ausbildungen aufgrund ihrer besonderen Struktur, der andersartigen Ausbildungsvoraussetzungen, ihrer Dauer und Inhalte keine unmittelbare Entsprechung in den westlichen Ländern haben.

In ihrem Beschluß haben die Kultusminister zwischen Diplompädagogen mit und ohne Lehrbefähigung differenziert. Für Diplompädagogen (ohne Lehrbefähigung), die nach dem Besuch der 10jährigen Polytechnischen Oberschule (POS) an einer Pädagogischen Fachschule oder einem Institut für Lehrerbildung ausgebildet wurden und nach mehrjähriger Praxis ein Zusatzstudium Pädagogik oder pädagogische Psychologie an einer Hochschule absolvierten, gilt: Sie werden in ihrem Abschluß

der Universitätsebene als niveaugleich zugeordnet. Weil ihre Ausbildung jedoch in besonderer Weise auf das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR bezogen war, ergeben sich erhebliche inhaltliche Unterschiede zu vergleichbaren Studiengängen in den alten Ländern. Deshalb kann "eine Gleichwertigkeit mit einem Universitätsabschluß nicht erreicht werden".

Auch die Abschlüsse zum Diplompädagogen mit Lehrbefähigung seien, so heißt es, abgesehen von Ausnahmen hinsichtlich auf das Ausbildungsprofil keinem der schulbezogenen Lehramtsabschlüsse gleichzustellen". Dieser Abschluß wird daher nur in bestimmten Fällen schulbezogenen Lehramtsabschlüssen der alten Länder gleichgestellt. Dies gilt für "Diplompädagoge mit Lehramtsbefähigung für eine sonderpädagogische Fachrichtung", die der Gruppe der Diplomlehrer mit einer sonderpädagogischen Fachrichtung gleichgestellt werden. Dies betrifft auch Diplompädagogen, deren Lehrbefähigung sich auf Fachschulen oder Berufsfachschulen bezieht. Sie werden unter bestimmten Voraussetzungen der Laufbahn des "Fachlehrers" zugeordnet.

Hingegen verständigten sich die Kultusminister, "Diplomerzieher" und "Diplomvorschulerzieher", die in der ehemaligen DDR wie die Diplompädagogen nach Fachschulausbildung (bzw. Institut für Lehrerbildung) und Berufstätigkeit ein Aufbaustudium mit sonderpädagogischer Fachrichtung absolviert haben, dem Fachhochschulbereich zuzuordnen. Sie sprechen diesen Abschlüssen darüber hinaus "Gleichwertigkeit mit einem Fachhochschulabschluß" zu. Die Ministerinnen und Minister weisen jedoch auf die "erheblichen strukturellen Unterschiede" zu Fachhochschulabschlüssen der alten Länder hin.

*(Kultusministerkonferenz)*

## **Vier Jahre erfolgreiche Forschungspersonal-Zuwachsförderung - Ost (ZFO)**

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Umstrukturierungsprozesse in der ostdeutschen Industrie wurde bereits am 1. September 1990 die Fördermaßnahme "Forschungspersonal-Zuwachsförderung - Ost (ZFO)" gestartet. Dabei erhalten kleine und mittlere Unternehmen der neuen Bundesländer, die weniger als 1.000 Beschäftigte haben und sich für den Auf- und Ausbau eigener Forschungs- und Entwicklungskapazitäten eignen, 30 %ige Zuschüsse zum Gehalt neu eingestellter Wissenschaftler(Innen) und Ingenieure(Innen). Der Förderzeitraum beträgt 15 Monate. Anträge können noch bis zum 31. 12. 1995 gestellt werden.

Von September 1990 bis August 1994 wurden 1.137 zumeist kleine und innovative Unternehmen mit insgesamt 54,5 Mio. DM gefördert. Das sind etwa 40 % der FuE-treibenden Unternehmen der neuen Bundesländer. Damit konnten über 3.200 Arbeitsplätze in der Industrieforschung in den neuen Ländern gesichert werden.

Die geförderten Unternehmen kamen zu Beginn der Fördermaßnahme überwiegend aus dem Bereich Maschinenbau und Elektrotechnik. In letzter Zeit ist eine Verschiebung bei den geförderten Unternehmen zu den Gebieten Informations- und Kommunikationstechnik sowie technische Dienstleistungen festzustellen. Im Rahmen von ZFO wurden bisher gefördert:

- 624 neugegründete technologieorientierte Unternehmen mit unter 20 Beschäftigten,
- 503 Kleinunternehmen der Gruppe 20 bis 499 Beschäftigten und
- 10 Unternehmen mit 500 bis 1.000 Beschäftigten.

Die Palette der geförderten Unternehmen ist sehr breit. Sie reicht von innovativen, neugegründeten Firmen, die ursprünglich durch das BMFT-Programm "TOU" (Technologieorientierte Unternehmensgründungen) gefördert wurden, über reprivatisierte und MBO-(management buy out) Unternehmen bis zu aus Konkursmasse neu erwachsenen Firmen.

Die "Ausfallrate" ist mit 7,5, % bezogen auf die geförderten Unternehmen, sehr gering; d.h., daß nur bei wenigen Firmen die Förderung aufgrund von Konkurs bzw. Liquidation eingestellt werden mußte.

Der große Erfolg dieses KMU-Förderprogramms ist nicht zuletzt auf die einfache und unkomplizierte Antragstellung und -bearbeitung zurückzuführen. Die Bearbeitungsdauer der Anträge beträgt im Durchschnitt lediglich 1 bis 2 Monate.

Die FuE-Personal-Zuwachsförderung hat sich als ein Instrument zur Unterstützung des Strukturwandels beim Übergang von der Plan- in die Marktwirtschaft und beim Neuaufbau einer mittelständischen Industrieforschung bewährt. Sie erfüllt forschungs-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Funktionen.

*(Bundesministerium für Forschung und Technologie)*

## MLU Halle-Wittenberg: Wurden unzulässige Gewissensfragen gestellt?

### Klärung von Vorwürfen zu den Auswahlverfahren an der Med. Fakultät

Aufgrund der Vorwürfe in der Studentenzeitung „Karzer“ (Herbst 1993) hinsichtlich der Befragungspraxis bei Auswahlgesprächen mit Studienbewerbern der Medizinischen Fakultät war eine Rektoratskommission unter Vorsitz von Prof. Dieter Rössner (Juristische Fakultät) gegründet worden, die den Beschwerden nachgegangen ist. Die Kommission hat nach Abschluß ihrer Recherchen einen Bericht vorgelegt. Im folgenden eine Kurzfassung.

Die Kommission hatte die Aufgabe, Vorwürfe aus der Studentenschaft zu klären, die medizinischen Auswahlkommissionen hätten in den Auswahlgesprächen des Jahres 1993 verschiedentlich unzulässige Gewissens- und Überzeugungsfragen, zum Beispiel nach dem Wahlverhalten, der Einstellung zur deutschen Einheit oder zu § 218 StGB oder unzumutbare Persönlichkeitsfragen, zum Beispiel nach der Frisur, gestellt.

Bei der Untersuchung konnte nicht auf Zeugenaussagen zurückgegriffen werden, weil die Bewerber nicht aussagebereit waren. Nach einer eingehenden Analyse der Prüfungsprotokolle ergab sich, daß bei den Auswahlgesprächen in der Zahnmedizin sechs Standardfragen mit ausschließlichem Bezug zum zahnmedizinischen Studium gestellt worden waren. Offen blieb für die Kommission, ob sich aus den Standardfragen Eignung und Motivation der Bewerber angemessen und valide feststellen läßt.

Bei den Auswahlgesprächen zum Medizinstudium wurde von den Ausschüssen mit offenen Fragestellungen gearbeitet. Auch hier bezog sich ein Großteil der Fragen auf das medizinische Studium. Andererseits ließ sich ein Reihe problematischer Erörterungen feststellen, wie z.B. Fragen nach der Einstellung zu § 218, zu Veränderungen in Halle nach der Wende, zu Sinn von Konfirmation und Jugendweihe, zum Gegensatz "Ossi"- "Wessi" und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Frauen.

Die Kommission gelangte zu dem Ergebnis, daß solche Gesprächsgegenstände im Grenzbereich zwischen eignungsrelevanter Auswahlprüfung und unzulässiger Ausforschung von Glaubens- und politischen Überzeugungen liegen. Wegen fehlender Zeugenaussagen ließ sich nicht ermitteln, ob die sachgemäße Grenze in Einzelfällen überschritten worden ist.

#### Resultate:

1. Auf Grund der Tatsachenfeststellungen ist den Mitgliedern der Auswahlausschüsse kein individueller Vorwurf wegen eines Fehlverhaltens zu machen. Mangels

gegenteiliger Anhaltspunkte ist davon auszugehen, daß die fraglichen Themenbereiche sachlich und ohne Grenzüberschreitung zu Gewissens- und Glaubensfragen abgehandelt wurden.

2. Bei einer allgemeinen Betrachtung der untersuchten Auswahlverfahren sieht die Kommission aber die Gefahr, daß die deutlich gewordene schwierige Grenze nicht immer eingehalten werden kann. Die vom Recht vorgegebenen Kriterien der Eignungs- und Motivprüfung können manche Prüfer verführen, ihre subjektiven Vorstellungen von diesen Kriterien zu weit auszudehnen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf verfassungsrechtlich vorgegebene, grundrechtliche Begrenzungen bei der Entscheidung über die Zulassung zu einem Studium. So muß im Hinblick auf Art. 3 GG die auf Grund der Aktenlage nicht auszuschließende Bevorzugung von Bewerbern, die in einer Ärztfamilie aufgewachsen sind, als grundgesetzwidrig von vornherein ausgeschlossen werden. Darüber hinaus bedarf es weiterer negativer Kriterien, die bei Eignungs- und Motivfragen die Grenze zu unzulässigen Glaubens- und Überzeugungsausforschungen deutlich markieren.

3. Die Verdeutlichung dieser Grenze muß sich an den Grundrechten und Art. 33 Abs. 3 GG orientieren und folgenden Negativkatalog in die Richtlinien für die Auswahlgespräche (§ 9 am Ende) aufnehmen: Nicht zu berücksichtigen und daher im Auswahlgespräch auch nicht zu erfragen sind: Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft und religiöse Glaubensüberzeugung, Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder sonstigen gesellschaftlichen Gruppen oder Vereinigungen, politische oder weltanschauliche Überzeugungen sowie frauen- und männerspezifische Problemstellungen. Zu beachten sind auch die Grundsätze des Art. 3 Grundgesetz.

4. Im Hinblick auf die schwierige Aufgabe und die Einhaltung grundrechtlich geschützter Rechtspositionen wird empfohlen, die Mitglieder der Auswahlausschüsse sorgfältig auszuwählen. Menschenkenntnis und dennoch Unvoreingenommenheit, Einfühlungsvermögen und große Objektivität, Sensibilität und rechtsstaatliches Empfinden sind die gefragten persönlichen Eigenschaften.

5. Abschließend weist die Kommission auf die Gesamtproblematik des Auswahlverfahrens hin. Unter dem Blickwinkel der materiellen Gerechtigkeit ergibt sich mit dem aufwendigen Auswahlverfahren kein Ergebnis, das dem Zufallsprinzip durch Los überlegen wäre. Vielmehr kann die nur wenig eingrenzbare subjektive Eignungsentcheidung ein beim Losverfahren nicht vorhandenes Willkürmoment mit sich bringen, das Studienbewerbern bei einer existentiellen Entscheidung über ihren weiteren Lebensweg nur schwer zu vermitteln ist. Das Auswahlverfahren ist also insgesamt in Frage zu stellen.

*(Universitätszeitung MLU Halle-Wittenberg 7/1994)*

## PUBLIKATIONEN

Holzmüller, Werner: *Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert* (Veröffentlichungen des „Forschungsschwerpunkts: Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft der Universität Hannover: Edition Bildung und Wissenschaft, Geschichte von Bildung und Wissenschaft, Reihe E: Erinnerungen, Biographien Bd. 1). Hrsg. von Manfred Heine-mann. In Kommission bei August Lax, Hildesheim 1993. 137 S. DM 78,-. Bezug über: UNiversität Hannover, FB Erziehungswissenschaften I, Zentrum für Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft, Luerstr. 3, 30175 Hannover.

Holzmüller, seit 1952 Physikprofessor an der Leipziger Universität, legt hiermit seine Lebenserinnerungen vor, die vom Anfang der 20er bis zum Anfang der 90er Jahre reichen. „Holzmüller hat während seiner Leipziger Professur 370 Diplomanden und 160 Doktoranden betreut und seine Bücher trotz einiger Eingriffsversuche schreiben können. Seine ausgefüllte Wissenschaftlertätigkeit kann als Beispiel dafür stehen, daß es in der DDR möglich war, ohne Verlust an Anstand durch die Verhältnisse zu kommen.“ (A. d. Vorw. d. Hg.)

Didczuneit, Veit/ Unger, Manfred/ Middell, Matthias: *Geschichtswissenschaft in Leipzig: Heinrich Sproemberg* (Leipziger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1994. 131 S. DM 16,80. Über den Buchhandel oder den Verlag: PF 920, 04009 Leipzig.

Der Mediävist Sproemberg (1889-1966) gehörte zu den Außenseitern der deutschen Geschichtswissenschaft. Sein Lebensweg wird in diesem Band nachgezeichnet in einer historiographiegeschichtlichen Studie von Veit Didczuneit. Der Sproemberg-Assistent und spätere Leipziger Staatsarchiv-Direktor Manfred Unger erinnert sich an seinen Lehrer und die Leipziger Geschichtswissenschaft der fünfziger Jahre. Ergänzt wird dies durch zwei Texte von Sproemberg zur Erneuerung und Neugliederung der deutschen Geschichtswissenschaft aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Mit vierzig Fotos.

*Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien*. Hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien. Bezug bei: FSP Zeithistorische Studien, Am Kanal 4, 14467 Potsdam.

Im August d.J. ist das erste Heft des neuen Journals erschienen (mit Vorstellung des FSP - Mitarbeiter und Projekte -, desweiteren u.a. Beiträge zur Situation in den russischen Archiven [Alexander von Plato/ Jochen Laufer] und zur Geschichtswissenschaft in der SBZ/ DDR [Martin Sabrow/ Peter Th. Walter]). Das Bulletin erscheint künftig nach Bedarf und wird auf Anfrage kostenlos abgegeben.

*Vademekum der Geschichtswissenschaften 1. Ausgabe 1994/1995. Verbände, Organisationen, Gesellschaften, Vereine, Institute, Seminare, Lehrstühle, Bibliotheken, Archive, Museen, Dienststellen und Ämter sowie Historiker in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. In Zusammenarbeit von Verband der Historiker Deutschlands, Verband österreichischer Historiker und Geschichtsvereine, Allgemeine geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1994. 510 S. DM 58,-. Über den Buchhandel. Implizit dokumentiert der Band die institutionelle und personelle Umgestaltung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft.

InformationsZentrum Sozialwissenschaften, Abt. Berlin in der Außenstelle der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. GESIS (Hg.): *Gesell-*

*schafflicher Wandel in den neuen Bundesländern 1994/1* (Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid). Bearb. von Wolfgang Mallock. Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn 1994. 362 S. Im Abonnement DM 53,-. Bezug bei: Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennèstr. 30, 53113 Bonn. Zweimal jährlich bietet das IZ mit diesem Informationsdienst einen Überblick zu aktuell laufenden Forschungsprojekten sowie Publikationen zur ostdeutschen Systemtransformation. Mit Autoren-, Sach- und Institutionenregister.

Eberwein, Wolf-Dieter/ Dörrenbecher, Heike: *Lehre und Forschung im Bereich Internationale Beziehungen in den Neuen Bundesländern. Eine Dokumentation*. Hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. o.O. (Bonn) o.J. (1994). 22 + vi S. + 58 gez. S. Anh. Kostenlos bei: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, PF 14 25, 53004 Bonn.

Unter der Fragestellung: Wer lehrt an ostdeutschen Universitäten (außer Humboldt-Uni) Internationale Beziehungen und welches sind die diesbezüglichen Forschungsschwerpunkte? wurden Daten gesammelt und werden in vorliegender Broschüre übersichtlich zur Verfügung gestellt. Dabei sind auch - ohne Vollständigkeit zu erreichen - Disziplinen außerhalb des Bereichs Internationale Beziehungen i.e.S. wie Völkerrecht, internationale Wirtschaftsbeziehungen, Neuere und Neueste Geschichte sowie regionalkundliche Fächer einbezogen worden. Der Anhang enthält faksimilierte Zeitungsartikel zu jeder der einbezogenen Universitäten.

Parthier, Benno (Hg.): *Die Leopoldina. Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie. Festschrift des Präsidiums der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina zum 300. Jahrestag der Gründung der heutigen Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1994*. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle/S. 1994. 136 S. Über den Buchhandel oder bei: Leopoldina, Red. *Nova Acta Leopoldina*, PF 1127, 06019 Halle/S.

Der Biochemiker Parthier, Präsident der Leopoldina, legte mit diesem Band eine Geschichte der Leopoldina von ihren Anfängen 1652 bis zur Gegenwart vor. Die Hälfte der Darstellung ist der Zeit nach 1945 gewidmet. Dabei versucht der Autor zu zeigen, weshalb es der Leopoldina gelungen sei, als politisch unabhängiger Akademie eine Singularität unter den wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR zu bleiben.

Parthier, Benno (Hg.): *Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina. Jahrbuch 1993* (Leopoldina Reihe 3). Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle/S. 1994. 494 S. Über den Buchhandel oder bei: Leopoldina, Red. *Nova Acta Leopoldina*, PF 1127, 06019 Halle/S. Aktuelle Berichte aus dem Akademieleben und Dokumentation wissenschaftspolitischer Aktivitäten des Akademiepräsidiums.

Durrer, Franz/ Heine, Christoph: *Studien- und Berufsausbildungswahl der Studienberechtigten 93 aus den neuen Ländern* (HIS-Kurzinformationen A 7/94). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS. Hannover 1994. 14 S. Kostenlos bei: HIS, Goseriende 9, 30159 Hannover. Erhoben und bewertet wurden die Brutto-Studierquote, Tätigkeitsstruktur ein halbes Jahr nach Schulabgang, angestrebte Hochschulabschlüsse und Wahl des Hochschulortes.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hrsg.): *Hochschulen für die Region. 1. Brandenburger Symposium zur Hochschul- und*

**Forschungsplanung, Brandenburg an der Havel, 21. Oktober 1992** (Brandenburger Schriften zu Wissenschaft und Forschung Bd. 3). Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 1994. 72 S. Über den Buchhandel.  
Tagungsdokumentation mit einem Beitrag von Hinrich Enderlein und der Wiedergabe einer Podiumsdiskussion.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hrsg.): **Forschung an Fachhochschulen 2. Brandenburger Symposium zur Hochschul- und Forschungsplanung, Eberswalde, 9. Dezember 1992** (Brandenburger Schriften zu Wissenschaft und Forschung Bd. 4). Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 1994. 84 S. Über den Buchhandel.

Tagungsdokumentation mit Beiträgen u.a. zum „Eberswalder Modell der Verbindung von Forschung und Lehre“ (Gunther Wolf), zur „Kooperation zwischen Forstlicher Forschungsanstalt und FH Eberswalde (Dieter Heinsdorf) und zur „Sicht des Wissenschaftsrates zur Ausgestaltung der Fachhochschulen in den neuen Ländern“ (Hans-Jürgen Block) sowie mit der Wiedergabe einer Podiumsdiskussion.

Staatliche Galerie Moritzburg Halle/ Badisches Landesmuseum Karlsruhe/ Burg Giebichenstein - Hochschule für Kunst und Design Halle (Hg.):  
Burg Giebichenstein. Die hallesche Kunsthochschule von den Anfängen bis zur Gegenwart.

o.O. (Halle/S./ Karlsruhe) 1993. 563 S. DM 48,-. Bezug über: Burg Giebichenstein - Hochschule für Kunst und Design, PF 200 252, 06003 Halle/S.

Der Band vereint historische Darstellung mit einem Katalog zu einer 1993 in Halle/S. und Karlsruhe stattgefundenen Ausstellung. Die Hälfte der geschichtlichen Darstellung ist der Zeit nach 1945 gewidmet. Im Katalogteil finden sich Arbeiten von (früheren wie heutigen) Lehrern und Schülern der Burg, in der Regel aus der Zeit ihres dortigen Wirkens.

Stober, Rolf (Hg.): **Sächsisches Hochschulrecht. Textausgabe**. Sächsisches Druck- und Verlagshaus, Dresden 1993. 240 S. DM 15,90. Über den Buchhandel.

Enthält die (europäischen, bundesdeutschen und sächsischen) Grundlagen des sächsischen Hochschulrechts, die aktuell geltenden sächsischen Hochschulgesetze, Gesetze und Verordnungen zum Hochschul-/Beamtenrecht sowie Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften für Studenten.

Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Historische Kommission: **Die Bestände des Sächsischen Hauptstaatsarchivs und seiner Außenstellen Bautzen, Chemnitz und Freiberg. Bd. 1: Die Bestände des Sächsischen Hauptstaatsarchivs. Teil 1** (Quellen und Forschung zur Sächsischen Geschichte Bd. 12,1). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1994. 454 S. Über den Buchhandel oder beim Verlag: PF 920, 06009 Leipzig.

Reiche, Karin: **Studie zur Gleichstellung von Frau und Mann an der TU Dresden (Frauenbericht)**. Hrsg. vom Referat Gleichstellung von Frau und Mann der TU Dresden. Dresden 1994. 120 S. Kostenlos bei: Referat Gleichstellung von Frau und Mann der TU Dresden, Briefpost, 01062 Dresden.

Die Publikation besteht aus zwei Teilen. Teil A dokumentiert einen empirisch sehr gut belegten Rechenschaftsbericht zum Frauenförderungsprogramm. Teil B enthält die Tätigkeitsberichte des Gleichstellungsreferates für die Jahre 1991 bis 1993.

Bermig, Dagmar/ Woithe, Annlore/ Ehnert, Sibylle: **Abschlußbericht zum ABM-Projekt Expertinnen-Beratungsnetz Dresden am Referat für Gleichstellung von Frau und Mann der Technischen Universität Dresden 1. April 1993 bis 31. März 1994**. Hrsg. vom Referat Gleichstellung von Mann und Frau der TU Dresden. Dresden 1994. 15 S. + 32 gez. S. Anh. Kostenlos bei: Referat Gleichstellung von Frau und Mann der TU Dresden, Briefpost, 01062 Dresden.

Das Ziel des Expertinnen-Beratungsnetzes bestand und besteht darin, eine generationsübergreifende Beratung von Frauen für Frauen, die auf der Suche nach beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten sind, zu vermitteln. Dabei wird der Kontakt zu unabhängigen Expertinnen hergestellt, die mit der Erfahrung des Alters, ohne Konkurrenzdruck und ohne geschäftliche Verpflichtung beratend wirken können. Die Broschüre dokumentiert die diesbezüglichen Aktivitäten des Beratungsnetzes in dem im Titel angegebenen Zeitraum.

Technische Universität Dresden, der Rektor (Hg.): **Geschichte der Technischen Universität Dresden in Dokumenten und Bildern. Bd. 1: Von der Technischen Bildungsanstalt (1828) zum Königlich Sächsischen Polytechnikum (1871). Unter Einbeziehung von Sächsischen Bildungseinrichtungen, die heute zur Universität gehören**. Dresden 1992. 62 S. **Geschichte der Technischen Universität Dresden in Dokumenten und Bildern. Bd. 2: Wissenschaft in Dresden vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis 1945**. Dresden 1994. 159 S. Pro Band DM 15,-. Bezug bei: Universitätsarchiv der TU Dresden, Briefpost, 01062 Dresden.

Die Darstellungen dokumentieren einen Teil des korporativen Geschichtsbildes, das die TU Dresden von sich selbst seit 1989 entwickelt hat.

Technische Universität Dresden, der Rektor (Hg.): **Gebäude und Namen 1993**. Dresden 1993. 56 S. Kostenlos bei: Kustodie der TU Dresden, Briefpost, 01062 Dresden.

Zahlreiche Gebäude der TUD sind nach früheren Hochschullehrern benannt. Die Broschüre stellt Gebäude und Namensgeber vor.

Technische Universität Dresden, der Rektor (Hg.): **Reden und Bilanzen 1993**. Dresden o.J. (1994). 75 S. Kostenlos bei: TU Dresden, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Briefpost, 01062 Dresden.

Die Publikation faßt Berichte und Reden von zahlreichen Veranstaltungen, die 1993 an der TUD stattgefunden hatte, zusammen. Unter anderem sind die zahlreichen Eröffnungen von neuen Fakultäten und Instituten dokumentiert.

Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst (Hg.): **Neues Wagen. Universität Erfurt. Gründungsfestakt der Regierung des Freistaates Thüringen**. o.O. (Erfurt) 1994. 63 S. DM 5,-. Bezug bei: ThMWK, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 672, 99013 Erfurt.

Das umstrittene Erfurter Universitätsprojekt wurde am 29. April 1994 mit einem Gründungsfestakt einen weiteren Schritt zu seiner Realisierung hin befördert. Die Dokumentation enthält die gehaltenen Reden von Wissenschaftsminister Ulrich Fickel, Ministerpräsident Bernhard Vogel, dem Vorsitzenden des Strukturausschusses der Gründungskommission, Hermann Lübbe, des HRK-Präsidenten Hans-Uwe Erichsen, des Erfurter OBM Manfred Ruge und den Festvortrag von DFG-Präsident Wolfgang Frühwald: "Wissenschaft als Beruf - Die Universitäten an der Schwelle zum 21. Jahrhundert".

## Dankeschön - Mc Donald!

Wie immer ging ich am Montag in die Krippe, um meine zweijährige Tochter abzuholen. Ich staunte nicht schlecht, als sie mir erzählte, daß sie in der Krippe ein Stück Pappbecken bekommen hätten, mit dem man neues Spielzeug und was zum Basteln kaufen kann. Das machte mich neugierig. Auf meine Nachfrage erfuhr ich von der Leiterin Frau Fuchs, daß anlässlich der Eröffnungsveranstaltung Mc Donalds auf dem Mittelfeld in Ilmenau 2000 DM für die Campuskinderkrippe der Technischen Universität gespendet wurden.

Im Namen aller Kinder, Eltern und Erzieher möchte ich mich für diese großzügige finanzielle Unterstützung bedanken. Unseren Kindern wird dieses Geld Freude und Spaß mit neuem Spielzeug und Bastelmaterial bringen. Uns Eltern gibt es die Gewißheit, daß alles getan wird, daß sich unsere Kinder wohlfühlen, während wir unserem Studium oder unserer Arbeit nachgehen. Dankeschön Mc Donald!

**Karin Bieske - Elternbeirat der Campuskinderkrippe**

aus: *Ilmenauer Uni-Nachrichten* 37/7/1994

### hso 1. Jahrgang 1991/92

*Themenschwerpunkte:* Die ostdeutschen Hochschulgesetze \* Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland \* Die Erneuerung und ihre Kriterien \* DDR-Wissenschaftsgeschichte \* Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch \* Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit \* Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung \* Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen \* Jürgen Teller Honorarprofessor \* Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung \* Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig \* HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten \* Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion \* BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus \* Wissenschaft Ost 1989/90 \* Europäische Universität Erfurt \* Die Studierenden 1989/90 \* Streitsache Latinum

*AutorInnen:* Hans Jürgen Block, Torsten Bultmann, Christian Dahme, Marlis Dürkop, Wolfgang Ernst, Hans-Uwe Feige, Alfred Förster, Christian Füller, Frank Geißler, Monika Gibas, Christoph Kähler, Dietmar Keller, Fritz Klein, Hermann Klenner, Horst Klinkmann, Larissa Klinzing, Ilko-Sascha Kowalczyk, Wolfgang Küttler, Gotthard Lerchner, Rudolf Mau, Hans Mayer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Wolfgang Nitsch, Erhard Noack, Georg Nolte, Kurt Nowak, Doris Odendahl, Bernd Okun, Martin Onnasch, Peer Pasternack, Klaus Pezold, Peter Porsch, Helmut Richter, Matthias Rösler, Hilde Schramm, Uta Starke, Jürgen Teller, Rudolf v. Thadden, Achim Thom, Michael Tolksdorf, Günther Wartenberg, Rosemarie Will u.a.

13 Hefte. Insgesamt 868 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 100,-DM.

### hso 2. Jahrgang 1992/93

*Themenschwerpunkte:* Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost \* Wissenschaft Ost \* 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler \* Frauen in der Ostwissenschaft \* Tagung des SPD-Wissenschaftsforums \* Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive \* Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel \* Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe \* Vorschläge zur Hochschulreform \* Methodologische Wende? \* Institution Hochschule und Landeshochschulrecht \* Verbände(-Schicksale) im Osten \* Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach \* Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz \* Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft \* Die ostdeutschen Archive \* Forschung und Technologie in Osteuropa - ausgewählte Länderbeispiele \* Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus \* Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

*AutorInnen:* Marion Höppner, Karl-Heinz Heinemann, Bernd Okun, Gert Malbaum, Karin Reiche, Birgit Bütow, Elke Mehnert, Gisela Jähnert, Hans-Uwe Erichsen, Edelbert Richter, Roland Schneider, Cornelius Weiss, Alfred Förster, Peter Porsch, Klaus-Dieter Kaiser, Eberhard Tiefensee, Gudrun Aulerich, Karin Döbbling, Hans-Heinz Emons, Hans Jörg Sandkühler, Burchard Brentjes, Hans Joachim Meyer, Erich Hödl, Hartmut Eisenhans, Günther Barthel, Martin Robbe, Günther Eiselt, Ilko-Sascha Kowalczyk, Michael Daxner, Günther Wartenberg, Matthias Middell, Sonja Brentjes, Wolf-Hagen Kraut, Jürgen Kuczynski, Ulrich Geyer, Volker Kahl, Inge Pardon, Hansgünther Meyer, Peer Pasternack, Wolfgang Schluchter, Pirmin Stekeler-Weithofer, Bernhard Muszynski, Wolfgang Nitsche, Hans-Jürgen Schulz u.a.

13 Hefte. Insgesamt 1.045 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 115,-DM.

### hso 3. Jahrgang 1993/94

*Themenschwerpunkte:* Erneuerungsgruppen bilanzieren \* Institution Hochschule und Landeshochschulrecht \* Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte \* Gleichstellungsmanagement Ost \* Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern \* Habilitiertentagung in Leipzig \* Streitfall Multiple Choice \* Studierende 1994 \* Berufungsverfahren West und Ost \* Singularitäten

*AutorInnen:* Ernst Badstübner, Tino Bargel, Winfried Beck, Sonja Brentjes, André Debüser, Rainer Eckert, Wolfgang Fach, Marion Höppner, Heidrun Jahn, Matthias Jähne, Dietrich Jorke, Hans-Dieter Klein, Siegfried Kiel, Ilko-Sascha Kowalczuk, Marianne Kriszto, Günther Landgraf, Irene Lischka, Thomas de Maizière, Werner Meske, Hans Joachim Meyer, thomas molck, Thomas Neie, Bernd Rabehl, Karin Reiche, Hans-Jürgen Schulz, Jutta & Eberhard Seidel, Peer Pasternack, Gisela Petruschka u.a.

6 Hefte. Insgesamt 869 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 100,- DM.

Kopiervorlage:

### Bestellung

Ich bestelle:

- |   |                     |
|---|---------------------|
| 1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen   |                     |
| 2. 1. Jahrgang <i>hso</i> 1991/92   | DM 100,-            |
| 2. Jahrgang <i>hso</i> 1992/93  | DM 115,-            |
| 3. Jahrgang <i>hso</i> 1993/94  | DM 100,-            |
|   | zzgl. Versandgebühr |
| 3. ....mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement<br>(6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten)  | DM 80,-             |
| 4. ....mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo<br>(6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten)                                   | DM 39,-             |
| 5. ....mal <i>hochschule ost</i> im Abo für Nichtverdienende<br>(6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten)                                  | DM 28,-             |
| (Begründung der Anspruchsberechtigung bitte<br>unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r<br>- Vorruheständler/in - Pensionär/in - |                     |

Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

Name .....

Adresse .....

Datum .....

Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

2. Unterschrift

Bitte einsenden an:  
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,  
PSF 920, 04009 Leipzig